



Tanja Mölders, Janina Dannenberg,
Theresa Herdlitschka, Martina Hülz,
Katharina Kapitza (Hg.)

GENDER – MACHT – ENERGIEWENDE

Potenziale der Geschlechterforschung
im Kontext raumbezogener Transformationen

[transcript]

Tanja Mölders, Janina Dannenberg, Theresa Herdlitschka, Martina Hülz,
Katharina Kapitza (Hg.)
Gender – Macht – Energiewende

Editorial

Die Bewältigung der Klimakrise gehört zu den drängendsten Aufgaben unserer Zeit, dennoch prägt unsere Gegenwart eine weitreichende Nicht-Nachhaltigkeit. Die Reihe **Kritische Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung** versammelt Publikationen, die zu einem Verständnis dieser Gegenwart beitragen, Transformation als tiefgreifenden Wandel verstehen und sich einer heterodoxen, reflexiven und interventionistischen Wissensproduktion verbunden fühlen. Anliegen der Reihe ist es, humangeographische Herangehensweisen und Methoden für die kritische Nachhaltigkeits- und Transformationsforschung herauszuarbeiten. Besonders willkommen sind Beiträge, die Nachhaltigkeit und Transformation in ihren Bezügen zwischen »globalem Norden« und »globalem Süden« diskutieren, globale Ungleichheiten offenlegen und Gerechtigkeitsfragen adressieren. Dabei ist die Reihe offen für Beiträge aus den Sozialwissenschaften, wie der Sozial- und Kulturanthropologie, Politikwissenschaft, Soziologie, Alternativen Ökonomie oder Wissenschafts- und Technikforschung.

Für das zugrunde liegende kritische Verständnis von Nachhaltigkeit und Transformation sind Macht und Wissen von analytischer und praktischer Relevanz. Dies kann eine Kritik an Grundbegriffen und Konzepten des Nachhaltigkeits- und Transformationsdiskurses bedeuten oder eine Sichtbarmachung bisher ausgeschlossener Narrative, Praktiken, Akteure und Wissenssysteme.

Die Reihe wird herausgegeben von Antje Bruns, Hartmut Fünfgeld, Friederike Gelsing, Jonas Hein und Silja Klepp.

Tanja Mölders (Prof. Dr.) ist Professorin für Umweltplanung und Transformation an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Janina Dannenberg (Dr.) forscht zu Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit an der Universität Hamburg.

Theresa Herdlitschka (M.A.) promoviert am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig zu Macht und Narrativen in der Umweltgovernance.

Martina Hülz (Dr.) leitet das wissenschaftliche Referat »Wirtschaft und Mobilität« der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover.

Katharina Kapitza (Dr.) leitet das wissenschaftliche Referat »Strategien und Konzepte räumlicher Transformation« der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover.

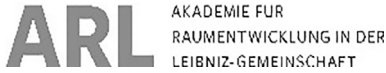
Tanja Mölders, Janina Dannenberg, Theresa Herdlitschka, Martina Hülz,
Katharina Kapitzka (Hg.)

Gender - Macht - Energiewende

Potenziale der Geschlechterforschung im Kontext raumbezogener
Transformationen

[transcript]

Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) von 10/2021 - 09/2024 gefördert.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de/> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell. (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

2025 © Tanja Mölders, Janina Dannenberg, Theresa Herdlitschka, Martina Hülz, Katharina Kapitza (Hg.)

transcript Verlag | Hermannstraße 26 | D-33602 Bielefeld | live@transcript-verlag.de

Umschlaggestaltung: Maria Arndt

Umschlagabbildung: Katrina Günther (Thinking Visual), Berlin

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Lektorat: Heidrun Bornemann (fehlerfreiheiten. Lektorat/Texte), Braunschweig

Korrektorat: Sarah Trockel und Milena Grösch (ARL), Hannover

<https://doi.org/10.14361/9783839474266>

Print-ISBN: 978-3-8376-7426-2 | PDF-ISBN: 978-3-8394-7426-6

Buchreihen-ISSN: 2942-0326 | Buchreihen-eISSN: 2942-0334

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Gender – Macht – Energiewende
Leerstellen, Verbindungen und Perspektiven im Kontext raumbezogener Transformationen
Katharina Kapitza, Theresa Herdlitschka, Janina Dannenberg, Tanja Mölders, Martina Hülz9

Teil 1: Raumbezogene Transformationen und Energiewende

Sozial-ökologische Perspektiven auf raumbezogene Transformationen der Energiewende
Entwicklung eines Forschungszugangs
Tanja Mölders 25

Macht und Landschaft – eine neopragmatische Skizze
Olaf Kühne 47

Gerechte Raumentwicklung
Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Klimagerechtigkeit und Gender
Ludger Gailing 63

Einwurf: Die Kommunen sollten die Möglichkeit erhalten, finanzielle Erträge aus EE-Anlagen außerhalb vom kommunalen Haushalt zu verwalten 79

Ist die Energiewende ein sozial-ökologischer Prozess!?
Sichtweisen einer Geschlechterforscherin und eines Raumplaners
Julia Gabler und Axel Priebis im Interview mit Martina Hülz und Tanja Mölders 81

Teil 2: Geschlechterperspektiven und Energiewende

Nachhaltigkeitsforschung und Geschlechterperspektiven

Intersektionale Ansätze zur Analyse sozial-ökologischer Transformationen

Theresa Herdlitschka, Johanna Dankers, Miriam Kienesberger, Katharina Kapitza,

Tanja Mölders 93

Wie die Kategorie »Geschlecht« verstehen hilft

Erprobung der Heuristik »EnerGesch« anhand zweier Fallstudien

zur Energiewende

Janina Dannenberg 117

Gender Planning sozial-ökologisch denken

Feministische Beiträge zu transformativen Planungen der Energiewende

Sandra Huning, Tanja Mölders 139

Einwurf: Informationen in Planungsprozessen müssen plastisch und erfahrbar

vermittelt werden 151

Teil 3: Empirische Studien zur Energiewende

Wind bewegt den Wald

Ausgewählte Relevanzen im Konflikt um einen Windpark in Nordhessen aus

Geschlechterperspektive diskutiert

Janina Dannenberg, Melissa Muhr 157

Einwurf: In Regionalversammlungen sollten zivilgesellschaftliche Vereine ab

einer bestimmten Mitgliederzahl ein Stimmrecht erhalten verwalten 183

Von fossilen zu erneuerbaren Energielandschaften

Machtverhältnisse und (Un-)Gerechtigkeiten in energiewendebezogenen

Transformationsprozessen in der brandenburgischen Lausitz

Theresa Herdlitschka 185

Einwurf: Große Flächen, die für Erneuerbare Energien genutzt werden, sollten

rekommunalisiert werden verwalten 205

Rechte Ökologie und Rechtspopulismus in Energiewendekonflikten
Geschlechterperspektiven auf Argumentationen von Windkraftgegner:innen
Katharina Kapitza, Johanna Dankers 207

Wie eine suffiziente Mobilitätsplanung die Reduktion von Ungleichheit unterstützen kann
Ein Beitrag aus der gendersensiblen Nachhaltigkeitsforschung und dem Forschungsprojekt SUZANNA
Andrea Amri-Henkel, Yue Zheng, Betriska Lukas..... 227

Integrierte, kooperative Klimaanpassung als Impulsgeber für naturbasierte Transformationen
Helga Kanning, Bianca Richter 241

Fazit und Ausblick

Für eine nachhaltige Energiewendeplanung: Gewissheiten infrage stellen
Tanja Mölders, Martina Hülz, Katharina Kapitza, Theresa Herdlitschka, Janina Dannenberg..... 259

Anhang

Die Autorinnen und Autoren 271

Gender – Macht – Energiewende

Leerstellen, Verbindungen und Perspektiven im Kontext raumbezogener Transformationen

Katharina Kapitzka, Theresa Herdlitschka, Janina Dannenberg, Tanja Mölders, Martina Hülz

Der vorliegende Band präsentiert und diskutiert Forschungsergebnisse, die im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts »Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltpotenziale der Geschlechterforschung« entstanden sind. Das Projekt wurde im Zeitraum von 2021 bis 2024 in zwei Teilprojekten unter der Leitung von Prof. Dr. Tanja Mölders (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Dr. Martina Hülz (ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover) durchgeführt. Die projektinterne Forschung wurde von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet und in mehreren Workshops reflektiert. Entsprechend sind auch einige Beiratsmitglieder mit Beiträgen an der vorliegenden Publikation beteiligt. Mit dem Projekt wird an bereits bestehende, »an Nachhaltigkeit und Geschlechtergerechtigkeit orientierte, raum- und planungsbezogene Energiewendeforschung« (Kanning/Mölders/Hofmeister 2016: 216) angeknüpft und diese weiter differenziert und vertieft. Ziel ist es, herauszuarbeiten, welchen Beitrag die Geschlechterforschung zur nachhaltigeren Gestaltung räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende leisten kann.

Zum Projektstart im Oktober 2021 begann sich langsam abzuzeichnen, welche politische Dynamik das Thema *Energiewende* während der Projektlaufzeit erlangen und welche Entwicklungen sich daraus auf nationaler und internationaler Ebene auch für die Planungspraxis ergeben würden. So versprach der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung u.a. durch den Abbau von Hürden beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie durch die Beschleunigung des Kohleausstiegs bis 2030 mehr Tempo in die Energie-

wende zu bringen. Nur wenige Wochen darauf läutete der 24. Februar 2022, der Tag unseres ersten Treffens mit dem Projektbeirat, eine bittere »Zeitenwende« ein, die auch energiepolitisch nicht folgenlos blieb: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch der Energiewende in Deutschland und Europa eine neue politische Dimension und Dringlichkeit verliehen und zur Priorisierung einer krisensicheren Energieversorgung unabhängig von russischen Gaslieferungen geführt. Gleichzeitig zeigten die Anbahnung neuer Energiepartnerschaften mit Staaten wie Katar, in denen kritische Menschenrechtslagen herrschen, aber auch die gesellschaftlichen Debatten um Energiearmut und die Ausgestaltung des Energiebonus, wie eng energiepolitische Entscheidungen und die Gestaltung der Energiewende mit Hierarchien und Machtverhältnissen sowie mit Gerechtigkeitsfragen verbunden sind.

Doch nicht nur energiepolitische, sondern auch planungsbezogene Fragestellungen, die auf die konkrete Ausgestaltung der Energiewende zielen, haben in der Projektlaufzeit deutlich an Relevanz gewonnen. Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde die Beschleunigung der Energiewende im Januar 2023 auch planungsrechtlich verankert: Das sogenannte »Wind-an-Land-Gesetz« (WindBG) sieht u.a. vor, zwei Prozent der Bundesflächen für Windenergie bis Ende 2032 durch die Länder auszuweisen, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie den Ausbau von Windenergie gegenüber Belangen des Naturschutzes zu priorisieren. Da der Betrieb von Windenergieanlagen als von überragendem öffentlichem Interesse und als für die öffentliche Sicherheit relevant eingestuft wurde, können z.B. auch Landschaftsschutzgebiete in die Suche nach Flächen für den Windenergieausbau einbezogen werden. Diese grundlegenden Weichenstellungen fordern insbesondere die Planungspraxis neu heraus, da die nötigen Transformationserfordernisse u.a. mit hohem Zeitdruck, geringen Ressourcen und zum Teil auch gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung und überregionaler Lobbyverbände gegen den Ausbau von Windkraft umgesetzt werden (ARL 2024). Es zeigt sich: Auch hier haben sich Konfliktlinien jenseits von Fragen nach Partizipation und Beteiligung verschoben – nicht zuletzt durch Rechtspopulismus und Polarisierung der Gesellschaft (Reusswig/Lass/Bock 2022).

Theoretische Orientierungen

Ein wesentlicher Ausgangspunkt unserer Forschung ist die Erkenntnis, dass die Gestaltung der Energiewende nicht geschlechtsneutral, sondern geschlechtlich konnotiert ist und intersektionalen Ungleichheiten und Machtverhältnissen unterliegt. So herrschen bspw. noch immer wesentliche geschlechtsspezifische Unterschiede bezüglich der Repräsentation in der Gestaltung der Energiewende sowie der Teilhabe daran vor (vgl. Fraune 2015; Allen/Lyons/Stephanes 2019; Dematteis/Barale/Corno et al. 2021; Mang-Benza 2021; Feenstra 2021; Radtke/Ohlhorst 2021), aber auch in den Betroffenheiten von energiepolitischen Maßnahmen und Energiewendeprozessen, bspw. in Bezug auf Energiearmut (vgl. Ahlborg 2017; Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. 2019; Campos/Marín-González 2020; Feenstra 2021). Es zeigt sich aber auch, dass Geschlecht in Energiewendekontexten keine feststehende Kategorie ist, sondern immer wieder performativ hergestellt wird, bspw. durch bestimmte kulturelle und symbolische Praktiken der Gewinnung und Nutzung fossiler Energien (Daggett 2018; Brown/Spiegel 2019) oder die (vergeschlechtlichte) Nutzung von Technologien (de Wilde 2021). Die individuellen geschlechts- und identitätsbezogenen Ungleichheiten, die in Energiewendeprozessen erfasst und benannt werden können, verweisen auf strukturelle Ursachen, die den hierarchischen Geschlechter- und Machtverhältnissen zugrunde liegen (vgl. Fraune 2015; Allen/Lyons/Stephanes 2019; Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. 2019; Campos/Marín-González 2020; Dematteis/Barale/Corno et al. 2021; Feenstra 2021; de Wilde 2021). Darüber hinaus zeigen sich in der Gestaltung der Energiewende normative und epistemologische Leerstellen, die u.a. zur Entpolitisierung von Energiewendeprozessen sowie der Externalisierung negativer Auswirkungen der Energiewende führen (Bell/Dagget/Labuski 2020; Johnson/Han/Knight et al. 2020; Lieu/Sorman/Johnson et al. 2020; Feenstra 2021). Gleichzeitig sind Energiewendeprozesse oft von einem einseitigen Fokus auf ökonomisches Wachstum sowie auf technologische Lösungen und Innovationen geprägt (Fraune 2015; Daggett 2018; Brown/Spiegel 2019; Amigo-Jorquera/Lyons/Stephanes 2019; Lieu/Sorman/Johnson et al. 2020; Mang-Benza 2021). Die Kategorie Geschlecht kann hier als Eye-Opener genutzt werden, um theoretische und empirische Leerstellen bei der Gestaltung der Energiewende zu identifizieren, und Hierarchien, Machtverhältnisse und Gerechtigkeitsfragen in raumbezogenen Transformationsprozessen der Energiewende in

den Blick zu nehmen und zu systematisieren (Hofmeister/Katz/Mölders 2013; Herdlitschka/Kapitza 2023; Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.).

Doch während die Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu Energiewende und Geschlecht in den vergangenen Jahren auffällig angestiegen ist, werden Geschlechterperspektiven mit raumwissenschaftlicher und planungsbezogener Forschung zur Energiewende bislang kaum systematisch verbunden. An dieser Schnittstelle, an der die Arbeiten zu Geschlecht, Macht und Energiewende zusammenkommen, setzt unsere Forschung an. Insbesondere in den Themenfeldern Landschaft und Governance lassen sich macht- und herrschaftskritische Forschungen identifizieren, die anschlussfähig an die Analysen der Geschlechterforschung sind. In der landschaftsbezogenen Forschung finden sich hier bspw. Arbeiten zu Veränderungen und Neukonfigurationen dichotomer (Raum-)Beziehungen in Energiewendeprozessen, bspw. zwischen Stadt und Land, zentral und dezentral, Zentrum und Peripherie, öffentlich und privat, Natur und Technik (Beckmann/Gailing/Hülz et al. 2013; Moss/Gailing/Kern et al. 2013; Sijmons/van Dorst 2013; Monstadt 2015; Bridge/Gailing 2020), zur räumlichen Verteilung und Externalisierung von Gewinnen, Auswirkungen und Kosten der Energiewende in Bezug auf Energielandschaften (Gailing/Hüesker/Kern et al. 2013; Moss/Gailing/Kern et al. 2013; Pasqualetti 2013; Bosch/Schmidt 2020; Bridge/Gailing 2020; Sovacool 2021) oder zur Rolle von Macht und Materialität in Energiewendeprozessen – vor allem mit Blick auf Macht- und Besitzverhältnisse oder die Einschreibung von Hierarchisierungen und Machtasymmetrien in Energielandschaften bspw. anhand ihres Energiepotenzials (Moss/Gailing/Kern et al. 2013; Bridge/Gailing 2013; Sovacool 2021). Wir verorten unsere Forschung also an der Schnittstelle von geschlechterbezogener Energiewendeforschung und macht- und herrschaftskritischer Raum- und Planungswissenschaft, gehen auf existierende Leerstellen ein und verbinden so bislang noch lose Forschungsstränge miteinander.

Ein weiterer zentraler Ausgangspunkt des Forschungsprojekts ist dessen Einbettung in die inter- und transdisziplinär ausgerichtete Soziale Ökologie. Ausgangspunkt der Sozialen Ökologie ist die Auseinandersetzung mit hybriden Krisenphänomenen (bspw. der Energiekrise), in denen natürliche und gesellschaftliche Prozesse und Produkte unmittelbar verbunden sind. In der (deutschen) Nachhaltigkeitsforschung werden diese Verbindungen über das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Becker/Jahn 2006) konkretisiert. Die dynamischen Beziehungsmuster zwischen Gesellschaft und Natur werden darin als Zentralreferenz gesetzt und zugleich als Erkenntnisobjekt

verstanden. Im Kern geht es darum, das Zusammenspiel materiell-physischer und symbolisch-diskursiver Aspekte von Natur-Gesellschafts-Beziehungen zu verstehen und jenseits einseitiger Kulturalisierungen oder Naturalisierungen nach ihrer nachhaltigen Gestaltung zu fragen (vgl. Mölders i. d. B.).

Der Mehrwert von Geschlechterperspektiven für dieses Forschungsfeld besteht im Wesentlichen auf zwei Ebenen: Erstens werden Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse als sich gegenseitig strukturierend verstanden (Hummel/Schultz 2011: 223). Geschlechterverhältnisse werden damit zu einem relevanten inhaltlichen Aspekt der Auseinandersetzung um Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen wie der Energiewende. Zweitens können Geschlechterperspektiven dabei helfen, das Vermittlungsverhältnis materiell-physischer und symbolisch-diskursiver Aspekte von Gesellschaft und Natur insofern deutlich zu machen, als dass die (historisch gewachsene) Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht eben auch die Dekonstruktion dualistischer Beschreibungen ermöglicht.

Methodik

Ausgehend von diesen vielfältigen Bezugnahmen auf Arbeiten zu Energiewende und Geschlecht, macht- und herrschaftskritische Planungsforschung sowie die Soziale Ökologie und die hierin angelegte Verbindung zwischen gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen konkretisieren wir unsere Forschung wie folgt: Wir fokussieren erstens auf sogenannte Phasing-In-Prozesse der Energiewende, also den Ausbau erneuerbarer Energien, mit einem besonderen Fokus auf Energielandschaften, die durch den Ausbau erneuerbarer Energien entstehen. Zweitens konzeptualisieren und analysieren wir Energielandschaften als räumlichen Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Dankers/Herdritschka/Kapitza et al. 2024; Mölders 2017). Dadurch betonen wir zum einen die Materialität von Energielandschaften, heben aber gleichzeitig deren Einbettung in symbolische Ordnungen, Deutungszusammenhänge und soziale Konstruktionen hervor. Drittens operationalisieren wir Geschlechterperspektiven als Analyseperspektiven, indem wir auf eine Systematisierung von vier Geschlechterperspektiven zurückgreifen, die sich an der Schnittstelle von Geschlechter-, Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung als besonders tragfähig erwiesen haben: Geschlecht als Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie sowie als epistemologische Kategorie (Hofmeister/Katz 2011; Hofmeister/Katz/Mölders 2013). Wir entwickeln diese Systematisie-

rung weiter, indem wir sie um intersektionale Zugänge ergänzen und die epistemologische Kategorie so konkretisieren, dass das »erweiterte Erkenntnispotenzial« (Schön 2005: 81) der Geschlechterforschung über die Kategorie Geschlecht hinaus deutlich wird (Dankers/Herditschka/Kapitza et al. 2024). Die Auseinandersetzung mit den vier Geschlechterperspektiven und ihrer Weiterentwicklung begleitete uns über den gesamten Forschungsprozess hinweg.

Um die Weiterentwicklung von Geschlechterperspektiven als Analyseperspektiven für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende empirisch zu erproben, haben wir im Rahmen unserer Forschung zwei Fallstudien durchgeführt: Wir haben sowohl den Ausbau von Windkraftanlagen im nordhessischen Reinhardswald als auch den Ausbau von Solar- und Windanlagen auf ehemaligen Braunkohlabbauflächen in Jänschwalde in der brandenburgischen Lausitz untersucht. In beiden Fällen wurden in einer qualitativen Interviewstudie die an den Planungs- und Ausbauprozessen beteiligten Akteur:innen zur Energiewende in der Region, dem Status quo der Energielandschaften und damit verbundenen Planungsprozessen befragt. Für die Auswertung der Interviews haben wir uns an dem von Kruse vorgeschlagenen Integrativen Basisverfahren orientiert (Kruse 2014: 462ff.). Dieses Verfahren verfolgt den Anspruch, im Verlauf einer »offenen, (mikro-)sprachlich-deskriptiven Analyse eines Textes« (ebd.: 463) verschiedene forschungsgegenständliche und methodische Analyseheuristiken zu verwenden, »um so die zentralen Sinnstrukturen in einem Prozess der fortschreitenden Abstrahierung herauszuarbeiten« (ebd.). In diesem Rahmen konnten wir die Geschlechterperspektiven als Analyseheuristik erproben und im Hinblick auf Differenz-, Struktur-, Prozesskategorie und epistemologische Kategorie das Zusammenspiel physisch-materieller und symbolisch-diskursiver Relevanzen kritisch analysieren.

Eine zentrale Prozess- und Ergebnisdokumentation sowohl der theoretischen Konzeptualisierungen als auch deren empirischer Erprobung stellt die Entwicklung einer planungswissenschaftlichen Heuristik dar (vgl. Dannenberg i. d. B.). Diese Heuristik ermöglicht es, substanzielle und prozedurale Aspekte räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende aus Geschlechterperspektiven zu analysieren. Im Ergebnis entstehen dabei erkenntnisleitende Fragen für die Dekonstruktion und Analyse von Macht- und Herrschaftsaspekten in räumlichen Transformationsprozessen der Energiewende. Unsere Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse bilden die Vielfalt methodologischer und theoretischer Ansätze und Konzepte ab und stel-

len gleichzeitig Zusammenhänge zwischen Raum-, Nachhaltigkeits- und Geschlechterforschung her.

Dank

An dieser Stelle möchten wir uns herzlich für das kontinuierliche und konstruktive Feedback bei den Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats bedanken, die die Qualität der Forschung stets kritisch geprüft und eingefordert haben und damit direkt und indirekt in dieses Buch involviert sind: Assoc. Prof. Dipl.-Ing. Dr. Doris Damyanovic, Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien, Dr. Andrea Amri-Henkel (IZES/Leuphana Universität Lüneburg), Apl. Prof. Dr. Helga Kanning (sustainify/Leibniz Universität Hannover), Dr. Sandra Huning (TU Dortmund), Prof. Dr. Matthias Bergmann (ISOE/Leuphana Universität Lüneburg), Prof. Dr. Ingrid Breckner (HafenCity Universität Hamburg), Prof. Dr. Ludger Gailing (Brandenburgische Technische Universität Cottbus Senftenberg), Prof. Dr. Sabine Hofmeister (Leuphana Universität Lüneburg), Prof. Dr. Dr. Olaf Kühne (Universität Tübingen), Prof. Dr. Jochen Monstadt (Utrecht University), Prof. Dr. Irmi Seidl (Eidg. Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf). Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei den Teilnehmenden eines Workshops zu Projektionen gerechter Energielandschaften, den wir im Rahmen des Forschungsprojekts an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft im Frühjahr 2024 durchgeführt haben. Die Perspektiven aus Planungswissenschaft und geschlechtersensibler Planungspraxis haben unsere Auseinandersetzung zur praktischen Umsetzbarkeit der im Projekt entstandenen Heuristik sehr bereichert. Herzlichen Dank auch an Dr. Susanne Schön für die Vor- und Nachbereitung sowie die Moderation dieses Workshops. Unser Dank gilt ebenso den im Projekt beteiligten studentischen Mitarbeiterinnen, Johanna Dankers, Anna Finn, Lina Kieseritzky, Lukas Klassen und Melissa Muhr, die uns zu Beginn des Projekts und der Analyse des umfangreichen Interviewmaterials wertvoll unterstützt haben. Die Inhalte der empirischen Erhebungen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Erkenntnisse. Ohne die Zeit und Bereitschaft unserer Interviewpartner:innen, mit uns zu sprechen, wären diese nicht möglich gewesen. Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich dafür bedanken, dass sie ihre Sichtweisen und Erfahrungen mit uns geteilt haben.

Führung durch das Buch

Im ersten Teil des Buchs »**Raumbezogene Transformationen der Energiewende**« werden die im Projektkontext genutzten Ansätze und analytischen Konzepte vorgestellt und mit Diskursen zu Macht, Gender und Energielandschaften verknüpft. Den Anfang macht ein Beitrag von Tanja Mölders, in dem zentrale Bezugspunkte des Projekts vertieft werden: Ausgehend von der Sozialen Ökologie zeichnet sie die immanente Verwobenheit von gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen nach und entwickelt einen kritisch-analytischen Transformationsbegriff. Berücksichtigt wird hier einerseits, dass Planung permanent räumliche Transformationen gestaltet, es jedoch auf deren nachhaltigkeitsbezogene Zielsetzungen ankommt. Andererseits wird deutlich, dass die Energiewende als ein Projekt räumlicher Transformationen nicht allein in Bezug auf eine »politisch-staatlich vermittelte Intervention in Entwicklungspfade« (Brand 2014: 249) betrachtet werden kann, sondern mit Fokus auf gesellschaftliche Verhältnisse, die sie verändert oder verfestigt, in den Blick genommen werden muss. In Bezug auf Transformationen von Energielandschaften stellt Mölders das Konzept gesellschaftlicher Raumverhältnisse in den Vordergrund, das gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse um die Kategorie Raum erweitert.

Die beiden folgenden Beiträge von Olaf Kühne und Ludger Gailing stellen theoretische Perspektiven vor, die in Bezug auf den vorliegenden Band von zentraler Bedeutung sind und die Perspektiven des Forschungsprojekts erweitern. Ausgehend vom Neopragmatismus schildert Kühne die Bedeutung inverser Landschaften für die Energiewende: Wenn es möglich ist, Energielandschaften auf verschiedene Art und Weise zu denken, können sich Potenziale sowohl für den Entwurf von geschlechtergerechten Energielandschaften als auch für die Transformation von Energiewendekonflikten entfalten. Welche Energielandschaft materialisiert wird, ist dann, wie Kühne zeigt, abhängig von Machtverhältnissen. Gailing fokussiert in seinem Beitrag auf Gerechtigkeit und deren Bedeutung für die Raumentwicklung: Ausgehend von verschiedenen Analysekatégorien der Raumgerechtigkeit legt er deren Zusammenspiel dar und zeigt die Verbindung zu Fragen der Geschlechtergerechtigkeit auf. Empirisch wird diese Verbindung im gesamten Forschungsfeld immer wieder deutlich und ist als konzeptueller Anker somit hoch relevant. Im Interview mit Prof. Dr. Axel Prieb (Präsident der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) und Dr. Julia Gabler (Vertretungsprofessorin am Institut für Transformation,

Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) an der Hochschule Zittau/Görlitz) werden die Beiträge des ersten Teils um Perspektiven aus der Praxis bereichert. Dabei betont Julia Gabler die Rolle des Ökonomischen in raumbezogenen Transformationsprozessen und verdeutlicht den Beitrag feministischer Perspektiven für ein erweitertes Ökonomieverständnis. Axel Priebis zeichnet einen Wandel von Planungsverständnissen nach und thematisiert das Verhältnis von Politik und Planung im Kontext sozial-ökologischer Transformationen.

Einwurf...

An verschiedenen Stellen des Buchs finden sich sogenannte »Einwürfe« – kleine Dialoge, in denen Ideen zur nachhaltigen und gerechten Gestaltung der Energiewende diskutiert werden. Die Ideen stammen (in ähnlicher Weise) aus unseren Interviews mit verschiedenen Expert:innen der Energiewende. 29 solcher Ideen haben wir aus dem Interviewmaterial extrahiert und eine Auswahl auf einem transdisziplinären Workshop mit Planer:innen diskutiert. Susanne Schön (Inter3.de) hat vier dieser Ideen erzählerisch aufgearbeitet (Illustration: Katrina Günther, thinking-visual.com) und die Ergebnisse und Argumentationen des Workshops in der Rolle der »Planner:in« festgehalten. Dabei präsentiert die »Geschlechterforscher:in« mit ihren Einschätzungen die im Projekt erarbeiteten Perspektiven auf eine geschlechtergerechte Energiewende und macht diese Sichtweisen anhand konkreter Maßnahmen in raumbezogenen Transformationen nachvollziehbar.

Der zweite Teil des Buchs »**Geschlechterperspektiven und Energiewende**« baut auf diesem konzeptionellen Rahmen auf und spezifiziert ihn in Bezug auf Geschlechterperspektiven und Energiewende. Die ersten beiden Beiträge entwickeln und diskutieren eine Heuristik zur Analyse raumbezogener Transformationen der Energiewende durch verschiedene Perspektiven der Geschlechterforschung. Theresa Herdlitschka, Johanna Dankers, Miriam Kienesberger, Katharina Kapitza und Tanja Mölders konkretisieren die in der geschlechterbezogenen Nachhaltigkeitsforschung entwickelte Unterscheidung von Geschlecht als Differenz-, Struktur-, Prozesskategorie und epistemologische Kategorie (Hofmeister/Katz 2011; Hofmeister/Katz/Mölders 2013) insbesondere für intersektionale und epistemologische Perspektiven. Ferner zeigen sie anhand der Systematisierung energiewendebezogener Forschung auf, welche Analysefragen aus den vier Perspektiven entwickelt werden können. Janina Dannenberg lenkt den Blick auf die Fallstudien des Projekts

und unterfüttert so die Heuristik empirisch. Hierbei entwickelt sie exemplarisch Gestaltungshinweise für die Energiewende. Es wird deutlich, welche Zugänge zu einer kritischen feministischen Perspektive auf Planungsprozesse die Heuristik »EnerGesch« unterschiedlichen Nutzer:innen ermöglichen kann.

Im letzten Beitrag dieses Teils zeigen Sandra Huning und Tanja Mölders Möglichkeiten auf, die Kategorie Geschlecht in den Fokus von Planung zu rücken. Dazu setzen sie sich kritisch mit Ansätzen des Gender Plannings auseinander und fragen nach Möglichkeiten der Integration sozial-ökologischer Perspektiven. Das in diesem Beitrag herausgearbeitete Spannungsfeld von Dekonstruktion und Pragmatismus erscheint als weiterführende Systematisierung zur Verortung unterschiedlicher planerischen Ansätze im Kontext raumbezogener Transformationen.

Teil III dieses Buchs widmet sich **empirischen Arbeiten zur Energiewende**. Die beiden ersten Beiträge von Janina Dannenberg und Melissa Muhr sowie von Theresa Herdlitschka geben einen Einblick in die im Projekt untersuchten raumbezogenen Transformationskontexte. Anhand von relevanten Themenschwerpunkten aus dem Interviewmaterial werden Machtverhältnisse in Transformationsprozessen beleuchtet und Verbindungen zu Diskursen aus der Geschlechterforschung hergestellt. Katharina Kapitza und Johanna Dankers arbeiten in ihrem Beitrag heraus, inwiefern Argumentationen von Windkraftgegner:innen im Reinhardswald Anknüpfungsmöglichkeiten für Narrative rechter Ökologien bieten. Hierfür nutzen sie Perspektiven der Geschlechterforschung, die sich ein weiteres Mal als außerordentlich produktiv für das Verständnis gesellschaftlicher Naturverhältnisse erweisen.

Mit dem Blick auf die Themenfelder Mobilität sowie Klimaanpassung in Wohnquartieren behandeln die beiden anschließenden Beiträge Themenbereiche raumbezogener Transformationen, die ein enges, allein auf Energieerzeugung fokussiertes Energiewendeverständnis erweitern. Andrea Amri-Henkel, Yue Zheng und Betriska Lukas wenden die in unserem Projekt genutzten Geschlechterperspektiven (vgl. Hofmeister/Katz/Mölders 2013) auf die Bedürfnisse und Suffizienzbereitschaft verschiedener sozialer Gruppen (Differenzperspektive) an. Sie arbeiten auch heraus, welche strukturellen Bedingungen für diese relevant und als sozialer Platzanweiser wirksam werden (Struktur- und Prozessperspektive). Die transdisziplinäre Forschung, aus der Helga Kanning und Bianca Richter berichten, verfolgt zunächst keinen dezierten geschlechtertheoretischen Zugang. Im Beitrag wird dennoch deutlich,

welche wichtige Rolle auch hier Geschlecht einnimmt, bspw. in Bezug auf Verantwortungszuweisungen für private Klimaanpassungsmaßnahmen oder auf die Gestaltung von Partizipationsmaßnahmen. Der Blick auf diese und andere Ungleichheitskategorien kann somit für sehr unterschiedliche Projekte raumbezogener Transformation eine Bereicherung darstellen, selbst wenn sich ihre Relevanz nicht auf den ersten Blick erschließt.

Im Fazit des Buchs, das wir als vorläufig begreifen, entwickeln wir mit Hinblick auf den gesamten Band und das abgeschlossene Forschungsprojekt weiterführende Gedanken, Impulse und einen Ausblick zur zukünftigen Gestaltung der Energiewende. Geleitet werden diese abschließenden Überlegungen von der Maxime »Gewissheiten infrage stellen« – aus unserer Sicht ein originär feministischer Anspruch.

Literatur

- Ahlborg, H. (2017): Towards a conceptualization of power in energy transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 25, 122–141.
- Allen, E.; Lyons, H.; Stephens, J. C. (2019): Women's leadership in renewable transformation, energy justice and energy democracy. Redistributing power. In: *Energy Research and Social Science*, 57.
- Amigo-Jorquera, C.; Guerrero-González, M. J.; Sannazzaro, J.; Urquiza-Gómez, A. (2019): Does energy poverty have a female face in Chile? In: *Tapuya: Latin American Science, Technology and Society* 2 (1), 378–390.
- ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hg.) (2024): Neue Planungsgrundlagen für erneuerbare Energien – Herausforderungen und Lösungsvorschläge. Hannover. = Positionspapier aus der ARL 145.
- Becker, E.; Jahn, T. (Hg.). (2006): *Soziale Ökologie: Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt a.M., New York.
- Beckmann, K. J.; Gailing, L.; Hülz, M.; Kemming, H.; Leibenath, M.; Libbe, J.; Stefansky, A. (2013): Räumliche Implikationen der Energiewende: Positionspapier. https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/_difu-paper-positionspapier-r11.pdf (28.08.2024).
- Bell, S. E.; Daggett, C.; Labuski, C. (2020): Toward feminist energy systems. Why adding women and solar panels is not enough. *Energy Research and Social Science*, 68.

- Bosch, S.; Schmidt, M. (2020): Ungerechte Energielandschaften: Die Produktion von Raum im Kontext der Transformation des deutschen Energiesystems. In: *Geographica Helvetica* 75 (3), 235–251.
- Brand, U. (2014): Transition and Transformation: Sozialökologische Perspektiven. In: Michael Brie (Hg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster, 242–280.
- Bridge, G.; Gailing, L. (2020): New energy spaces: Towards a geographical political economy of energy transition. In: *Environ Plan A* 52 (6), 1037–1050.
- Brown, B.; Spiegel, S. J. (2019): Coal, climate justice, and the cultural politics of energy transition. In: *Global Environmental Politics* 19 (2), 149–168.
- Campos, I.; Marín-González, E. (2020): People in transitions. Energy citizenship, prosumerism and social movements in Europe. In: *Energy Research and Social Science* 69.
- Daggett, C. (2018): Petro-masculinity. Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: *Millennium: Journal of International Studies*, 47 (1), 25–44.
- Dankers, J.; Herdlitschka, T.; Kapitza, K.; Mölders, T. (2024): Energielandschaften nachhaltiger gestalten? Geschlechterperspektiven auf räumliche Transformationsprozesse der Energiewende. In: Leibenath, M.; Gailing, L.; Birnbaum, A. (Hg.): *Landscapes for Future – Landschaften und sozial-ökologische Transformationen*. Wiesbaden, 133–151.
- de Wilde, Mandy (2021): »A Heat Pump Needs a Bit of Care«. On Maintainability and Repairing Gender–Technology Relations. In: *Science Technology and Human Values* 46 (6), 1261–1285.
- Dematteis, E. M.; Barale, J.; Corno, M.; Sciallo, A.; Baricco, M.; Rizzi, P. (2021): Solid-state hydrogen storage systems and the relevance of a gender perspective. In: *Energies* 14 (19).
- Feenstra, M. (2021): Gender just energy policy: engendering the energy transition in Europe.
- Fraune, C. (2015): Gender matters. Women, renewable energy, and citizen participation in Germany. In: *Energy Research & Social Science* 7, 55–65.
- Gailing, L.; Hüesker, F.; Kern, K.; Röhring, A. (2013): Die räumliche Gestaltung der Energiewende zwischen Zentralität und Dezentralität. = IRS Working Paper 51.
- Herdlitschka, T.; Kapitza, K. (2023): Energiewende und Gerechtigkeit: Geschlechterperspektiven als Augenöffner. In: *politische ökologie* 172, 60–65.
- Hofmeister, S.; Katz, C. (2011): Naturverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Nachhaltigkeit. In: Groß, M. (Hg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden, 365–398.

- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (2013): Grundlegungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.), *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Opladen, Berlin, Toronto, 33–76.
- Hummel, D.; Schultz, I. (2011): Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse: Perspektiven Sozialer Ökologie in der transdisziplinären Wissensproduktion. In: Scheich, E.; Wagens, K. (Hg.): *Körper Raum Transformation. Gender-Dimensionen von Natur und Materie*, Münster, 218–233.
- Johnson, O. W.; Han, J. Y.-C.; Knight, A.-L.; Mortensen, S.; Aung, M. T.; Boyland, M.; Resurrección, B. P. (2020): Intersectionality and energy transitions. A review of gender, social equity and low-carbon energy. In: *Energy Research and Social Science* 70.
- Kanning, H.; Mölders, T.; Hofmeister, S. (2016): Gendered energy – Analytische Perspektiven und Potenziale der Geschlechterforschung für eine sozial-ökologische Gestaltung der Energiewende im Raum. In: *Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning*, 74 (3), 213–227.
- Kruse, J. (2014): *Qualitative Interviewforschung*. Beltz Juventa.
- Lieu, J.; Sorman, A. H.; Johnson, O. W.; Virla, L. D.; Resurrección, B. P. (2020): Three sides to every story. Gender perspectives in energy transition pathways in Canada, Kenya and Spain. In: *Energy Research and Social Science* 68.
- Mang-Benza, C. (2021): Many shades of pink in the energy transition. Seeing women in energy extraction, production, distribution, and consumption. In: *Energy Research and Social Science* 73.
- Mölders, T. (2017): Gesellschaftliche Raumverhältnisse. Ein Forschungsprogramm zu den Verbindungen von ›Natur‹ ›Raum‹ und ›Geschlecht‹. In: Onnen, C.; Rode-Breyman, S. (Hg.): *Zum Selbstverständnis der Gender Studies. Methoden – Methodologien – theoretische Diskussionen und empirische Übersetzungen*. Opladen, Berlin, Toronto, 89–105.
- Monstadt, J. (2015): European Power Grids: Raumwissenschaftliche Perspektiven zur Transformation europäischer Energienetze. In: *Nachrichten – Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung* 45, 4–6.
- Moss, T.; Gailing, L.; Kern, K.; Naumann, M.; Röhring, A. (2013): *Energie als Gemeinschaftsgut? Anregungen für die raumwissenschaftliche Energieforschung*. = Working Paper, No. 50, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS).

- Pasqualetti, M. J. (2013): Reading the Changing Energy Landscape. In: Stremke, S.; van den Dobbelsteen, A. (Hg.): Sustainable Energy Landscapes. Designing, Planning, and Development, 11–44.
- Radtke, J.; Ohlhorst, D. (2021): Community Energy in Germany – Bowling Alone in Elite Clubs? In: Utilities Policy 72, 101269.
- Reusswig, F.; Lass, W.; Bock, S. (2022): Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie. In: Zilles, J.; Drewing, E.; Janik, J. (Hg.): Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt. Bielefeld, 183–202.
- Schön, S. (2005): Gender in der Sozial-ökologischen Forschung: Ja! Aber wie?: Orientierende Hinweise aus dem Forschungsverbund »Blockierter Wandel?«. In: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien 23 (1/2), 78–84.
- Sijmons, D.; van Dorst, M. (2013): Strong feelings: Emotional landscape of wind turbines. In: Stremke, S.; van den Dobbelsteen, A. (Hg.): Sustainable Energy Landscapes. Designing, Planning, and Development. Boca Raton, 45–67.
- Sovacool, B. K. (2021): Who are the victims of low-carbon transitions? Towards a political ecology of climate change mitigation. In: Energy Research & Social Science, 73, e101916.

Teil 1: Raumbezogene Transformationen und Energiewende

Sozial-ökologische Perspektiven auf raumbezogene Transformationen der Energiewende

Entwicklung eines Forschungszugangs

Tanja Mölders

1. Einleitung

Die Versorgung von Menschen und Gesellschaften mit Energie ist per se ein sozial-ökologisches Phänomen: Sogenannte natürliche Ressourcen werden gesellschaftlich als Energieträger angeeignet, was zu materiell-physischen Veränderungen der Natur führt. In diesen gesellschaftlich hergestellten Materialitäten manifestieren sich die vergangenen und gegenwärtigen Spuren der Energiegewinnung, z.B. in Form von Braunkohletagebauten, Gaskraftwerken oder Windkraftanlagen. Und auch in die Zukunft schreiben sich die unterschiedlichen Formen der Energiegewinnung ein – aus aktiven Tagebauten werden Bergbaufolgelandschaften und die hochradioaktiven Brennelemente, die als ›Abfall‹ der Atomenergienutzung entstehen, stellen heutige und zukünftige Generationen vor die schwierige Aufgabe der Endlagerung. Dabei wird aus den genannten Beispielen deutlich, dass solcherart Aneignungen und materielle Veränderungen von Natur immer auch symbolisch-diskursiv besetzt sind. Diese Verbindung materiell-physischer und symbolisch-diskursiver Vergesellschaftung von Natur zeigt sich insbesondere in den Debatten und Konflikten um Energielandschaften. Hier steht die Bewertung von Landschaften als erhaltenswerte Natur- oder Kulturlandschaften der Problematisierung von Landschaftsveränderungen durch z.B. Windkraftanlagen gegenüber (Gailing 2018; Kühne 2018).

Diesem Verständnis von Energieerzeugung und -versorgung als sozial-ökologische Vermittlungsverhältnisse folgend, lässt sich die Energiewende als sozial-ökologische Transformation begreifen, die wiederum in politische und technologische Transformationsprozesse eingebettet ist. Ihr Ziel

ist eine nachhaltige Energieerzeugung, die – neben der Verringerung des Energiebedarfs durch Effizienzsteigerungen – durch den Rückbau fossiler und nuklearer Energiegewinnung (Phasing-Out) bei gleichzeitigem Ausbau erneuerbarer Energien (Phasing-In) realisiert werden soll (Leibenath/Lintz 2018: 92).

Sichtbar – und damit auch empirisch erfahrbar – wird die Energiewende u. a. im Raum. Auf der räumlichen Ebene verändern sich Strukturen (z. B. durch den Ab- oder Ausbau von Infrastrukturen oder durch den Wegfall und die Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen) und Funktionen (z. B. in Form unterschiedlicher Nutzungen). Räume werden so zum Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse – »[i]n ihnen verbinden sich materiell-physische und symbolische Dimensionen des Ökologischen, Wirtschaftlichen und Sozialen« (Forschungsverbund »Blockierter Wandel«? 2007: 32, mit Verweis auf Mölders/Thiem 2005).

Doch nicht nur empirisch, sondern auch konzeptionell sind die Kategorien Raum und Natur miteinander verbunden. Es gilt – im Sinne des Vermittlungsverhältnisses –, die wechselseitige Konstitution von Raum und Gesellschaft anzuerkennen und die materiell-physischen sowie symbolisch-diskursiven Beziehungsaspekte in den Blick zu nehmen (Sander/Becker 2022; Mölders 2017, 2021, 2024).

Die Entwicklung von Räumen obliegt in Deutschland der Raumordnung, die sich seit der Novelle des Raumordnungsgesetzes (ROG) 1998 an der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung orientiert. Damit ist die räumliche Planung de jure der Nachhaltigkeit verpflichtet und eine Planung von Nachhaltigkeitstransformationen. Das dies de facto jedoch vielfach nicht der Fall ist, belegen nicht nur räumliche Entwicklungen im Energiesektor (Mölders 2022). Mit der Energiewende ist die räumliche Planung und damit die ihr zur Verfügung stehenden formellen sowie informellen Instrumente in besonderer Weise dazu aufgefordert, prozedurale und substanzielle Beiträge zu Nachhaltigkeitstransformationen zu leisten (vgl. Hülz/Mölders i. d. B.). Die Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Windenergie in Deutschland sowie die mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine einhergehende »Energiekrise« verdeutlichen die Internationalität, Komplexität und Nichtlinearität der Prozesse, innerhalb derer räumliche Planung zu agieren hat.

Die hier skizzierte Argumentation formuliert das Problemverständnis und Erkenntnisinteresse des vorliegenden Beitrags. Erstens geht es darum, die zentralen konzeptionellen Merkmale gesellschaftlicher Naturverhältnis-

se zu erfassen. Dazu werden im Folgenden zunächst die Soziale Ökologie und das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse eingeführt. Neben konzeptionellen Grundlegungen geht es dabei auch darum, die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen für gesellschaftliche Naturverhältnisse zu skizzieren und einen kritisch-analytischen Transformationsbegriff zu entwickeln (Abschnitt 2). Zweitens wird mit dem Ansatz der gesellschaftlichen Raumverhältnisse die Bedeutung der Kategorie Raum für sozial-ökologische Transformationen und deren Regulation durch Planung ausgearbeitet und am Beispiel von Energielandschaften ausbuchstabiert (Abschnitt 3). Mit Blick auf die Energiewende geraten in dieser Perspektive die Energielandschaften als räumlicher Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse in den Blick. Entsprechend geht es in Abschnitt 4 um die Frage, wie sich Energielandschaften als gesellschaftliche Raumverhältnisse verstehen und gestalten lassen. Im Sinne eines Fazits fasst dieser Abschnitt die gewonnenen Erkenntnisse als Grundlegungen für den gesamten Band abschließend zusammen. Der Beitrag will sowohl zu einem besseren Verständnis der Energiewende jenseits technikzentrierter Betrachtungen beitragen als auch sozial-ökologische Transformationsforschung weiterentwickeln.

2. Soziale Ökologie als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen

Die sozial-ökologische Perspektive, die in diesem Beitrag vertreten wird, bezieht sich auf die Soziale Ökologie als Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen (Becker/Jahn 2006a; Becker/Hummel/Jahn 2011; Hummel/Jahn/Kramm et al. 2023). Diese Perspektive, die in der deutschsprachigen Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitsforschung seit Mitte der 1980er Jahre entwickelt wird, ermöglicht es, die materiellen und symbolischen Verbindungen zwischen Natur und Gesellschaft konzeptionell zu beschreiben und empirisch zu untersuchen. Als inter- und transdisziplinär ausgerichtete »Krisenwissenschaft« adressiert die Soziale Ökologie entsprechend sozial-ökologische Krisen und fragt danach, wie diese Krisen durch sozial-ökologische Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit überwunden werden können.

Mit dem Rahmenkonzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse existiert ein kritischer Denkraum als konzeptionelle Orientierung, um Natur-Gesellschafts-Beziehungen zu analysieren und zu gestalten (vgl. Abschnitt

2.1). Dabei war die Kategorie Geschlecht von Beginn an konstitutiver Bestandteil der Sozialen Ökologie. Die mehrdimensionalen Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen sind im Forschungsbereich Gender & Environment dokumentiert (Mölders 2013) (vgl. Abschnitt 2.2). Die Fragen nach der grundsätzlichen Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse und nach sozial-ökologischen Transformationen im Sinne von normativ ausgerichteten Nachhaltigkeitstransformationen hat insbesondere in jüngeren Arbeiten der Sozialen Ökologie an Bedeutung gewonnen (Hummel/Jahn/Kramm et al. 2023). Im heterogenen Feld der sozial-ökologischen Transformationsforschung bietet die Frage nach den gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen die Möglichkeit, kritisch-analytische Perspektiven auf die strukturellen Bedingungen sozial-ökologischer Krisen und ihrer Bearbeitung zu entwickeln (vgl. Abschnitt 2.3).

2.1 Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als Rahmenkonzept

Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse lässt sich sowohl für theoretische Reflexionen als auch für die empirische Erforschung von Natur-Gesellschafts-Beziehungen nutzen. Dazu werden zwei Diskursebenen unterschieden: erstens die Ebene der begrifflichen Allgemeinheit, auf der versucht wird, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft zu bestimmen, sowie zweitens die Ebene der empirischen Besonderheiten, auf der »die Beziehungen einzelner Menschen in konkreten Situationen oder die bestimmter gesellschaftlicher Teilbereiche zu ihrer jeweiligen natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt untersucht werden« (Becker/Jahn 2003: 100)¹.

Indem das Konzept einerseits nur vage umrissen ist, d.h. plastisch genug ist, »um es an unterschiedliche Projekte und an unterschiedliche theoretische und methodische Zugänge anzupassen«, und es andererseits robust genug

1 In jüngeren Arbeiten zur Sozialen Ökologie wird argumentiert, dass gesellschaftliche Naturverhältnisse erst durch die Hinzunahme weiterer Ansätze, wie die der Sozial-ökologischen Systeme (Social-Ecological Systems, SES), empirisch zugänglich werden. Dies erscheint insofern verwunderlich, als das mit dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bereits eine »Forschungsheuristik« (Kruse 2010: 71) existiert, die in zahlreichen empirischen Forschungen zur Anwendung gebracht wurde (z.B. Forschungsverbund »Blockierter Wandel?« 2007; Kruse 2010; Mölders 2010). Außerdem sind mit SES Annahmen in Bezug auf ökologische Systeme verbunden, die aus Perspektive der Sozialen Ökologie z.T. als reduktionistisch erscheinen.

ist, »um für die Soziale Ökologie insgesamt identitätsstiftend zu wirken«, stellt es ein »konzeptionelles *Grenzobjekt*« dar (Becker/Jahn 2006a: 169, Hervorh. i. Orig.). Den kognitiven Theoriekern dieses Rahmenkonzepts bilden formale Operationen wie das Unterscheiden und Verbinden in Natur-Gesellschafts-Beziehungen sowie materiell-physische und symbolisch-diskursive Beziehungsaspekte (Becker/Hummel/Jahn 2011: 84).

Natur und Gesellschaft unterscheiden und verbinden

Schon Ende der 1990er Jahre haben Jahn und Wehling drei zentrale Momente (Axiome) beschrieben, die das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in theoretischer Hinsicht ausmachen: »die Vorstellung eines unaufhebbaaren Zusammenhangs von Natur und Gesellschaft, die Behauptung einer Differenz zwischen ihnen sowie die These der historischen Konstitution dieser Differenz« (Jahn/Wehling 1998: 82). Natur und Gesellschaft stellen demnach die aufeinander bezogenen gegensätzlichen Pole einer Differenz dar. Die Bezogenheit wird darin gesehen, dass Natur überhaupt erst durch gesellschaftliche Wahrnehmung (symbolisch-diskursive Ebene) und Bearbeitung (materiell-physische Ebene) zugänglich wird (ebd.: 83).

Mit diesen Überlegungen wurde bereits vor über 30 Jahren die Frage nach dem Verhältnis von Natur und Gesellschaft mit Blick auf ihre Unterschiedlichkeit und Unterscheidbarkeit einerseits sowie ihre wechselseitige Durchdringung andererseits zu einem zentralen Aspekt der Konzeptualisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Die Unterscheidung von Natur und Gesellschaft als »problematische Leitdifferenz« (Becker 2003: 189) stellt ein wesentliches Merkmal sowohl der theoretischen als auch empirischen Forschungen zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen dar. Dabei geht es vor allem »auch darum, durch eine *doppelseitige* Kritik naturalistische und kulturalistische Reduktionen und Fehlschlüsse zurückzuweisen« (Becker/Hummel/Jahn 2011: 90, Hervorh. i. Orig.), die die Natur-Gesellschafts-Beziehungen zugunsten eines der beiden Pole – Natur oder Gesellschaft – auflösen (vgl. Kropp 2002). Im Kanon der vielfältigen Ansätze, die die Beziehungen zwischen Natur und Gesellschaft zu erklären versuchen, lässt sich das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse deshalb als »differenztheoretisches Vermittlungskonzept« (Becker/Jahn/Hummel 2006: 197) beschreiben. Mit dieser etwas sperrig anmutenden Bezeichnung verbindet sich der Anspruch, das Paradox einer Auflösung der Dichotomie von Natur und Gesellschaft sowie ihrer anhaltenden Wirkmächtigkeit zu überwinden (Becker/Jahn 2006b: 164ff., 2006c: 87ff.).

Wirkmächtigkeit entfaltet die Differenz bzw. Differenzierung von Natur und Gesellschaft, indem sie durch gesellschaftliche Unterscheidungspraktiken immer wieder hergestellt wird. Dabei kommt es im praktisch-gesellschaftlichen Kontext zu Auf- und Abwertung einer Seite. Mit der Sozialen Ökologie wird das Ziel verfolgt, solche Unterscheidungs- und Bewertungspraktiken einer Kritik zugänglich zu machen. Dies setzt wiederum ein möglichst genaues, expliziertes und explizierbares Unterscheiden voraus (Becker/Jahn 2006d: 119f.). Denn erst indem die Unterscheidbarkeit von Natur und Gesellschaft vorausgesetzt wird, können deren Bezogenheiten erkannt und die dualistischen Beschreibungspraktiken kritisiert werden (vgl. Becker/Jahn/Hummel 2006: 177). Eine solche kritische Perspektive auf die in Unterscheidungen eingeschriebenen Hierarchisierungen und Marginalisierungen sind unmittelbar mit feministischen Arbeiten zu Natur-Gesellschafts-Beziehungen verbunden (vgl. Abschnitt 2.2).

Materiell-physische und symbolisch-diskursive Beziehungsaspekte

Neben Natur und Gesellschaft sind die stofflich-materiellen (hier als materiell-physisch bezeichneten) und die kulturell-symbolischen (hier als symbolisch-diskursiv bezeichneten) Beziehungsaspekte ein wesentliches Unterscheidungs- und Verbindungsmerkmal im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (vgl. Becker/Hummel/Jahn 2011: 78, 89f.): »Diese Unterscheidung betont einerseits die Materialität sämtlicher Naturverhältnisse, andererseits berücksichtigt sie deren Einbettung in symbolische Ordnungen, Deutungszusammenhänge und soziale Konstruktionen« (ebd.: 78). Ebenso wie die Unterscheidung von Natur und Gesellschaft wird auch diese Trennung als analytische Trennung verstanden – »faktisch durchdringen sich die beiden Dimensionen« (Jahn/Wehling 1998: 84). Dabei wird betont, dass die Komplexität des Vermittlungszusammenhangs Natur-Gesellschaft durch die Hinzunahme von Materialität und Symbolik noch einmal verstärkt wird, denn es lässt sich keine Sortierung vornehmen, wonach Natur materiell und Gesellschaft symbolisch konstituiert ist. Vielmehr sind beide Pole auf unterschiedliche Weise materiell und symbolisch strukturiert.

2.2 Gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse

Die Entwicklung des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse war von Beginn an auch ein feministisches Projekt: Es wurde nach den Verbindungen gesellschaftlicher Natur- und Geschlechterverhältnisse gefragt und

die Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die Soziale Ökologie in einem Forschungsbereich Gender & Environment herausgearbeitet (vgl. Mölders 2013).

Bereits Ende der 1980er legten die Sozialwissenschaftlerin Irmgard Schultz und die Physikerin Elvira Scheich mit ihrer Arbeit »Soziale Ökologie und Feminismus« das Fundament für die feministische Auseinandersetzung in und mit der Sozialen Ökologie (Scheich/Schultz 1987). Dabei lag der sozialwissenschaftliche Beitrag insbesondere in einer gesellschaftskritischen Analyse der Fest- und Fortschreibung von Geschlechterrollen und ihrer hierarchischen Verfasstheit. Die naturwissenschaftliche Perspektive eröffnete einen kritischen Blick auf das Objektivitätspostulat in den Naturwissenschaften (Schultz/Wendorf 2006: 41ff.). Damit beziehen sich die Dimensionen, die von der feministischen Kritik der Geschlechterverhältnisse aufgespannt werden, »auf Gesellschaftstheorie und Wissenschaftskritik gleichermaßen« (Scheich 1987: 44). Mit Blick auf das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wurde postuliert, »dass die sozial-ökologische Krise auf der analytischen Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen vor allem auch als KRISE DER GESCHLECHTERBEZIEHUNGEN thematisiert werden müsste« (Schultz 1987: 2, Hervorh. i. Orig.).

Entsprechend wird die ökologische Krise in der Sozialen Ökologie »mehrdimensional als eine Krise des Politischen, der *Geschlechterverhältnisse* und der Wissenschaft verstanden« (Becker 2006: 53, Hervorh. Mölders). Es wird davon ausgegangen, dass »[d]ie Basisunterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft [...] kulturell immer schon durch andere Unterscheidungen codiert [ist] – hier liegt eine der wesentlichen Ursachen für die gesellschaftsprägende Machtförmigkeit der Geschlechterdifferenz: Die Unterscheidung (als begriffliche Operation) wird in eine Grenzziehung und Ausgrenzung (als soziale Praxis) überführt. Soziale Ökologie als Kritik hat derartige Konstruktionen zu dekonstruieren« (Becker/Jahn 2006e: 25).

Zu dieser Dekonstruktion leistet ein kritisches Verständnis der Kategorie Geschlecht einen wichtigen Beitrag: Als Kritik am Umgang mit Dichotomien wird das sozial-ökologische Geschlechterverständnis auf die wissenschaftliche Unterscheidungspraxis zwischen Gesellschaft und Natur bezogen (Hummel/Schultz 2011: 221). Geschlecht besteht dabei nicht losgelöst von Gesellschaft und Natur, sondern ist untrennbar mit der modernen Gesellschaft-Natur-Unterscheidung verbunden (vgl. Schultz/Hummel/Hayn 2006: 227; Schultz 2006: 377ff.; Hummel/Schultz 2011: 222). Dies bedeutet, dass die sozial-ökologische Kritik an naturalistischen und kulturalistischen Reduk-

tionen und Fehlschlüsse, die Natur- und Geschlechterverhältnisse in gleicher Weise betrifft (vgl. Schultz/Hummel/Hayn 2006: 233; Hummel/Schultz 2011: 221).

Innerhalb der Sozialen Ökologie wird kein einheitlicher Theorieansatz vertreten, der beschreibt, wie gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse konzeptionell verbunden sind. Vielmehr wird auf eine Bandbreite von Ansätzen aus der Feministischen Politischen Ökologie, dem Ökofeminismus sowie der feministischen Naturwissenschafts- und Technikkritik zurückgegriffen. Gleichwohl besteht Einigkeit darüber, dass Geschlechterverhältnisse sowohl als gesellschaftliche Strukturkategorie verstanden werden, »die die Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bestimmt« (Hummel/Schultz 2011: 221), als auch als eine Prozesskategorie, d.h. im Sinne eines »Doing Gender«: »In sozialen Interaktionssituationen werden Geschlechterverhältnisse von Individuen immer wieder neu generiert« (Hummel/Schultz ebd.: 221).

Beide Verständnisse tragen zur Stärkung inter- und transdisziplinärer Perspektiven bei (vgl. Schultz 2006; Schindler/Schultz 2006: 93f.; Hummel/Schultz 2011). Als interdisziplinäre Kategorie vermögen Geschlechterverhältnisse zwischen den Wissenschaftskulturen zu vermitteln. Als transdisziplinäre Kategorie ermöglichen sie, wissenschaftliches Wissen und Alltagswissen zu integrieren. Entsprechend wird die »doppelte Erkenntnisperspektive auf Geschlechterdifferenzen« herausgestellt, die sowohl die Gesellschaft und den Alltag als auch die Wissenschaft in den Blick nimmt (Schultz/Hummel/Hayn 2006: 230). Als inter- und transdisziplinäre Kategorie fungieren Geschlechterverhältnisse als »Eye Opener«: »Sie eröffnen den Blick für soziale Differenzierungen, Hierarchisierungen und Ausgrenzungen, die dann sozial-empirisch erfasst und für das Ausarbeiten der Gestaltungsperspektiven operationalisiert werden können« (Hummel/Schultz 2011: 230f.). Weller (2020) spricht entsprechend von Gender als »Integrationsperspektive für Inter- und Transdisziplinarität«.

2.3 Sozial-ökologische Transformation als analytisches Konzept

Bezüge zu sozial-ökologischen Transformationen werden in der Sozialen Ökologie vor allem über Fragen der Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse hergestellt (Becker/Hummel/Jahn 2011: 80ff.). Dabei hat sich ein sozial-ökologischer Regulationsbegriff herausgebildet, der eng mit dem Regelkreismodell der Kybernetik verbunden ist (vgl. Hummel/Kluge 2006).

Mit Verweis auf frühere Arbeiten (Becker/Jahn 2000; Kluge/Hummel 2006) konstatieren Becker, Hummel und Jahn (2011: 82, Hervorh. i. Orig.): »Die zeitlichen und räumlichen Veränderungen der Regulationsmuster auf den verschiedenen Ebenen lassen sich als sozial-ökologische *Transformationen* beschreiben.« In neueren Arbeiten werden sozial-ökologische Transformationen – im Unterschied zu den nicht intendierten Transformationen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse – dezidiert als Nachhaltigkeitstransformationen verstanden (Hummel/Jahn/Kramm et al. 2023: 5ff.): »Sie [Sozial-ökologische Transformationen] sind das Ergebnis von intendierten individuellen, gesellschaftlichen und politischen Eingriffen in die gegenwärtigen Transformationsprozesse mit dem Ziel, die multiplen Krisen des Anthropozäns zu überwinden. Aus unserer Sicht kann es also nicht um die *eine*, große Transformation« (WGBU 2011) gehen, sondern nur um mehrere, miteinander verknüpfte Transformationsprozesse auf unterschiedlichen zeitlichen, räumlichen und sozialen Skalen.« (ebd.: 5f., Hervorh. i. Orig.). Entsprechend wird in der Sozialen Ökologie nach Regulationsweisen gefragt, die sozial-ökologische Transformationen ermöglichen. Theoretische Bezüge werden hier insbesondere zur politökonomischen Regulationstheorie sowie zu Ansätzen der Governance-Forschung hergestellt (ebd.: 6).

Umgekehrt wird in weiterführenden Arbeiten zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen, die diese insbesondere in den Kontext der Politischen Ökologie stellen und entsprechend mit kapitalismuskritischen Überlegungen verbinden, die Frage nach sozial-ökologischen Transformationen differenziert diskutiert (vgl. z.B. Brand/Wissen 2011; Brand 2014, 2017; Brand/Görg 2022).² So unterscheidet Brand (2014: 249f.) die *Transformation* als umfassenden sozio-ökonomischen, politischen und soziokulturellen Veränderungsprozess von der *Transition* als politisch-intentionale Steuerung, »also als eine strukturierte, insbesondere politisch-staatlich vermittelte Intervention in Entwicklungspfade und -logiken sowie Strukturen und Kräfteverhältnisse, um dominanten Entwicklungen eine andere Ausrichtung zu geben« (ebd.: 249). Brand plädiert für einen analytischen Transformationsbegriff (Brand 2014, 2016) und macht

2 Diese Arbeiten unterscheiden sich grundlegend von den in der (internationalen) Transformationsforschung prominent vertretenen Ansätzen der »socio-ecological transformations«, die eine naturwissenschaftliche Perspektive auf sozial-ökologische Systeme einnehmen und nach der Resilienz, den Eigenschaften und Rückkopplungen dieser Systeme fragen (vgl. Blythe/Silver/Evans et al. 2018).

deutlich, dass dieser »einen Begriff der gesellschaftlichen und hier insbesondere der kapitalistischen Verhältnisse selbst haben [muss], der Mechanismen ihrer dynamischen Reproduktion, die überhaupt Probleme und Krisen erzeugen, sowie des Verhältnisses von Kontinuität und Bruch« (Brand 2014: 257). Damit wird Transformation zu einer kritischen analytischen Perspektive für die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

3. Von gesellschaftlichen Natur- zu gesellschaftlichen Raumverhältnissen

Als Wissenschaft stellt die Soziale Ökologie kein fest gefügtes und unverrückbares Theoriegebäude dar, sondern »vielmehr ein Netz von Begriffen und Konzepten mit zahlreichen Knotenpunkten und vielen offenen Enden, das sich bei der Weiterarbeit immer wieder verändert« (Becker/Jahn 2006f: 9). Im Folgenden wird – anschließend an eigene Vorarbeiten (Mölders 2017, 2021, 2024; Mölders/Kühnemann 2017) – eine Erweiterung des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse um die Kategorie Raum vorgenommen und so ein Konzept gesellschaftliche Raumverhältnisse³ skizziert.

Eine solche Erweiterung muss in konzeptioneller Hinsicht den Anforderungen eines vermittlungstheoretischen Denkens genügen. Dies bedeutet ein Denken in Relationen (statt in Entitäten), in Prozessen und Strukturen (statt in Zuständen) sowie in korrespondierenden (statt isolierten) Perspektiven und Forschungszugängen (Hummel/Jahn/Kramm et al. 2023: 5).

Die damit formulierten Anforderungen an ein sozial-ökologisches Raumkonzept wurden in verschiedenen Arbeiten aufgegriffen und ausgearbeitet (z.B. Dietz/Engels 2014; Hofmeister/Scurrrell 2006; Forschungsverbund »Blockierter Wandel?« 2007; Kruse 2010).⁴ Dabei zeigt sich die enge Verbindung zwischen Raum und Natur, die in den räumlichen Implikationen

3 Diese sozial-ökologische Orientierung unterscheidet das Konzept gesellschaftliche Raumverhältnisse von anderen Ansätzen gesellschaftlicher Räumlichkeit (z.B. Werlen 2010a, 2010b; Läßle 1991), die einer ausschließlich sozialwissenschaftlichen Orientierung folgen und davon ausgehen, dass ein Mitdenken der Kategorie Natur stets zu Naturalisierungen im Raumverständnis führt.

4 Fragen nach Raum und gesellschaftlichen Naturverhältnissen werden auch außerhalb der Sozialen Ökologie in der kritischen Raumforschung und in Teilen der Politischen Ökologie bearbeitet (z.B. Sander/Becker 2022; Bauriedl 2016).

gesellschaftlicher Naturverhältnisse gesehen werden: Räume sind Ausdruck gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Im Konzept gesellschaftliche Raumverhältnisse wird dieses Verständnis von Raum um Fragen der konzeptionellen Verbindung zwischen den Kategorien Natur, Raum und – in Anerkennung der Verbindung von gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen – der Kategorie Geschlecht erweitert. Entsprechend werden eine konzeptionelle und eine substantielle Ebene unterschieden.

Auf der konzeptionellen Ebene wird nach Verbindungen zwischen den Kategorien Raum, Natur und Geschlecht gefragt. Eine Betrachtung unterschiedlicher (theoretischer) Zugänge verdeutlicht, dass sich für alle drei Kategorien naturalistische und soziozentrische Ansätze unterscheiden lassen, die die gesellschaftlichen Raum-, Natur- und Geschlechterverhältnisse jeweils einseitig zugunsten von entweder Natur oder Gesellschaft auflösen (siehe Tab. 1).

Tabelle 1: Konzeptionelle Verbindungen zwischen den Kategorien Raum, Natur und Geschlecht.

Kategorie	naturalistisch	vermittlungstheoretisch	soziozentrisch
Raum	Container	relationaler Raum	sozialer Raum
Natur	‚Natur an sich‘	dialektische oder hybride Naturverhältnisse	soziale Natur
Geschlecht	naturalisierende Zweigeschlechtlichkeit	Geschlecht als Strukturkategorie	Doing Gender

Quelle: Eigene Darstellung.

Für die Kategorie Raum finden diese Reduktionismen in der Gegenüberstellung von Containerraumverständnissen (naturalistisch) und der Vorstellung von Raum als sozialer Raum (soziozentrisch) ihren Ausdruck. Während mit dem Containerraumverständnis Raum als eine absolute Kategorie adressiert wird und Raum im Sinne einer äußeren Hülle bestimmt, wer, wie und wo sein kann, darf oder soll, fokussiert das Verständnis eines sozialen Raums die gesellschaftliche Raumproduktion. Um nicht Gefahr zu laufen, raumdeterministisch zu argumentieren, bleibt die materiell-physische Dimension des Räumlichen – und damit auch Fragen nach ökologischen Prozessen und Qualitäten – jenseits gesellschaftlicher Zugriffe und Zuschreibungen weitestgehend

unbeachtet (Mölders 2024: 41). Diese Dichotomie von Containerraum einerseits und Sozialraum andererseits wird mit solchen Konzepten zu überwinden versucht, die Raum als relationale Kategorie adressieren. Im Sinne des vermittlungstheoretischen Ansatzes der Sozialen Ökologie werden dazu die materiell-physischen und die sozialen Dimensionen von Raum integrativ zusammengedacht, ohne die eine Dimension in der anderen Dimension aufgehen zu lassen (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Gesellschaftliche Raumverhältnisse als Vermittlungsverhältnisse.



Quelle: Eigene Darstellung.

Kritisch ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass die Argumentation in den geschlechtertheoretischen Raumdiskursen insbesondere unter dem Einfluss sozialkonstruktivistischer Perspektiven, in letzter Konsequenz im Sozialen verbleibt. Damit verbindet sich das Verständnis von relationalem Raum in der Geschlechterforschung vielfach unmittelbar mit Sozialraumkonzepten. Die Frage nach Natur jenseits des Sozialen bleibt auch hier unberührt bzw. wird negiert: »Räume sind, da sie im Handeln entstehen und auf Konstruktionsleistungen basieren, stets sozial« (Löw/Sturm 2005: 38). Umgekehrt wird mit dem Fokus auf Materialität in der Politischen Ökologie zwar die Materialität von Natur räumlich gedacht (Sander/Becker 2022: 270ff.), jedoch ohne zu thematisieren, dass und wie ästhetische und symbolische Naturzuschreibungen – etwa in Landschaftskonzepten – räumliche Wirksamkeit entfalten. Räume konsequent relational zu denken, erscheint alles andere als trivial und fordert disziplinäres Denken und Theorietraditionen heraus.

Auf der substanziellen Ebene des Konzepts gesellschaftliche Raumverhältnisse wird nachvollzogen, wie Raum, Natur und Geschlecht in konkreten Themenfeldern (z.B. der Energiewende) miteinander verbunden sind. Prozesse und Produkte der Co-Konstruktion der drei Kategorien sind dabei von besonderem Interesse. Dazu werden den Kategorien forschungspragmatische Funk-

tionen zugewiesen, die es für spezifische (empirische) Fragestellungen zuzuordnen gilt.

Anschließend an die oben eingeführten Arbeiten zu den räumlichen Implikationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse bildet die Kategorie Raum die Ebene, auf der gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse ihren Ausdruck finden und (empirisch) untersuchbar und gestaltbar werden. Entsprechend kommt der Kategorie Raum die Funktion des Ausdrucks zu.

Der Kategorie Natur können – je nach Fragestellung – zwei unterschiedliche Funktionen zukommen. So kann Natur entweder den inhaltlichen Gegenstand der Forschung bilden und als gesellschaftliche Verhältnisse zu Natur in konkreten (räumlichen) Kontexten untersucht werden. Oder Natur kann als analytische Perspektive fungieren, indem nach Naturalisierungen in (sozialen) Zuschreibungen gefragt wird, z.B. den Geschlechterverhältnissen.

Diese Unterscheidung gilt auch für die Kategorie Geschlecht: Geschlecht bekommt eine analytische Funktion, wenn aus Geschlechterperspektiven nach Dichotomisierungen, Hierarchisierungen, Ein- und Ausgrenzungen (z.B. entlang der Produktions-Reproduktions-Differenz) gefragt wird. Wenn es jedoch darum geht, Geschlechterverhältnisse in spezifischen (räumlichen) Kontexten zu analysieren (z.B. Geschlechterverhältnisse in der Stadt), stellt Geschlecht den Gegenstand der Forschung dar.

4. Energielandschaften als gesellschaftliche Raumverhältnisse verstehen und gestalten

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ausführungen geht es im Folgenden darum, die sozial-ökologischen Perspektiven und ihre raumbezogenen Erweiterungen auf die Energiewende anzuwenden und so eine spezifische Lesart räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende zu entwickeln.

Den ersten Schritt stellt die Spezifizierung der sozial-ökologischen Krise dar. Die Energiewende ist eine Reaktion auf die sogenannte Energiekrise, die wiederum untrennbar mit der Klimakrise verbunden ist. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Energiekrise seit 2022 deutlich verschärft. Eine sozial-ökologische Perspektive ermöglicht es, diese Krisen nicht als ökologische (CO₂-Ausstoß) *oder* soziale (Verteilungsgerechtigkeit) *oder* technische (Infrastrukturen) zu begreifen, sondern die Verbindungen zwischen den verschiedenen Aspekten des jeweiligen Krisenphänomens in den Blick zu nehmen.

Auf der Ebene der begrifflichen Allgemeinheit wird in der Sozialen Ökologie und im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vor allem das Vermittlungsverhältnis von Natur und Gesellschaft in seinen materiellen und symbolischen Dimensionen betrachtet. Die Frage nach den dabei jeweils vorgenommenen Unterscheidungen und Verbindungen stellt den kognitiven Kern des theoretischen Konzepts dar. Mit Blick auf die Energiewende geht es aus dieser Perspektive um die gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die in unterschiedliche Prozesse und Produkte der Energiegewinnung und -verteilung eingeschrieben sind. Es geht um das Gewordensein verschiedener Energieträger sowie die Frage, welche zukünftigen gesellschaftlichen Naturverhältnisse ihre Nutzung zeitigt. Der Umstieg von fossilen auf regenerative Energiequellen als zentrales Element der Energiewende verdeutlicht diesbezüglich gravierende Unterschiede in Abhängigkeit von den jeweils betrachteten raumzeitlichen Systemen: Während die Nutzung fossiler Energieträger wie etwa Kohle die hierin über Millionen von Jahren gespeicherte Energie freisetzt und damit zugleich Treibhausgase emittiert werden, verweist der ökosystemare Kontext regenerativer Energiequellen in Bezug auf ihre (Wieder-)Verfügbarkeit auf weitaus kurzfristigere Zeitskalen. Wird hingegen die Veränderung von Landschaften betrachtet, ist die Zeitdimension auch hier eine längerfristige. Die materiellen Voraussetzungen und Auswirkungen der unterschiedlichen Energieträger sind – je nach betrachtetem System – entsprechend mit unterschiedlichen Zeitlichkeiten verbunden. Erst aus der Perspektive der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und deren raum-zeitlicher Erweiterung können die einen Energieträger als nachhaltiger als die anderen qualifiziert werden. Die materielle Wirksamkeit setzt sich auch in jenen Materialitäten fort, die mit der Gewinnung (z.B. Tagebau, Windkraft- oder Photovoltaikanlagen) und Verstromung (Kohlekraftwerke, Umspannwerke etc.) der jeweiligen Energieträger verbunden ist. Als Energielandschaften entfalten sie einen räumlichen Ausdruck, der wiederum untrennbar mit symbolischen Zuschreibungen, Ästhetisierungen und deren Ablehnung oder Aufwertung verbunden ist. Auch die Frage nach den Vermittlungs- und Trennungsverhältnissen von Natur und Technik sind unmittelbar mit den Debatten der Energiewende verknüpft, denn auch erneuerbare Energien kommen ohne technische Infrastrukturen nicht aus.

Auf der Ebene der empirischen Besonderheit lassen sich konkrete Ausprägungen von Energiewendeprozessen als Transformationen gesellschaftlicher Naturverhältnisse untersuchen. Aus dieser Perspektive rücken spezifische Akteure, politische – und damit immer auch planerische – Rahmenbedingungen

und (historische) Kontexte in den Untersuchungsfokus (vgl. dazu die Ergebnisse der Fallstudien, Dannenberg/Muhr i. d. B. sowie Herdlitschka i. d. B.). Damit sind die auf dieser Ebene generierten Ergebnisse auf der einen Seite spezifisch und nur bedingt verallgemeinerbar, auf der anderen Seite sind in die spezifischen Prozesse und Strukturen gesellschaftliche Rationalitäten und (Be)Deutungen eingeschrieben, die überindividuell und nicht lokal gebunden sind (vgl. Dannenberg i. d. B.).

Die Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen im Kontext der Energiewende sind vielfältig und verweisen auf unterschiedliche Zuschreibungen, Ein- und Ausschlüsse sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die neben der Kategorie auch weitere intersektionale Ungleichheitskategorien umfassen (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.). Je nachdem, welches Verständnis der Kategorie Geschlecht Anwendung findet, können die expliziten und impliziten Verknüpfungen zwischen Natur und Geschlecht im Allgemeinen und der Energiewende als gesellschaftliches Natur- und Geschlechterverhältnis im Besonderen unterschiedlich und sogar widersprüchlich sein (z.B. Frauen als Trägerinnen der Energiewende oder Reproduktion von hierarchischen Geschlechterbeziehungen). Dabei kann und soll es an dieser Stelle und mit Blick auf das Konzept gesellschaftliche Raumverhältnisse nicht darum gehen, eine Perspektive besonders hervorzuheben, sondern vielmehr darum, die jeweiligen Annahmen transparent zu machen und den entsprechenden Erklärungsgehalt zu verdeutlichen.

Schließlich lässt sich die differenzierte Betrachtung von Regulation, wie sie im Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vorgenommen wird, mit Blick auf räumliche Transformationsprozesse der Energiewende auf die regulative Wirkung von Raum- und Umweltplanung erweitern. Dabei erscheint es fast verwunderlich, dass die formellen und informellen Instrumente der räumlichen Planung in der Sozialen Ökologie kaum eine Rolle spielen, obwohl sie doch als Steuerungen gesellschaftlicher Naturverhältnisse per se angesehen werden können (Bauriedl/Held/Kropp 2021: 24).

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen lässt sich die Präzisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse als gesellschaftliche Raumverhältnisse am Beispiel der Energiewende fassen, indem die Energiewende als raum-zeitliche Transformationen begriffen wird, die ihren Ausdruck im Entstehen neuer Energielandschaften finden. Anschließend an die in Abschnitt 3 eingeführte substanzielle Ebene gesellschaftlicher Raumverhältnisse sind diese Energielandschaften der räumliche Ausdruck eines Transformationsprozesses »Ener-

giewende«, der sich mit Blick auf die hier gestalteten gesellschaftlichen Naturverhältnisse (empirisch) untersuchen und aus unterschiedlichen Perspektiven der Geschlechterforschung analysieren lässt.

Damit wird ein Forschungszugang vorgeschlagen, der in den Beiträgen dieses Bandes unterschiedlich konsequent aufgenommen und ausgeführt wird. Jedoch war die Erarbeitung dieser Perspektive ein gemeinsamer, integrativer Prozess innerhalb des Forschungsprojekts »Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltungspotenziale der Geschlechterforschung«, der entlang unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen (z.B. Fokus auf Energielandschaften, Dankers/Herditschka/Kapitza et al. 2024; Verbindung von Geschlechter- mit intersektionalen Perspektiven, Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.) ausgearbeitet wurde und in aktuellen Forschungskontexten weiterhin ausgearbeitet wird.

5. Literatur

- Bauriedl, S. (2016): Politische Ökologie: nicht-deterministische, globale und materielle Dimensionen von Natur/Gesellschaft-Verhältnissen. In: Geogr. Helv. 71, 341–351.
- Bauriedl, S.; Held, M.; Kropp, C. (2021): Große Transformation zur Nachhaltigkeit – konzeptionelle Grundlagen und Herausforderungen. In: Hofmeister, S.; Warner, B.; Ott, Z. (Hg.): Nachhaltige Raumentwicklung für die große Transformation. Herausforderungen, Barrieren und Perspektiven für Raumwissenschaften und Raumplanung. Hannover, 22–44. = Forschungsbericht der ARL, 15.
- Becker, E. (2003): Soziale Ökologie: Konturen und Konzepte einer neuen Wissenschaft. In: Matschonat, G.; Gerber, A. (Hg.): Wissenschaftstheoretische Perspektiven für die Umweltwissenschaften. Weikersheim, 165–195.
- Becker, E. (2006): Historische Umbrüche. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 32–53.
- Becker, E.; Hummel, D.; Jahn, T. (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden, 75–96.
- Becker, E.; Jahn, T. (2000): Sozial-ökologische Transformationen. Theoretische und methodische Probleme transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung.

- In: Brand, K. -W. (Hg.): Nachhaltige Entwicklung und Transdisziplinarität. Berlin, 68–84.
- Becker, E.; Jahn, T. (2003): Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, G.; Manzei, A. (Hg.): Kritische Theorie der Technik und der Natur. München, 91–112.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006b): Ortsbestimmungen. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 140–166.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006c): Konturen und Gegenstand. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 70–89.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006d): Horizonte und Nachbarschaften. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 110–139.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006e): Einleitung. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 11–26.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006f): Vorwort. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 7–10.
- Becker, E.; Jahn, T. (Hg.) (2006a): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt, New York.
- Becker, E.; Jahn, T.; Hummel, D. (2006): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 174–197.
- Blythe, J.; Silver, J.; Evans, L.; Armitage, D.; Bennett, N. J.; Moore, M. -L.; Morrison, T. H.; Brown, K. (2018): The Dark Side of Transformation: Latent Risks in Contemporary Sustainability Discourse. In: *Antipode* 50 (5), 1206–1223.
- Brand, K. -W. (Hg.) (2017): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt a. M.
- Brand, U. (2014): Transition and Transformation: Sozialökologische Perspektiven. In: Brie, M. (Hg.): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster, 242–280.
- Brand, U. (2016): »Transformation« as a New Critical Orthodoxy: The Strategic Use of the Term »Transformation« Does Not Prevent Multiple Crises. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 25 (1), 23–27.

- Brand, U.; Görg, C. (2022): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T.; von Winterfeld, U. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Bielefeld, 37–50.
- Brand, U.; Wissen, M. (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 36 (2), 12–34.
- Dankers, J.; Herdlitschka, T.; Kapitza, K.; Mölders, T. (2024): Energieland-schaften nachhaltig:er gestalten? Geschlechterperspektiven auf räumliche Transformationsprozesse der Energiewende. In: Leibenath, M.; Gailing, L.; Birnbaum, A. (Hg.): Landscapes for Future? – Landschaften und sozial-ökologische Transformation. Wiesbaden, 133–151.
- Dietz, K.; Engels, B. (2014): Raum, Natur und Gesellschaft. In: Oßenbrügge, J.; Vogelpohl, A. (Hg.): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Münster, 78–96.
- Forschungsverbund »Blockierter Wandel?« (Hg.) (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München.
- Gailing, L. (2018): Die räumliche Governance der Energiewende: Eine Systematisierung der relevanten Governance-Formen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 75–90.
- Hofmeister, S.; Scurrall, B. (2006): Annäherungen an ein Sozial-Ökologisches Raumkonzept. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society 15 (4), 275–284.
- Hummel, D.; Jahn, T.; Kramm, J.; Stieß, I. (2023): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Grundbegriff und Denkraum für die Gestaltung von sozial-ökologischen Transformationen. In: Sonnberger, M.; Bleicher, A.; Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden, 1–15.
- Hummel, D.; Kluge, T. (2006): Regulationen. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt, New York, 248–258.
- Hummel, D.; Schultz, I. (2011): Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Perspektiven Sozialer Ökologie in der transdisziplinären Wissensproduktion. In: Scheich, E.; Wagens, K. (Hg.): Körper Raum Transformation. Gender-Dimensionen von Natur und Materie. Münster, 218–233.
- Jahn, T.; Wehling, P. (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand, K.-W. (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen, 75–96.

- Kropp, C. (2002): »Natur«. Soziologische Konzepte. Politische Konsequenzen. Opladen.
- Kruse, S. (2010): Vorsorgendes Hochwassermanagement im Wandel. Ein sozialökologisches Raumkonzept für den Umgang mit Hochwasser. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2018): »Neue Landschaftskonflikte« – Überlegungen zu den physischen Manifestationen der Energiewende auf der Grundlage der Konflikttheorie Ralf Dahrendorfs. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 163–186.
- Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, H.; Ipsen, D.; Krämer-Badoni, T. (Hg.): Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler, 157–207.
- Leibenath, M.; Lintz, G. (2018): Streifzug mit Michel Foucault durch die Landschaften der Energiewende: Zwischen Government, Governance und Gouvernamentalität. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 91–108.
- Löw, M.; Sturm, G. (2005): Raumsoziologie. In: Kessel, F.; Reutlinger, C.; Maurer, S.; Frey, O. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden, 31–48.
- Mölders, T. (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision. Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelelbe. München.
- Mölders, T. (2013): Gender & Environment. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto, 91–96.
- Mölders, T. (2017): Gesellschaftliche Raumverhältnisse. Ein Forschungsprogramm zu den Verbindungen von »Natur«, »Raum« und »Geschlecht«. In: Onnen, C.; Rode-Breymann, S. (Hg.): Zum Selbstverständnis der Gender-Studies. Methoden – Methodologien – theoretische Diskussionen und empirische Übersetzungen. Opladen, Berlin, Toronto, 89–105.
- Mölders, T. (2021): »Wildnis« als gesellschaftliches Raumverhältnis – Der Nationalpark Bayerischer Wald als Raum der Sorge vor und für »Natur/en«. In: Hofmeister, S.; Mölders, T. (Hg.): Für Natur sorgen? Dilemmata feministischer Positionierungen zwischen Sorge- und Herrschaftsverhältnissen. Opladen, Berlin, Toronto, 191–219.
- Mölders, T. (2022): Nachhaltige Raumentwicklung revisited. Von Transformationsplanung und transformativer Planung. In: PLANERIN (6), 45–46.
- Mölders, T. (2024): Gesellschaftliche Raumverhältnisse als nachhaltigkeitswissenschaftliche Perspektive auf »Raum«, »Natur« und »Geschlecht«. Das Fall-

- beispiel Urban Gardening. In: Lucht, P.; Dornick, S. L. (Hg.): Gender und Diversity in Natur-, Technik- und Planungswissenschaften. Berlin, Boston, 39–57.
- Mölders, T.; Kühnemann, P. (2017): Vom Recht auf Garten. Aneignung urbaner Freiräume als Kritik und Vision gesellschaftlicher Raumverhältnisse. In: Hauck, T. E.; Hennecke, S.; Körner, S. (Hg.): Aneignung urbaner Freiräume. Ein Diskurs über städtischen Raum. Bielefeld, 281–301.
- Mölders, T.; Thiem, A. (2005): NaturKulturRäume – Beziehungen zwischen materiell-physischen und soziokulturellen Räumen. Eine dialogische Annäherung aus umwelt- und kulturwissenschaftlicher Perspektive. Lüneburg. = Werkstattberichte Umweltstrategien, Nr. 1.
- Sander, H.; Becker, S. (2022): Raum, Scale, Natur. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T.; von Winterfeld, U. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Bielefeld, 265–276.
- Scheich, E. (1987): »Größer als alle Fenster«. Zur Kritik des Geschlechterverhältnisses und der Naturwissenschaften. In: Scheich, E.; Schultz, I. (Hg.): Soziale Ökologie und Feminismus. Frankfurt a.M., 1–57.
- Scheich, E.; Schultz, I. (1987): Soziale Ökologie und Feminismus. Frankfurt a.M.
- Schindler, D.; Schultz, I. (2006): Methodologie und Methodenentwicklung in Verknüpfung mit der Kategorie Geschlecht in der SÖF. In: Schäfer, M.; Schultz, I.; Wendorf, G. (Hg.): Gender-Perspektiven in der Sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten. München, 77–102.
- Schultz, I. (1987): Feministische Stimme in einer Forschungsprogrammatisierung Soziale Ökologie. Überlegungen zu einer Forschungskonzeption »Soziale Ökologie« in 7 Thesen. In: Scheich, E.; Schultz, I. (Hg.): Soziale Ökologie und Feminismus. Sozial-ökologische Arbeitspapiere Nr. 2. Frankfurt a.M.
- Schultz, I. (2006): The natural world and the nature of gender. In: Davis, K.; Evans, M.; Lorber, J. (Hg.): Handbook of gender and women's studies. London, Thousand Oaks, New Delhi, 376–396.
- Schultz, I.; Hummel, D.; Hayn, D. (2006): Geschlechterverhältnisse. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York, 224–235.
- Schultz, I.; Wendorf, G. (2006): Gender im Förderschwerpunkt der SÖF. In: Schäfer, M.; Schultz, I.; Wendorf, G. (Hg.): Gender-Perspektiven in der sozial-ökologischen Forschung. Herausforderungen und Erfahrungen aus inter- und transdisziplinären Projekten. München, 39–56.

- WBGU (Hg.) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Berlin.
- Weller, I. (2020): Forschung zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern: Gender als Integrationsperspektive für Inter- und Transdisziplinarität? In: Mölders, T.; Thiem, A.; Katz, C. (Hg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken: Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft. Opladen, Berlin, Toronto, 210–217.
- Werlen, B. (2010a): Gesellschaftliche Räumlichkeit 1. Orte der Geographie. Stuttgart.
- Werlen, B. (2010b): Gesellschaftliche Räumlichkeit 2. Konstruktion geographischer Wirklichkeiten. Stuttgart.

Macht und Landschaft – eine neopragmatische Skizze

Olaf Kühne

1. Einleitung

Die Befassung mit den Zusammenhängen von Macht und Landschaft hat seit Jahrzehnten einen Platz in der Landschaftsforschung, sowohl in deutsch- wie auch in englischsprachigen Debatten (z.B. Czepczyński 2008; Kühne 2018b; Mitchell 2002; Zukin 1993; Leibenath 2014; Kost/Schönwald 2015; Olwig/Mitchell 2009). Die Thematisierung von Macht hat nicht zuletzt zur Dekonstruktion traditioneller Landschaftsverständnisse beigetragen, seien sie essenzialistisch oder positivistisch ausgerichtet. Die (insbesondere sozialwissenschaftliche) Landschaftsforschung hat in den letzten Jahrzehnten insbesondere den Konstruktcharakter von Landschaft herausgestellt (etwa Greider/Garkovich 1994; Cosgrove 1984) und mit der Frage verbunden, wer über Macht verfügt, Landschaft wie zu konstruieren – und wer nicht (Kühne 2008), womit nicht zuletzt auch Genderfragen tangiert sind. Konzeptionell sind konstruktivistische Ansätze auf das Soziale ausgerichtet, berücksichtigen eher randständig das Individuelle und ignorieren dabei weitgehend das Materielle (Holmén 1995; Murphy 1991). Abhilfe schaffen hierbei *more-than-representational*-Ansätze, wie die Assemblage-Theorie, die Akteurs-Netzwerk-Theorie und der – diesem Beitrag zugrunde liegende – Neopragmatismus, hier insbesondere in der Tradition von Richard Rorty (1981, 1989, 2023), im Kontext zu Genderforschung (Rorty 2003; vgl. dazu auch de Castro 2021), der verschiedentlich in die Raumforschung übertragen wurde und sich in der Regional- und Landschaftsforschung als metatheoretische Klammer bewährt hat (Kühne 2023; Jones 2008; Allen 2008).

Bevor indes eine kurze Vorstellung des Neopragmatismus erfolgt, verbunden mit einem neopragmatischen Machtverständnis, werden zentrale Aspekte

des diesem Artikel zugrunde liegenden Landschaftsverständnisses vorgestellt, wie auch in den Machtbegriff eingeführt. An die Vorstellung des Neopragmatismus mit seinem Machtbegriff schließt wiederum eine Diskussion des Verhältnisses von Macht und Landschaft an, das anhand des Fallbeispiels der Energiewende veranschaulicht wird. Im Fazit wird auf die Potenziale eines neopragmatischen Landschafts- und Machtverständnisses eingegangen.

2. Landschaft

In dem diesem Beitrag zugrundeliegenden Verständnis (ausführlich hergeleitet in Kühne 2018a, 2023) gliedert sich Landschaft in eine Ebene der sozialen Konstruktion, eine Ebene der individuellen Konstruktion sowie eine Ebene der materiellen Gehalte. Die konstitutive Ebene ist dabei die Ebene des Sozialen, denn diese stellt eine gesellschaftliche Syntheseanleitung dar, die mittels Sozialisation dem Individuum vermittelt wird, das wiederum innovativ oder die sozialen Muster reproduzierend auf die soziale Ebene rückwirken kann. Durch Aktualisierung der gesellschaftlichen Syntheseanleitung ist das Individuum wiederum in der Lage, materielle Objekte zu Landschaft zu synthetisieren, wobei es – infolge seiner Leiblichkeit – Teil der materiellen Welt ist und somit an deren Restriktionen gebunden ist, aber auch die Möglichkeit hat, in diese Welt einzugreifen. Die sozialisierten Verständnisse von Landschaft sind dabei differenziert. Ein Modus ist die ›heimatliche Normallandschaft‹. Dieser Modus entsteht in der Kindheit unter Vermittlung signifikanter Anderer und ist mit der Erwartung der Stabilität an als Landschaft gedeutete materielle Räume aufgeladen. Ein anderer Modus ist der Common Sense. In diesem werden die ästhetischen und ökologischen Stereotype von Landschaft transportiert. Diese werden in Schule, Fernsehen, Internet, Bildbänden, Sozialen Medien etc. vermittelt und ermöglichen es dem Individuum, zu Landschaft in alltäglichen Situationen sprachfähig zu sein. Die mit diesem Modus verbundene Norm an die als Landschaft gedeutete materielle Welt ist die der Korrespondenz zu den erlernten ästhetischen und ökologischen Stereotypen. Ein weiterer Modus wird durch ›Sonderwissensbestände von Expertinnen und Experten‹ geprägt. Dieser ist fachlich spezifiziert und wird durch das Studium einer landschaftsbezogenen Disziplin erworben. Sonderwissen von Expertinnen und Experten ist hochgradig auf Innovation ausgerichtet und kompetitiv angelegt. Dies gilt nicht allein gegenüber den anderen Modi, sondern auch zwischen Disziplinen und einzelnen Personen.

Die mit diesem Modus verbundene Norm ist diejenige der Entsprechung, insbesondere hat die als Landschaft gedeutete materielle Welt den eigenen (untereinander in der Regel in Konkurrenz stehenden) fachlichen Ansprüchen zu entsprechen.

Das Ergebnis ist: Die Konstruktion von Landschaft erfolgt gemäß der unterschiedlichen Modi sehr verschieden, mit dieser Folge: In einen materiellen Raum werden sehr unterschiedliche Landschaften synthetisiert, die in Deutungskonkurrenz zueinander treten.

3. Macht

Macht gehört zu den zentralen Gegenständen sozialwissenschaftlicher Forschung und hat auch in der Landschaftsforschung einen intensiven Niederschlag gefunden (ausführlicher in eigenen Arbeiten: Kühne 2008, 2024, 2013b; darüber hinaus etwa bei: Gailing 2015; Leibenath 2015; Mitchell 2002; Olwig 2008; Zukin 2009). In seinem klassischen Verständnis bezeichnet Max Weber (1976 [1922]: 28) Macht als »jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichwohl worauf diese Chance beruht«. Weber hebt hier zum einen den aktiven Charakter von Macht hervor. Zum anderen wird aber auch die Ambivalenz von Macht deutlich (im Verweis auf den Widerstand). Das Machtverständnis Webers ist stark personalbezogen und situativ geprägt. Spätere Autorinnen und Autoren (wie Elias 1997 [1939]; Arendt 1970; Luhmann 1977; Foucault 2019 [frz. Original 1975]) heben zum einen die zunehmende Institutionalisierung und organisationale Bindung von Macht hervor, woraufhin Institutionen und Organisationen entstehen. Zum anderen heben sie die Internalisierung von Macht hervor, woraufhin sich Fremdwänge in Innenzwänge umwandeln und normalisieren. Mit der Entwicklung des modernen Staates ist eine Monopolisierung (als legal verstandener) physischer Gewalt und der spezifischen Organisation von Wissen in Form von Bürokratie verbunden (vgl. Anter 2012). Damit einher geht die Bändigung von diffuser Macht zu konkreter Herrschaft, schließlich ist sie »stets auf bestimmte Inhalte und angebbare Personen begrenzt« (Dahrendorf 1972: 33 im Anschluss an Max Weber). Diese Bändigung benennt Dahrendorf (1983) als zentral dafür, dass sich eine friedliche Gesellschaft entwickeln kann, die ihre Konflikte – und selbst den Austausch der politischen Führung – ohne Blutvergießen regelt.

Zwar ist Macht einerseits Teil »des schon immer stattfindenden Aushandelns von Normalität« (Paris 2005: 7). Macht kann andererseits Personen mit mehr »Machtchancen« dazu verleiten, diese dazu einzusetzen, ihre Machtposition nicht allein zu festigen, sondern auszubauen. Gerade aus Perspektive kritischer Wissenschaft wird hier das Bestreben gesehen, ökonomische Verwertungslogiken diskursiv zu normalisieren und die bestehende Ordnung durch die von Althusser verschiedentlich so bezeichneten »ideologischen Staatsapparate« (Althusser 1977) abzusichern. Ein zentraler Bezugspunkt einer solchen Kritik besteht in der Marxschen Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft.

Machtverhältnisse sind nicht stabil, ihre Revision unterliegt einem beständigen Spiel, »das in unaufhörlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen diese Kräfteverhältnisse verwandelt, verstärkt, verkehrt; die Stützen, die diese Kräfteverhältnisse aneinander finden, indem sie sich zu Systemen verketten – oder die Verschiebungen und Widersprüche, die sie gegeneinander isolieren« (Foucault 1983 [1976]: 113). Sprachphilosophisch ist dabei Macht an Sprache gebunden (sie bildet da keine Ausnahme, da letztlich alles sprachlich gefasst ist). Diskurstheoretisch gesprochen, existieren mehrere Diskurse, die sich voneinander abgrenzen und jeweils nach Hegemonialität streben. Da diskursive Verfestigungen nicht auf Dauer bestehen, ist auch die errungene Hegemonialität nur von beschränktem zeitlichen Bestand (Laclau/Mouffe 1985; Glasze/Mattiscek 2009; Weber 2018).

4. Neopragmatismus und Macht

Der Neopragmatismus ist ebenfalls sprachphilosophisch ausgerichtet. Im Vergleich zu anderen aktuell diskutierten Diskurstheoretikern (Foucault, Laclau, Mouffe u.a.) ersetzt er die direkte oder indirekte Verbindung zum Marxismus und verbindet sprachphilosophische Überlegungen mit der Tradition des amerikanischen Pragmatismus (Rorty 2023). Anstelle einer Gesinnungsethik – entsprechend der Terminologie von Max Weber (2014 [1919]) – verfolgt der Neopragmatismus eine verantwortungsethische Position. So laufen für Rorty (2023: 62), im Anschluss an John Dewey und William James, »die einzigen moralischen oder erkenntnistheoretischen Kriterien, die wir haben oder brauchen [...] letzten Endes auf die Frage hinaus, ob die Ausführungen einer Handlung oder das Vertreten von einer Überzeugung langfristig zur Vermehrung menschlichen Glücks beiträgt«. Als Panrelationist lehnt Rorty (2023: 54) die Vorstellung ab, es gäbe die eine einzige korrekte

Beschreibung von ›etwas‹: »Es gibt nur die Beschreibungen, die diese Sache, indem sie sie zu anderen Dingen in Beziehung setzen, in Kontexte einbetten, die unseren derzeitigen, vielfältigen Bedürfnissen dienen«. Entsprechend liegt dem Panrelationismus die Auffassung zugrunde, Dinge seien »das, was sie sind dank ihrer Beziehung zu anderen Dingen« (Rorty 2023: 209). An die Stelle des antagonistischen Kampfs um Hegemonialität rückt bei Rorty die Idee der ›Redeskription‹ durch neue Vokabulare. ›Altehrwürdige‹ Vokabulare würden darin eingewoben (Rorty 1997; Topper 1995), um so – wiederum Dewey folgend – ältere »Innovationen mit neueren zu versöhnen« (Rorty 2023: 252). Die Tauglichkeit von neopragmatischen Redeskriptionen bemisst sich dabei an drei Kriterien (Kühne/Koegst/Berr 2024):

- a) Redeskriptionen müssen zum Zeitpunkt ihrer Erzeugung (!) eine größere Tauglichkeit aufweisen, ›Welt‹ zu deuten, als ›althergebrachte‹ Vokabulare dazu im Stande waren.
- b) Redeskriptionen müssen wiederum offen dafür sein, in die Gewebe künftiger Redeskriptionen integriert zu werden.
- c) Redeskriptionen müssen kontingente¹ Weltdeutungen ermöglichen.

Hieraus wird die antifundamentalistische Grundhaltung des Neopragmatismus deutlich. Dieser beschränkt sich nicht allein auf seinen Umgang mit Theorien, die er als Werkzeuge im Umgang mit Welt versteht, die – entsprechend ihrer Tauglichkeit für bestimmte Fragestellungen – eingesetzt und kombiniert werden können (sofern sie Kontingenz nicht ablehnen, wie der Essenzialismus). Der Neopragmatismus bezieht sich stattdessen auch auf sein Verständnis von Gesellschaft allgemein. So ist er konstitutiv daran ausgerichtet, Grausamkeit zu vermeiden, Fairness zu verbreiten sowie für Menschenrechte einzutreten (Rorty 1988). Der zentrale normative Ansatz Rortys in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklung ist die Ausweitung des ›Wirs‹ (Rorty 2023). Dies betrifft nicht allein die Möglichkeiten sozialer Teilhabe, sondern auch die Erzeugung von inklusiven Vokabularen (Rorty 2003) – beides hat bis heute in Bezug auf Genderverhältnisse Relevanz.

Auch wenn der Neopragmatismus keine explizite Machttheorie ausgeprägt hat, lassen sich doch Grundzüge eines neopragmatischen Machtbegriffs

1 Als Kontingenz lässt sich das verstehen, das weder unmöglich noch zwingend ist (Luhmann 1984). Das Kontingente ist also etwas, das (im Rahmen bestimmter Bedingungen) möglich ist, aber nicht notwendigerweise so eintreten muss.

ableiten (Allen 2008; Rorty 1982). Während bei seinem ›sprachphilosophischen Verwandten‹ Foucault der einschränkende Charakter von Macht im Fokus steht, dominiert bei Rorty (wie bei anderen, die in der Tradition des Pragmatismus stehen) die befähigende Dimension von Macht. So versteht Rorty in »The Consequences of Pragmatism« (Rorty 1982) Macht als eines von vielen praktischen Werkzeugen. Sie versetzt Menschen in die Lage, Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen. Damit wird Macht in eine Reihe nützlicher Dinge gestellt, die geeignet sind, mit den Herausforderungen der Welt zurechtzukommen (wie Ideen, Sprache, wie auch der Pragmatismus selbst als Philosophie; Allen 2008). Wie schon bei John Dewey (1958), wird auch bei Rorty die Erfahrung von Macht nicht einfach passiv aufgenommen, sondern interpretiert, mit Bedeutung aufgeladen und in interagierender Weise beantwortet (Allen 2008). Neopragmatisch lässt sich Macht in zwei Dimensionen interpretieren – eine individuelle und eine soziale Dimension: Erstens ist Macht (individuell) eine zweckmäßige Praxis, in der Macht erfahren, aber auch angewandt wird. Zweitens entsteht Macht (sozial) in relationalen, sich stets wandelnden Kontexten, wird dort aktualisiert und angewandt. In den unterschiedlichen und sich wandelnden Kontexten ist Macht ständigen Wandlungen unterworfen, sie lässt sich nicht eindeutig bestimmen (Allen 2008; Rorty 1991; Kretz 2023). Hier wird einerseits die Nähe zu Foucault deutlich, andererseits auch die antiessenzialistische Grundhaltung des Neopragmatismus.

5. Macht und Landschaft – komplexe Relationen, neopragmatisch gewendet

Machtprozesse vollziehen sich auf allen Ebenen von Landschaft: Was als, wie, von wem, mit welchem Attribut versehene Landschaft *bezeichnet* werden darf, ergibt sich aus Machtprozessen. Aber auch die *Gestaltung* des als Landschaft gedeuteten materiellen Raums ergibt sich hieraus. Wie zu Beginn des Beitrags angesprochen, lässt sich als konstitutive Ebene von Landschaft diejenige Landschaft der sozialerzeugten kulturellen Gehalte feststellen. Diese Landschaft ist machtdurchzogen, denn auf der Ebene der sozialen Konstruktion von Landschaft ist (temporär) fixiert, welche Deutungen, Bewertungen und Kategorisierungen der Beschreibung von ›etwas‹ als Landschaft zugrunde liegen. Diese Deutungen, Bewertungen und Kategorisierungen wurden an alternativen Deutungen, Bewertungen und Kategorisierungen konturiert. Landschaft wird an Nicht-Landschaft konturiert, d.h. es wird diskursiv eine Grenze entwickelt,

anhand derer bestimmt wird, was in welchen sozialen Kontexten und von wem (noch) als ›Landschaft‹ bezeichnet werden kann – und was (schon) nicht mehr (Kühne/Fischer 2022). Hieraus wird deutlich: Dieser Konturierungsprozess ist von Machtprozessen durchwoben. Als besonders mächtig erweisen sich die Deutungen, Bewertungen und Kategorisierungen von Personen mit expertisenhaften Sonderwissensbeständen, die einerseits innovativ wirken, andererseits aber auch (mit)bestimmen, welche Gehalte ihres Landschaftsverständnisses an Personen mit einem Common-Sense-Verständnis von Landschaft weitergegeben werden – und nicht zuletzt, ob diesen Personen zugestanden wird, auf ›legitime‹ Weise über Landschaft zu kommunizieren. Hieraus wird deutlich, wie von Macht bestimmt die individuelle Konstruktion von Landschaft ist: Ohne Sozialisation kein Verständnis von Landschaft. Ohne Aneignung geteilter Deutungen, Bewertungen und Kategorisierungen keine Kommunikation über Landschaft, ohne den Verlust sozialer Anerkennung befürchten zu müssen. Auch das Verhältnis des Individuums zum als Landschaft gedeuteten materiellen Raum ist machtgeladen: Dies bezieht sich zum Ersten auf die durch Machtprozesse erzeugten Muster der Deutung, Kategorisierung und Bewertung von Landschaft. Dies bezieht sich zum Zweiten auf die Möglichkeiten oder deren Verweigerung – gegenüber einer Person durch soziale Kontexte –, die eigenen Bedürfnisse und Wünsche im materiellen Raum zu manifestieren. Dies ist wiederum als das Ergebnis der Ausübung relationaler Macht zu deuten: der Chance, den eigenen Willen gegenüber alternativen Wünschen (die den Kontext bilden) durchzusetzen, gestützt auf gesellschaftliche Normen und Werte (die ebenfalls einen Kontext bilden) (hierzu ausführlicher: Kühne 2018b, 2015). Um einerseits die Kontingenz von Landschaft (auf den genannten drei Ebenen – sozial, individuell, materiell) zu verdeutlichen und andererseits die Machtgebundenheit von Landschaft aufzuzeigen, eignet sich das Konzept ›inverser Landschaften‹ (Kühne 2013a). Dieses Konzept wurde in der jüngeren Vergangenheit erweitert, und zwar vor dem Hintergrund der (karto)graphischen Darstellbarkeit sowie der Erweiterung über den unmittelbaren Machtkontext hinaus (Kühne/Berr/Koegst 2023; Kühne/Koegst/Berr 2024). Beim Konzept ›inverser Landschaften‹ handelt es sich um kontingente Landschaften, also Landschaften deren Ausprägung nicht zwingend und nicht unmöglich ist. Dies bezieht sich auf alle drei Ebenen, also auf die Ebene der sozial erzeugten kulturellen Gehalte, der individuellen Konstruktion, aber auch auf die Ebene des als Landschaft gedeuteten materiellen Raums. Letztlich handelt es sich bei ›inversen Landschaften‹ um Landschaften, die in dieser Ausprägung nicht den gesellschaftlichen oder individuellen Vorstellungen von Land-

schaften entsprechen oder so nicht im materiellen Raum ausgeprägt sind, es aber sein könnten. Dass diese Ausprägung nicht erfolgt ist, ist nicht zuletzt auf ›Mindermacht‹ (Paris 2005) zurückzuführen. Um ein plakatives Beispiel zu nehmen: Infolge der Ausschließlichkeit der materiellen Welt (verbunden mit sozialen Konventionen der Praktikabilität) kann an derselben Stelle nicht gleichzeitig eine Windkraftanlage erreicht sein, wo ein Radweg verläuft (außer es besteht die Bereitschaft, kostspielige technische Lösungen zu entwickeln). Das, was sich nicht im materiellen Raum ›realisieren‹ konnte, ist also Teil einer inversen Landschaft. Der Ansatz ›inverser Landschaften‹ lässt sich auch für die raumbezogene Genderforschung nutzen, wenn etwa dargestellt wird, wie Landschaften gestaltet sein könnten, die nicht männlich-stereotypen Logiken unterliegen.

Dies führt uns zu einem neopragmatischen Verständnis des Verhältnisses von Macht und Landschaft: Das Konzept der inversen Landschaften lässt sich als Ausdruck des neopragmatischen Strebens nach Kontingenz verstehen. Besonders deutlich wird dies, wenn das Thema der Zeitlichkeit von Landschaft (auf allen drei Ebenen – sozial, individuell, materiell) mitgedacht wird: So können inverse Landschaften als ›gewesen‹ wie auch als ›noch nicht geworden‹ verstanden werden. Gerade in Bezug auf noch nicht gewordene Landschaften wird das (dem Neopragmatismus entsprechende) aktive und ermächtigende Potenzial von Macht deutlich: Inverse Landschaften sind Landschaftsalternativen, die sich dem Wettbewerb um Tauglichkeit stellen – ein Wettbewerb, der sich im Spannungsfeld der Kräfte abspielt, beharren und verändern zu wollen (Dahrendorf 1957). Dabei werden relationale Machtfelder entwickelt bzw. aktualisiert, die sich auf allen drei Ebenen von Landschaft anbinden lassen. Diese Machtfelder entwickeln sich etwa im Spannungsfeld unterschiedlicher normativer fachdisziplinärer Vorstellungen, die sich auch in rechtlichen Regelungen niederschlagen. Machtfelder zeigen sich in unterschiedlich aktualisierten Inhalten des Common Sense, aber auch in heimatlich-normallandschaftlichen Zuwendungen, die entsprechend das materielle Grundsubstrat von Landschaft unterschiedlich gewichten, deuten, kategorisieren und normativ aufladen. Dabei werden auch genderspezifische Unterschiede in der Bewertung von Veränderungen von als Landschaft gedeuteten Räumen empirisch deutlich: Sich selbst als weiblich beschreibende Befragte neigen dazu, materielle Manifestationen der Energiewende positiv zu bewerten – anders verhält sich dies bei Personen, die sich als männlich beschreiben (Kühne 2018b).

6. Fallbeispiel Energiewende

Konflikte um die ›Energiewende‹ – insbesondere um ihre materiellen Manifestationen, etwa Windkraftanlagen, aber auch großflächige Photovoltaikanlagen oder neu zu errichtende Stromtrassen – vollziehen sich häufig mit starkem Landschaftsbezug (u.a. Pasqualetti 2001; Kühne 2020; Kühne/Weber 2018; Leibenath/Otto 2014). Die aktuell noch inverse ›Energielandschaft‹ entspricht dabei Teilen normativer Common-Sense-Vorstellungen von Landschaft nicht, insbesondere jenen nicht, die eher ästhetisch gebunden sind. Jenen Vorstellungen, die ökologisch orientiert sind, entspricht inverse ›Energielandschaft‹ dann, wenn ein Primat des Klimaschutzes besteht. Dies ist häufig weniger der Fall, wenn die Avifauna im Fokus des Interesses steht. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch bei den Trägerinnen und Trägern von expertisehaften Sonderwissensbeständen ab. Auch hier findet sich ein weites Spektrum von Ablehnung bis Befürwortung, je nach der Stellung der jeweiligen (Sub-)Disziplin zum Thema Energiewende. Aus heimatlich-normallandschaftlicher Perspektive erfolgt in der Regel eine Ablehnung, da diese Perspektive normativ auf Stabilität der materiellen Grundlagen von Landschaft ausgerichtet ist. Die sich entwickelnden Konflikte entzündeten sich zwischen den Kräften der Beharrung und der Veränderung, hier in Bezug auf Landschaft, unter Mobilisierung spezifischer Machtfelder, die nicht zuletzt auf konkurrierende – sich durchaus ändernde – rechtliche Regelungen zurückgreifen, von Regionalplänen über Natura-2000-Regelungen bis hin zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seinen am 7. Juli 2023 vom Bundestag beschlossenen Änderungen. Dabei sind die jeweiligen Diskurskoalitionen nicht stabil. So können Parteien lokal eine andere Auffassung zu spezifischen Planungen vertreten als generell auf nationaler Ebene. Im Zuge der Dichotomisierung des (konkreten) Landschaftskonflikts in Diskurse, die nach Hegemonialität streben, wird wiederum häufig die jeweils andere Konfliktpartei moralisch abgewertet. Die jeweils eigene Landschaftsnorm wird als alternativlos generalisiert – was häufig mit einer Essenzialisierung des eigenen Landschaftskonstrukts einhergeht. Durch Essenzialisierungen bzw. die Konstruktion von Alternativlosigkeit verlieren inverse Landschaften ihr Potenzial zu Kontingenzsteigerung, da nur eine einzige Landschaft (auf allen drei Ebenen) als legitim angesehen wird. Mit der moralischen Abwertung der jeweils anderen Konfliktpartei wird die Wahrscheinlichkeit einer Konfliktregelung geringer. Der Konflikt kann also sein produktives Potenzial nicht aktivieren (Dahrendorf 1992). Der Konflikt wird letztlich gemäß einer

binären Machtlogik von Gewinn und Verlust entschieden. Die Moralisierung von Landschaftskonflikten ist häufig mit der Übertragung von der Sach- und Verfahrensebene auf die Identitäts- und Werteebene verbunden (Becker/Naumann 2018). Somit wird eine ›Niederlage‹ im Konflikt als Angriff auf die eigene (kollektive wie individuelle) Identität bzw. auf eigene zentrale Werte verstanden. Hieraus erfolgt wiederum häufig die Verallgemeinerung des Konflikts als eine Systemkritik – hier des liberal-demokratischen Gesellschaftssystems (Eichenauer/Reusswig/Meyer-Ohlendorf et al. 2018). Hierbei wiederum offenbart sich die spezifische Problematik der Verhandlung von Raumkonflikten als Landschaftskonflikte. Der ›getönte‹ Begriff der Landschaft (Schenk 2002) ist deutlich stärker ästhetisch und ökologisch normativ aufgeladen und damit anschlussfähiger für eine ›moralische Kommunikation‹ (Luhmann 2016), als dies der neutralere Begriff des Raums ist. Konflikt bedeutet Dichotomisierung und damit Vernichtung von Kontingenz. Im Landschaftskonfliktkontext bedeutet dies, kontingente Landschaftskonstruktionen zu verringern. Die Konfliktparteien bestehen häufig in Form eines landschaftlichen Status quo versus einer einzigen inverslandschaftlichen Alternative. Mit einer moralischen Aufladung des Konflikts erfolgt eine moralische Überhöhung der eigenen Landschaftskonstruktion und die moralische Abwertung der alternativen normativen Landschaftskonstruktion. Welche der beiden sich durchsetzt (oder kommt eine weitere Alternative auf?) und im physischen (als Landschaft gedeuteten) Raum manifestiert wird, hängt wieder von relationalen Machtverhältnissen ab.

7. Fazit

In Gesellschaften sind Machtverhältnisse eingeschrieben. Und Landschaft ist konstitutiv an Gesellschaft gebunden. Insofern ist auch Landschaft ein Ausdruck wie auch ein Medium dieser Machtverhältnisse. Dies betrifft sowohl die Ebene der sozialen Konstruktion, die Ebene der individuellen Zugänge zu Landschaft wie auch den als Landschaft gedeuteten materiellen Raum. Wie Macht im Allgemeinen ist auch das Verhältnis von Macht und Landschaft durch Ambivalenzen geprägt: Macht limitiert einerseits Optionen, andererseits ist Macht auch mit Selbstermächtigung verbunden, ob als Einwirkungsmöglichkeit in materielle Räume oder auch innovativ als Einwirkungsmöglichkeit auf die soziale Konstruktion von Landschaft. Gerade hierbei wird das Potenzial des Konzepts inverser Landschaft deutlich: Inverse

Landschaften konkretisieren prinzipiell kontingente Vorstellungen von Landschaften. Solche inversen Landschaften entstehen als Gedankenexperiment oder als Plan zur Veränderung als Landschaft gedeuteter materieller Räume. Sie können also auch spezifisch dazu beizutragen, landschaftliche Kontingenz aus der Perspektive der Genderforschung zu verdeutlichen. Gerade im Kontext der konfliktären Auseinandersetzungen um Landschaft bietet der Neopragmatismus mit seiner Wertschätzung von alternativen Theorien und anderen Weltdeutungen (sofern diese nicht essenzialistisch sind) eine metatheoretische Basis der Versöhnung älterer mit neueren Innovationen. Eine solche Herangehensweise, die das Komplementäre hervorhebt und nicht das Trennende, verspricht ein großes Potenzial zur Regelung von Konflikten, sowohl auf Ebene der wissenschaftlichen Theorien als auch der Praxis der landschaftlichen Folgen der Energiewende. Ein solcher Umgang mit ›Landschaft‹ bedeutet in doppelter Hinsicht, gendersensibel vorzugehen: Auf analytischer Ebene erwächst daraus eine zentrale Möglichkeit des Verständnisses der differenzierten Konstruktion von Landschaft. Auf normativer Ebene ist sie eine Voraussetzung der Integration möglichst vieler Menschen in einen gemeinsamen Diskurs der Wertschätzung.

Hinsichtlich der Umsetzung der Energiewende bedeutet eine solche, um Integration von Perspektiven bemühte, Herangehensweise eine frühzeitige Befassung und Explizitmachung von latenten Konflikten (der unterschiedlichen Konstruktion und insbesondere Bewertung von Landschaft von Personen mit heimatlichen Ansprüchen, stereotypen Deutungen, wie auch Sonderwissensbeständen), damit bereits in dieser frühen Phase ein Verfahrensrahmen vereinbart werden kann, der nicht in einer umfassenden Moralisierung der jeweilig anderen Konfliktpartei (und der sie bildenden Personen) führt und so einer Regelung offen steht (Dahrendorf 1992, 1972).

8. Literatur

- Allen, J. (2008): Pragmatism and power, or the power to make a difference in a radically contingent world. In: *Geoforum* 39, 1613–1624.
- Althusser, L. (1977): *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg, Berlin.
- Anter, A. (2012): *Theorien der Macht zur Einführung*, Hamburg.
- Arendt, H. (1970): *Macht und Gewalt*. München.

- Becker, S.; Naumann, M. (2018): Energiekonflikte erkennen und nutzen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 509–522.
- Cosgrove, D. (1984): *Social Formation and Symbolic Landscape*. London, Sydney.
- Czepczyński, M. (2008): *Cultural Landscapes of Post-Socialist Cities. Representation of Powers and Needs*. Hampshire, Burlington.
- Dahrendorf, R. (1957): *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart.
- Dahrendorf, R. (1972): *Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft*. München.
- Dahrendorf, R. (1983): *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*. Stuttgart.
- Dahrendorf, R. (1992): *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*. Stuttgart.
- de Castro, S. (2021): Intellektueller Fortschritt im Wandel der Zeit. Probleme der Feminismus-Rezeption Richard Rortys. In: Selk, V.; Held, C.; Schwuchow, T. (Hg.): *Soziale Hoffnung, liberale Ironie. Zur Aktualität von Richard Rortys politischem Denken*, Baden-Baden, 179–192.
- Dewey, J. (1958): *Art as experience*. New York.
- Eichenauer, E.; Reusswig, F.; Meyer-Ohlendorf, L. et al. (2018): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.), *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden, 633–651.
- Elias, N. (1997 [1939]): *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (1983 [1976]): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit*. Frankfurt a.M.
- Foucault, M. (2019 [frz. Original 1975]): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a.M.
- Gailing, L. (2015): Landschaft und produktive Macht. In: Kost, S.; Schönwald, A. (Hg.): *Landschaftswandel – Wandel von Machtstrukturen*. Wiesbaden, 37–51.
- Glasze, G.; Matissek, A. (2009): Die Hegemonie- und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G.; Matissek, A. (Hg.): *Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, 153–179.

- Greider, T.; Garkovich, L. (1994): Landscapes: The Social Construction of Nature and the Environment. In: *Rural Sociology* 59 (1), 1–24.
- Holmén, H. (1995): What's new and What's Regional in the ›New Regional Geography‹? In: *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 77 (1), 47–63.
- Jones, O. (2008): Stepping from the wreckage: Geography, pragmatism and anti-representational theory. In: *Geoforum* 39 (4), 1600–1612.
- Kost, S.; Schönwald, A. (Hg.) (2015): *Landschaftswandel – Wandel von Machtstrukturen*. Wiesbaden.
- Kretz, D. (2023): Essays on Heidegger and Others. In: Müller, M. (Hg.): *Handbuch Richard Rorty*. Wiesbaden, 239–251.
- Kühne, O. (2008): *Distinktion – Macht – Landschaft. Zur sozialen Definition von Landschaft*. Wiesbaden.
- Kühne, O. (2013a): Landschaftsästhetik und regenerative Energien – Grundüberlegungen zu De- und Re-Sensualisierungen und inversen Landschaften. In: Gailing, L.; Leibenath, M. (Hg.): *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung*. Wiesbaden, 101–120.
- Kühne, O. (2013b): Macht und Landschaft: Annäherungen an die Konstruktion von Experten und Laien. In: Leibenath, M.; Heiland, S.; Kilper, H. et al. (Hg.): *Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften*. Bielefeld, 237–271.
- Kühne, O. (2015): The Streets of Los Angeles: Power and the Infrastructure Landscape. In: *Landscape Research* 40 (2), 139–153.
- Kühne, O. (2018a): Die Landschaften 1, 2 und 3 und ihr Wandel. Perspektiven für die Landschaftsforschung in der Geographie – 50 Jahre nach Kiel. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 92, 217–231.
- Kühne, O. (2018b): *Landscape and Power in Geographical Space as a Social-Aesthetic Construct*. Dordrecht.
- Kühne, O. (2020): *Landscape Conflicts. A Theoretical Approach Based on the Three Worlds Theory of Karl Popper and the Conflict Theory of Ralf Dahrendorf, Illustrated by the Example of the Energy System Transformation in Germany*. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 12, 1–20.
- Kühne, O. (2023): *Foodscapes – a Neopragmatic Redescription*. In: *Berichte. Geographie und Landeskunde* 96 (1), 5–25.
- Kühne, O. (2024): *Macht und Landschaft*. In: Kühne, O.; Weber, F.; Berr, K. et al. (Hg.): *Handbuch Landschaft*. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl. Wiesbaden, 617–629.

- Kühne, O.; Berr, K.; Koegst, L. (2023): Contingency and Landscape. Basic Considerations on Graphic and Cartographic Representations in Recourse to the Concept of Inverse Landscapes as a Contribution to Deviant Cartographies with Examples on Louisiana. In: *KN – Journal of Cartography and Geographic Information* 73, 1–12.
- Kühne, O.; Fischer, J. D. (2022): Pillepallescapes. Journeys to the edges of socially shared landscape constructions. In: *Human Geographies* 16 (2), 157–174.
- Kühne, O.; Koegst, L.; Berr, K. (2024): Oilsapes of Louisiana. Neopragmatic reflections on the ambivalent aesthetics of landscape constructions. Wiesbaden.
- Kühne, O.; Weber, F. (2018): Conflicts and negotiation processes in the course of power grid extension in Germany. In: *Landscape Research* 43 (4), 529–541.
- Laclau, E.; Mouffe, C. (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York.
- Leibenath, M. (2014): Landschaftsbewertung im Spannungsfeld von Expertenwissen, Politik und Macht. In: *UVP-report* 28 (2), 44–49.
- Leibenath, M. (2015): Landschaften und Macht. In: Kost, S; Schönwald, A. (Hg.): *Landschaftswandel – Wandel von Machtstrukturen*. Wiesbaden, 17–26.
- Leibenath, M.; Otto, A. (2014): Competing Wind Energy Discourses, Contested Landscapes. In: *Landscape Online* 8, 1–18.
- Luhmann, N. (1977): Macht und System. Ansätze zur Analyse von Macht in der Politikwissenschaft. In: *Universitas* 32, 473–482.
- Luhmann, N. (1984): *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a.M.
- Luhmann, N. (2016): *Die Moral der Gesellschaft*. Frankfurt a.M.
- Mitchell, W. J. T. (Hg.) (2002): *Landscape and Power*, Chicago. London.
- Murphy, A. B. (1991): Regions as social constructs: the gap between theory and practice. In: *Progress in Human Geography* 15 (1), 23–35.
- Olwig, K. R. (2008): The Jutland Ciper: Unlocking the Meaning and Power of a Contested Landscape. In: Jones, M.; Olwig, K. (Hg.): *Nordic landscapes. Region and belonging on the northern edge of Europe*. Minneapolis, Chicago, 12–52.
- Olwig, K. R.; Mitchell, D. (Hg.) (2009): *Justice, Power and the Political Landscape*. Abingdon, Oxon, New York.
- Paris, R. (2005): *Normale Macht. Soziologische Essays*. Konstanz.

- Pasqualetti, M. J. (2001): Wind energy landscapes: society and technology in the California desert. In: *Society & Natural Resources: An International Journal* 14 (8), 689–699.
- Rorty, R. (1981): *Der Spiegel der Natur: Eine Kritik der Philosophie*. Frankfurt a.M.
- Rorty, R. (1982): *Consequences of Pragmatism. Essays: 1972–1980*. Minneapolis.
- Rorty, R. (1988): *Solidarität oder Objektivität? 3 philos. Essays*. Stuttgart.
- Rorty, R. (1989): *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a.M.
- Rorty, R. (1991): *Essays on Heidegger and others*. Cambridge.
- Rorty, R. (1997): *Contingency, irony, and solidarity*. Cambridge.
- Rorty, R. (2003): *Wahrheit und Fortschritt*. Frankfurt a.M.
- Rorty, R. (2023): *Pragmatismus als Antiautoritarismus*. Berlin.
- Schenk, W. (2002): »Landschaft« und »Kulturlandschaft« – »getönte« Leitbegriffe für aktuelle Konzepte geographischer Forschung und räumlicher Planung. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 146, 6–13.
- Topper, K. (1995): Richard Rorty, Liberalism and the Politics of Redescription. In: *American Political Science Review* 89 (4), 954–965.
- Weber, F. (2018): *Konflikte um die Energiewende. Vom Diskurs zur Praxis*. Wiesbaden.
- Weber, M. (1976 [1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*. Tübingen.
- Weber, M. (2014 [1919]): *Politik als Beruf*, Köln.
- Zukin, S. (1993): *Landscapes of Power: From Detroit to Disney World*. Berkeley, Los Angeles, London.
- Zukin, S. (2009): Changing Landscapes of Power: Opulence and the Urge for Authenticity. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 33 (2), 543–553.

Gerechte Raumentwicklung

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Klimagerechtigkeit und Gender

Ludger Gailing

1. Einführung: Theoretische Ausgangspunkte

Für das interdisziplinäre Feld der Raumforschung sind Gerechtigkeitsargumente schon seit Jahrzehnten bedeutsam. Am deutlichsten wird dies mit Blick auf die Wurzeln der heutigen kritischen Humangeographie, die von Beginn an Gerechtigkeitsaspekte implizit oder explizit thematisierte. Dabei wurde zunächst eine städtische Perspektive eingenommen (vgl. im Folgenden Eichenauer/Gailing 2022). Ausgehend von stadtpolitischen Auseinandersetzungen der 1960er Jahre entstanden grundlegende Arbeiten zu gerechter räumlicher Entwicklung. Lefebvre (1968) beschrieb das »Recht auf Stadt« als ein Recht darauf, das politische Leben und die Entwicklung der Stadt aktiv mitzugestalten. Parallel dazu entwickelte sich mit den Beiträgen von David Harvey eine Diskussion zu sozialer Ungerechtigkeit im urbanen Raum. Harvey (2009 [1973]) nahm eine geographische Interpretation der Rawl'schen Konzeption von Gerechtigkeit vor, nämlich diejenige einer gerechten Verteilung zu der man auf rechtem Weg (über gerechte Verfahren) gelangt ist. Aufbauend auf diesen fundamentalen Dimensionen der Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit konzeptualisierte Harvey »territoriale soziale Gerechtigkeit«. So sollten bspw. die Verfahren der Raumentwicklung derart gestaltet sein, dass die am stärksten benachteiligten Territorien die bestmöglichen Entwicklungschancen haben. Harvey fokussierte damit auch auf die Fragen, wie sich der Zugang zu Entscheidungen gestaltet und wie gerechte Verfahren ausgestaltet sein müssen, die eine gerechte Verteilung überhaupt erst ermöglichen. Er rückte dabei das Problem der Anerkennung marginalisierter Gruppen und Räume in den Mittelpunkt.

Für Soja (2010) ist Gerechtigkeit immer im räumlichen Kontext zu sehen, der (Un-)Gerechtigkeiten hervorbringt und selbst von (Un-)Gerechtigkeiten geprägt ist. Räumlichkeit liege allen Gerechtigkeitsphänomenen zugrunde; es komme darauf an, (Un-)Gerechtigkeitsphänomene auch räumlich zu interpretieren. Dazu setzte Soja die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit *spatial justice* direkt in Beziehung zu sozialen Bewegungen, insbesondere der US-amerikanischen Umweltgerechtigkeits- und Bürgerrechtsbewegungen, fokussierte auf die räumliche Verankerung sozialer Kämpfe und band sie mithilfe aktueller Rezeptionen des »Rechts auf Stadt« demokratietheoretisch ein.

Eine prominente Ausnahme von dem in diesen Arbeiten vertretenen städtischen Fokus stellte die kritisch-geographische Forschung zu Kulturlandschaften dar, wie sie etwa Mitchell (2000, 2003) vertreten hat. Landschaften seien demnach – egal ob städtisch oder ländlich – Reifikationen einer sozialen Ordnung, die mit ihrer scheinbar einheitlichen und stabilen Erscheinungsform soziale Auseinandersetzungen und die Widrigkeiten alltäglichen Handelns »verschleiern« (Mitchell 2000: 141). Sie sind die materielle und zugleich symbolische Repräsentation von Ungerechtigkeiten.

In jüngerer Zeit hat sich nun die Forschung zu raumbezogener Gerechtigkeit in deutlicher Weise auf Räume jenseits urbaner Agglomerationen geweitet (Barracrough 2013; Mießner/Naumann 2019; Landy/Moreau 2015). Im Anschluss an Barracrough betont auch Redepenning (2019) die Verflechtungsbeziehungen von Stadt und Land, die immer mitgedacht werden müssen, wenn es um Fragen räumlicher Gerechtigkeit geht. Schließlich sei es nicht nur die Stadt, die Infrastrukturen für den ländlichen Raum vorhalte. Vielmehr gilt auch umgekehrt, dass ländliche Räume viele wichtige Funktionen übernehmen, die städtisches Leben überhaupt erst ermöglichen (z.B. Entsorgungs- und Energieinfrastrukturen, Erholungsräume). Dabei geht es nicht nur um die Verteilung von Gütern, Dienstleistungen oder Lebenschancen, sondern auch um Fragen der Anerkennung, insbesondere sowohl der Anerkennung der Diversität ländlicher Räume als auch der Repräsentation, d.h. inwieweit ländliche Räume in die Lage versetzt werden, ihre Interessen in Entscheidungsprozesse einbringen zu können (Redepenning/Singer 2019). Auch hier wird für Mitsprachemöglichkeiten bei stadtpolitischen Entscheidungen plädiert, die den ländlichen Raum betreffen. Die Debatte um Gestaltungsmöglichkeiten von räumlichen Prozessen im ländlichen Raum wird bspw. von Nordberg (2020) empirisch beleuchtet. Er sieht räumliche Gerechtigkeit nicht in erster Linie als eine Frage der Verteilung, sondern als eine Frage örtlicher

Wirkmöglichkeiten (»capability of places«). Mit Blick auf die europäische Diskussion um territoriale Kohäsion, die ähnlich der deutschen Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse eine Strategie regionaler Entwicklung darstellt, betonen auch Görmär, Lang, Nagy et al. (2019) die Kontrollmöglichkeiten peripherer Räume als eine Grundvoraussetzung zur Herstellung räumlicher Gerechtigkeit.

Räumliche Gerechtigkeit kann also nicht mehr nur als urbanes Phänomen charakterisiert werden. Räumliche Gerechtigkeit ist für alle Räume und Landschaften bedeutsam. Auf dieser Grundlage thematisiert dieser Beitrag im Folgenden zunächst die Aktualität des Gerechtigkeitsdiskurses für die Raumentwicklung und die raumbezogene Forschung. Im Anschluss daran werden mögliche Systematisierungen des Gerechtigkeitsbegriffs für die Analyse räumlicher Phänomene vorgestellt und in ihren Zusammenhängen erörtert.

2. Die Aktualität des Gerechtigkeitsthemas für die Raumentwicklung

Auch unabhängig von der Entwicklung der wissenschaftlichen Debatte um räumliche Gerechtigkeit hat die Auseinandersetzung mit Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in den letzten Jahren an neuer Bedeutung gewonnen. »Gerechtigkeit« ist insgesamt ein Begriff, der eine Renaissance in raumbezogener Politik und Zivilgesellschaft erfahren hat (Gailing/Weith 2023). Drei wesentliche Stränge können hier voneinander unterschieden werden: erstens die wieder neu aufgekommene Debatte um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Raumentwicklung, zweitens die Klimakrise und die Debatte um Klimagerechtigkeit sowie drittens die zunehmende Thematisierung von Aspekten der Anerkennungsgerechtigkeit, zu denen auch Aspekte der Gendergerechtigkeit gehören.

Der erste Ausgangspunkt betrifft also den Aspekt der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Hier kann bspw. auf das erfolgreiche Volksbegehren in Bayern verwiesen werden, das 2013 zur Aufnahme der gleichwertigen Lebensverhältnisse in die Bayerische Verfassung führte und so viel Schubkraft entwickelte, dass dies auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD aus dem Jahre 2018 für die Bundesebene aufgegriffen wurde. Neben einem Fördersystem für strukturschwache Regionen wurde eine Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse eingerichtet, die in einem Dokument »Unser Plan für Deutschland« konkrete Reformvorschläge erarbeitet hat (Köck 2022). Dieser Entwicklung vorangegangen war eine jahrzehntelange

Betonung der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen und eine Vernachlässigung von räumlichen Ausgleichspolitiken. In diesem Zuge erschien es bspw. noch plausibel, Agglomerationsräume in Deutschland als »Europäische Metropolregionen« und Flaggschiffe einer wettbewerbsorientierten standortpolitischen Raumentwicklung zu bevorzugen und ländliche Räume, insbesondere solche, in denen Peripherisierungstendenzen erkennbar waren, weniger in den Fokus zu nehmen. Dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sich des Themas der sogenannten abgehängten Regionen (Deppisch 2019) diskursiv-strategisch annahmen und auch mit diesem Thema Mobilisierungs- und Wahlerfolge feiern konnten, verstärkte durchaus den Druck auf Regierungspolitik, das Konzept der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wieder in den Vordergrund raumpolitischer Erwägungen zu rücken. Allerdings drückt sich durch diesen Begriff seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und der darauffolgenden Neufassung des Art. 72, Abs. 2 GG im Jahr 1994 nicht mehr die Vision eines interventionsbereiten und solidarischen Sozialstaats (Danielzyk/Priebs 2021) aus, sondern nur noch eine Orientierung an einem Minimum, das erforderlich sei, den sozialen Zusammenhalt zu sichern. Eine Orientierung auf ein hohes wohlfahrtsstaatliches Niveau und eine »Angleichung nach oben« als Grundlogik staatlicher Strukturpolitik wäre demnach aus dieser Verfassungsnorm nicht mehr ableitbar (Kersten 2008; Siedentop/Stroms 2021).

Ob Raumentwicklung insgesamt gerecht zugeht, ist dennoch wieder ein wichtiges öffentliches Thema geworden. Egal ob es um den räumlich ungleichen Ausbau von Infrastrukturen (z.B. Breitbandanschluss), Leistungen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen (z.B. ÖPNV-Angebot, hausärztliche Versorgung, Krankenhäuser) oder um die finanzielle Ausstattung von Kommunen in Schrumpfungsregionen geht: Ein simpler Verweis auf die Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Förderung metropolitaner Standorte reicht nicht mehr aus. Die öffentliche Hand hat auch durch Strategien wie die Verlagerung von Behördenstandorten oder Forschungseinrichtungen in ländliche und/oder periphere Räume eine Strategie reaktualisiert, die zuletzt zu den Hochzeiten der Planungseuphorie in Westdeutschland in den 1960er Jahren und natürlich auch unter planwirtschaftlichen Bedingungen in der ehemaligen DDR von Bedeutung war. Auch bei der Entscheidung zum Kohleausstieg und seiner Flankierung mit massiven milliardenschweren strukturpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Braunkohlereviere (Zeissig/Eichenauer/Gailing 2023) spielte der veränderte Diskurs- und Politikintergrund eine Rolle, dass keine neuen »ab-

gehängten Regionen« bzw. »left-behind places« (Pike/Béal/Cauchy-Duval et al. 2023) entstehen sollten. Auf europäischer Ebene etablierte man im Zuge der Beschlüsse zum Green Deal mit dem Ziel der Klimaneutralität entsprechend einen eigenen Fonds für den gerechten Übergang (»Just Transition Fund«, JTF), der vor allem solchen Regionen und Standorten zugutekommen soll, die im Zuge eines klimagerechten Umbaus der europäischen Volkswirtschaften besondere wirtschaftliche und soziale Anpassungsleistungen erbringen müssen.

Damit wäre der zweite Aspekt der Renaissance raumbezogener Gerechtigkeitsdiskurse angesprochen: die Debatte um Klimagerechtigkeit. Ein prominentes Beispiel ist etwa der Ruf nach »Climate Justice« auf den Demonstrationen der »Fridays for Future«-Bewegung, der symptomatisch dafür steht, dass Fragen nach gerechten Lebensverhältnissen heute immer auch eine raumzeitliche Komponente haben. Dies gilt, weil die Folgen klimaungerechten Handelns im Globalen Norden sowohl für den Globalen Süden (in intragenerationeller Hinsicht) als auch für künftige Generationen im Globalen Norden (in intergenerationeller Hinsicht) deutlich zu spüren sein werden. Diejenigen, die am meisten für die globale Erhitzung verantwortlich sind, können sich am besten vor den Folgen schützen. Umgekehrt sind diejenigen, die am wenigsten Verantwortung tragen, am stärksten betroffen (Kalt 2022); das gilt auch für Heranwachsende und kommende Generationen. Die Klimakrise schafft Ungerechtigkeiten, da die Auswirkungen des Klimawandels gegenwärtigen und zukünftigen Generationen räumlich ungleiche Schäden zufügen, und die Lasten, die sich aus Klimaschutzmaßnahmen ergeben, ebenfalls sozial und räumlich ungleich verteilt sind (Bickerstaff/Walker/Bulkeley 2013). Klimagerechtigkeit ist damit ein wesentlicher Aspekt für die Raumentwicklung. In Bezug auf die Ausgestaltung von Energiewendeprozessen als einem wesentlichen Aspekt von Klimaschutzbemühungen können hierfür auch auf der regionalen und lokalen Ebene vielfältige Beispiele genannt werden. Räumlich ungleiche Entwicklungen (Bridge/Gailing 2020; O'Sullivan/Golubchikov/Mehmood 2020) zeigen sich in Bezug auf die Verteilung von Windenergieanlagen, die Betroffenheit von Ausstiegsmaßnahmen aus fossil basierter Stromerzeugung oder die räumlich ungleich verteilten monetären Gewinne und Verluste aus Energiewendemaßnahmen. Typische Problemlagen reichen von der (mangelnden) Beteiligung an Planungsprozessen und an finanziellen Erlösen in lokaler und regionaler Hinsicht bis zur Reproduktion globaler Ungleichheiten (Becker/Naumann 2021).

Energiewende- und Klimaschutzmaßnahmen in Bezug auf den Einstieg in erneuerbare Energien der Stromerzeugung, den Kohleausstieg, die Wärmewende in Städten und Gemeinden sowie die Verkehrswende hin zu einem höheren Anteil des ÖPNV und des nichtmotorisierten Verkehrs haben in individueller, lokaler, regionaler und globaler Hinsicht Folgen in Bezug auf die Verteilung von Lasten und Nutzen bzw. von Kosten und Erlösen. Forderungen nach einer »just transition« sind demnach relevant, um Aspekte des Klimaschutzes mit sozioökonomischen Fragen in Einklang zu bringen und zu verhindern, dass einzelne Regionen besonders unter den Lasten von Politiken zur Minderung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu leiden haben. Die Perspektive auf »just transitions« entstand ursprünglich als Ergebnis eines Bündnisses zwischen Gewerkschaften und Umweltbewegungen, die sich mit den sinkenden Beschäftigungsmöglichkeiten beim Übergang der auf fossilen Brennstoffen basierenden Industrien und den ökologischen Ungleichheiten befassten, die sich aus den auf fossilen Brennstoffen basierenden Industrien ergeben (Krüger/Eichenauer/Gailing 2022; Stevis/Felli 2020; Wilgosh/Sormann/Barcena 2022). Die beteiligten Akteure reichen von nationalen Gewerkschaften über klimapolitische Akteure bis hin zu Nichtregierungsorganisationen für Umwelt- und Klimagerechtigkeit. Daran anknüpfend sind mittlerweile strukturpolitische Instrumente entwickelt worden, die explizit Orte und Regionen adressieren, in denen ungerechte Entwicklungen stattfinden oder zu befürchten sind. Prominente Beispiele sind etwa das Strukturstärkungsgesetz für Kohlereviere in Deutschland mit seiner milliardenschweren Förderung (Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023) sowie der o.g. JTF der Europäischen Union.

Die Analyse von (raumbezogenen) Ungerechtigkeiten ist nicht nur themenbezogen, sondern lässt sich auch entlang von gesellschaftlichen Ungleichheitskategorien wie »race«, »class« und »gender« durchführen. Dies verdeutlichen theoretische und empirische Arbeiten feministischer Forscher:innen aus den Bereichen Geographie (Bauriedl/Schier/Strüver 2010; Wastl-Walter 2010), Stadt- und Raumentwicklung (Frank 2019; Huning/Mölders/Zibell 2019), Architektur (Zibell 2019) sowie Land- und Agrarsoziologie (Little 2015; Oedl-Wieser/Schmitt 2016). So zeigt sich in Bezug auf die Klimakrise, dass hier auftretende Ungerechtigkeiten oftmals eine Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Ungleichheitskategorien aufweisen, zumindest bestehen aber parallele und sich überlagernde oder sich verstärkende Prozesse an der Schnittstelle zwischen »race«, »class« und »gender«. Auf der Ebene von Individuen oder sozialen Gruppen kann es dann zu besonders starken Unge-

rechtigkeiten kommen. Die stärkere Thematisierung solcher intersektionaler Betroffenheiten und Diskriminierungen ist der dritte Treiber von neueren Gerechtigkeitsdiskursen. Wenn es zu Ungerechtigkeiten gegenüber Individuen oder Gruppen aufgrund einer oder mehrerer Ungleichheitskategorien kommt, so geht es um den Aspekt der Anerkennungsgerechtigkeit (Fraser 2016). Dabei kann es sich um fehlende Anerkennung bzw. aktive Verkennung von Interessen, Positionen, Lebensrealitäten und Identitäten handeln. Ein wichtiger Aspekt der Anerkennung von Differenzen ist auch die Anerkennung von verschiedenen Genderperspektiven und Genderidentitäten. Wenn etwa Männer und Frauen in ungleicher Weise zur Klimakrise beitragen und bei Klimaschutzmaßnahmen patriarchale Geschlechterrollen nicht hinterfragt oder die Vulnerabilität von Frauen und inter- und transgeschlechtlichen sowie nichtbinären Personen gegenüber Klimafolgen nicht berücksichtigt werden (Perkins 2019; Kalt 2022), zeigt dies die anerkennungsbezogene Genderdimension von Klimagerechtigkeit auf.

Die Genderdimension der Thematik der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse kann gut am Beispiel ländlicher Lebenswelten von Frauen verdeutlicht werden. Da Frauen im Durchschnitt in stärkerer Weise Care-Arbeit und reproduktive Tätigkeiten leisten als Männer, haben sie einen höheren Bedarf an nahräumlichen durchmischten Siedlungsstrukturen und an guten Mobilitätsangeboten. Ländliche Räume, in denen Angebote der Daseinsvorsorge in quantitativer und qualitativer Weise zurückgenommen wurden und in denen kein gutes ÖPNV-Angebot besteht, diskriminieren vor allem (jüngere) Frauen, was auch ein Grund dafür ist, dass diese solche ländlichen Räume bei ihren Wohnortentscheidungen nicht bevorzugen (Schulze 2023; Kohnkopf/Stedtfeld 2012).

3. Analysekategorien für Raumgerechtigkeit

Um gleichwertige Lebensverhältnisse und Fragen von Klima- und Energiegerechtigkeit sowie deren jeweilige Überschneidungen mit gruppen- und identitätsbezogenen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten verstehen und analysieren zu können, bietet die Gerechtigkeitsforschung grundlegende Analysekategorien an. Diese können jeweils handlungsfeldspezifisch ergänzt und spezifiziert werden. Mit Bezug auf die Forschungsperspektiven der Umweltgerechtigkeit (Schlosberg 2007) und der Energiegerechtigkeit (Jenkins/McLaurey/Heffron et al. 2016) können drei analytische Kategorien

unterschieden werden, die aufbauend auf Rawls (2019 [1979]) Verteilung und Verfahren sowie angelehnt an Fraser (2016) auch die Dimension der Anerkennung berücksichtigen. Der sich daraus ergebende Dreiklang aus Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit kann mit folgenden analytischen Fragen untersetzt werden (Zeißig/Eichenauer/Gailing 2023):

- Verteilungsgerechtigkeit: Wie werden gesellschaftliche Grundgüter in sozialer und räumlicher Hinsicht verteilt? Wie werden Kosten und Nutzen von politischen Maßnahmen verteilt?
- Verfahrensgerechtigkeit: In welcher Weise ermöglichen Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse die Inklusion oder Exklusion von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen?
- Anerkennungsgerechtigkeit: Wie werden Aspekte von »race«, »class« und »gender« oder anderer Ungleichheitskategorien in Verfahren oder bei gesellschaftlichen bzw. räumlichen Verteilungen berücksichtigt? Wird Differenz als Wert und Faktor berücksichtigt? Oder kommt es zu Abwertungen und Marginalisierungen?

Mit Bezug auf weitere Quellen (Koppers/Miosga/Sträter et al. 2018; aber auch Edwards/Reid/Hunter 2016; Köckler 2020; Davy 1997; Kloepper 2006; Höffe 2023) haben Gailing und Weith (2023: 324f.) diese fundamentalen Kategorien in Bezug auf Fragen der Raumplanung und -entwicklung spezifiziert und erweitert:

- Verteilungsgerechtigkeit: Verteilung von Funktionen und Zugang zu Infrastrukturen, zu Angeboten der Daseinsvorsorge und zu räumlichen Spezifika, die Lebensqualität ausmachen (naturräumliche Umgebung, gesunde Lebensbedingungen, Ressourcen etc.) sowie die finanzielle Mittelzuweisung; allerdings auch Betroffenheit von Raumlasten wie gesundheitsgefährdenden Anlagen und Infrastrukturen
- Tauschgerechtigkeit: Ausgleich zwischen Stadt und Land im Hinblick auf die damit verbundenen Leistungen bzw. Funktionen (Wohnen, Erholung, Verkehr usw.)
- Ergebnisserechtigkeit: Kompensationen, um Wirkungen raumbezogener Politiken ausgeglichener zu gestalten, z.B. über technische Maßnahmen, Förderprogramme, gezielte Aufwertung betroffener Gebiete
- Verfahrensgerechtigkeit: gleiche Rechte und Pflichten in Verfahren der räumlichen Planung sowie bei weiteren Verfahren der räumlichen Gover-

nance (Förderpolitik, Regionalentwicklung); Sicherung der Beteiligung unterrepräsentierter Gruppen

- Anerkennungsgerechtigkeit: Anerkennung der Diversität von Räumen und deren spezifischer Ausstattungen, Probleme und Bedürfnisse; Anerkennung der soziokulturellen Vielfalt städtischen und ländlichen Lebens im Hinblick auf die Diversität der Gesellschaft; Anerkennung nicht-menschlicher Akteure (Tiere, Pflanzen, Flüsse, Wälder usw.)
- Chancengerechtigkeit: Möglichkeiten zur eigenständigen, individuellen Entwicklung und Freiheitsentfaltung als zentraler Aspekt gleichwertiger Lebensverhältnisse; Verwirklichungschancen als Grundlage selbstbestimmten Lebens auf der Grundlage räumlicher Ausstattungen (z.B. kulturelle Angebote, Bildungsinfrastrukturen)
- Intergenerationelle Gerechtigkeit: Verantwortung, künftigen Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen; insbesondere in Bezug auf die Klimakrise (Klimagerechtigkeit)
- Intragenerationelle Gerechtigkeit: raumbezogene Entwicklungen haben stets Auswirkungen in anderen Teilen eines Landes und der Erde; globale Verantwortung in Bezug auf die Klimakrise (Klimagerechtigkeit)

4. Zusammenhänge zwischen den Gerechtigkeitskategorien

Schon in Bezug auf die Kategorien des Dreiecks aus Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit wird deutlich, dass zwischen ihnen Überschneidungen bestehen. Fünfgeld (2021) hat bspw. aufgezeigt, dass Aspekte der mangelnden Anerkennung wie die Marginalisierung, Stigmatisierung und Diskriminierung von Gruppen verringerte Teilhaberechte bedeuten können und damit Verfahrensgerechtigkeit infrage stellt bezüglich der Teilhabe an Entscheidungen, Zielformulierungen und Einflussnahme. Letzteres kann wiederum dazu beitragen, dass eine ungleiche Verteilung von Ressourcen und Risiken zementiert wird, so dass es einen direkten Nexus zwischen Verfahrens- und Verteilungsfragen gibt. Dies verweist darauf, dass es nicht zielführend ist, eine der Kategorien besonders hervorzuheben, weil dann möglicherweise andere aus dem Blick geraten und nicht zur Erklärung zur Verfügung stehen. Schlosberg (2007) hatte auf diesen Zusammenhang bereits hingewiesen, indem er herausarbeitete, dass ungerechte Verteilungen oftmals im direkten Zusammenhang mit institutionellen und organisato-

rischen Aspekten von Verfahren stehen oder das Ergebnis der fehlenden Anerkennung von Gemeinschaften und Gruppen sein können.

So kann es bspw. aus der Perspektive der Geschlechterforschung für die Analyse von Energielandschaften relevant sein, den Aspekt der Anerkennungsgerechtigkeit zwar zum Ausgangspunkt zu nehmen, aber diesen in seinen Wechselwirkungen mit Verteilungs- und Verfahrensfragen zu analysieren. Damit würde man Forschungsperspektiven (Kalt 2022) auf das »(m)Anthropocene« (Di Chiro 2017) und die patriarchale Dimension der Klimakrise ernst nehmen, etwa wenn es um emissionsintensive Konsum- und Produktionsmuster (Perkins 2019) oder die Reproduktion von Geschlechterungleichheiten durch markt- und technologiezentrierte Klimamaßnahmen geht. Gleichzeitig würde man aber die Wirkung von ungleichen Verteilungen von Kosten und Nutzen aus Maßnahmen der Energiewende im Zusammenspiel mit diesen Anerkennungsfragen ebenso ernst nehmen wie die Wechselwirkung mit Teilhabemöglichkeiten an Verfahren, die für Energielandschaften relevant sind. Letzteres gilt etwa für formelle Verfahren im Zuge von Planungsprozessen, ersteres betrifft die Möglichkeit, in finanzieller Hinsicht von Maßnahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien zu profitieren. Ganz grundsätzlich betrifft dies aber auch die Frage, ob auch eine andere, weniger effizienz- und mehr suffizienzorientierte Energiewende möglich wäre, bei der dann anstelle technologischer Maßnahmen vor allem ressourcensparende Änderungen der Konsummuster sowie des Zusammenlebens und -arbeitens möglich wären und lokale Gemeingüter eine größere Rolle spielten.

Die Ergänzung des gerechtigkeits-theoretischen Dreiklangs um weitere Kategorien kann zu noch weiteren empirischen Erkenntnissen führen. Dies betrifft etwa die Einbettung von lokalen Maßnahmen in globale Aspekte der intragenerationellen Gerechtigkeit. Die Entwicklung neuer Energielandschaften steht dabei stets in der Gefahr, neue Ressourcenungerechtigkeiten (z.B. in Bezug auf Ressourcen für Anlagen erneuerbarer Energien) zu induzieren (Sovacool 2013), was bei lokalen Planungsprozessen bislang keine Rolle spielt. Aspekte der Tausch- und Ergebnisgerechtigkeit verweisen zudem darauf, dass es möglich ist, in Verfahren auch Güter und Leistungen miteinander in Relation zu setzen, sodass es zu Kompensationen und zu »Tauschgeschäften« zwischen einzelnen Raumausschnitten (z.B. verschiedenen Gemeinden oder zwischen Stadt und Land) kommen kann. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist freilich, dass der Aspekt der Anerkennung von unterschiedlichen Interessen, Positionen und Voraussetzungen nicht nur auf Individuen und gesellschaftliche Gruppen bezogen wird, sondern auch auf Räume (Redepen-

ning/Singer 2019). Eine Verkehrswende ohne Berücksichtigung der Belange bislang schlecht an den ÖPNV angeschlossener Dörfer wird ebenso wenig gelingen wie eine Wärmewende, die in ihren Politikmaßnahmen Gemeinden oder Stadtquartiere »verkennt«, die nicht an Wärmenetze angeschlossen werden können. Die Reproduktion ungleicher Verteilungen zu verhindern, kann durch eine konsequente Perspektive der Anerkennung der Vielfalt von Räumen gelingen. Dies ist bereits eine wesentliche Erkenntnis aus dem Zubau erneuerbarer Energien und den damit einhergehenden Konflikten in den letzten Jahrzehnten, der in gesellschaftlicher Hinsicht dann am erfolgreichsten war, wenn lokale Bedingungen berücksichtigt wurden und Fragen der (finanziellen) Partizipation und damit der Anerkennung der Interessen von Betroffenen nicht ausgeklammert wurden (Eichenauer 2023; Gailing/Röhring 2016).

5. Fazit

Ungerechtigkeiten werden gesellschaftlich und räumlich produziert und reproduziert. Die Debatten um die Renaissance von Fragen der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, um Klimagerechtigkeit und um mehr Anerkennung von marginalisierten oder vernachlässigten Perspektiven haben gezeigt, dass Gerechtigkeit ein wesentlicher Grundpfeiler künftiger Raumentwicklung sein sollte. Um hier zu handlungsrelevanten Erkenntnissen zu kommen, hat sich ein Dreiklang aus Perspektiven der Verteilungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit bewährt, der freilich raum- und themenbezogen zu interpretieren und zu erweitern ist. Die Gerechtigkeitsforschung bietet hierfür eine Vielfalt an relevanten analytischen Kategorien an. In jedem Fall ist es erforderlich, die jeweiligen Gerechtigkeitsperspektiven nicht zu verabsolutieren, sondern sie in ihrem Zusammenhang untereinander zu untersuchen. So kann es bspw. für die Geschlechterforschung zwar entscheidend sein, von der Anerkennungsgerechtigkeit auszugehen; für fruchtbare Erkenntnisse hinsichtlich der Erforschung und gerechten Gestaltung räumlicher Transformationsprozesse ist es aber erforderlich, diese einzubetten und in ihrer Wechselwirkung mit anderen Gerechtigkeitsdimensionen zu betrachten. »Spaces of misrecognition« (Walker 2009) zu vermeiden, ist ein wesentlicher Ausgangspunkt für erfolgreiche Transformationsprozesse.

6. Literatur

- Barracclough, L. (2013): Is There Also a Right to the Countryside? In: *Antipode* 35 (2), 1047–1049.
- Bauriedl, S.; Schier, M.; Strüver, A. (Hg.) (2010): *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn*. Münster.
- Becker, S.; Naumann, M. (2021): Energiedemokratie: Beteiligung und Mitbestimmung in der Energieversorgung. In: Becker, S.; Klagge, B.; Naumann, M. (Hg.): *Energiegeographie*. Stuttgart, 107–118.
- Bickerstaff, K.; Walker, G.; Bulkeley, H. (2013): Introduction: making sense of energy injustice. In: Bickerstaff, K.; Walker, G.; Bulkeley, H. (Hg.): *Energy justice in a changing climate. Social equity and low-carbon energy*. London, New York, 1–13.
- Bridge, G.; Gailing, L. (2020): New energy spaces: Towards a geographical political economy of energy transition. In: *Environment and Planning A* 52 (6), 1037–1050.
- Danielzyk, R.; Priebs, A. (2021): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Als Beitrag der Raumordnung zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und räumlicher Gerechtigkeit aktueller denn je! In: *RaumPlanung* 212 (3/4), 15–20.
- Davy, B. (1997): *Essential injustice: when legal institutions cannot resolve environmental and land use disputes*. Wien.
- Deppisch, L. (2019): »Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn« – eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. Braunschweig. =Thünen Working Paper 119.
- Di Chiro, G. (2017): Welcome to the White (m)Anthropocene?: A Feminist-Environmental Critique. In: MacGregor, S. (Hg.): *Routledge Handbook of Gender and Environment*. London, New York, 487–505.
- Edwards, G. A. S.; Reid, L.; Hunter, C. (2016): Environmental justice, capabilities, and the theorization of well-being. In: *Progress in Human Geography* 40 (6), 754–769.
- Eichenauer, E. (2023): Planungskonflikte und Gerechtigkeit: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel des Ausbaus der Windenergie im Nordosten Deutschlands. In: *Raumforschung und Raumordnung* 81 (5), 509–522.
- Eichenauer, E.; Gailing, L. (2022): Geographie: Ungerechtigkeiten werden räumlich produziert. In: Weith, T.; Barthold, S.; Doernberg, A. et al. (Hg.):

- Regionale Gerechtigkeit. Grundlagen und Lösungsansätze für den Stadt-Land-Kontext. Münchenberg, 16–19.
- Frank, S. (2019): Stadt-, Raum- und Geschlechterforschung: Theoretische Konzepte und empirische Befunde. In: Kortendiek, B.; Riegraf, B.; Sabisch, K. (Hg.): Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung. Wiesbaden, 1347–1357.
- Fraser, N. (2016): Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.
- Fünfgeld, H. (2021): Umweltgerechtigkeit als soziale Bewegung und interdisziplinäre Forschungsperspektive. In: Geographische Rundschau 73 (6), 4–7.
- Gailing, L.; Röhring, A. (2016): Is it all about collaborative governance? Alternative ways of understanding the success of energy regions. In: Utilities Policy 41, 237–245.
- Gailing, L.; Weith, T. (2023): Räume für Gerechtigkeit. Editorial. In: Berichte Geographie und Landeskunde 96 (4), 321–328.
- Görmar, F.; Lang, T.; Nagy, E. et al. (2019): Re-thinking regional and local policies in times of polarisation. An introduction. In: Lang, T.; Görmar, F. (Hg.): Regional and local development in times of polarisation. Re-thinking spatial policies in Europe. Singapore, 1–25.
- Harvey, D. (2009 [1973]): Social Justice and the City. Athen.
- Höffe, O. (2023): Gerechtigkeitsdimensionen und Gerechtigkeitskonzeptionen Ein philosophischer Essay. In: Berichte Geographie und Landeskunde 96 (4), 329–346.
- Huning, S.; Mölders, T.; Zibell, B. (2019): Gender, space and development. An introduction to concepts and debates. In: Zibell, B.; Damyanovic, D.; Sturm, U. (Hg.): Gendered approaches to spatial development in Europe – Perspectives, similarities, and differences. London, 1–23.
- Jenkins, K.; McLaurey, D.; Heffron, R. et al. (2016): Energy justice. A conceptual review. In: Energy Research & Social Science 11, 174–182.
- Kalt, T. (2022): Kämpfe für Klimagerechtigkeit. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T. et al. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Bielefeld, 173–182.
- Kersten, J. (2008): Mindestgewährleistung im Infrastrukturrecht. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2, 1–15.
- Kloepfer, M. (2006): Umweltgerechtigkeit – Environmental Justice in der deutschen Rechtsprechung. Berlin.
- Köck, W. (2022): Recht: Gleichwertige Lebensverhältnisse und regionale räumliche Gerechtigkeit als Leitvorstellung der Raumordnung. In: Weith, T.; Barthold, S.; Doernberg, A. et al. (Hg.): Regionale Gerechtigkeit. Grund-

- lagen und Lösungsansätze für den Stadt-Land-Kontext. Müncheberg, 25–28.
- Köckler, H. (2020): Umweltbezogene Gerechtigkeit. In: *Nachrichten der ARL* 50 (1–2), 24–26.
- Kohntopf, S.; Stedtfeld, S. (2012): Wenige junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland. Wiesbaden. = BiB Working Paper 3/2012.
- Koppers, L.; Miosga, M.; Sträter, D. et al. (2018): Räumliche Gerechtigkeit – Konzept zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Landtags im Rahmen der Enquete-Kommission zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen. München.
- Krüger, T.; Eichenauer, E.; Gailing, L. (2022): Whose future is it anyway? Struggles for just energy futures. In: *Futures* 142, 103018.
- Landy, F.; Moreau, S. (2015): The Right to the Village. In: *justice spatiale | spatial justice* 7.
- Lefebvre, H. (1968): *Le droit à la ville*. Paris.
- Little, J. (2015): The development of feminist perspectives in rural gender studies. In: Pini, B.; Brandth, B.; Little, J. (Hg.): *Feminisms and Ruralities*. Lanham, 107–118.
- Mießner, M.; Naumann, M. (Hg.) (2019): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*, Münster.
- Mitchell, D. (2000): *Cultural geography: a critical introduction*. Oxford.
- Mitchell, D. (2003): Cultural landscapes: just landscapes or landscapes of justice? In: *Progress in Human Geography* 27 (6), 787–796.
- Nordberg, K. (2020): Spatial Justice and local capability in rural areas. In: *Journal of Rural Studies* 78, 47–58.
- O'Sullivan, K.; Golubchikov, O.; Mehmood, A. (2020): Uneven energy transitions: understanding continued energy peripheralization in rural communities. In: *Energy Policy* 138 (März 2020), 111288.
- Oedl-Wieser, T.; Schmitt, M. (2016): Rurale Frauen- und Geschlechterforschung im ländlichen Raum – Verortung und Entgrenzung eines Forschungsfeldes. In: Staubmann, H. (Hg.): *Soziologie in Österreich – Internationale Verflechtungen*. Innsbruck, 199–212.
- Perkins, P. (2019): Climate justice, gender and intersectionality. In: Jafry, T. (Hg.): *Routledge Handbook of Climate Justice*. London, 349–358.

- Pike, A.; Béal, V.; Cauchi-Duval, N. et al. (2023): ›Left behind places‹: a geographical etymology. In: *Regional Studies*.
- Rawls, J. (2019 [1979]): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a.M.
- Redepenning, M. (2019): Eine Frage der Gerechtigkeit. Interview mit Marc Redepenning von Philipp Schöneberg. In: *Polis Magazin* 26 (1), 40–43.
- Redepenning, M.; Singer, R. (2019): Raumbezogene Gerechtigkeit als zentrales Element ländlicher Entwicklung: Ein kritischer Blick auf Nancy Frasers Figurationen von Gerechtigkeit aus raumsensibler Perspektive. In: Mießner, M.; Naumann, M. (Hg.): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformation und lokale Herausforderungen*. Münster, 58–72.
- Schlosberg, D. (2007): *Defining environmental justice. Theories, movements, and nature*. Oxford.
- Schulze, L. (2023): Gender Planning als Chance im demografischen Wandel – Eine kriteriengestützte Analyse von Landesentwicklungsplänen. Cottbus.
- Siedentop, S.; Stroms, P. (2021): Stadt und Land: gleichwertig, polarisiert, vielfältig. Eine Metastudie zu Stadt-Land-Beziehungen im Auftrag der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Hamburg.
- Soja, E. W. (2010): *Seeking spatial justice*. Minneapolis.
- Sovacool, B. K. (2013): *Energy and ethics. Justice and the global energy challenge*. London.
- Stavis, D.; Felli, R. (2020): Planetary just transition? How inclusive and how just? In: *Earth System Governance* 6, 100065.
- Walker, G. (2009): Beyond distribution and proximity: exploring the multiple spatialities of environmental justice. In: *Antipode* 41 (4), 614–636.
- Wastl-Walter, D. (2010): *Gender Geographien. Geschlecht und Raum als soziale Konstruktion*. Stuttgart.
- Wilgosh, B.; Sorman, A. H.; Barcena, I. (2022): When two movements collide: Learning from labour and environmental struggles for future Just Transitions. In: *Futures* 137, 102903.
- Zeißig, H.; Eichenauer, E.; Gailing, L. (2023): Gerechtigkeit und räumliche Transformationen. Eine Analyse der Fördermittelvergabe im Zuge des Kohleausstiegs in der brandenburgischen Lausitz. In: *Berichte Geographie und Landeskunde* 96 (4), 386–406.
- Zibell, B. (2019): Architektur und Raumplanung: zur Herausforderung der geschlechtergerechten Gestaltung eines Wissens- und Handlungsfeldes. In: Kortendiek, B.; Riegraf, B.; Sabisch, K. (Hg.): *Handbuch interdisziplinäre Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 709–718.

Die Kommunen sollten die Möglichkeit erhalten, finanzielle Erträge aus EE-Anlagen außerhalb vom kommunalen Haushalt zu verwalten.



Der Geschlechterforscher

Der Eyeopener, der uns hier in den Sinn kommt, ist die – positive oder negative – Betroffenheit.

Die Bürger:innen sind durch die Windenergieanlagen in unmittelbarer Nachbarschaft von eher unangenehmen Begleiterscheinungen wie Schlagschatten oder Infraschall betroffen. Das ist auch kaum zu vermeiden. Aber wenn der Spielplatz durch die Einnahmen aus der Windenergie attraktiver gemacht werden kann, dann sind sie auch in einem positiven

Sinne von den Windenergieanlagen betroffen.

Aber auch hier gilt, dass bei der Umsetzung einer solchen Idee neue Ungerechtigkeiten, Macht- und Herrschaftsverhältnisse oder Ein- und Ausschlüsse entstehen können. Beispielsweise, wenn die Entscheidung über die Mittelverwendung undemokratisch verläuft, einzelne Gruppen und ihre Bedarfe bevorzugt bedient werden, während andere selten oder nie berücksichtigt werden.

Der Planer

Es gibt ja solche Stiftungsmodelle, die sind dann halt nicht kommunal getragen – müsste man nochmal hingucken. Aber egal, wo über was entschieden wird – ich habe jetzt zumindest gelernt, welche Aspekte ich mit einer solchen gendersensiblen Planung besser in den Blick kriege. Wie genau ich das in meiner alltäglichen Praxis auch umgesetzt kriege, darüber muss ich noch ein bisschen nachdenken.



Der Bürgermeister

Ich habe einen eigentlich ganz einfachen Wunsch: Ich möchte die Einnahmen, die die Kommune aus den Windenergieanlagen generiert, außerhalb meines Kommunalhaushalts verwenden dürfen. Ich würde dann eine Stiftung gründen, die sich daraus finanziert. Und diese Stiftung könnte Dinge tun, die für die Bürger:innen wirklich wichtig sind, zum Beispiel endlich den Spielplatz modernisieren.

Wenn die Einnahmen in den Haushalt eingehen, dann werden damit die Haushaltslöcher gestopft – und das kriegt keiner mit. Wenn ich davon aber einen Spielplatz attraktiver machen kann, dann wird der Nutzen der Windenergieanlagen auch sichtbar. Und ich bin davon überzeugt, dass die Bürger:innen dann auch eher bereit wären, die Unannehmlichkeiten, die damit einhergehen, in Kauf zu nehmen.

Ist die Energiewende ein sozial-ökologischer Prozess!?

Sichtweisen einer Geschlechterforscherin
und eines Raumplaners

Julia Gabler und Axel Priebis im Interview mit Martina Hülz und Tanja Mölders

Drei Fragen an die Soziologin Julia Gabler und den Raumplaner Axel Priebis – ein Versuch, die beiden Welten der Geschlechterforschung bzw. des Feminismus und der Raumplanung zusammenzubringen.

Das Gespräch fand am 23. April 2024 statt.

Herr Priebis, Sie sind Raumplaner. Was macht aus Ihrer Sicht die Energiewende zu einem sozial-ökologischen Transformationsprozess?

Axel Priebis: Die Frage dabei ist, wie wir einen sozial-ökologischen Transformationsprozess definieren. Ich fand eigentlich den Begriff der »großen Transformation« gut, weil es praktisch in allen gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen gibt, wenn man die Gesellschaft ökologisch und zu mehr Klimagerechtigkeit umbaut. »Sozial-ökologische Transformation« ist vielleicht insofern präziser, als dieser Begriff aus zwei Wortbestandteilen besteht. »Sozial« betrifft die Gesellschaft und das gesellschaftliche oder auch das individuelle Verhalten. Und »ökologisch«? Gerade die Energiewende ist im Kern ein wichtiger Beitrag zur Ökologie. Die Eindämmung von Schadstoffen und CO₂-Emissionen ist ein ökologisches Projekt.

Aus meiner Sicht ist die Energiewende an der Schnittstelle beider Begriffe angesiedelt. Sie ist zum Teil sehr technisch, aber sie dringt auch in die alltäglichen Verhaltensweisen ein. Energiewende bedeutet nicht nur, Windenergieanlagen aufzustellen und fossile Brennstoffe einzudämmen oder zu substituieren. Energiewende ist auch elementar mit menschlichem Verhalten ver-

knüpft. Wenn wir in den Energiewendeprozessen nur konventionelle oder fossile Energien durch erneuerbare Energien ersetzen, kommen wir nicht an dem Problem vorbei, dass sich der Energieverbrauch der Gesellschaft immer weiter steigert. In der öffentlichen Diskussion wird dieser Punkt vernachlässigt. Als Umweltdezernent habe ich immer die Meinung vertreten, dass die größten Einsparpotenziale im individuellen Verhalten liegen.

Wenn wir den Planeten retten wollen, dann ist die Energiewende ein Kernbestandteil. Für mich gehört da auch die Mobilitätswende dazu, es gibt Überschneidungen zwischen beiden. Aber beides – Energiewende wie Mobilitätswende – bedeutet eine sehr langwierige und sehr tiefgreifende Umstellung der Gesellschaft.

Das ist ein interessanter Einstieg ins Thema. Frau Gabler, was bedeutet es aus Geschlechterperspektive, auf Energiewendeprozesse zu schauen?

Julia Gabler: Es ist interessant, dass wir den ökonomischen Bereich gar nicht mit in die Transformationsdefinition integrieren. Dabei bedeutet »sozial-ökologisch«, die Handlungsräume der Individuen ökologisch zu betrachten, weil wir auf Emissionsreduktionen abzielen. Aber dass in dieser Transformation ganz substanziell auch ökonomische Produktionsprozesse mitgedacht werden müssen, weil sie anders organisiert werden müssten, ist eine aus der feministischen Kritik immer wieder hervorgetragene Blindstelle des Diskurses. Im Energiewendediskurs klammern wir das nämlich immer aus: Wir glauben, dass die Transformation im Rahmen derselben Konsum- und Produktionsniveaus der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft funktioniert und sich allein auf soziale und ökologische Bereiche fokussieren lässt, so, als ob diese Bereiche unabhängig vom ökonomischen Produktionsprozess einer Gesellschaft wären.

Wir wissen alle, dass das nicht der Fall ist. Gleichzeitig verwenden wir ökonomische Indikatoren immer wieder als Kriterium für erfolgreiche Transformationsprozesse, z.B. den Green Deal. Dies gilt auch für attraktive ökonomische Investitionen, die erst einmal wirtschaftskonform sind und erst in zweiter und dritter Linie ökologischen und sozialen Ansprüchen gerecht werden. Das ist doch interessant. Wir lavieren um ökonomische Fragen herum, gleichzeitig ist aber der *elephant in the room*, denn wenn wir die Systemfrage stellen, dann landen wir entweder im Sozialismus oder in der Anarchie oder irgendwie im totalen Chaos. Ich glaube, wir unterschätzen die Fähigkeit, dass wir

gesellschaftlich durchaus mit komplexen Fragen umgehen und zugleich ökonomische Debatten führen können und müssen.

Ich habe das Gefühl, die Diskussion und die Perspektive dafür, was wir unter sozial-ökologischer oder großer Transformation verstehen wollen, ist nicht aufgeschlossen genug. Dabei braucht es alle Perspektiven, um für alle schlüssige Lösungen zu finden. Daraus erwachsen natürlich Konflikte, aber wir müssen in Zukunft lernen, mit diesen Konfliktpotenzialen besser umzugehen.

Und zu den Geschlechterperspektiven: Wir haben 2015 mit der Forschung zu verschiedenen Perspektiven auf Abwanderungen nach dem Strukturumbruch 1989/90 begonnen. Es geht um die De-Ökonomisierung und die Strukturschwächung in den ländlichen Regionen, insbesondere in Ostdeutschland.

Die Phase der Energiewende oder des Kohleausstiegs der Lausitz provoziert aus der Geschlechterperspektive diese Aussage: Mit dem Strukturbruch 1989/90 wurde einer Idee des Wirtschaftswachstums gefolgt, die bestimmte soziale Ordnungen oder soziale Kriterien außer Acht gelassen hat. Die Beschäftigtenquote von Frauen betrug zu DDR-Zeiten über 80 %. Der Strukturumbruch hat eine enorme Ungleichheitsspirale der Geschlechter ausgelöst, die darin mündete, dass überproportional viele Frauen die ländlich gelegenen Industrieregionen Ostdeutschlands verlassen haben. In der Strukturpolitik der letzten 30 Jahre ist nichts passiert, was insbesondere Frauen und auch immer mehr junge Menschen dazu bewegt, sich für diese Regionen zu entscheiden, hier zu verbleiben und Arbeit und Lebensräume zu entwickeln.

Das sind übrigens Beobachtungen, die man auch in vielen Orten der alten Bundesrepublik machen kann. Auch hier wird deutlich, dass die ländlichen Räume den ökonomischen Paradigmen nicht mehr ohne Weiteres folgen wollen. Dass auch hier das Fehlen von Arbeitskräften, mangelhafte Verbleibeperspektiven und Fragen der Aufrechterhaltung von Lebensqualität wichtige Themen sind.

Wenn wir jetzt wieder die Chance haben, einen Strukturwandelprozess mitzugestalten, ist das Thema Energieversorgung eines, mit dem immer wieder Geschlechterfragen adressiert werden. Das betrifft sowohl Konsument:innenfragen als auch den Bereich der Produktion, d.h. die kleinräumige Erneuerbare-Energie-Produktion in Form von Genossenschaften etc. sowie den Bereich von Arbeitskräften und -kulturen. Deswegen bin ich mit dem Begriff der »großen Transformation« auch insofern einverstanden, als wir in dieser konkreten sozial-ökologischen regionalen Transformation der Lausitz sagen: Alle Lebenswelten und Lebensbereiche sind betroffen. Herr Priebs hat sie schon genannt.

Gleichsam geht es darum, deutlich zu machen, dass es für Gruppen wie Frauen in ländlichen Räumen nicht nur für den Verbleib relevant ist, sie jetzt in den Energiewendeprozess miteinzubeziehen, sondern auch in die Ausgestaltung mit Blick auf nachhaltige und soziale Gerechtigkeitsfragen. Das müssen wir übersetzen, indem wir auch Akteur:innen einbinden, die diese Fragen im Prozess stellen: Mobilität, angstfreie Räume, Zuhören und Teilhabe am politischen Prozess, soziale Nahversorgung. Die Fragen sind relevant und die Bereitschaft muss immer wieder aufgebracht werden, gemeinsam Antworten zu finden. In den Transformationsregionen wie der Lausitz schlummert Wissen, das wir gesellschaftlich nicht aufgeschlossen haben. Das ist genau das, was wir hier in Ostsachsen machen.

Wie viel transformativen Anspruch, also im Sinne von »gesellschaftliche Verhältnisse verändern wollen«, hat Raumplanung eigentlich? Will Planung das überhaupt oder ist das eine Überfrachtung dessen, was wir uns als eher sozialwissenschaftlich denkende Personen hier zusammenreimen, dass Planung das leisten könnte? – Herr Priebs, möchten Sie zuerst antworten?

Axel Priebs: Wir haben wahrscheinlich alle ein unterschiedliches Planungsverständnis. Ich unterstelle jetzt einmal, dass wir vor allem über Raumplanung, also die öffentliche Planung auf Stadt-, Regions- und Landesebene sprechen.

Da muss man sich fragen: Wer macht eigentlich Planung? Es gibt da diese landläufige Vorstellung, dass das vor allen Dingen die Planerinnen oder die Planer sind. Aber de facto ist das ein sehr kompliziertes Zusammenspiel von Politik und Planenden. Ich bin von meinem Gesellschaftsverständnis her der Meinung, dass die Politik da eigentlich sogar an erster Stelle steht. Politik definiert, bestimmt und entscheidet letztendlich, wie ökologisch oder transformativ die Planung ist. Gleichwohl sind natürlich wir, die im öffentlichen Bereich als Planerinnen und Planer tätig sind, diejenigen, die eine sehr starke, beratende und auch prägende Funktion haben. Wir werden von der Politik in der Regel als Fachleute anerkannt und haben sehr weitgehende Möglichkeiten, Vorschläge und Vorlagen zu machen. Auch inhaltliche Überzeugungsarbeit können wir leisten. Ich habe es immer als sehr positiv gesehen, was Politik bereit ist, mitzutragen. Gleichwohl lernt man als jemand, der in der öffentlichen Verwaltung tätig ist, aber auch, wann man an Grenzen kommt, was man der Politik zumuten kann.

Persönlich finde ich diese Arbeitsteilung vom Grundsatz her richtig – zwischen einer legitimierten Politik, die letztendlich entscheidet, wohin es geht,

und der Aufgabe von Planerinnen oder Planern, ihre fachlichen Überzeugungen nach Möglichkeit einzubringen. Das ist mein Grundverständnis.

Ich glaube schon, dass wir leider ein bisschen dazu tendieren, Planung heute stärker als einen normalen Bereich der Verwaltung zu sehen, als dass wir die Gestaltungsmöglichkeiten umfänglich nutzen, über die Planung verfügt.

Insgesamt hat man bei der Frage der sozial-ökologischen Transformation sehr viele planerische Möglichkeiten. Wachstumskritik oder auch nicht-wachstumsorientierte Inhalte in die Planung hineinzutransportieren, wird allerdings schon schwieriger, da die derzeitige gesellschaftliche und politische Grundhaltung doch noch sehr konventionell ist. Konkret heißt das: Gewerbegebiete werden weiterhin bevorratet. Wachstum ist und bleibt ein beherrschendes Paradigma, das aber immer wieder an seine Grenzen kommt. Da hängt man dann auch, wenn man als Planer oder Planerin tätig ist, von den politischen Aufträgen ab.

Die Wachstumsorientierung ist einerseits ein Problem, andererseits gibt es tatsächlich gerade im Umland von großen Städten zunehmend Gemeinden, die sagen: »Wir wollen nicht mehr wachsen!« Doch auch das kann man vor dem Hintergrund des Wohnungsbedarfs nicht durchweg gutheißen, weil das kein idealistisches Nichtwachsen ist. Man hat nicht die Grenzen des Wachstums erkannt, sondern man will einfach keine neuen Leute mehr bekommen. Man wohnt in der ersten Reihe und will nicht, dass da zwei oder drei Reihen davorgebaut werden. Die Devise ist da eher: Neue Leute bringen neue Probleme. Dieses Nullwachstum entspricht sicherlich einem gewissen Sättigungsgrad, aber es ist nicht Einsicht in die Vernunft – dass wir insgesamt nicht mehr das Wachstumsprinzip an erste Stelle setzen –, sondern eher ein sehr egoistisches »Wir sind wir, und wir sind uns genug«-Nullwachstum.

Was ich generell aus meiner Erfahrung einbringen würde: Planung ist weniger idealistisch geworden. Der Gestaltungswille oder die intrinsische Motivation, etwas in eine Richtung zu gestalten, die man selber aus fachlicher Überzeugung als eine bessere empfindet, hat in den letzten Jahrzehnten stark gelitten.

Julia Gabler: Diese Dilemmata können wir sozialwissenschaftlich gut kontextualisieren. Wir wissen, dass wir uns in dieser ambivalenten Moderne befinden, die enormes Gerechtigkeitsbewusstsein angehäuft hat. Gleichzeitig verhärten wir in ihren praktischen Dilemmata, weil diese nicht ohne Weiteres auflösbar sind – ich glaube, sie sind gar nicht auflösbar. Vielmehr müssen wir

mit dieser Unauflösbarkeit versuchen, eine Politik zu finden. Dieser Anspruch widerspricht aber unseren politischen Prozessen.

Als ich 2021 in den regionalen Begleitausschuss für Geschlechterfragen berufen wurde, sagte man mir, ich sei da jetzt mit Blick auf den Kohleausstiegsprozess und die Strukturförderung die kommenden 20 Jahre. Gleichzeitig wurde in den ersten eineinhalb Jahren im Grunde das gesamte Budget ausgegeben. Ich habe immer gefragt: »Wieso machen wir das denn so hektisch? Lasst uns doch erstmal über das Problemverständnis reden.« Aber die politische Aufgabe war vielmehr, schnell zu zeigen, dass hier Resultate für die Bevölkerung geschaffen werden. Der Kohleausstieg wurde mit dem Versprechen verbunden, dass er schnell neue Arbeitsplätze generiert und kein zweites »1989/90« mit Massenarbeitslosigkeit schafft. In praktischen Prozessen und Projektzuweisungen konnten die inhaltlichen Kriterien von ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit im Sinne der regionalen Wirksamkeit, des ökologischen Ressourceneinsatzes und sozialer Gerechtigkeit kaum umgesetzt werden. Viele Akteur:innen hatten klare Vorstellungen, andere wussten gar nicht was mit dem Fördergeld geleistet werden soll. Der Konflikt zwischen Beteiligungsanspruch, der – juristisch – ebenfalls an diesen Strukturwandelprozess geheftet wurde und den Enttäuschungen wie das Verfahren umgesetzt wurde, war vorprogrammiert.

Mir brach immer schon der Schweiß aus, wenn der Ministerpräsident wieder einlud, um über völlig neue Ideen zu reden und »alle« daran beteiligt werden sollten. Denn ich wusste ja gleichzeitig, dass die Liste derjenigen Projekte, die die Landesregierung auf jeden Fall umsetzen will, schon unterzeichnet ist und eigentlich die Mittelbindung schon kurz vor der Zustimmung war und dass dieses Vorgehen in einem Konflikt münden wird. Die Frage ist: Wie können wir mit diesen konflikthaften Prozessen eigentlich politisch, aber auch planerisch, umgehen? Und wie können wir das Bewusstsein dafür auch in Prozesse integrieren?

Ich beobachte, dass das Konkurrenzprinzip eigentlich immer dominant ist. Aus der Perspektive des »Vorsorgenden Wirtschaftens« würde ich sagen: Wir versuchen, das kooperativer zu lösen. Wir versuchen, in kooperativer Gleichzeitigkeit statt immer in konkurrierender Ausschließlichkeit zu argumentieren. Ich finde, das ist etwas, was unserer sozialen Praxis im Mehrebenenprozess auf jeden Fall fehlt! In Regionen kann das ganz gut ausprobiert werden, auch als Experimentierbühne.

Mit den »Regionalplanungskulissen« hier im ländlichen Raum an der Oberlausitz habe ich zum Beispiel gute Erfahrungen gemacht. Die verant-

wortlichen Planer sind ihre Entwicklungsaufgaben immer sehr technisch angegangen. Bislang wurden alte Häuser restauriert, um Denkmalwissen zu integrieren. Wir haben indes Beispiele aufgezeigt, wie man lebensweltliches Wissen – also Dorfbibliotheken, Dorfkinos oder Konsumgenossenschaften – mit in Planungsperspektiven integrieren kann. Die Planungsmenschen wussten nicht, wie soziale Dimensionen integriert werden können. Es ist aber nicht so, dass sie keine Erfahrung damit hätten. Gerade in der Lausitz kennen Planungsbüros, die Umsiedlungsprozesse bei Tagebauerweiterungen begleiten, ihre Aufgabe durch Neuplanung auch den Knatsch in der Nachbarschaft beizulegen, wenn die Streitparteien plötzlich durch drei Straßenecken getrennt leben können. Mit diesen unterschiedlichen Erfahrungen haben wir gemeinsam einen anderen Blick auf Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt. Bei der Evaluation von Projekten im ländlichen Raum haben wir Frauen als wirksame regionale Entwicklerinnen identifiziert. Das kann dann wiederum die Regionalplanung zum Anlass nehmen, diese Akteurinnen im Blick zu haben und ihre programmatischen Möglichkeiten entsprechend auszurichten.

Wie aus Ihren Worten, Herr Prieb, auch deutlich wurde, scheint es sehr personenabhängig zu sein, wie man seinen Planungsauftrag versteht – ob Planung den Zwängen der politischen Erfordernisse unterliegt, der pragmatischen Umsetzung oder ob Planung zur Ergebniserzeugung hinten herunterfällt.

Die Frage von Zeit ist für mich dabei ein wesentlicher Faktor: Wie können Planungsprozesse Zeit gewinnen? Wir wissen, dass mit Partizipation immer eine Diversifizierung von Bedürfnissen einhergeht. Es gilt also, Experimente zu ermöglichen und zu schauen, was in welcher regionalen Praxis eigentlich passiert, um Kooperationsfähigkeiten stärker zu üben. Daran merke ich, dass ich auch immer wieder proaktiv auf Planerinnen und Planer zugehe und immer wieder das Angebot unterbreite, gemeinsam Gelegenheiten zu schaffen, an denen wir diesen Perspektivwechsel üben. Viele Planerinnen und Planer sehen sich durch die komplexen Anforderungen aus der Gleichstellung völlig erschlagen und reagieren mit Unverständnis. Sie sehen dann gar nicht die Möglichkeit für Kooperation, sondern empfinden sich vielmehr attackiert. Wie können da Räume der Kooperation eröffnet werden?

Wir sehen uns als TRAWOS-Institut¹ in einer Art »begleitforschenden« Rolle, immer wieder bei Regionalentwicklungsprozessen zu intervenieren

1 Das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) ist ein Institut der Hochschule Zittau/Görlitz.

oder Gelegenheiten zur Kooperation zu kreieren. Ich habe den Eindruck: Wenn Gestaltungsmöglichkeiten stärker thematisiert sind und auch die betroffenen Akteur:innen integriert werden wollen, dann erhöht sich nicht nur das Verständnis für die Komplexität von Planung. Vielmehr merken dann viele Gleichstellungsbeauftragte zum Beispiel einmal: »Oje, was müssen Planungsfragen eigentlich alles integrieren?« Und andersherum stellen Planerinnen und Planer genauso fest: »Oh, was lässt sich alles aus einer gleichstellungssensiblen Perspektive gestalten?«

Eine Verschränkung der Perspektiven lohnt sich! Für mich ist das auch die einzige Möglichkeit, um mit den oben skizzierten Dilemmata umzugehen. Statt Konflikte wachsen zu lassen, können wir gesellschaftliche Formen der Kooperation entwickeln. Nur so und mit weniger Konkurrenzdenken und überzeugter Kooperationsbereitschaft kann das, was mit dem politisch-transformativem Anspruch gemeint sein kann, auch Verwirklichung finden. Diese Art der Gesellschaftsveränderung ist nicht in einem »Ruck« zu gestalten, sondern ein schrittweiser Prozess, auf den wir uns alle gemeinsam immer wieder einlassen müssen.

Gleichwohl weiß ich nicht, ob ich so richtig optimistisch bin, wie sich ein Paradigmenwechsel mit Planer:innen und mit Gesellschaftswissenschaftler:innen gestalten lässt und ob diese Partnerschaft schon hinreichend ist, um für den notwendigen Paradigmenwechsel zu mobilisieren. Ich glaube, die politischen Partner:innen wären die zentralen Akteur:innen, um dies herauszufinden: Wie lassen sich kurzfristige Entscheidungen und Legitimationsdilemmata mit der Möglichkeit von langfristiger Verbindlichkeit verknüpfen?

Herr Priebs, sehen Sie das transformative Potenzial eher bei der formellen oder eher bei der informellen Planung? Ich finde es immer ein Leichtes, zu sagen, ja, das könnten informelle Instrumente machen. Daneben steht das Argument, dass formelle Planung viel stärker sei und die machtvolle Möglichkeit hätte, transformativ zu sein.

Axel Priebs: Zuerst sehe ich keinen Widerspruch zwischen formeller und informeller Planung. Wir brauchen beide aus gutem Grund. Es gab aber mal eine Phase, in der die formelle Planung negativ konnotiert war, gerade weil sie auch stärker hoheitlich, hierarchisch und sehr verrechtlicht ist. Ich nehme mal das Stichwort »Kapitalismus« auf. Formelle Planung ist die einzige Möglichkeit, die ich als öffentlicher Akteur habe, der Optimierung der Erträge aus Grundstücksnutzung entgegenzuwirken. Mit formeller Planung setze ich da Gren-

zen. Keine Macht der Welt kann einen Gemeinderat zwingen, einen bestimmten Bebauungsplan aufzustellen. Aber selbstredend gibt es subtilere Mechanismen.

Aber im Kern entscheidet die Politik selbst: »Drucke ich das Geld, das in den Planungsämtern erzeugt wird?« Das ist ein extrem kapitalistischer Prozess. Er wird seit langem diskutiert, es ist aber leider nicht zu der häufig geforderten Planungswertabschöpfung gekommen, mit der die öffentliche Hand einen Teil der enormen Gewinne abschöpfen könnte, die in Grundstücksgeschäften und in der Grundstücksentwicklung liegen. Das gibt es nur in einem ganz engen Rahmen, etwa bei Sanierungsgebieten. Im normalen Fall ist es so, dass die Gewinne auch in private Taschen fließen. Sicherlich braucht man Investor:innen – das werden viele Gemeinden sagen –, aber mit deren Vorstellungen haben wir häufig große Probleme. Das habe ich über lange Zeit beim Thema großflächiger Einzelhandel gesehen: Die einzige Möglichkeit, da Grenzen für immer größere Projekte zu setzen, besteht im formellen Planungsrecht. Deswegen ist dieses Recht so wichtig.

Wenn ich Transformation begleiten will, dann muss ich aber auch – und das tun viele Regionalplanerinnen und Regionalplaner vielleicht nicht in genügendem Maße – die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, die mir informelle Planungsinstrumente bieten.

Ich gebe ein kleines Beispiel zum Strukturwandel des Einzelhandels und seinem Rückzug aus den kleinen Orten. Da haben wir in der Regionalplanung der Region Hannover Initiativen zur Gründung von Dorfläden gefördert. Wir haben es sogar bei der Politik geschafft, Mittel in den Haushalt einzustellen, sodass wir die Anfangsberatung finanzieren konnten und diese Initiativen überhaupt in die Lage kamen, Förderanträge zu stellen. Dieses Dorfladenprojekt ist sehr gut gelaufen. Ein Dorfladen steht für Lebensqualität in ländlichen Gemeinden und hat sicherlich auch eine wichtige demographische und Geschlechterperspektive.

Jedenfalls steht für mich fest: Ja, um zu gestalten, brauchen wir diese informellen Programme und Instrumente! Sie sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die Zukunft der Gesellschaft und des Raums zu gestalten.

Vielleicht noch ein letzter Satz, weil es um Politik ging. Natürlich führt das politische System, bedingt durch die Wahlperioden von vier oder fünf Jahren, dazu, dass die politischen Akteur:innen überlegen müssen, was sie in den vier oder fünf Jahren schaffen können. Wenn ich dann mit Dingen komme, bei denen es sich um Generationenaufgaben handelt, dann gibt es natürlich viele, die

sagen: »Ich muss jetzt erst mal schauen, dass ich hier was in der kurzen Zeit geschafft bekomme.« Aber es ist aus meiner Sicht ein großer Vorteil des Nachhaltigkeitsdiskurses, dass man bei jeder Entscheidung inzwischen die Frage einflechten kann: »Ist das wirklich sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig?« Also ist Nachhaltigkeit – richtig verstanden – auch eine Bewertungsgrundlage für kurzfristige Entscheidungen und diese Bewertungsgrundlage müssen wir meiner Meinung nach auch immer verstärkt einbringen. Diese Erkenntnis geht allerdings auch schnell verloren. Deswegen müssen wir Planerinnen und Planer als diejenigen, die in der Regel länger oder dauerhaft damit beschäftigt sind, uns bemühen, immer wieder langfristige Perspektiven und Nachhaltigkeit in die Diskussionen einzubringen.

Wir bedanken uns sehr, dass Sie sich die Zeit für das Gespräch genommen haben!

Dr. Julia Gabler leitet das Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung (TRAWOS) an der Hochschule Zittau/Görlitz. Sie hat seit 2020 die Vertretungsprofessur im Masterstudiengang »Management Sozialen Wandels« inne.

Prof. Dr. Axel Prieb ist Raumplaner und Verwaltungsexperte. Er war u. a. 22 Jahre verantwortlich für die Regionalplanung in der Region Hannover und ist Honorarprofessor an den Universitäten Kiel und Hannover.

Teil 2: Geschlechterperspektiven und Energiewende

Nachhaltigkeitsforschung und Geschlechterperspektiven

Intersektionale Ansätze zur Analyse sozial-ökologischer Transformationen¹

Theresa Herdlitschka, Johanna Dankers, Miriam Kienesberger, Katharina Kapitza, Tanja Mölders

1. Einleitung

Sich zuspitzende sozial-ökologische Krisen lassen die Dringlichkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen augenscheinlich werden. Als normative Orientierung für die Richtung solcher Transformationen dient das Leitbild der Nachhaltigkeit (Christ/Sommer 2022: 461). Während das Konzept – wie kritische Stimmen festhalten – gerade aufgrund seiner Vagheit breite Zustimmung als Handlungs- und Analyserahmen findet,² bleibt es aus demselben Grund zugleich umstritten und umkämpft (Gottschlich 2017). So wird die Verknüpfung von Nachhaltigkeitskonzepten mit Gerechtigkeitsfragen keineswegs von allen Debattensträngen anerkannt und systematisch verfolgt.

1 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine Zweitveröffentlichung. Der Originalbeitrag wurde erstveröffentlicht in GENDER Heft 3 | 2024, S. 104–120, <https://doi.org/10.3224/gender.v16i3.08> und ist im Diamond Open Access erschienen.

2 Bspw. haben die Vereinten Nationen (UN) mit den Sustainable Development Goals (SDGs) eine Agenda verabschiedet, die sich der Nachhaltigen Entwicklung (engl. Sustainable Development) verschreibt. Darin adressieren die UN neben ökologischen Fragen (SDG 13 zu Klimaschutz) auch soziale Problemlagen wie Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern (SDG 10) und Geschlechterungleichheit (SDG 5) (DESA/UN 2015). Auffällig ist, dass Geschlechterfragen und soziale Problemlagen hier jedoch keinesfalls vor dem Hintergrund eines intersektionalen Gerechtigkeitsanspruchs, sondern als Frage von (Un-)Gleichheiten verhandelt werden.

Etwa im technokratisch, ökonomisch und naturwissenschaftlich dominierten Mainstream findet die Auseinandersetzung mit normativen Konzepten und Werten nur wenig Raum (Sze 2020: 107f.). Dabei fehlt auch oftmals eine Orientierung am – im Brundtland-Bericht (1987) und der Agenda 21 der United Nations (1992) aufgestellten – doppelten Gerechtigkeitspostulat, das sowohl auf ein intra- als auch auf ein intergenerationales Moment verweist (Gottschlich/Katz 2016: 3).

Kritische Perspektiven plädieren deshalb für die Fokussierung von Macht- und Herrschaftsfragen (Sze 2020: 112). In diesem Zusammenhang stellen Geschlecht bzw. Geschlechterverhältnisse grundlegende Kategorien für die Herausarbeitung des emanzipatorischen Potenzials von Nachhaltigkeit dar (Gottschlich 2017: 239). Denn die intragenerationale Dimension – also Gerechtigkeit innerhalb aktuell lebender Generationen – verweist neben dem hierarchischen Verhältnis zwischen Globalem Norden und Süden auch auf Fragen von Armut und Geschlecht (Dengler/Seebacher 2019: 248). Dabei überschneiden sich diese strukturellen Ungerechtigkeiten und erzeugen auf komplexe Weise Benachteiligungen sowie Privilegien hinsichtlich der Dimensionen Verteilung, Anerkennung und Prozess (Leach/Reyers/Bai et al. 2018: 4).

Um diese Aspekte auch systematisch in der Analyse sozial-ökologischer Problemlagen adressieren zu können, braucht an Nachhaltigkeit orientierte Forschung (neue) interdisziplinäre Konzepte und Ansätze, die der Komplexität multipler sozial-ökologischer Krisen angemessen sind (Leach/Reyers/Bai et al. 2018: 2). Als besonders produktiv identifizieren wir hierfür die Nutzung von Geschlechterperspektiven als Analyseperspektiven, die neue Qualitäten im Hinblick auf Epistemologie, Problemdefinition, Wissensintegration sowie normative und herrschaftskritische Positionierung ermöglichen (Katz/Heilmann/Thiem et al. 2015: 15). Einschlägige Systematisierungen des Themenfeldes Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit machen dies sichtbar und arbeiten vier zentrale Analyseperspektiven heraus: Geschlecht als Differenz-, Struktur-, Prozess- und epistemologische Kategorie (Hofmeister/Katz 2011; Hofmeister/Katz/Mölders 2013a).

Wir schließen an diese Systematisierung an und nehmen zwei Erweiterungen vor: Erstens verdeutlichen wir, warum angesichts der Verflechtung unterschiedlicher Ungerechtigkeitsformen sowie der Verwobenheit und Co-Konstitution verschiedener Unterdrückungsmechanismen (Degele/Winker 2007) alle vier Geschlechterkategorien verstärkt intersektional gefasst werden müssen. Dabei versuchen wir, mit dem Dilemma umzugehen, einerseits der Einsicht »gender does not act alone« (Mollett 2017: 148) Rechnung

zu tragen und andererseits an den zentralen theoretischen und analytischen Potenzialen der auf die Kategorie Geschlecht fokussierten Systematisierung festzuhalten. Zweitens verfolgen wir in Bezug auf die epistemologische Kategorie den Anspruch, von der Kategorie Geschlecht auszugehen und zugleich über diese hinauszudenken (»beyond gender«, Coddington 2015; Dankers/Herdlitschka/Kapitza et al. 2024). So lassen sich die verschiedenen Analyseperspektiven auch jenseits expliziter Fragen nach Geschlecht und Geschlechterverhältnissen anwenden.

Wir führen zunächst in historische und konzeptionelle Parallelen zwischen Nachhaltigkeitswissenschaften und intersektionaler Geschlechterforschung ein und stellen anschließend die analytische Unterscheidung der vier Geschlechterperspektiven sowie deren intersektionale und epistemologische Erweiterung vor. Anhand von Forschungsarbeiten zur Energiewende zeigen wir beispielhaft auf, wie intersektionale Geschlechterperspektiven als Heuristik für Themenfelder der Nachhaltigkeitsforschung genutzt werden können.

2. Geschlecht als intersektionale Kategorie in den Nachhaltigkeitswissenschaften

Die Nachhaltigkeitswissenschaften stellen mit Blick auf ihre wissenschaftliche Verfasstheit eine Besonderheit dar: Ausgehend von den politischen Debatten um nachhaltige Entwicklung haben sie sich seit den 1990er-Jahren im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft entwickelt (Heinrichs/Michelsen 2014). Dieses Spannungsfeld, das dem Verständnis einer wertfreien, von normativen Orientierungen distanzierten Wissenschaft zu widersprechen scheint, kennzeichnet auch die Frauen- und Geschlechterforschung, wie sie aus der Frauenbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre entstanden ist: Ausgehend von der Kritik an gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten hat sie sich dem Ziel der Emanzipation von Frauen^{*3} verschrieben, woraus ein *partielles*,

3 Wir verstehen Geschlecht nicht als binäre Identitätskategorie im Sinne der Zweigeschlechtlichkeit von ›Frauen‹ und ›Männern‹, sondern zeichnen differenziert nach, wie Geschlecht nichtbinär als Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie sowie als epistemologische Kategorie ausbuchstabiert werden kann. Wir verwenden dafür den Begriff Frauen*, außer an Stellen, die explizit auf historische und z.T. essentialistische Konzeptualisierungen von Geschlecht Bezug nehmen.

politisches und normatives Selbstverständnis resultiert (Becker-Schmidt/Knapp 2023).

Somit verbinden sich Nachhaltigkeits- und Geschlechterforschung in ihrer Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Anliegen, diese zu transformieren (Gottschlich/Katz 2016). Daraus ergeben sich weitere Strukturähnlichkeiten und geteilte Forschungsprinzipien der beiden Forschungsfelder: ihre Nähe zur politischen Praxis (Prinzip der *Transdisziplinarität*), die Bearbeitung komplexer lebensweltlicher Problemlagen außerhalb des traditionellen, disziplinär aufgegliederten Wissenschaftssystems (Prinzip der *Interdisziplinarität*) und die sowohl in der Nachhaltigkeits- als auch Geschlechterforschung konzeptionell angelegte (*Selbst-*)*Reflexivität und Herrschaftskritik*.

Angesichts dieser Parallelen wäre anzunehmen, dass Nachhaltigkeits- und Geschlechterwissenschaften eng miteinander verbunden sind und sich in ontologischen, epistemologischen und normativen Fragen aufeinander beziehen. Dies ist jedoch kaum der Fall. Tatsächlich hat ihre Verflechtung in der Praxis nur wenig systematisch stattgefunden. Dabei verspricht eine Zusammenführung für beide Forschungsfelder wichtige konzeptionelle Fundierungen: So ist mit Blick auf die Nachhaltigkeitsforschung zu konstatieren, dass diese – ausgehend vom Postulat einer intra- und intergenerationellen Gerechtigkeit – zwar einer (herrschafts-)kritischen Orientierung folgen sollte, dies in der Forschungspraxis jedoch kaum tut. Eine Integration von feministischen Ansätzen der Frauen- und Geschlechterforschung kann diesen herrschaftsblinden Fleck der Nachhaltigkeitsforschung sichtbar machen und die notwendigen Fundierungen liefern.

Um komplexe, dynamische und teils widersprüchliche Machtssysteme nuanciert zu analysieren, reicht ein alleiniger Fokus auf die Kategorie Geschlecht nicht aus. Dies machen intersektionale Ansätze seit den 1980er-Jahren deutlich und versuchen, das Zusammenwirken von unterschiedlichen sozialen Kategorien – wie Geschlecht, ›Rasse‹⁴, Klasse, Sexualität, Religion, Alter und (*dis*)*ability* – auch zunehmend in der Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse theoretisch und methodisch zu fassen (Malin/Ryder 2018;

4 Es wird hier der deutsche Begriff ›Rasse‹ verwendet, um die Relevanz und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit der Kategorie auch für den deutschsprachigen Raum hervorzuheben und einen deutlichen Bezug zur deutschen Geschichte und Gesellschaft herzustellen (Eggers/Kilomba/Piesche et al. 2017: 12). Der Begriff steht hier zudem in Anführungszeichen, um die Diskursivität und soziale Konstruiertheit der Kategorie zu unterstreichen.

Sultana 2021). Als »tool for critical thinking« (Kaijser/Kronsell 2014: 417), das seine Wurzeln in radikaler Theorie hat, den Fokus auf marginalisierte Perspektiven legt und Kritik an dominanten Epistemologien sowie Ontologien übt, haben intersektionale Ansätze das Potenzial, emanzipatorische Momente sozial-ökologischer Arbeiten zu stärken (Mikulewicz/Caretta/Sultana et al. 2023). So kann Intersektionalität helfen, sowohl die eigene Positionierung als auch den Forschungsgegenstand kritisch zu hinterfragen. Vor diesem Hintergrund sprechen wir im folgenden Beitrag von Geschlecht als intersektionale Kategorie der Nachhaltigkeitswissenschaften.

Auch mit Blick auf die Geschlechterforschung kann eine systematische Verbindung mit Perspektiven der Nachhaltigkeitsforschung fruchtbar sein. Denn die kritische Auseinandersetzung mit dem vermeintlich Natürlichen war von Beginn an konstitutiv für die Geschlechterforschung. Zentral ist dabei die Zurückweisung einer Naturalisierung von (Geschlechter-)Ungleichheiten und somit eine Emanzipation (auch) von Natur. Zugleich kam es schon früh – in der Verbindung der Frauen- und Ökologiebewegung der 1970er- und 1980er-Jahre – zu einer argumentativen Verbindung zwischen der inneren ›Körper-Natur‹ der Frau und der ›äußeren Natur‹. In diesem Spannungsfeld lassen sich unterschiedliche Strömungen der Geschlechterforschung – wie etwa *Ökofeminismen*, *Feministische Politische Ökologien* oder *Feministische Ökologische Ökonomik* – verorten (für einen Überblick siehe Bauhardt 2012; Gottschlich/Hackfort/Katz 2022; Hofmeister/Katz/Mölders 2013a).

Die unterschiedlichen Ansätze im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit verdeutlichen, dass der Unterdrückungszusammenhang von Geschlecht und Natur in feministischen Theorie- und Bewegungszusammenhängen unumstritten ist. Jedoch bestehen Unterschiede darin, wie die Verbindungen zwischen Geschlecht und Natur begründet werden und wie darauf regiert werden soll (Gottschlich/Hackfort/Katz 2022: 93f.). Aus diesem Grund erscheint es notwendig und lohnend, die jeweiligen ontologischen, epistemologischen und normativen Zugänge der Geschlechterforschung explizit zu machen und zu systematisieren.

3. Intersektionale Geschlechterperspektiven als Analyseperspektiven – Entwicklung einer Heuristik

Zur Entwicklung einer Heuristik intersektionaler Geschlechterperspektiven für die Analyse sozial-ökologischer Transformationen greifen wir eine Systeme-

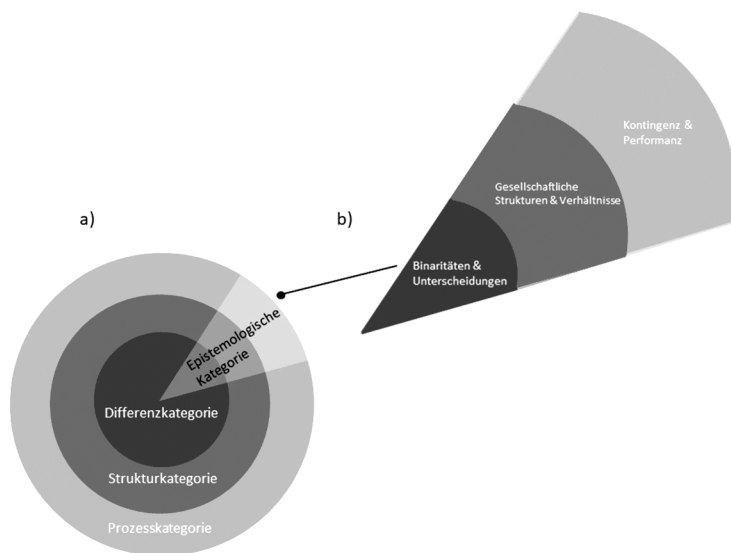
omatisierung von vier Geschlechterperspektiven auf, die an der Schnittstelle von Geschlechter- und Umwelt-/Nachhaltigkeitsforschung entstanden ist: Geschlecht als Differenz-, Struktur-, Prozess- und epistemologische Kategorie (Hofmeister/Katz 2011; Hofmeister/Katz/Mölders 2013a). Wir erweitern diese Analyseperspektiven erstens um intersektionale Zugänge. Zweitens arbeiten wir heraus, welche epistemologischen Rationalitäten sich aus den Perspektiven von Geschlecht als Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie ableiten lassen (Abb. 1). Anhand von Forschungsarbeiten zur Energiewende erörtern wir beispielhaft das Systematisierungs- und Analysepotenzial der Geschlechterperspektiven.⁵ Die heuristische Funktion besteht dabei insbesondere in der Formulierung erkenntnisleitender Fragen für den (empirischen) Analyseprozess.

3.1 Geschlecht als epistemologische Kategorie – zur Produktion von Wissen, Rationalitäten und Bedeutung

Die Perspektive *Geschlecht als epistemologische Kategorie* fokussiert zum einen auf die Analyse von Prozessen der Wissens- und Erkenntnisproduktion in lebensweltlichen Kontexten, bspw. politischen Entscheidungen, in gesellschaftlichen Diskursen oder im Verwaltungshandeln. Zum anderen werden wissenschaftliche Kategorien, Theorien und Methodologien auf zugrunde liegende Epistemologien untersucht.

5 Die Ergebnisse basieren auf einer umfassenden Literaturrecherche zur Forschung an der Schnittstelle von Energiewende und Geschlecht. Im November 2021 wurde dazu in verschiedenen Literaturdatenbanken (Scopus, Sciencedirect (Elsevier), Bibliothekskatalog der Universitäten Leipzig und Jena sowie im Bibliothekskatalog der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft) anhand folgender Schlagworte (einzeln und kombiniert, in Englisch und Deutsch) recherchiert: energy*, transition*, renewable*, gender*, planning*, governance*, landscape*. In der vorliegenden Auswertung wurde auf die Literatur zu den Schlagworten energy*, transition*, renewable* und gender* fokussiert. Die Literatur wurde anschließend anhand der vier Geschlechterperspektiven systematisiert.

Abbildung 1: a) Geschlecht als Differenz-, Struktur-, Prozess- und epistemologische Kategorie und b) epistemologische Rationalitäten entlang von Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie.



Quelle: a) nach Kanning/Mölders/Hofmeister 2016: 220; b) Eigene Darstellung.

Für epistemologische Perspektiven in der genderorientierten Nachhaltigkeitsforschung sind vor allem Arbeiten feministischer Naturwissenschafts- und Technikkritik zentral (Haraway 1995; Harding 1986; Keller 1986). Darin wird die Infragestellung des Objektivitäts- und (Geschlechts-)Neutralitätsanspruchs wissenschaftlicher Erkenntnisse mit der Kritik an vermeintlich vorsozialen bzw. prädiskursiven Erkenntnissen über die Welt verbunden: Denn »[i]ndem durch naturwissenschaftliche Theorien und Konzepte hindurch gesellschaftliche Geschlechter- und Naturverhältnisse naturalisiert, enthistorisiert und damit unsichtbar gemacht werden, erscheinen soziale Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse als natürliche« (Hofmeister/Katz/Mölders 2013b: 56). Ein epistemologisch geschärfter Blick auf Natur-Gesellschafts-Beziehungen zeigt, wie sich die Kategorien Natur und Weiblichkeit in einem wechselseitigen Unterordnungsverhältnis stabilisieren (Mann 2011; Mölders 2015). Die Gleichursprünglichkeit der sozial-ökologischen Krise und der Krise der Geschlechterverhältnisse wird so analysierbar und ins Zen-

trum der Betrachtung gerückt (Schultz/Hummel/Hayn 2006). Indem die epistemologische Perspektive um intersektionale Ansätze erweitert wird, kann das Zusammenwirken vergeschlechtlichter, rassifizierter und kolonialer Rationalitäten und Bedeutungszuschreibungen identifiziert werden, das zu entsprechenden Leerstellen in der Wissensproduktion führt und zugleich zur Rechtfertigung einseitiger Normsetzungen dient (Bruns/Gerend 2018; Magnúsdóttir/Kronsell 2021). Entsprechend werden epistemologische Perspektiven analytisch oft mit der Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie verbunden.

In Arbeiten zur Energiewende, die *Geschlecht als epistemologische Kategorie* nutzen, werden die (geschlechtsspezifischen) Auswirkungen einseitiger Wissensproduktionen auf die Erforschung und Gestaltung der Energiewende herausgearbeitet (Tab. 1). Bspw. können auf diese Weise der dominante und vermeintlich männlich geprägte Fokus auf Technik und Technologie sowie die daraus resultierenden Leerstellen in der Beteiligung an und Gestaltung der Energiewende offengelegt werden. Intersektionale Aspekte werden aktuell insbesondere in englischsprachigen Publikationen in Verbindung mit Klasse und ›Rasse‹ thematisiert. Die Frage, inwiefern die Wissensproduktion zur Energiewende bspw. in Deutschland zugleich auch rassistisch und postkolonial geprägt ist, bleibt größtenteils unerforscht und bietet Raum für weitere Erkundungen.

Tabelle 1: Geschlecht als epistemologische Kategorie in der Forschung zur Energiewende.

Erkenntnisleitende Fragen	Beispiele aus der Literaturrecherche	Quellen
Inwiefern sind Wissensbestände, Bedeutungszuschreibungen und Rationalitäten der Energiewende vergeschlechtlicht oder werden von weiteren intersektionalen Ungleichheitskategorien geprägt? Welche Leerstellen und einseitigen Normsetzungen lassen sich in der Forschung zur und Gestaltung der Energiewende identifizieren?	Kritik an mangelndem geschlechtsspezifischem Wissen bzw. der vermeintlichen Geschlechtsneutralität der Energiewende	Ahlborg (2017), Allen/Lyons/Stephens (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Mang-Benza (2021), Walk/Braunger/Semb et al. (2021)
	Kritik an »männlich« dominiertem Fokus in der Gestaltung der Energiewende auf Technologien, Innovationen und Wachstum	Fraune (2015), Brown/Spiegel (2019), Johnson/Han/Knight et al. (2020), Lieu/Sorman/Johnson et al. (2020), Dematteis/Barale/Corno et al. (2021), Feenstra (2021), Radtke/Ohlhorst (2021)
	Potenzial (intersektionaler) Geschlechterperspektiven zur Analyse von Machtverhältnissen, Hierarchisierungen und Externalisierungen	Lapniewska (2019), Feenstra (2021), Mang-Benza (2021), Radtke/Ohlhorst (2021)

Quelle: Eigene Darstellung.

3.2 Geschlecht als Differenzkategorie – von Binaritäten und Unterscheidungen

Die Perspektive *Geschlecht als Differenzkategorie* fokussiert auf die Analyse von identitätsbezogenen Differenzierungen.

Ihren Ausgangspunkt hat diese Perspektive in der frühen Frauen- und Geschlechterforschung, die das Anliegen vertrat, spezifische Unterdrückungs- und Ausgrenzungserfahrungen von Frauen sichtbar zu machen und zu bearbeiten. Der Blick auf Unterschiede von Frauen und Männern »hinsichtlich ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Lebensweise und -bedingungen, ihres

Verhaltens und ihrer Wahrnehmung« (Hofmeister/Katz/Mölders 2013b: 50) rückte geschlechtsbezogene Ausschlüsse und Abwertungen ins Zentrum und ermöglichte eine Thematisierung und Infragestellung. Vor allem Schwarze und postkoloniale Feminist:innen identifizierten die damit verbundene Formulierung eines Kollektivsubjektes Frau bereits früh als Verlängerung weißer, kapitalistischer und neokolonialer Denkweisen (Crenshaw 2022: 145). Aus einem intersektionalen Verständnis heraus müssen Geschlechteridentitäten und damit verbundene Diskriminierungen also im komplexen Zusammenwirken mit anderen identitätsbezogenen Kategorien, insbesondere ›Rasse‹ und Klasse, betrachtet werden (Degele/Winker 2007; Ganz/Hausotter 2020).⁶ In Verbindung mit der epistemologischen Kategorie besteht das Potenzial vor allem darin, abseits von Geschlechterbinarität machtvoll Grundannahmen zu dekonstruieren, die auf essenzialistische und dualistische Normsetzungen bezogen werden, bspw. die Trennung zwischen Expert:innen und Lai:innen oder Emotionen und Fakten.

In Arbeiten zur Energiewende, die *Geschlecht als Differenzkategorie* nutzen, werden vor allem individuelle Unterschiede hinsichtlich Beteiligung, Betroffenheit oder Einstellung abgebildet (Tab. 2). Mittels geschlechterdisaggregierter Daten werden bspw. geschlechtsspezifische Repräsentation und Beteiligung bei der Gestaltung der Energiewende oder geschlechtsspezifische Betroffenheit, wie bspw. die Feminisierung von Energiearmut, erfasst. Seltener werden differenzorientierte Analysen intersektional um weitere Identitätskategorien ergänzt. Fokussieren Forschungsarbeiten rein auf die differenzkategorische Perspektive, besteht die Gefahr, die erhobenen Differenzen als vermeintlich natürliche festzuschreiben und damit hinter einer kritischen Einordnung differenzierender Normsetzungen zurückzubleiben.

6 Degele und Winker (2007) haben mit dem Ansatz der Intersektionalen Mehrebenenanalyse ein Vorgehen erarbeitet, das sowohl die Interaktionen der Strukturkategorien auf der Ebene von Unterscheidung als auch ihre Eingebundenheit in verschiedene Strukturen der Macht erlaubt.

Tabelle 2: Geschlecht als Differenzkategorie in der Forschung zur Energiewende.

Erkenntnisleitende Fragen	Beispiele aus der Literaturrecherche	Quellen
Welche Rolle spielen identitätsbezogene Differenzierungen in der Gestaltung der Energiewende? Inwiefern werden naturalisierende Trennungen in Energiewendeprozessen vorgenommen oder kritisiert?	Analyse geschlechtsspezifischer Repräsentation und Beteiligung in der Gestaltung der Energiewende	Allen/Lyons/Stephens (2019), Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Campos/Marín-González (2020), Lieu/Sorman/Johnson et al. (2020)
	Analyse geschlechtsspezifischer Betroffenheiten und Auswirkungen der Energiewende, bspw. Verschärfung von Ungleichheiten, feminisierte Energiearmut	Ahlborg (2017), Daggett (2018), Johnson/Han/Knight et al. (2020), Bell/Daggett/Labuski (2020)
	Analyse geschlechtsspezifischer Nutzung erneuerbarer Energien bzw. Technologien	Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Walk/Braunger/Semb et al. (2021)
	Normative Forderung (repräsentativer) Geschlechtergerechtigkeit in der Gestaltung der Energiewende	Daggett (2018), Johnson/Han/Knight et al. (2020), Feenstra (2021)

Quelle: Eigene Darstellung.

3.3 Geschlecht als Strukturkategorie – von gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen

Die Perspektive *Geschlecht als Strukturkategorie* richtet die Aufmerksamkeit auf gesellschaftliche Strukturen und miteinander verwobene Herrschaftsverhältnisse.

Entsprechende Ansätze verstehen Geschlechterverhältnisse als Vergesellschaftungsprozesse und ermöglichen eine Analyse der hierarchisierenden Teilung gesellschaftlicher (Arbeits-)Bereiche als vergeschlechtlicht (Becker-Schmidt 2007, zitiert nach Hofmeister/Katz/Mölders 2013b: 62). Dabei wird deutlich, wie etwa die Abwertung von Sorgearbeiten an die zweigeschlechtliche und heterosexuelle Gesellschaftsordnung mit einer entsprechenden Trennung von und Zuweisung zu übergeordneter Produktions- und untergeordneter Reproduktionssphäre geknüpft ist. Ein intersektionales Verständnis weist dabei Vorstellungen einer homogenen und ahistorischen Unterdrückungsstruktur von Frauen* zurück und betrachtet stattdessen die vergeschlechtlichte gesellschaftliche Arbeitsteilung im strukturellen und historisch-spezifischen Zusammenhang mit rassistischen, kolonialen, klassenspezifischen und heterosexistischen Machtverhältnissen (Hill Collins 2000; The Combahee River Collective 2014; Bhattacharya 2017). Die Verbindung von strukturanalytischen und epistemologischen Perspektiven ermöglicht eine kritische Weiterentwicklung der Infragestellung von Trennungsverhältnissen und Dichotomisierungen (Kultur/Natur, Subjekt/Objekt, öffentlich/privat, Stadt/Land, Mann/Frau etc.). Dabei können epistemologische und strukturanalytische Analysen sich zudem gegenseitig konkretisieren und kritisch weiterentwickeln. So wird z.B. die Gleichsetzung der Produktionssphäre als männliche und öffentliche Lohnarbeitssphäre im Gegensatz zu der Reproduktionssphäre als private und feminisierte Sphäre der unbezahlten Hausarbeit als eurozentristisches und bürgerliches Konzept analysierbar, das im Hinblick auf die Realität vieler Schwarzer und migrantisierter Frauen* nicht zutrifft (Hill Collins 2000) und dennoch breite gesellschaftliche Wirkmächtigkeit besitzt.

Für die Nachhaltigkeitswissenschaften erweisen sich strukturanalytische Ansätze auf verschiedenen Ebenen als produktiv: Erstens ermöglichen sie im Anschluss an das Gerechtigkeitspostulat einen Fokus auf die strukturellen Ursachen von (globalen) Ungerechtigkeiten. Zweitens greifen sie Geschlecht als eine die Natur-Gesellschafts-Beziehungen strukturierende Kategorie auf und befördern so ihren Eingang in Debatten um nachhaltige Entwicklung

und Analysen gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Hummel/Schultz 2011; Mölders 2010). Drittens lassen sich diese Analysen um die Dimension der ökologischen Reproduktion erweitern und Verbindungen zwischen der Ausbeutung der Reproduktion von Menschen und Natur ziehen (Ökofeminismen und Feministische Politische Ökologien).

In den Arbeiten zur Energiewende, die *Geschlecht als Strukturkategorie* nutzen, liegt der Fokus auf den strukturellen Ursachen ungleicher Geschlechterverhältnisse in Prozessen der Energiewende (Tab. 3). Dabei werden insbesondere vergeschlechtlichte Machtverhältnisse, bspw. in der Trennung und Hierarchisierung zwischen Produktion und Reproduktion, in den Blick genommen und z.T. durch intersektionale Perspektiven erweitert. So kann bspw. der unterschiedliche Zugang zu Technologien über die ungleiche Verantwortung reproduktiver Tätigkeiten im Haushalt erklärt werden. Ein weiterer Fokus liegt auf der Analyse von und Kritik an Externalisierungen in Energiewendeprozessen sowie der De-Politisierung der Energiewende. In einigen Arbeiten wird die Forderung nach struktureller Geschlechtergerechtigkeit mit anderen normativen Konzepten wie *energy justice*, *energy citizenship*, *social justice* oder *degrowth* verbunden.

Tabelle 3: Geschlecht als Strukturkategorie in der Forschung zur Energiewende.

Erkenntnisleitende Fragen	Beispiele aus der Literaturrecherche	Quellen
Inwiefern sind gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen, die der Gestaltung der Energiewende zugrunde liegen, vergeschlechtlicht oder durch andere intersektionale Ungleichheitskategorien geprägt? Welche vergeschlechtlichten oder rassistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden in der Gestaltung der Energiewende wirksam?	Analyse von Geschlechterverhältnissen und strukturellen Ursachen geschlechtsspezifischer Unterschiede in der Gestaltung der Energiewende	Daggett (2018), Allen/Lyons/Stephens (2019), Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Johnson/Han/Knight et al. (2020), Lieu/Sorman/Johnson et al. (2020), Walk/Braunger/Semb et al. (2021)
	Analyse von vergeschlechtlichten Machtverhältnissen in Energiewendeprozessen, z.T. intersektionale Perspektiven	Daggett (2018), Lapniewska (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Lieu/Sorman/Johnson et al. (2020), Feenstra (2021), Mang-Benza (2021), Radtke/Ohlhorst (2021), de Wilde (2021)
	Analyse von Externalisierungen und Kritik an der De-Politisierung der Energiewende	Bell/Daggett/Labuski (2020), Dematteis/Barale/Corno et al. (2021), Feenstra (2021), Mang-Benza (2021)
	Normative Forderung struktureller Geschlechtergerechtigkeit in der Gestaltung der Energiewende, verbunden mit Konzepten wie energy justice, energy citizenship, social justice oder degrowth	Amigo-Jorquera/Guerrero-González/Sannazzaro et al. (2019), Bell/Daggett/Labuski (2020), Feenstra (2021), Braunger/Walk (2022)

Quelle: Eigene Darstellung.

3.4 Geschlecht als Prozesskategorie – von Performanz und Kontingenz

Im Fokus der Analysen von *Geschlecht als Prozesskategorie* stehen die Herstellung, Reproduktion und Veränderung von Geschlechtlichkeit auf individueller, struktureller und symbolischer Ebene.

Damit schließt diese Konzeptualisierung von Geschlecht an sozial-konstruktivistische und queer-theoretische Ansätze (Butler 1990) an, die Subjekt und Identität auf einer intersubjektiven Ebene betrachten (Hofmeister/Katz/Mölders 2013b: 68). In dieser Perspektive wird die Herstellung und Reproduktion von (Zwei-)Geschlechtlichkeit als performativer und interaktiver Aneignungsprozess kulturell symbolischer Systeme (Gildemeister 2005) im Sinne eines Doing Gender (West/Zimmerman 1987) verstanden. Indem Geschlecht als Prozesskategorie intersektional konzeptualisiert wird, rücken Überschneidungen und Verwobenheiten mit Herstellungspraktiken anderer Kategorien, bspw. Klasse oder ›Rasse‹, in den Blick (Fenstermaker/West 2002; Sundberg 2004).

Im Kontext sozial-ökologischer Nachhaltigkeitsforschung steht insbesondere die wechselseitige Verwobenheit des Doing Gender und Doing Nature im Fokus (Pöferl 2001; Scheich 1993; Weber 2007). In der Überschneidung von Geschlecht als Prozesskategorie mit der epistemologischen Perspektive kann bspw. analysiert werden, inwiefern Geschlechtlichkeit über Bedeutungszuschreibungen an Natur und vermeintlich natürliche Rationalitäten (mit)hergestellt wird (Hofmeister/Katz/Mölders 2013b: 70; Mann 2009). So eröffnet die Prozesskategorie Möglichkeiten, auch andere performative Prozesse, bspw. die Herstellung und Gestaltung von Landschaft, und damit verbundene vergeschlechtlichte oder rassifizierte Praktiken als Aneignungs- und Zuweisungspraktiken offenzulegen (Bondi 1998; Protschky 2008). Das analytische Potenzial der Prozesskategorie liegt mithin darin, aufzuzeigen, wie bei sozial-ökologischen Transformationen Hierarchisierungen, Machtverhältnisse und Ausschlüsse, aber auch Zugehörigkeiten hergestellt und gefestigt werden. Der Blick auf Prozesse der Konstruktion und Dekonstruktion erlaubt es, Kontingenz im Denken über und in der Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen zu integrieren.

Es gibt aktuell nur wenige Arbeiten zur Energiewende, die *Geschlecht als Prozesskategorie* in die Analysen einbeziehen (Tab. 4). Einige Untersuchungen adressieren jedoch interaktive Herstellungsprozesse von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, ohne dabei explizit auf intersektionale Geschlechteraspekte zu fokussieren. Indem Geschlecht als Prozesskategorie als

epistemologischer Zugang genutzt wird, können bspw. Forschungen, welche die Herstellung von Energielandschaften in sozial-konstruktivistischer Lesart als gesellschaftliches Handeln verstehen, mit feministischen Arbeiten zur sozialen Konstruktion von Geschlecht verbunden werden. In dieser Verbindung können auch intersektionale Analysen gestärkt werden, indem bspw. danach gefragt wird, inwiefern durch die Gestaltung der Energiewende auch andere identitätsbezogene Differenzierungen entlang intersektionaler Ungleichheitskategorien wie Alter oder ›Rasse‹ hergestellt und damit verbundene Macht- und Herrschaftsverhältnisse gleichzeitig (re)produziert oder aufgebrochen werden.

Tabelle 4: Geschlecht als Prozesskategorie in der Forschung zur Energiewende.

Erkenntnisleitende Fragen	Beispiele aus der Literaturrecherche	Quellen
Inwiefern werden Geschlechtsidentitäten und -verhältnisse in Energie-wendeprozessen performativ und intersubjektiv hergestellt? Inwiefern ist die Gestaltung der Energiewende mit der (Re-)Produktion vergeschlechtlichter oder rassifizierter Entitäten und entsprechenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden?	Analyse dynamischer Herstellung von Geschlechterverhältnissen, bspw. in Bürger:innenbeteiligungsprozessen zur Energiewende	Lieu/Sorman/Johnson et al. (2020)
	Analyse der Herstellung von Geschlecht, bspw. über die vergeschlechtlichte Nutzung von erneuerbaren Energien bzw. Technologien	de Wilde (2021)
	Analyse der Herstellung von Männlichkeit über kulturelle Praktiken der Gewinnung und Nutzung fossiler Energien	Fraune (2015), Daggett (2018), Brown/Spiegel (2019)

Quelle: Eigene Darstellung.

Insgesamt wird deutlich, dass die Analyseperspektiven vor allem im Zusammenspiel ihre Wirkmächtigkeit entfalten. Wie einige der Forschungsarbeiten, u.a. Daggett (2018), Feenstra (2021) und Mang-Benza (2021), zeigen, ist die Trennung der vier Perspektiven vor allem als analytische Trennung zu verstehen. Empirisch und konzeptionell sind sie hingegen oft eng verbunden: So verdeutlicht Daggetts (2018) Konzept der Petromaskulinität bspw., wie ein feministischer Blick auf fossile Energieregime Verbindungen zwischen fossilen Brennstoffen und weißen, patriarchalen Ordnungen und deren Subjekten kritisch beleuchten kann, indem strukturelle (an Profit orientierte fossile Industrie), prozessuale (männliche Identitätskonstruktionen) und epistemologische Aspekte (vergeschlechtlichtes Wissen zum Klimawandel) zusammengeführt werden.

4. Fazit

Im vorliegenden Beitrag zeigen wir, dass und wie die Kategorie Geschlecht zu einer macht- und herrschaftskritischen Nachhaltigkeitsforschung beizutragen vermag. Um dem Vorwurf zu entgehen, dass in Nachhaltigkeitskontexten zwar viel von Gender gesprochen, meistens jedoch in den Kategorien Frauen vs. Männer gedacht wird, wurde eine theoretisch informierte und konzeptionell differenzierte Heuristik entwickelt, die auf Systematisierungsvorschläge von Hofmeister und Katz (2011) sowie Hofmeister, Katz und Mölders (2013a) zurückgeht. Die dort vorgenommene Unterscheidung von Geschlecht als Differenz-, Struktur-, Prozess- sowie als epistemologische Kategorie wurde von uns in zweifacher Weise erweitert. Erstens wurden, in Anerkennung der Verwobenheit und Co-Konstruktion verschiedener sozialer Ungerechtigkeitsstrukturen, intersektionale Erweiterungen der Geschlechterperspektiven vorgenommen, um so ein systematisches Hinausdenken über Geschlecht anzustoßen. Trotz dieser Erweiterung liegt der Fokus der Analyse weiterhin auf Geschlecht und Geschlechterverhältnissen, da eine bloße Übertragung der vier Perspektiven auf andere soziale Kategorien deren Eigenlogik verkennen würde. Zweitens wurde die epistemologische Kategorie, die quer zu den anderen Kategorien liegt, über Fragen nach der Produktion von Wissen, Rationalitäten und Bedeutungen konkretisiert. Ausgehend von dieser Konkretisierung, d.h. der Frage nach Binaritäten und Unterscheidungen, gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnissen sowie Kontinenz und Performanz, lässt sich die epistemologische Kategorie auch auf Forschungsgegenstände und -themen jen-

seits der Kategorien Geschlecht und anderer intersektionaler Kategorien anwenden – z. B. in Bezug auf die Konfiguration von Raumstrukturen in Energiewendeprozessen oder der Schutz-Nutzen-Dichotomie im Umgang mit Natur, die so in ihren impliziten Bezogenheiten zu den intersektionalen Ungleichheitskategorien verstehbar werden.

Die kritische Nachhaltigkeitsforschung wird durch eine Berücksichtigung der Kategorie Geschlecht jedoch nicht allein mit Blick auf ihre Epistemologie erweitert. Auch ontologisch stellt die Integration intersektionaler Ungleichheitskategorien eine Bereicherung dar, indem Fragen nach der Naturalisierung gesellschaftlicher Ungleichheitslagen konsequent gestellt werden. Damit rückt Natur als umkämpfte Kategorie in Nachhaltigkeitsdiskursen (wieder) stärker in den Fokus einer zunehmend auf Innovationen und Technisierung ausgerichteten Debatte. Schließlich adressiert der Fokus auf intersektionale Ungerechtigkeiten die normative Dimension nachhaltiger Entwicklung. Die konsequente Einforderung von (Geschlechter-)Gerechtigkeit erscheint vor dem Hintergrund der aktuellen sozial-ökologischen Krisen wichtiger denn je. Vor allem aber verdeutlichen unsere Ausführungen die Prozesshaftigkeit von (Nachhaltigkeits-)Wissenschaft. Und so wird auch die von uns vorgeschlagene Heuristik hoffentlich Anlass zu weiteren Diskussionen und Ausdifferenzierungen geben – die Integration von Perspektiven auf Körper(lichkeit) und neue Materialitäten könnte eine davon sein.

5. Literatur

- Ahlborg, H. (2017): Towards a conceptualization of power in energy transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 25, 122–141.
- Allen, E.; Lyons, H.; Stephens, J. C. (2019): Women's leadership in renewable transformation, energy justice and energy democracy. Redistributing power. In: *Energy Research & Social Science* 57.
- Amigo-Jorquera, C.; Guerrero-González, M. J.; Sannazzaro, J.; Urquiza-Gómez, A. (2019): Does energy poverty have a female face in Chile? In: *Latin American Science, Technology and Society* 2 (1), 378–390.
- Bauhardt, C. (2012): Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies. Feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. *gender... politik...online*, 1–21. https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_theorie/Zeitgenoessische_ansaetze/Bauhardtfermoekonomie/Bauhardt.pdf (29.03.2024).

- Becker-Schmidt, R. (2007 [1993]): Geschlechterdifferenz – Geschlechterverhältnis: soziale Dimensionen des Begriffs »Geschlecht«. In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 11(1/2), 37–46.
- Becker-Schmidt, R.; Knapp, G.-A. (2023): *Feministische Theorien zur Einführung*. 8. Aufl. Hamburg.
- Bell, S. E.; Daggett, C.; Labuski, C. (2020): Toward feminist energy systems. Why adding women and solar panels is not enough. In: *Energy Research & Social Science* 68.
- Bhattacharya, T. (Hg.) (2017): *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentering Oppression*. London.
- Bondi, L. (1998): Gender, Class, and Urban Space. Public and Private Space in Contemporary Urban Landscapes. In: *Urban Geography* 19 (2), 160–185.
- Braunger, I.; Walk, P. (2022): Power in transitions: Gendered power asymmetries in the United Kingdom and the United States coal transitions. In: *Energy Research & Social Science* 87.
- Brown, B.; Spiegel, S. J. (2019): Coal, climate justice, and the cultural politics of energy transition. In: *Global Environmental Politics* 19 (2), 149–168.
- Brundtland, G. (1987): Report of the World Commission on Environment and Development. Our Common Future (United Nations General Assembly document A/42/427). <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf> (29.07.2024).
- Bruns, A.; Gerend, J. (2018): In Search of a Decolonial Urban Transformation. In: *GAIA* 27 (3), 293–297.
- Butler, J. (1990): *Gender Trouble*. New York.
- Campos, I.; Marín-González, E. (2020): People in transitions. Energy citizenship, prosum-erism and social movements in Europe. In: *Energy Research & Social Science* 69.
- Christ, M.; Sommer, B. (2022): Transformation (sozial-ökologische). In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T.; von Winterfeld, U. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie*. Bielefeld, 461–466.
- Coddington, K. (2015): Feminist Geographies »Beyond« Gender: de-Coupling Feminist Research and the Gendered Subject. In: *Geography Compass* 9 (4), 214–224.
- Crenshaw, K. (2022 [1989]): Das Zusammenwirken von Race und Gender ins Zentrum rücken: Eine schwarze feministische Kritik des Antidiskriminierungsdogmas, der feministischen Theorie und antirassistischer Politiken. In: Kelly, N. A. (Hg.): *Schwarzer Feminismus. Grundagentexte*. 2., aktualisierte Aufl.. Münster, 145–186.

- Daggett, C. (2018): Petro-masculinity. Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: *Millennium: Journal of International Studies* 47 (1), 25–44.
- Dankers, J.; Herdlitschka, T.; Kapitza, K.; Mölders, T. (2024): Energielandschaften nachhaltiger gestalten? Geschlechterperspektiven auf räumliche Transformationsprozesse der Energiewende. In: Leibenath, M.; Gailing, L.; Birnbaum, A. (Hg.): *Landschaften und sozial-ökologische Transformationen*. Wiesbaden, 133–151.
- de Wilde, M. (2021): »A Heat Pump Needs a Bit of Care«. On Maintainability and Repairing Gender-Technology Relations. In: *Science Technology and Human Values* 46 (6), 1261–1285.
- Degele, N.; Winker, G. (2007): *Intersektionalität als Mehrebenenanalyse*. Technische Universität Hamburg.
- Dematteis, E. M.; Barale, J.; Corno, M.; Sciuillo, A.; Baricco, M.; Rizzi, P. (2021): Solid-state hydrogen storage systems and the relevance of a gender perspective. In: *Energies* 14 (19).
- Dengler, C.; Seebacher, L. M. (2019): What About the Global South? Towards a Feminist Decolonial Degrowth Approach. In: *Ecological Economics* 157, 246–252.
- DESA; UN (2015): *Transforming our world: The 2030 agenda for sustainable development*. <https://sdgs.un.org/publications/transforming-our-world-2030-agenda-sustainable-development-17981> (29.07.2024).
- Eggers, M. M.; Kilomba, G.; Piesche, P.; Arndt, S. (Hg.) (2017 [2005]): *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster.
- Feenstra, M. (2021): Gender just energy policy: engendering the energy transition in Europe.
- Fenstermaker, S.; West, C. (2002): *Doing gender, Doing Difference. Inequality, power, and institutional change*. New York.
- Fraune, C. (2015): Gender matters. Women, renewable energy, and citizen participation in Germany. In: *Energy Research & Social Science* 7, 55–65.
- Ganz, K.; Hausotter, J. (2020): *Intersektionale Sozialforschung*. Bielefeld.
- Gildemeister, R. (2005): Carol Hagemann-White: Sozialisation: weiblich – männlich? In: Löw, M.; Mathes, B. (Hg.): *Schlüsselwerke der Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 194–213.
- Gottschlich, D. (2017): *Kommende Nachhaltigkeit. Nachhaltige Entwicklung aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive*. Baden-Baden.

- Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Katz, C. (2022): Feministische Politische Ökologie. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T.; von Winterfeld, U. (Hg.): Handbuch Politische Ökologie. Bielefeld, 91–106.
- Gottschlich, D.; Katz, C. (2016): Sozial-ökologische Transformation braucht Kritik an den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. In: Soziologie und Nachhaltigkeit 2 (1), 1–18.
- Haraway, D. J. (1995): Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. (Hg. und eingeleitet von Carmen Hammer und Immanuel Stieß). Frankfurt a.M., New York.
- Harding, S. G. (1986): The science question in feminism. Ithaca.
- Heinrichs, H.; Michelsen, G. (Hg.) (2014): Nachhaltigkeitswissenschaften. Berlin.
- Hill Collins, P. (2000): Black feminist thought. Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment. 2. Aufl. Abingdon, Oxon.
- Hofmeister, S.; Katz, C. (2011): Naturverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Nachhaltigkeit. In: Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden, 365–398.
- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (2013b): Grundlegungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto, 31–76.
- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.) (2013a): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto.
- Hummel, D.; Schultz, I. (2011): Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Perspektiven Sozialer Ökologie in der transdisziplinären Wissensproduktion. In: Scheich, E.; Wagens, K. (Hg.): Körper, Raum, Transformation. Gender-Dimensionen von Natur und Materie. Münster, 218–233.
- Johnson, O. W.; Han, J. Y.-C.; Knight, A. -L.; Mortensen, S.; Aung, M. T.; Boyland, M.; Resurrección, B. P. (2020): Intersectionality and energy transitions. A review of gender, social equity and low-carbon energy. In: Energy Research & Social Science 70.
- Kajser, A.; Kronsell, A. (2014): Climate change through the lens of intersectionality. In: Environmental Politics 23 (3), 417–433.
- Kanning, H.; Mölders, T.; Hofmeister, S. (2016): Gendered Energy – Analytische Perspektiven und Potenziale der Geschlechterforschung für eine sozial-

- ökologische Gestaltung der Energiewende im Raum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 74 (3), 213–227.
- Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (2015): Einleitung. In: Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (Hg.): *Nachhaltigkeit anders denken*. Wiesbaden, 13–20.
- Keller, E. F. (1986): Making Gender Visible in the Pursuit of Nature's Secrets. In: de Lauretis, T. (Hg.): *Feminist studies/critical studies*. London, 67–77.
- Łapniewska, Z. (2019): Energy, equality and sustainability? European electricity cooperatives from a gender perspective. In: *Energy Research & Social Science* 57.
- Leach, M.; Reyers, B.; Bai, X.; Brondizio, E. S.; Cook, C.; Díaz, S.; Espindola, G.; Scobie, M.; Stafford-Smith, M.; Subramanian, S. M. (2018): Equity and sustainability in the Anthropocene: a social-ecological systems perspective on their intertwined futures. In: *Global Sustainability*, 1.
- Lieu, J.; Sorman, A. H.; Johnson, O. W.; Virla, L. D.; Resurrección, B. P. (2020): Three sides to every story. Gender perspectives in energy transition pathways in Canada, Kenya and Spain. In: *Energy Research & Social Science* 68.
- Magnúsdóttir, G. L.; Kronsell, A. (Hg.) (2021): *Gender, intersectionality and climate institutions in industrialized states*. Abingdon, Oxon.
- Malin, S. A.; Ryder, S. S. (2018): Developing deeply intersectional environmental justice scholarship. In: *Environmental Sociology* 4 (1), 1–7.
- Mang-Benza, C. (2021): Many shades of pink in the energy transition. Seeing women in energy extraction, production, distribution, and consumption. In: *Energy Research & Social Science* 73.
- Mann, B. (2009): What Should Feminists Do About Nature? In: *Konturen* 2 (1), 79–100.
- Mann, R. (2011): Gezähmt, wild und unerreichbar. Typische Gedankenbilder über Frauen und Natur. In: ANL – Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.): *Landschaftsökologie. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Laufen, 36–40.
- Mikulewicz, M.; Caretta, M. A.; Sultana, F.; Crawford, N. J. W. (2023): Intersectionality & Climate Justice: A call for synergy in climate change scholarship. *Environmental Politics* 32 (7), 1275–1286.
- Mölders, T. (2015): Naturschutz, Landnutzung und Geschlechterverhältnisse – Theoretische Orientierungen und politische Befunde. In: Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (Hg.): *Nachhaltigkeit anders denken*. Wiesbaden, 159–168.

- Mölders, Tanja (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision. Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelgebirge. München.
- Mollett, S. (2017): Gender's Critical Edge. Feminist political ecology, postcolonial intersectionality, and the coupling of race and gender. In: MacGregor, S. (Hg.): Routledge international handbook of gender and environment. London, 146–158.
- Poferl, A. (2001): Doing Gender, Doing Nature? Einführende Bemerkungen zur Intention des Bandes. In: Nebelung, A.; Poferl, A.; Schultz, I. (Hg.): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie. Wiesbaden, 9–17.
- Protschky, S. (2008): Seductive Landscapes. Gender, Race and European Representations of Nature in the Dutch East Indies during the Late Colonial Period. In: *Gender & History* 20 (2), 372–398.
- Radtke, J.; Ohlhorst, D. (2021): Community Energy in Germany – Bowling Alone in Elite Clubs? In: *Utilities Policy* 72.
- Scheich, E. (1993): Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften. Pfaffenweiler.
- Schultz, I.; Hummel, D.; Hayn, D. (2006): Geschlechterverhältnisse. In: Becker, E.; Jahn, T. (Hg.): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., 224–235.
- Sultana, F. (2021): Climate change, COVID-19, and the co-production of injustices: a feminist reading of overlapping crises. In: *Social & Cultural Geography* 22 (4), 447–460.
- Sundberg, J. (2004): Identities in the making: conservation, gender and race in the Maya Biosphere Reserve, Guatemala. In: *Gender, Place & Culture* 11 (1), 43–66.
- Sze, J. (2020): Sustainability and environmental justice. Parallel tracks or at the crossroads? In: Coolsaet, B. (Hg.): *Environmental Justice*. Abingdon, Oxon, 107–117.
- The Combahee River Collective (2014 [1978]): A Black Feminist Statement. In: *Women's Studies Quarterly* 42(3/4), 271–280.
- United Nations (1992): Agenda 21. Rio de Janeiro: United Nations Conference on Environment & Development. https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (29.07.2024).
- Walk, P.; Braunger, I.; Semb, J.; Brodtmann, C.; Oei, P.-Y.; Kemfert, C. (2021): Strengthening Gender Justice in a Just Transition: A Research Agenda Based on a Systematic Map of Gender in Coal Transitions. In: *Energies* 14 (18), 5985.

Weber, I. (2007): Die Natur des Naturschutzes. Wie Naturkonzepte und Geschlechtskodierungen das Schützenswerte bestimmen. München.

West, C.; Zimmerman, D. H. (1987): Doing Gender. In: *Gender & Society* 1 (2), 125–151.

Wie die Kategorie »Geschlecht« verstehen hilft

Erprobung der Heuristik »EnerGesch« anhand zweier Fallstudien zur Energiewende

Janina Dannenberg

1. Einleitung

Bei der Energiewende und ihrer Planung soll es nicht nur darum gehen, dass neue Erzeugungstechniken eingesetzt werden, um CO₂-Emissionen zu vermeiden. Es ist ebenso wichtig, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung auch Gerechtigkeitsfragen anzugehen (vgl. Gailing i. d. B.) und eine umfassende Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse zu ermöglichen (vgl. Mölders i. d. B.). Eine sozial-ökologisch gerechte und eine technisch erfolgreiche Energiewende stützen sich wechselseitig. Mithilfe von Analyseperspektiven aus der Geschlechterforschung lässt sich nicht nur Geschlechtergerechtigkeit fördern, sondern auch erkennen, an welcher Stelle die Energiewende und deren Planung Verhältnisse schaffen, verfestigen oder transformieren, die zu unterschiedlichen Ungleichheitslagen beitragen.

Im Projekt »Räumliche Transformationsprozesse der **Energiewende** – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltungspotenziale der **Geschlechterforschung**« wurde die Heuristik »EnerGesch« entwickelt. Sie integriert verschiedene Perspektiven der Geschlechterforschung und macht diese für die Energiewendeforschung nutzbar.¹ Auf prozeduraler Ebene ermöglichte die Heuristik, theoretische und empirische Diskussionsstränge im Projekt

1 Beispiele für Heuristiken in diesem Feld mit anderen Schwerpunkten sind eine forschungsmethodologische Heuristik zur Sozialen Ökologie (Hunecke 2006), eine Forschungsheuristik zum Zusammenhang von Energie, Gemeinschaftsgütern und Raum (Moss/Gailing/Kern et al. 2013), eine Forschungsheuristik zur Konzeptualisierung von Macht in Prozessen der Energiewende (Ahlborg 2017) und eine Forschungsheuristik zur politischen Ökologie von Dekarbonisierungsprozessen (Sovacool 2021).

fortlaufend zu strukturieren und zu dokumentieren. Auf der inhaltlichen Ebene verbindet sie literatur- und fallstudienbasierte Wissensbestände zur Energiewende mit Analyseperspektiven der Geschlechterforschung. Hierbei handelt es sich um vier Perspektiven, die Geschlecht jeweils unterschiedlich konzeptualisieren und die in verschiedenen Strömungen in der Geschlechterforschung sowie in emanzipatorischen Bewegungen verwurzelt sind (vgl. Hofmeister/Katz/Mölders 2013): die Konzeptionen von Geschlecht als Differenzkategorie, als Strukturkategorie, als Prozesskategorie und als epistemologische Kategorie. Die Perspektiven stellen zu unterschiedlichen Anteilen die biologische und soziale Verfasstheit, Herstellung und Veränderung der intersektionalen Kategorie Geschlecht, ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Einbettung sowie die Geschlechtlichkeit von Wissenssystemen in den Vordergrund – Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) erklären die Perspektiven ausführlich.

Für die Arbeit mit der Heuristik »EnerGesch« stellen die Analyseperspektiven sensibilisierende Konzepte² dar, werden aber auch durch gegenstandsbezogene Fragen konkretisiert, die sich ihrerseits bei der Nutzung verändern und ergänzen lassen. Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) entwickeln diese Fragen mithilfe bestehender Literatur aus der Energiewendeforschung. Im Sinne der epistemologischen Bedeutung der Kategorie Geschlecht wird der Energiewendeplanung so nicht nur der Blick auf intersektionale Ungleichheitslagen ermöglicht, sondern auch der auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die über Geschlechterverhältnisse hinausreichen und an deren Transformation Planung mitwirken kann.

Anliegen des vorliegenden Beitrags ist es, Erkenntnisse aus der empirischen Anwendung der Heuristik »EnerGesch« in der sozial-ökologischen Energiewendeforschung darzustellen und zu diskutieren. Der empirische Kontext sind zwei Fallstudien in den sich wandelnden Energielandschaften Jänschwalde und Reinhardswald. In Jänschwalde in der brandenburgischen Lausitz werden Windparks und eine Freiflächen-PV-Anlage auf Gebieten eines ehemaligen Braunkohleabbaus geplant. Im Reinhardswald in Nordhessen

-
- 2 Sensibilisierende Konzepte leiten Forschung an, wirken dabei jedoch nicht determinierend, da sie keinen eigenen empirischen Gehalt haben und somit aus ihnen keine Hypothesen generiert werden. Sie übernehmen eine wichtige Funktion für die theoretische Sensibilität von Forschenden (vgl. Kruse 2014 mit Bezug auf Blumer 1954). Im gegebenen Kontext wirkt die Sensibilisierung nicht allein in die rekonstruktive Textanalyse, sondern in den gesamten Forschungskontext.

wurde ein Windpark genehmigt, um dessen Bau es jedoch Konflikte gibt. Über die Fallstudiengebiete, ihre spezifischen Konfliktlagen und die genutzte Methodik geben in diesem Band die Beiträge von Herdlitschka sowie Dannenberg und Muhr Auskunft. Kernstück der Fallstudien sind leitfadengestützte Expert:inneninterviews mit insgesamt 25 Akteur:innen der Energiewende mit heterogenen Positionierungen, z.B. Planer:innen, Lokalpolitiker:innen, Projektierer:innen, Vertreter:innen aus beteiligten Unternehmen und aus Bürger:inneninitiativen. Für die Arbeit mit der Heuristik wurden mithilfe der Software MAXQDA fallstudienübergreifend kodierte Textsequenzen und hieraus induktiv gebildete Kategorien den vorab formulierten Analyseperspektiven der Heuristik zugeordnet.³

Im Folgenden werfe ich nacheinander für den empirischen Kontext der Fallstudien einen Blick auf beispielhaft ausgewählte Perspektiven, die sich eröffnen, wenn eine Konzeption von Geschlecht als Differenzkategorie, als Strukturkategorie und als Prozesskategorie zugrunde gelegt wird. Analysefragen, die Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) einer jeden Perspektive zuordnen, stelle ich an den Anfang jedes Abschnitts, um mein Vorgehen zu strukturieren und die Perspektiven zugänglich zu machen. Epistemologische Fragen werden im Querschnitt berücksichtigt, indem Analysepotenziale der Perspektiven Differenz-, Struktur und Prozesskategorie über den Gegenstand Geschlecht hinaus angewendet werden. Im Fazit des Artikels diskutiere ich Potenziale und Grenzen der Heuristik im empirischen Anwendungskontext der Planung räumlicher Transformationsprozesse.

2. Geschlecht als Differenzkategorie

Auf Differenzen in Bezug auf Geschlecht sowie andere intersektionale Ungleichheitskategorien zu schauen, kann der Ausgangspunkt für die Frage nach den gesellschaftlichen Gründen von Ungleichheitsverhältnissen sein und die Grundlage dafür, Ungleichheit zu beheben. Epistemologisch wird durch diese Perspektive ein Weg eröffnet, verschiedene Auf- und Abwertungen zu erkennen, die durch die Konstruktion von Differenzen entstehen.

3 An dieser Arbeit beteiligt waren: Theresa Herdlitschka, Lina Kieseritzky, Melissa Muhr und die Autorin. Theresa Herdlitschka und Katharina Kapitza haben die Interviews geführt.

Herditschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) schlagen folgende Fragen zur Differenzperspektive vor:

- Welche Rolle spielen identitätsbezogene Differenzierungen in der Forschung zur bzw. Gestaltung der Energiewende?
- Inwiefern werden naturalisierende Trennungen in Energiewendeprozessen vorgenommen oder kritisiert?

Identitätsbezogene Differenzierungen

Bei Aussagen zu Geschlechterverhältnissen in den Fallstudien stehen differenzorientierte Beschreibungen im Vordergrund. Besonders Zahlenverhältnisse zwischen männlichen und weiblichen Akteur:innen werden thematisiert. Während Interviewte für den mit der Energiewende befassten Bereich der öffentlichen Verwaltung relativ ausgeglichene Zahlenverhältnisse ausmachen, sehen sie Männer eindeutig in der Überzahl, wenn es um technische Bereiche, sowie um die Teilnahme an öffentlichen Teilnehmungsformaten und das Engagement in Bürger:innenenergiegenossenschaften oder Bürger:inneninitiativen geht. Sie verweisen auf Frauen zugeschriebene Interessen und Verhaltensweisen, z.B. weniger Interesse an Technik zu haben oder sich in Versammlungen nicht durchsetzen zu können oder weniger machtorientiert zu sein. Männlich gelesene Interviewte betonen hierbei ihre generelle Offenheit für eine wachsende Bedeutung weiblicher Akteur:innen in der Energiewende und identifizieren einen positiven Trend aufgrund steigender Frauenanteile in Energiewendestudiengängen. Mehrere Interviewte sehen Geschlecht in der Energiewende jedoch auch als eine vollkommen unrelevante Kategorie an. Betont wird z.B., dass allein die fachliche Kompetenz darüber entscheide, wer in der Energiewende aktiv ist:

»Es geht um Experten. Und das ist vollkommen egal, ob das eine Frau oder ein Mann ist. Bitte die Besten. Und wenn die Beste eine Frau ist oder Transgender oder was auch immer ist, dann herzlich gerne. [...] Und wir sollten auch nicht anfangen, irgendwelche Quoten oder sonstiges dergleichen einzufordern.« (R3: 529–536)⁴

4 Wörtliche Zitate in diesem Beitrag sind von Disfluenzen bereinigt.

Durch den Verzicht darauf, die Kategorie Geschlecht (und ihre intersektionalen Verknüpfungen) zu betrachten, individualisiert eine solche Argumentation die Frage der Beteiligung und des Wissenserwerbs und kann somit Machtverhältnisse verschleiern. Nicht hinterfragt wird die Positionierung des:der Urteilenden und die soziale Bedingtheit der Sichtbarkeit von Kompetenzen und ihrer Entwicklung. Ähnlich wirkt der Mechanismus, wenn betont wird, dass alle Geschlechter bei Beteiligungsverfahren auf die gleiche Weise angesprochen werden (z.B. J3: 977–987). Regionalplaner:innen sehen sich nicht unbedingt in der Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, wer an Veranstaltungen teilnimmt, wenn Einladungen allgemein »an alle« formuliert sind. Wenn es um Beteiligung geht, wird der Fokus auf öffentliche Akteursgruppen gelegt und nicht darauf, unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen und Identitäten zu berücksichtigen:

»Handwerk, Wohnungsunternehmen und, und, und, die werden ALLE mitbeteiligt. Das ist klar.« (J4: 767–768)

In Bezug auf die Intersektion mit anderen Ungleichheitskategorien, wird in den Interviews insbesondere die Kategorie Lebensalter hervorgehoben. So wird in einer festgestellten besonders hohen Beteiligung von »pensionierten Ingenieuren« (R6) die Intersektion von Alter und Geschlecht in ihrem Zusammenhang mit sozialen und beruflichen Aspekten betont.

Beim Thema Alter wird deutlich, dass es um vielfältige Verknüpfungen und Lebenslagen geht und nicht allein um eine eindimensionale Differenz:

»Und da hilft jetzt nicht der Jugendbeirat, wo der Vorsitzende 25 ist – und im Auto zur Sitzung kommt, und auch nicht der Seniorenbeirat, der sehr eigene Ansichten hat, sondern das muss halt irgendwie breiter passieren und ich bin mittlerweile zu dem Schluss gekommen, dass ich das eigentlich nur über eine getrennte Beteiligung wahrscheinlich hinkriege.« (J7: 773–777)

Teilweise wird Alter jedoch auch ohne intersektionale Verknüpfung mit einer sogar größeren Relevanz versehen als die Kategorie Geschlecht (J7: 757–759). So wird das Engagement junger Leute in der Windkraftbewegung der 1990er Jahre betont (R2: 749), bei Jugendlichen und jungen Leuten eine höhere Akzeptanz gegenüber Anlagen konstatiert, für Kinder die vollständige Normalität einer Energielandschaft mit Windkraftanlagen betont (R7: 183–190).

Die Bedeutung von Rassifizierungs- und Migrationserfahrungen bei Akteur:innen der Energiewende, bspw. die Gestaltung der Energiewende durch Migrant:innen oder deren Exklusion hiervon, wird von den (ausschließlich *weißen*) Interviewten nicht thematisiert.⁵ In den Interviews herrscht in Bezug auf Energiewende eine »weiße Normalität«. Somit liegt eine intersektionale Leerstelle vor, die sich entsprechend auch durch meine Analyse zieht.

Vergeschlechtlichte Trennungsverhältnisse

Neben einer expliziten Betrachtung der Kategorie Geschlecht in ihren Verschränkungen mit anderen Ungleichheitskategorien ermöglicht die Differenzperspektive, Unterscheidungen in anderen Themenfeldern zu entdecken und auf den Prüfstand zu stellen. Die feministische Forschung hat aufgezeigt, dass Dichotomisierungen, von denen unsere Gesellschaft durchzogen ist (z.B. privat-öffentlich, Natur-Kultur, weiblich-männlich, emotional-rational), hierarchisch geordnet und zugleich vergeschlechtlicht sind (vgl. Keller 1995). Oft werden Dichotomisierungen genutzt, um Ab- und Aufwertungsprozesse zu legitimieren, indem sie als vermeintlich »natürliche« Trennungen präsentiert werden. Diese Naturalisierung von Differenzen geht häufig damit einher, Natur und Weiblichkeit ähnliche Bedeutungen zuzuschreiben, sodass sich wechselseitig stabilisierende Unterordnungsverhältnisse sowie Idealisierungen entstehen (vgl. Plumwood 2003 [1993]; Mann 2011; Weber 2007; Mölders 2015). Abwertung durch Naturalisierung findet sich auch in anderen Unterdrückungszusammenhängen und ist stark intersektional geprägt. So sind naturalisierende Zuschreibungen wie Sexualisierung, Exotisierung und Rassifizierung tief eingeschrieben in verschiedene Strömungen des Rassismus (Arndt/Ofuatey-Alazard 2011). Bspw. werden indigene Menschen häufig gleichzeitig als schützenswerte Hüter:innen der Natur idealisiert, wie von marktökonomischen Profiten der Naturnutzung ausgeschlossen (Hall/Hirsch/Lee 2011). Das Trennungsverhältnis von Schutz und Nutzung von Natur analysieren Dannenberg und Muhr (i. d. B.) im Kontext der Fallstudie Reinhardswald. Im Folgenden diskutiere ich beispielhaft das Trennungsverhältnis von Emotion und Ratio.

In Technologiekonflikten, bspw. um Atomwaffen, findet historisch häufig eine vergeschlechtlichte Abwertung von kritischen Positionen als »emotional«

5 Das Thema wurde, genau wie das Thema Lebensalter, auch im Interviewleitfaden nicht explizit angesprochen.

statt (Acheson 2021). Das Gegenstück bildet die scheinbar rationale, vernünftige, naturwissenschaftsorientierte männlich konnotierte diskursive Aufwertung der entsprechenden Technologie. Die Trennung von »rational« und »emotional« und die Macht, die diese Dichotomisierung entfaltet, ist Gegenstand feministischer und antirassistischer Kritik (Keller 1995; Lorde 1981; Sow 2018). In der Feministischen Politischen Ökologie wird versucht, diesen Dualismus aufzubrechen und Epistemologien, die als »emotional« abgewertet werden, in die Generierung von wissenschaftlichem Wissen einzubinden (Keller 1995; Gottschlich/Hackfort/Katz 2022).

Die Konstruktion einer Trennung zwischen Emotionalität und Rationalität ist auch in den empirischen Fallstudien frappant. Überwiegend sind es hier die Gegner:innen des Anlagenbaus, deren Position als »emotional« und damit wissenschaftsfern markiert wird, auch wenn sich ihre Position semantisch auf Sachfragen bezieht. Emotionen (der anderen) werden durchaus als lästig für die Projektplanung und das Verwaltungshandeln wahrgenommen. Akteur:innen beteuern ihre Bereitschaft zur Kontroverse, wünschen sich hierbei aber mehr Sachlichkeit in der Diskussion (R2: 568–571; R3: 642–646).

Vonseiten der Verwaltung gibt es das Bestreben, Konflikten im Sinne eines schnelleren Anlagenbaus durch Aufklärung zu begegnen: »Fakten aufbereiten, Neutralität reinbringen, Emotionen rausnehmen« (R6: 13). Eine Transformation der vermeintlichen Emotionen hin zu »tatsächlichen« Fakten soll die Polarisierung um Windkraft auflösen.

Die vergeschlechtlichten Konnotationen scheinen im Kontext der Fallstudie jedoch vielfältiger zu sein als in früheren Technologiekonflikten. So ist auffällig, dass eine Verbindung von Emotionalität und Aggressivität die Wahrnehmung bestimmt und Emotionalität nicht in herkömmlicher Weise feminisiert wird. Stattdessen gibt es heute eine globale hoch technisierte »Fake-News-Industrie«, deren Währung Emotionen sind. Rechte Akteur:innen wie die AfD spielen sich im Kampf für vermeintliche Heimat und gegen Windkraft auf, lokale Anlagengegner:innen sind mit dem männlich dominierten Anti-Windkraft-Verein »Vernunftkraft« vernetzt, der eine vermeintlich rationalistische Argumentation gegen Windkraft anführt.

Bei den Interviewten werden Emotionen (der anderen) zudem auch nicht vollständig exkludiert, sondern teilweise, zumindest verbal, als berechtigt anerkannt:

»Es verändert sich so vieles und dann auch noch meine liebgewonnene Landschaft. Das verstehe ich auch. Das ist eine ganz emotionale Geschichte. Des-

wegen ist die Debatte ja auch so schwer. Es werden Sachargumente vorgeschoben, um Windkraft letztendlich zu verhindern. Aber es geht nicht um diese Argumente. Es geht um die Emotionen.« (R2: 296–300)

Trotz dieser zunehmenden Komplexität der Trennung zwischen »emotional und rational« bleibt die Markierung als »emotional« insgesamt als Möglichkeit zur Abwertung erhalten.

3. Geschlecht als Strukturkategorie

Wird Geschlecht als eine Strukturkategorie betrachtet, geht es darum, vergeschlechtlichte materielle, soziale und ökonomische Strukturen in den Fokus zu nehmen, wie etwa die marktökonomische Positionierung von verschiedenen Arbeitsbereichen (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.). Die epistemologische Erweiterung dieser Perspektive erlaubt es, Strukturen der Energiewende auf ihre macht- und herrschaftsbezogenen Implikationen hin zu analysieren.

Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) identifizieren in Bezug auf die Energiewende diese beiden Fragen:

- Welche vergeschlechtlichten oder rassistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden in der Gestaltung der Energiewende wirksam?
- Inwiefern sind gesellschaftliche Verhältnisse und Strukturen, die der Gestaltung der Energiewende zugrunde liegen, vergeschlechtlicht oder durch andere intersektionale Ungleichheitskategorien geprägt?

Wirksamkeit von vergeschlechtlichten Machtverhältnissen

In den von Interviewten genannten Begründungen für geschlechtlich ungleiche Beteiligung gibt es teilweise Bezüge zu gesellschaftlichen Strukturen, die vergeschlechtlichte Machtverhältnisse beschreiben. Bspw. gilt Arbeit im Haushalt, Kinderbetreuung und Engagement in Schule und Betreuungseinrichtungen mehreren Interviewten als ein Hinderungsgrund für insbesondere Frauen, sich kommunalpolitisch oder in Bürger:inneninitiativen einzubringen: »[...] weil die Frauen möglicherweise weniger Zeit haben, weil sie noch mit anderen Sachen zu tun haben – Haushalt, sag ich jetzt mal« (J1: 744–745). Bis heute wird ein großer Teil von Haushalts- und Sorgearbeiten von Frauen

erledigt (Samtleben 2019). Wenn Geschlecht als Strukturkategorie verstanden wird, lässt sich fragen, welche gesellschaftlichen Strukturen zu dieser Form der Arbeitsteilung führen.⁶ Darüber hinaus steht dann jedoch im Fokus, welche strukturellen Faktoren die Situation von Menschen mit Sorgeverantwortung und evtl. gleichzeitiger Berufstätigkeit prägen und was geändert werden kann, um diesen Personen die zivilgesellschaftliche Teilnahme an der Energiewende zu erleichtern.

Ein weiterer struktureller Faktor, der im westdeutschen Studiengebiet identifiziert wird, ist die historisch geringere Präsenz von Frauen in technischen, energiewendebezogenen Studiengängen (R6: 615–621; R7: 422–427; R13: 419–423).⁷ Hier identifizieren Interviewte jedoch eine Veränderung und gehen davon aus, dass mit der Zeit mehr Frauen ein Studium aufnehmen werden und sich das Verhältnis der Energiewendeakteur:innen mithin ohne weitere Maßnahmen ausgleichen werde.

Auch bei der Frage der Bildungsbeteiligung von Frauen in Bezug auf technische Studiengänge ist relevant, dass der Zustand einer geringeren Beteiligung nicht differenztheoretisch erklärt wird. Es sind nämlich nachrangig Kompetenzen oder Interessen von Frauen, die sie von einem entsprechenden Studium abhalten, sondern insbesondere strukturelle Gründe, wie die tatsächliche Benachteiligung im späteren Beruf. Die geringere Präsenz von Frauen in technischen Berufen lässt sich zudem nicht allein über die Anzahl an Absolvent:innen erklären, da Ingenieurinnen ungleich seltener eingestellt

-
- 6 So führte die Trennung von öffentlich und privat historisch nicht nur zu einer geschlechtlichen Arbeitsteilung (Terlinden 1990), sondern auch zu einem Trennungsverhältnis zwischen als produktiv anerkannter Arbeit und solcher, die als reproduktiv gilt. Die so positionierte Haus- und Sorgearbeit erfährt hierdurch eine Abwertung und gerät in eine Krise (Biesecker/Hofmeister 2006; Rodenstein/Bock/Heeg 1996).
 - 7 Auch in der Literatur wird diese Asymmetrie beschrieben, und zwar für den gesamten Bereich technischer Studiengänge. Tatsächlich werden technische Studiengänge mit Nachhaltigkeits- und Sinnbezügen, hierzu zählen Studiengänge zu erneuerbaren Energien, von Frauen jedoch häufiger gewählt als andere technische Studiengänge (Pfenning/Schulz 2012). In Jänschwalde wird die berufliche Position von Frauen unter Berufung auf die DDR-Vergangenheit als egalitärer dargestellt (J3: 1069–1075). Retrospektiv findet sich die subjektive Einschätzung eines egalitäreren Geschlechterverhältnisses bei der Erwerbsarbeit in der DDR sehr häufig (Wippermann 2015). Analysen aus den späten 1980er Jahren verweisen jedoch trotz einer hohen Erwerbsarbeitsquote von Frauen auf einen geschlechtlich segregierten Erwerbsarbeitssektor mit einer geringeren Präsenz von Frauen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und einem hohen Anteil an der Haushalts- und Sorgearbeit (Nickel 1990).

werden und somit häufiger arbeitslos sind als ihre Kollegen (Solga/Pfahl 2009a, 2009b).⁸ Die Erwartungen der interviewten (männlich gelesenen) Energiewendeakteure, dass die Zeit eine Veränderung bringen wird, werden sich also vermutlich nur dann bewahrheiten, wenn sich auch die Einstellungspraxis und Arbeitskultur im Feld entsprechend ändern.

Die Bemühungen, Frauen für technische Berufe zu gewinnen, insbesondere für Berufe in der Energiewende, haben in der Lausitz auch eine demographische Dimension, da viele junge Frauen abwandern (Pflücke/Jacobsen 2023). Karrierewege im MINT-Bereich aufzuzeigen, wird hier genutzt, um diesem Trend entgegenzuwirken. Gabler und Schönfelder (2023) weisen darauf hin, dass diese Bemühungen häufig wenig Rücksicht auf individuelle Lebens- und Interessenslagen von jungen Frauen nehmen. Um Frauen als Akteur:innen des Strukturwandels zu stärken, ist es wichtig, ihre bestehenden Tätigkeitsfelder im Berufsleben, an Lernorten, in der Zivilgesellschaft, in der Freizeit und der Familie strukturell zu stärken und deren Verbindungen zu ermöglichen. Selbsterschaffene Funktionsorte, Beteiligungsstrukturen und Netzwerke sind hierfür zentral. Es geht also darum, statt allein für technische Arbeitsplätze zu werben, soziale Innovationsdynamiken zu stärken (Gabler/Schönfelder 2023). Von diesen Dynamiken kann dann die Energiewende als umfassender räumlicher Transformationsprozess in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit profitieren. Eine demographische Dimension der Energiewende wird auch deutlich, wenn Interviewte auf die Wichtigkeit von Care-Infrastruktur bei Wohnortentscheidungen verweisen (J8: 1152–1166; R9: 981–987) und hierzu bspw. den Vorschlag machen, über Energieanlagen eingenommenes Geld direkt für eine Kindertagesstätte zu verwenden.

Strukturen wie Regionalentwicklung, Versorgungsökonomie und der Ausbildungssektor müssen also als eng miteinander verwoben betrachtet werden. Welches Potenzial durch die Gestaltung dieser Strukturen für Geschlechtergerechtigkeit in der Energiewende geschaffen wird, bleibt vom Umsetzungskontext abhängig.

8 Pfahl und Solga (2009a, 2009b) beziehen sich bei den Daten zur Arbeitslosigkeit auf Minks 1996. Heute liegt die Arbeitslosenzahl insgesamt niedriger (Destatis 2024).

Sozial-ökologische Strukturen in der Energiewende und ihre Vergeschlechtlichung

Im Folgenden sei beispielhaft ein Blick auf Strukturen geworfen, die die Entwicklung der Energiewende in den Fallstudiengebieten aus Sicht der Interviewten beeinflussen und ihrerseits auf vergeschlechtlichte Machtverhältnisse verweisen können. Als Strukturen, die sich überwiegend im Gesellschaftlichen bewegen, sind hier bspw. Strukturen der Verwaltungsorganisation, die Frage von Kapazitäten in der Regionalplanung und den Kommunen oder auch Strukturen in der Lokalpolitik relevant. Im Sinne der Sozialen Ökologie, in der unsere Forschung angesiedelt ist (vgl. Becker/Jahn 2006 und Mölders i. d. B.), möchte ich hier den Blick nicht allein auf die kulturell-symbolische Dimension gesellschaftlicher Strukturen richten, sondern insbesondere die physisch-materielle Dimension berücksichtigen. Das Zusammenspiel beider Dimensionen wird z.B. in den von Interviewten benannten strukturierenden Effekten von Rahmenbedingungen deutlich, wie dem Angriffskrieg in der Ukraine in Kombination mit der Klimakrise.⁹

Um die Auswahl von Standorten für erneuerbare Energienprojekte in den Fallstudiengebieten zu erklären und für oder gegen diese Standorte zu argumentieren, ziehen die Interviewten vor allem physisch-materielle Kriterien heran. In Jämschwalde sind diese die schiere Flächengröße des ehemaligen Braunkohletagebaus und die schlechten Ackerwertzahlen, welche eine landwirtschaftliche Nutzung erschweren (z.B. J1: 149–152; J4: 388–390). Im Reinhardswald steht die windreiche Höhenlage im Vordergrund. Auch die ökologische Struktur des Waldes an den entsprechenden Standorten wird hier argumentativ genutzt. Ein Großteil der Flächen wird als sogenannte »Kalamitätsflächen« diskursiv abgewertet. Durch Stürme und Borkenkäfer gibt es am Wald erhebliche Schäden, weshalb ihm ein geringer ökologischer Wert zugesprochen wird. Kritiker:innen des Baus der Anlagen beziehen sich ebenfalls auf physisch-materielle Strukturen wie die Gefahr einer Bodenverfestigung oder einer Austrocknung an den entsprechenden Standorten (vgl. Dannenberg/Muhr i. d. B.). Die genannten Aspekte sind Ausdruck von Bewertungsprozessen bestehender Produktivitäten von Natur. Die Frage, welche Form von Naturproduktivität eine Bewertung erfährt, welche unsichtbar gemacht wird und welche Naturproduktivität verwertet wird, setzt der

9 Zur Bedeutung dieser Rahmenbedingungen für das gesamte Forschungsprojekt vgl. Kapitza, Herdlitschka, Dannenberg et al. (i. d. B.).

(Re)Produktivitätsansatz von Biesecker und Hofmeister (2006) in ein struktur-analoges Verhältnis zu Fragen der (Nicht-)Bewertung von gesellschaftlicher Arbeit. Aus dieser Perspektive feministischer und ökologischer Ökonomik können die sogenannte ökologische Krise und die Krise der Reproduktionsarbeit als ursprungsgleich und als eine übergreifende Krise verhandelt werden – die Krise des Reproduktiven. Die Bewertung und ökonomische Einordnung von Naturen wird so mit der Frage nach Geschlechterverhältnissen strukturell verbunden.

Physisch-materielle Strukturen werden vor allem in ihrem Zusammenspiel mit solchen bewertungsbezogenen Strukturen sowie auch mit sozialen Strukturen relevant. So geht es in beiden Fallstudien um recht große zusammenhängende Gebiete mit speziellen Eigentumsverhältnissen. In Jänschwalde handelt es sich um Privateigentum, von dem ein großer Teil einer einzigen Unternehmensgruppe, der LEAG, gehört.¹⁰ Im Reinhardswald gehört das gesamte Gebiet dem Land Hessen und wird über einen Landesbetrieb, HessenForst, verwaltet. Beide Institutionen übernehmen jeweils mehr als eine Rolle im Prozess des Baus neuer Anlagen. Hessenforst ist mit Gutachten an der Regionalplanung beteiligt, schreibt Windvorrangflächen für Bieter:innen aus, ist am immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren beteiligt, besitzt die Grundstücke in der Nachbarschaft und erhält die Pacht. Zudem hat der Landesbetrieb, da das Gebiet als »Forstgutsbezirk« keiner bewohnten Kommune angehört, auch eine politische Kontrolle. Die LEAG besitzt Grundstücke (und Nachbargrundstücke), plant Anlagen, bezahlt und betreibt diese.¹¹ In beiden Fällen sehen Interviewte die Potenziale für den schnellen Anlagenbau, während sie Probleme in Bezug auf demokratische Prozesse und Mitbestimmungsmöglichkeiten konstatieren (J6: 187–188, 379–391; J7: 531–547; R10: 551–557; R12: 533–540, vgl. Herdlitschka i. d. B.). Sowohl Forstwirtschaft und Jagd als auch der Bergbau sind historisch männlich konnotierte und strukturierte Gesellschaftsbereiche, deren große Raumansprüche Herrschaftsverhältnisse sichern (Lehmann 1999; Metz 1929).

10 Die Bedeutung dieses Eigentumsverhältnisses diskutiert ausführlich der Beitrag von Herdlitschka (i. d. B.).

11 PV-Anlagen werden auf der Ebene der Bauleitplanung geplant. Es ist kein immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren nötig. Einige der Rollen von Hessenforst im Reinhardswald sind hier also nicht vorhanden.

4. Geschlecht als Prozesskategorie

Geschlecht als Prozesskategorie zu betrachten, heißt, einen Fokus darauf zu lenken, wie Geschlechtlichkeit durch Diskurse und alltägliches Handeln hergestellt oder reproduziert wird und wie sie teilweise aber auch aufgebrochen oder verändert werden kann. Der Blick auf Herstellungsprozesse als Epistemologie ermöglicht, die Kontingenz und Performanz bei der Herstellung von Kategorien auch jenseits von Geschlechtlichkeit kritisch in den Blick zu nehmen und so analoge Prozesse in Bezug auf z.B. Naturalisierungen und Rassifizierungen nachzuvollziehen (Herditschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.).

Fragen, die Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) für den Energiewendekontext stellen, sind:

- Inwiefern werden Geschlechtsidentitäten und Geschlechterverhältnisse in Energiewendeprozessen performativ und intersubjektiv hergestellt?
- Inwiefern ist die Gestaltung der Energiewende mit der (Re)Produktion vergeschlechtlichter oder rassifizierter Entitäten und mit entsprechenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden?

Herstellung von Geschlechtlichkeit

Geschlecht selbst wird in den Interviews zumeist nur auf Nachfrage thematisiert. Im Reinhardswald lässt sich aber feststellen, dass von uns männlich gelesene Interviewte¹², insbesondere aus dem Bereich der Umsetzung des Windparks, sich stark als vollständig überzeugte Windkraftunterstützer positionieren und für ihre Argumentationen insbesondere auf die eigene Erwerbsarbeitsbiographie zurückgreifen. Die enge Verflechtung der Figur des intrinsisch motivierten und professionellen »Überzeugungstäters« der

12 Der Fokus dieses Abschnittes liegt auf der Herstellung von Geschlecht, somit auf Geschlecht als Prozesskategorie. Ein zweigeschlechtliches »Sortieren« der Interviewpartner:innen repräsentiert eine differenzorientierte Herangehensweise und scheint diesem Anliegen gegenläufig zu sein. Dieser Widerspruch lässt sich nicht vollständig auflösen, wenn Verständigung ermöglicht werden soll. Wichtig ist, dass der Blick auf die Veränderbarkeit von Geschlecht gelenkt wird und darauf, dass ein Verlassen des binären Geschlechtssystems entsprechend dem empirischen Material möglich ist.

Energiewende mit männlichen Technikbiographien kann hier als Performance einer »ökomodernen Männlichkeit« (Hultman 2021) interpretiert werden. Auffällig ist, dass von uns weiblich gelesene Interviewte ihre Persönlichkeit und Biographie ungleich weniger zur Untermauerung ihrer Position nutzen. Teilweise ordnen sie ihr Wissen auch ein, bspw. mit dem Hinweis, dass die eigene Meinung nicht unbedingt den Erwartungen an die Profession entspreche (R7: 273–278). Aus den Selbstpositionierungen und beruflichen Positionen der Interviewten deutet sich ein Bild an, in welchem eine »Energiewende-Macher-Männlichkeit« einer »Energiewende-Moderatorinnen-Weiblichkeit« gegenübersteht.

In Bezug auf geschlechterbezogene Fremdzuschreibungen haben mehrere (männlich gelesene) Interviewpartner die Geschichte einer »tollen Frau« zu erzählen, die sich engagiert einsetze und überaus kompetent sei. In der Energiewende präsente Frauen werden als individuell herausstechende Beispiele dafür gelobt, dass auch Frauen in der Energiewende aktiv sein können. Für die Ermächtigung von Frauen spielen Rollenvorbilder eine wichtige Rolle (Schöttle 2019). Gleichzeitig werden in Erzählungen über Individuen die sozialen und politischen Bedingungen der Beteiligung schnell ausgeblendet. Es besteht die Gefahr einer Individualisierung von Ungleichheit. Obwohl diese Projektionen eine differenzorientierte Sichtweise auf Geschlecht manifestieren, können die Aktivitäten der »tollen Frauen« auch als »Doing Gender« begriffen werden.

Die im Rahmen der Differenzperspektive beschriebene Beteuerung, wie unwichtig Geschlecht sei, kann als ein Versuch des »Undoing Gender« verstanden werden. Hirschauer (1994) konzipiert das »Undoing Gender« als ein ergänzendes Gegenstück zur permanenten Herstellung von Geschlecht, indem er darauf verweist, dass es Situationen und Räume geben kann, die strukturell so geschaffen sind, dass es möglich ist, Geschlecht zu verlernen. Diese Form der Geschlechtsneutralität bezeichnet er als eine »äußerst anspruchsvolle und prekäre soziale Konstruktion« (Hirschauer 1994: 179). Den Aktionsraum Energiewende als tatsächlich geschlechtsneutral zu entwickeln, ist so visionär wie anspruchsvoll, insbesondere da auch das »Doing Gender« häufig unbewusst abläuft und insofern die individuelle Wahrnehmung, ob Geschlecht überhaupt eine Rolle spielt, sehr subjektiv ist und auch von der eigenen Positionierung abhängt. Hier ist es also wichtig, das sozialkonstruktivistische Denken der Prozesskategorie durch differenz- und strukturbezogene Geschlechterperspektiven zu ergänzen, z.B. mit Bezug auf Beteiligungszahlen, Entscheidungs- und Einkommensstrukturen.

(Re)Produktion von rassifizierten und vergeschlechtlichten Macht- und Herrschaftsverhältnissen

Eine Kategorie, die fortlaufend von den Interviewten hergestellt wird, ist die Kategorie des Lokalen (vgl. Dannenberg/Muhr i. d. B.). Analog zu rassifizierenden und vergeschlechtlichten Abwertungen findet im öffentlichen Diskurs für Lokales häufig eine naturalisierende Attribuierung statt, die sowohl negative Zuschreibungen (beschränkter Horizont, weniger Bildung, traditionell etc.) als auch positive Zuschreibungen enthält, wie die der Authentizität.

Im Kontext der Fallstudie Reinhardswald wird sich auf lokale Zugehörigkeit berufen oder diese anderen Positionen abgesprochen um die eigene Position zu stärken. Bspw. wird die Bedeutung von lokalem Umweltwissen hervorgehoben, um Standorte für Windkraft besser einschätzen zu können (R4: 429–436; R12: 689–692). Insgesamt wird das Lokale hier eher als ermächtigend verstanden – nicht nur von Kritiker:innen, die sich um ihre »heimatliche Normallandschaft« (vgl. Kühne i. d. B.) sorgen, sondern auch von denjenigen, die den Windpark bewusst mit öffentlichen Unternehmen und Kommunen als Genossenschaftler und Gesellschafter umsetzen. Eine Abwertung des (rassifizierten) Fremden erfolgt aus der Überhöhung des Lokalen teilweise indirekt (vgl. Dannenberg/Muhr i. d. B.; für die Windparkkritiker:innen vgl. Dankers/Kapitza i. d. B.).

Im Kontext der Fallstudien Jänschwalde wird hervorgehoben, dass es lokale Perspektiven braucht, um Konflikt dynamiken zu verstehen:

»Und je weiter man weg von einem Tagebau ist, desto einfacher stellt man sich das dann ja auch vor. Also, aus Berlin oder Potsdam gesehen, sind das dann ja immer total konfliktarme Projekte.« (J6: 336)

Lokale Expert:innen schreiben überregionalen Akteur:innen zu, Bergbaufolgelandschaften als konfliktarme Räume zur freien Gestaltung wahrzunehmen. Eine solche Wahrnehmung kann dazu führen, dass lokale Perspektiven und Entwicklungswünsche marginalisiert werden (vgl. Herdlitschka i. d. B.). Hier werden die Grenzen eines auf die Prozessperspektive beschränkten Blickes deutlich. Für die Frage, wer denn nun tatsächlich entscheidet und profitiert, ist ergänzend ein Blick auf gesellschaftliche Strukturen sinnvoll.

Gleichzeitig wird auch die lokale Entscheidungs- und Handlungskompetenz in Teilen von lokalen Akteur:innen selbst prozesshaft hergestellt und gestaltet. Wir konzeptualisieren dies als »Doing Agency«. Bspw. berichten Inter-

viewte aus Jänschwalde, dass Kommunen teilweise die Initiative ergreifen und sich z.B. der Umweltausschuss selbst überlegt, welche Flächen potenziell für die Energieerzeugung entwickelt werden sollen und zu welchen Bedingungen (J7: 219–228). So verstärken Kommunen ihre Handlungsmacht. In anderen Fällen sind es jedoch Investor:innen, die an Eigentümer:innen von ihnen gewählter Ländereien herantreten. Planungsakteur:innen in der Fallstudie schreiben sich häufig eine relativ geringe Agency zu. Sie glauben nicht, Prozesse beeinflussen zu können und sehen sich vor allem als Ausführende. Für sie wiegen die Strukturen wie rechtliche Rahmenbedingungen und Ressourcenverfügbarkeit sehr limitierend auf ihre persönliche Zuschreibung von Handlungsmacht.

Aus Prozessperspektive hat sich zudem als relevant herausgestellt, wie die Herstellung von Akteursgruppen im Konflikt abläuft. So konnten wir in einem diversen Expert:innenfeld im Reinhardswald unterschiedliche differenzierte Argumentationen zum Windpark feststellen, die zu unterschiedlichen Positionen führen. Die Gruppen »Windparkbefürworter:innen« und »Windparkgegner:innen« werden insbesondere durch Zuschreibungen durch die jeweils anderen hergestellt. Mehrere Akteur:innen ringen darum, als differenziert argumentierend wahrgenommen zu werden, während das diskursive Umfeld Positionen polarisiert (vgl. Dannenberg/Muhr i. d. B.).

Eine Verbindung zu Geschlechterperspektiven zieht hier ein Interviewter selbst:

»Und dann müssen wir halt auch versuchen, nicht in Schwarzweiß zu denken, sondern: Die Welt ist bunt. Und wenn wir jetzt von Geschlechterrollen und Geschlechterverteilungen reden, dann reden wir in der letzten Zeit auch nicht nur von zwei Geschlechtern. Wir reden von vielen Dingen, die dazwischenliegen. Da sind wir mittlerweile komischerweise so weit, dass es vielleicht eine gewisse Akzeptanz gibt, das zu akzeptieren. Wir müssen aber auch wieder akzeptieren lernen, dass es viele Meinungen gibt und nicht immer die eigene Meinung die richtige ist.« (R3: 654–661)

Ob es nun um Geschlechter geht oder Natur und Gesellschaft oder um räumliche Transformationen in der Energiewende: Die Möglichkeit, Zwischenposition einzunehmen, ist von hoher Bedeutung. Eine machtsensible Energiewendeplanung sollte den Polarisierungsdruck in Prozessen der Energiewende beachten.

5. Implikationen für die Planung räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende

Im Folgenden sei zusammengefasst, welche Implikationen sich aus der vorliegenden Analyse für die Energiewendeplanung ergeben. Diese sind aufgrund der speziellen empirischen Einbettung der Analyse in die Fallstudien zu Jänschwalde und zum Reinhardswald nicht ohne Weiteres auf andere Kontexte der Energiewende zu übertragen. Durch die fallübergreifende Arbeit liegt jedoch ein gewisses Abstraktionsniveau vor, sodass sich eine Orientierung geben lässt.

In den vorliegenden Fallstudien lenkt die Heuristik »EnerGesch« den Blick insbesondere auf Fragen der öffentlichen Beteiligung an Planungsprozessen. So steht aus einer intersektionalen differenztheoretischen Perspektive im Fokus, verschiedene Ungleichheitskategorien zu berücksichtigen. Um eine zweigeschlechtliche und/oder heteronormative Perspektive in Planungs- und Beteiligungsprozessen zu vermeiden, ist jedoch relevant, dass sich aus der Differenzperspektive nicht unbedingt klare Zielgruppen ergeben müssen, sondern eine Beteiligungskultur entsteht, die alle Menschen, Körper und Sexualitäten einbezieht (vgl. Broto 2021). Zudem ist wichtig: Geschlechtliche und andere Kategorisierungen sind nicht einfach gegeben, sondern wandeln sich und werden aktiv von den Beteiligten hergestellt (Geschlecht als Prozesskategorie). Hierzu zählt auch die Wirkung von Zuschreibungen durch andere, die zu einer Polarisierung beitragen und verhindern, dass Zwischenpositionen in Diskursen erkundet werden können. Verschiedene Beteiligungsmuster von Personen(gruppen) können häufig über strukturelle Faktoren begründet werden. Eine genderresponsive Planung versucht diese auszugleichen, um Teilhabe zu ermöglichen. Es bleibt Gegenstand der Diskussion, inwiefern Planung (gender-)transformativ darauf einwirken kann, dass sich gesellschaftliche Strukturen, wie die geschlechtliche Arbeitsteilung im Bereich Versorgungsökonomie sowie in Beruf und Studium, tatsächlich ändern (vgl. Huning/Mölders i. d. B.). Da Planung grundsätzlich eine nachhaltige Raumentwicklung anstrebt, ist ihr Auftrag immer auch Transformation gesellschaftlicher Natur-, Geschlechter- und Raumverhältnisse. Die Möglichkeiten, tatsächlich transformativ zu wirken, sind für die informelle Planung jedoch weitreichender als für die formelle Planung. Ein weiterer Aspekt hat sich aus der Betrachtung der Differenzperspektive für Beteiligungsprozesse ergeben: Emotionen sollten in ihrem Beitrag zu Wissensgenerierung und Meinungsbildung kritisch begleitet werden, statt als Gegenstück zur Ratio abgewertet zu werden. Aus der Strukturperspektive

ergibt sich der Blick auf Eigentumsverhältnisse: Beteiligungsverfahren sollten an die sich hieraus ergebenden Machtkonstellationen angepasst werden.

Neben dem Fokus auf Beteiligungsverfahren ergibt sich vor allem aus der Strukturperspektive die Empfehlung, ökonomische Bewertungs- und Externalisierungsprozesse in der Energiewendeplanung zu beachten. Hierbei geht es z.B. um die Externalisierung von Naturen, wenn allein Fläche (sowie Sonne und Wind) einer marktökonomischen Nutzung zugeführt wird, nicht aber Tiere und Pflanzen.

Die Heuristik »EnerGesch« bietet, wie ich in diesem Beitrag aufzeigen konnte, also drei Konkretisierungsebenen für verschiedene Anwendungen in Planung und Wissenschaft. Erstens bietet sie mit den von Herdlitschka, Dankers, Kienesberger et al. (i. d. B.) vorgeschlagenen Fragen die Möglichkeit, verschiedene Geschlechterperspektiven systematisch in die Energiewendeplanung einzubeziehen. Zweitens können diese Fragen verändert und ergänzt werden, ohne dass die grundlegende Orientierung an den vier Geschlechterperspektiven verloren ginge. Drittens ergeben sich aus der Bearbeitung der Fragen verschiedene Gestaltungshinweise, die eine Orientierung für weitere Planungskontexte geben können. Die Heuristik »EnerGesch« stellt somit ein System dar, das unterschiedlichen Nutzer:innen verschiedene Zugänge zu einer kritischen feministischen Perspektive auf Planungsprozesse und die Gestaltung räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende ermöglicht.

6. Literatur

- Acheson, R. (2021): *Banning the bomb, smashing the patriarchy*. Lanham, Boulder. New York, London.
- Ahlborg, H. (2017): Towards a conceptualization of power in energy transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 25, 122–141.
- Arndt, S.; Ofuatey-Alazard, N. (Hg.) (2011): *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutscher Sprache: ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen*. Frankfurt a.M., New York.
- Biesecker, A.; Hofmeister, S. (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung*. München.

- Blumer, H. (1954): What is Wrong with Social Theory? In: *American Sociological Review* 19 (1), 3.
- Broto, V. C. (2021): Queering participatory planning. In: *Environment and Urbanization* 33 (2), 310–329.
- Destatis (Hg.) (2024): Arbeitslosenquote Deutschland. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Arbeitsmarkt/arb210a.html> (16.07.2024).
- Gabler, J.; Schönfelder, S. (2023): Zur (Daten-)Lage von Frauen im Strukturwandel der Lausitz. https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Datenlage_Frauen_Bericht2023.pdf (27.08.2024).
- Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Katz, C. (2022): Feministische Politische Ökologie. In: Gottschlich, D.; Hackfort, S.; Schmitt, T.; von Winterfeld, U. (Hg.): *Handbuch Politische Ökologie*. Bielefeld, 91–106.
- Hall, D.; Hirsch, P.; Li, T. M. (2011): Powers of Exclusion. Land Dilemmas in Southeast Asia. Honolulu.
- Hirschauer, S. (1994): Die soziale Fortpflanzung der Zweigeschlechtlichkeit. In: *Kölner Zeitschrift für Sozialpsychologie* 46 (4), 668–692. <https://www.theorie.sozioologie.uni-mainz.de/files/2015/11/Die-soziale-Fortpflanzung-der-Zweigeschlechtlichkeit.pdf> (27.08.2024).
- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.) (2013): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto.
- Hultman, M. (2021): Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität? In: *ZDfm* 6 (1), 8–22.
- Hunecke, M. (2006): Eine forschungsmethodologische Heuristik zur Sozialen Ökologie. München. http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2811792&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm.
- Keller, E. F. (1995): Geschlecht und Wissenschaft: Eine Standortbestimmung. In: Orland, B.; Scheich, E. (Hg.): *Das Geschlecht der Natur. Feministische Beiträge zur Geschichte und Theorie der Naturwissenschaften*. Frankfurt a.M., 64–91.
- Kruse, J. (2014): *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. Weinheim.
- Lehmann, A. (1999): *Von Menschen und Bäumen. Die Deutschen und ihr Wald. Reinbek bei Hamburg*.
- Lorde, A. (1981): The Uses of Anger. In: *Women's Studies Quarterly* 9 (3), 7–10. <https://academicworks.cuny.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1654&context=wsq> (27.08.2024).

- Mann, R. (2011): Gezähmt, wild und unerreichbar: Typische Gedankenbilder über Frauen und Natur. In: ANL/Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.): Landschaftsökologie. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Stand: Januar 2011. Laufen: ANL (Laufener Spezialbeiträge, 2011), 36–40. https://www.anl.bayern.de/publikationen/spezialbeitraege/doc/lbs2011_006_mann_frauen_und_natur.pdf (27.08.2024).
- Metz, F. (1929): Der Bergbau und seine Bedeutung für die Ausbreitung des Deutschtums. In: *Geographische Zeitschrift* 35 (3), 131–149.
- Minks, K.-H. (1996): Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen – Ein Vergleich der Berufsübergänge von Absolventinnen und Absolventen. Hannover.
- Mölders, T. (2015): Naturschutz, Landnutzung und Geschlechterverhältnisse. Theoretische Orientierungen und politische Befunde. In: Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (Hg.): *Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven*. Wiesbaden, 161–170.
- Moss, T.; Gailing, L.; Kern, K.; Naumann, M.; Röhring, A. (2013): Energie als Gemeinschaftsgut? Anregungen für die raumwissenschaftliche Energieforschung. Erkner = IRS Working Paper, 50.
- Nickel, H. M. (1990): Geschlechtertrennung durch Arbeitsteilung. In: *Feministische Studien* 8 (1), 10–19.
- Pfenning, U.; Schulz, M. (2012): Gender(a)symmetrie im MINT-Bereich. In: Pfenning, U.; Renn, O. (Hg.): *Wissenschafts- und Technikbildung auf dem Prüfstand. Zum Fachkräftemangel und zur Attraktivität der MINT-Bildung und -Berufe im europäischen Vergleich*. Baden-Baden, 143–156.
- Pflücke, V. K.; Jacobsen, H. (2023): Keine Zukunft ohne Kohle? In: *PROKLA* 53 (212), 515–535.
- Plumwood, V. (2003 [1993]): *Feminism and the mastery of nature*. Reprinted 1997. Transferred to digital print 2003. London.
- Rodenstein, M.; Bock, S.; Heeg, S. (1996): Reproduktionsarbeitskrise und Stadtstruktur. Zur Entwicklung von Agglomerationsräumen aus feministischer Sicht. In: Bock, S. (Hg.): *Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten*. Hannover, 26–50.
- Samleben, C. (2019): Auch an erwerbsfreien Tagen erledigen Frauen einen Großteil der Hausarbeit und Kinderbetreuung.
- Schöttle, S. (2019): Politische Online-Partizipation und Soziale Ungleichheit. Eine Empirische Studie mit Gender-Fokus. Wiesbaden. <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=5964746> (27.08.2024).

- Solga, H.; Pfahl, L. (2009a): Doing Gender im Technisch-Naturwissenschaftlichen Bereich. In: Milberg, J. (Hg.): Förderung des Nachwuchses in Technik und Naturwissenschaft. Beiträge zu den zentralen Handlungsfeldern. Berlin, Heidelberg, 155–218.
- Solga, H.; Pfahl, L. (2009b): Wer mehr Ingenieurinnen will, muss bessere Karrierechancen für Frauen in Technikberufen schaffen. https://bibliothek.wzb.eu/wzbbrief-bildung/WZBriefBildung072009_solga_pfahl.pdf (27.08.2024).
- Sovacool, B. K. (2021): Who are the victims of low-carbon transitions? Towards a political ecology of climate change mitigation. In: Energy Research and Social Science 73.
- Sow, N. (2018): Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. Norderstedt.
- Terlinden, U. (1990): Gebrauchswirtschaft und Raumstruktur. Ein feministischer Ansatz in der soziologischen Stadtforschung. Stuttgart.
- Weber, I. (2007): Doing nature. The nature of nature conservation as a discursively produced hybrid. In: Weber, I. (Hg.): Die Natur des Naturschutzes. Wie Naturkonzepte und Geschlechtskodierungen das Schützenswert bestimmen. Dissertation. München, 40–58.
- Wippermann, C. (2015): 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93168/8018cef974d4ecaa075ab3f46051a479/25-jahre-deutsche-einheit-gleichstellung-und-geschlechtergerechtigkeit-in-ostdeutschland-und-westdeutschland-data.pdf> (27.08.2024).

Gender Planning sozial-ökologisch denken

Feministische Beiträge zu transformativen Planungen der Energiewende

Sandra Huning, Tanja Mölders

1. Einleitung

Feministische Architektur und Stadtplanung erfahren zurzeit eine ungeahnt große Aufmerksamkeit. Vor allem seit der Zweiten Frauenbewegung ab den späten 1970er Jahren befassten sich Feminist:innen mit der Planung und Entwicklung von Räumen im Allgemeinen und Städten im Besonderen. Ihre Erkenntnisse schrieben sie in Leitlinien und Kriterienkatalogen auf, die Planer:innen helfen sollen, geschlechterspezifische Aspekte im Sinne eines Gender Planning in Plänen und Programmen zu berücksichtigen. In diesem Beitrag gehen wir der Frage nach, inwiefern Akteur:innen der Energiewende-Planung – verstanden als raumwirksamer, sozial-ökologischer Transformationsprozess – etwas von den Erfahrungen des Gender Planning und der feministischen Planung lernen können.

Im Folgenden stellen wir zuerst ausgewählte Entwicklungen und Strömungen auf dem Weg von der frauengerechten Planung zum Gender Planning vor. Danach betrachten wir diesen Weg aus der Perspektive und im Kontext von sozial-ökologischen Transformationen. In Verbindung dieser beiden Perspektiven formulieren wir abschließend Schlussfolgerungen dazu, was zu tun wäre, damit Akteur:innen der Energiewende-Planung die feministische Planungskritik konstruktiv aufgreifen, so dass diese selbst zu einer transformativen Planung werden kann.

2. Von der frauengerechten Planung zum Gender Planning – Entwicklungen und Strömungen¹

Die Geschlechterforschung hat in den Raum- und Planungswissenschaften eine lange Tradition (für eine Übersicht vgl. Hofmeister 2018). Akteur:innen der Zweiten Frauenbewegung kritisierten bereits ab den späten 1970er Jahren das rationalistische Planungsverständnis der Nachkriegszeit, das Geschlechterordnungen sozialräumlich manifestierte und stabilisierte. In das Leitbild der funktionsgetrennten Stadt waren Vorstellungen über die »normale« Kleinfamilie und die geschlechterspezifische Arbeitsteilung eingeschrieben. Die feministische Stadtkritik wies nach, dass die Stadt- und Raumplanung, die sich selbst als gemeinwohlorientierte Expertendisziplin verstand, keineswegs objektiv und neutral war, sondern vielmehr parteilich zugunsten patriarchaler und industriekapitalistischer Raumstrukturen. Sie betonte zudem den »Einfluss des patriarchalen Ordnungssystems auf die räumliche Umwelt und auf die Teilhabe an deren Gestaltung« (Felten/Nutz 1995: 24).

In der Folge erarbeiteten feministische Stadtplaner:innen und Architekt:innen in Modellprojekten und Arbeitsgruppen Vorstellungen über eine »frauengerechte«, »frauenfreundliche«, »gendergerechte« oder »gender-sensitive« Stadt- und Raumplanung (vgl. z.B. Deutscher Städtetag 2003; Schröder/Zibell 2004; Zibell/Schröder 2007). Dabei teilte sich die Diskussion im Laufe der Zeit in zwei (idealtypische) Strömungen: Auf der einen Seite versuchten feministische Planer:innen pragmatisch, innerhalb des bestehenden institutionellen Rahmens für Planung, Städtebau und Architektur Hinweise zu geben, um Gender Planning systematisch in Planungsprozessen zu verankern (vgl. z.B. Kail 2003). Auf der anderen Seite befassten sich Planer:innen mit grundsätzlicheren Fragen und entwickelten »Grundlagen für eine neue räumliche Ordnung« (Bendkowski/Burmester 1993), hinterfragten die Reproduktion von »Frauen« und Geschlechterstereotypen durch frauengerechte Stadtplanung und regten an, Kategorien, Normen und Begriffe der Stadtplanung zu dekonstruieren (Becker 1998). Diese Diskussion einer strategischen Umorientierung der Planung mutete eher akademisch an und war mit der Zeit immer weniger anschlussfähig an die »Praxis«.

Ab den 1990er Jahren schien Gender Mainstreaming als formale Verpflichtung in Stadtplanung und Stadtentwicklung die Möglichkeit zu bieten, Pla-

1 Bei Teilen dieses Abschnitts handelt es sich um eine stark gekürzte und überarbeitete Version von Huning (2018).

nungsprozesse *top-down* grundsätzlich für feministische Anliegen zu öffnen (vgl. z.B. BMVBS/BBSR 2006). So entstanden im Laufe der Jahre viele Leitfäden, Handbücher und Kriterienkataloge für die Planungspraxis (z.B. SenStadt 2011). Die dort genannten Kriterien und Indikatoren sollten die Praxisrelevanz feministischer Analysen unterstreichen. Insbesondere die Stadt Wien wurde zu einer Vorreiterin für die erfolgreiche Umsetzung von Gender Planning, die institutionell von 1997–2008 in einer eigenen Leitstelle »Frauengerechtes Wohnen und Bauen« verankert war (Stadtentwicklung Wien 2013; Irtschik/Kail 2013).

Der Fokus der meisten Leitfäden und Kriterienkataloge liegt sowohl auf städtebaulichen und stadtplanerischen Qualitätskriterien als auch auf der Gestaltung von Planungs- und Beteiligungsprozessen. Ganz allgemein geht es dabei z.B. um (vgl. SenStadt 2011: 14ff.):

- Räumliche Diversität und Flexibilität
- Wahlmöglichkeiten: Orte für alle Geschlechter
- Stellenwert von Reproduktionsarbeit
- Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit
- Räume für Kommunikation und Austausch
- Identifikation und Orientierung
- Sicherheit
- Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz

Berührt werden – in unterschiedlicher Intensität – verschiedene Themenfelder wie Wohnen, Arbeiten, Freiräume, Nahversorgung und Mobilität. Ziel ist es vorrangig, die Aufenthalts-, Aneignungs- und Nutzungsqualität von Räumen für Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen oder Lebensentwürfen zu verbessern. Das Ziel der Nachhaltigkeit ist z.T. explizit benannt und lässt sich mit vielen Kriterien, die in Leitfäden und Kriterienkatalogen aufgeführt werden, sehr gut in Einklang bringen. So wird z.B. gerne darauf verwiesen, dass Frauen im Allgemeinen seltener mit dem Auto unterwegs sind und eine Stärkung des Umweltverbunds deshalb sowohl ihre Mobilität erleichtert als auch den CO₂-Ausstoß reduziert. Eine darüberhinausgehende explizite Verknüpfung von Energie- und Genderkriterien findet jedoch in aller Regel nicht statt (siehe Abschnitt 3).

Mit Blick auf Prozesskritik bzw. Steuerungskriterien finden sich Forderungen nach einem geschlechterdifferenzierten Datenmanagement und einer Erweiterung der Wissensbasis über die Repräsentation der Geschlechter im

Planungsprozess (inhaltlich/personell) und in Partizipationsverfahren bis hin zur Berücksichtigung von Genderkriterien in Ausschreibungen und bei Vergabeverfahren (für einen Überblick vgl. SenStadt 2011).

Die Leitfäden und Kriterienkataloge richten sich in der Regel pragmatisch an Planer:innen, die zwar kein Interesse an feministischer Gesellschaftskritik haben, aber dennoch bereit sind, sich mit deren konkreten Forderungen auseinanderzusetzen. Dadurch verliert feministische Kritik bzw. ihre strategische Ausrichtung auf gesellschaftliche Veränderung zwangsläufig an Komplexität, bleibt aber anschlussfähiger. Allerdings droht dann die Gefahr, dass es zu vereinfachten und vereinheitlichenden Sichtweisen auf Frauen und ihren Lebensalltag kommt, die dann durch Gender Planning stabilisiert werden. Gender Planning fügt sich dann ein in einen neoliberalen gesellschaftspolitischen Rahmen, der Individuen – eben auch Frauen – die Ausschöpfung ihres Potenzials ermöglichen will. Problematisch ist, wenn durch den Fokus auf Diversität und Offenheit für unterschiedliche Lebensentwürfe strukturelle Faktoren sozialer Ungleichheit aus dem Blick geraten. Denn gerade die strukturellen Faktoren waren es, die feministische Konzepte ursprünglich in den Blick nahmen: Sie interpretierten gesellschaftliche Entwicklungen und Problemlagen neu und zeigten, wie sich die soziale Konstruktion gesellschaftlicher Strukturen und Geschlechterordnungen in der Art und Weise spiegelte, wie Räume geplant und gestaltet wurden. Ein Beispiel für die unterschiedlichen Perspektiven ist die Debatte um »Angsträume«: Um die Einsehbarkeit von Räumen und damit das Gefühl der Sicherheit zu verbessern, wurden im städtebaulichen und gestalterischen Kontext beleuchtete Hauptwege und gestutzte Hecken gefordert. Es gab jedoch auch (allerdings etwas radikaler gedacht) Vorschläge, eine Sperrstunde für Männer einzuführen, damit sich Frauen nachts angstfrei im öffentlichen Raum bewegen könnten, weil das Problem nicht in gebauten Strukturen begründet liegt, sondern in gesellschaftlichen Strukturen. Feministische Stadt(planungs)theorien und -ansätze waren somit Ausdruck und Ergebnis einer spezifischen sozialräumlich und historisch eingebetteten Kritik. Sie identifizierten Mechanismen der Geschlechterungleichheit, wollten diese verändern und strebten damit nicht weniger an als eine gesamtgesellschaftliche Neuordnung der Geschlechterverhältnisse.

Inwieweit die idealtypische Unterscheidung pragmatischer und strategischer Debatten für aktuelle Diskussionen zielführend ist (oder es jemals war),

muss hier offenbleiben.² Feministische Stadtforschung und Stadtplanung bewegen sich nach wie vor in einem Spannungsfeld von kritischer Hinterfragung (Dekonstruktion) und konstruktivem »Mainstreaming«. Es ist davon auszugehen, dass sich auf der Suche nach Möglichkeiten der Übersetzung zwischen kritischer feministischer Stadtforschung und Stadtplanung bzw. Gender Planning spannende Impulse ergeben. Indem Gender Planning positive Entwürfe über ein »für alle« hinaus ebenso vermeidet wie eine explizite Parteinahme für benachteiligte Gruppen, setzt sich der Ansatz zurzeit noch der Gefahr der Beliebigkeit aus und fördert damit nicht gerade die Bereitschaft, sich mit »Genderfragen« zu beschäftigen. Das transformative Potenzial feministischer Kritik bleibt damit bislang unausgeschöpft. Es erscheint lohnenswert, die verschiedenen Perspektiven stärker miteinander in Beziehung zu setzen.

3. Feministische Planung und Gender Planning im Kontext sozial-ökologischer Transformationen

Die in Abschnitt 2 beschriebenen Beiträge feministischer raumbezogener Forschung und ihre »Übersetzung« in die Planungspraxis fokussieren eindeutig städtische Räume. Auseinandersetzungen mit Gender Mainstreaming und Gender Planning in ländlichen Räumen stellen eine Ausnahme dar (vgl. z.B. Damyanovic/Wotha 2010). Dabei wären eine Ausweitung bzw. Differenzierung sowohl pragmatischer als auch strategischer Debatten der geschlechtergerechten Raumgestaltung auf ländliche Räume insbesondere im Kontext der Energiewende unbedingt notwendig. Indem sich eine solche Perspektive an die feministische Kritik an Dichotomisierungen (z.B. Becker-Schmidt 1998) anschließt, würde sie in strategischer Hinsicht unweigerlich die Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Raumkategorien in den Blick nehmen. Allerdings wird hinsichtlich der pragmatischen Integration von Gender Mainstreaming als Ansatz in der Regionalentwicklung deutlich, dass das erklärte Ziel einer Chancengleichheit für Frauen und Männer verfolgt werden kann, ohne dabei Raumstrukturen und -kategorien infrage zu stellen (BMVEL 2004).

2 Wir schließen mit dieser Unterscheidung an die Differenzierung von »Practical and Strategic Gender Interests« an, wie sie von Sandercock und Forsyth (1992: 54) formuliert wurde.

Inhaltlich fokussieren feministische Planungsansätze städtebauliche, funktionale, ökonomische und soziale Fragen der Raumgestaltung und -nutzung. Ökologische Themen und in Verbindung damit auch Bezugnahmen auf nachhaltige (Raum-)Entwicklung finden im Kontext von Gender Planning zwar vereinzelt statt – z.B. stellen »Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz« ein Kriterium im Berliner Handbuch »Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung« dar (SenStadt 2011). Die Frage nach den Verbindungen und Brüchen zwischen sozialen und ökologischen Orientierungen in der Raumgestaltung wird jedoch nicht systematisch gestellt. Vielmehr werden – vermeintlich widerspruchslose oder sogar synergetische – Verbindungen zwischen einer nachhaltigen (Raum-)Entwicklung und der Integration von Genderaspekten in die räumliche Planung angenommen. Katz und Mölders (2021: 52) stellen diese Annahme infrage. Sie weisen darauf hin, dass gendergerechte Planung nicht automatisch zu mehr Nachhaltigkeit führt. Als Beispiel führen sie u.a. den Bedarf an räumlicher Sicherheit und Schutzbereichen mehrfach diskriminierter Menschen an, der einen erhöhten Flächen- und Ressourcenverbrauch nach sich ziehen kann (ebd.). Ein anderes Beispiel für widersprüchliche Anforderungen zwischen einer gendersensiblen und ökologischen Raumgestaltung ist das Thema nächtliche Beleuchtung: Straßenlaternen sorgen einerseits für mehr Sicherheitsgefühl in öffentlichen Räumen. Andererseits wirkt sich ihr Licht negativ auf das Nachtleben von Tieren, insbesondere Insekten, aus. Hinzu kommt, dass auch die Frage nach dem Sicherheitsgefühl bei genauerer Betrachtung keineswegs widerspruchsfrei ist: Das Sicherheitsgefühl der einen kann das Gefühl der Bedrohung anderer erhöhen (z.B. von Obdachlosen, die in Parkanlagen geschützte Schlafräume suchen).

Trotz dieser Konflikte innerhalb und zwischen sozial und ökologisch orientierter Raumgestaltung erscheint es – insbesondere im Kontext der Energiewende – lohnenswert, die Verbindungen zwischen beiden Raumgestaltungen im Sinne einer geschlechtergerechten und nachhaltigeren Raumentwicklung theoretisch auszuleuchten und praktisch zu stärken. Dies geschieht aktuell insbesondere im Kontext von Planungen zur Anpassung an den Klimawandel, wie etwa die »Handreichung zur Erarbeitung einer Konzeption für eine klimaresiliente, gendergerechte Stadt und Region« zeigt (Frauennetzwerk Ruhrgebiet in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des RVR 2022). Solcherart praxisorientierte Leitfäden lassen sich der in Abschnitt 2 als »pragmatische Strömung« bezeichneten Orientierung des Gender Planning zuordnen. Es geht darum, an Routinen innerhalb des bestehenden (Planungs-)Sys-

tems anzusetzen und diese Routinen zu verändern, ohne dabei hegemoniale Kategorien und Leitbilder zu dekonstruieren.

Insbesondere die Bezugnahme auf kritische Ansätze der Nachhaltigkeitsforschung bietet die Möglichkeit, macht- und herrschaftskritische Perspektiven auf gesellschaftliche Natur- und Raumverhältnisse einzunehmen (vgl. Mölders i. d. B.) und so Beiträge zu einer strategischen Debatte um raumbezogene Transformationsprozesse im Allgemeinen und der Energiewende im Besonderen zu formulieren. Denn Geschlechtergerechtigkeit ist ein konstitutives Element nachhaltiger Entwicklung – auch wenn sowohl wissenschaftliche als auch politische Nachhaltigkeitsdiskurse dies häufig zu wenig beachten. Die feministischen Debatten zu den Verbindungen von Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit sind heterogen und umfassen eine Reihe unterschiedlicher Forschungsbereiche und -ansätze (vgl. Hofmeister/Katz/Mölders 2013). Besonders bedeutsam sind dabei die Auseinandersetzungen mit der Kategorie Natur, die die vornehmlich an städtebaulichen und nutzungsbezogenen Fragen orientierten Ansätze feministischer Raumplanung zu ergänzen vermögen. Die Auseinandersetzung mit Natur stellt für die Geschlechterforschung ein »thorny term« (Alaimo 2016: 530) dar, denn die Frage nach dem vermeintlich Natürlichen war von Beginn an konstitutiv für die Geschlechterforschung. Zentral ist dabei, eine soziale Ungleichheiten produzierende Naturalisierung von (Geschlechter-)Differenz und somit eine Emanzipation (auch) von Natur zurückzuweisen. Zugleich kam es in der Verbindung der Frauen- und Ökologiebewegung der 1970er und 1980er Jahre zu argumentativen Verknüpfungen von Natur und Geschlecht, so dass sich unterschiedliche Zugänge und Theorietraditionen entwickelten (Alaimo 2016). Die Stärken dieser Zugänge liegen insbesondere in der Analyse der Gleichursprünglichkeit sozialer und ökologischer Krisen, die von Biesecker und Hofmeister (2006) etwa als »Krise des Reproduktiven« konzeptualisiert wird. Auch die in Arbeiten zu Neomaterialismen angelegten Verständnisse von Materialität attestieren sozialen und ökologischen Krisen eine Wirksamkeit (Agency), Natur-Gesellschafts-Beziehungen zu gestalten (z.B. Barad 2007; Braidotti 2021). Schließlich können auch Forschungen zu *more-than-human-others* (z.B. Whatmore 2006; Tsing 2014) für feministische Auseinandersetzungen mit Räumen und ihrer Gestaltung weiterführend sein, da sie den Bindestrich zwischen sozialen und ökologischen Raumdimensionen konsequent adressieren und eine sozial-ökologische Perspektive einnehmen.

Zugänge, die nach den Verbindungen zwischen sozialen und ökologischen Phänomenen fragen, leisten zugleich einen Beitrag zur Formulierung eines

relationalen Raumverständnisses, das für die Gestaltung von sozial-ökologischen Transformationsprozessen in Richtung Nachhaltigkeit wesentlich ist (vgl. Levin-Keitel/Mölders/Othengrafen et al. 2018 sowie Mölders i. d. B.). Denn erst wenn die materiell-physischen und die sozialen Dimensionen von Raum integrativ verbunden werden, lassen sich sozial-ökologische Krisen verstehen und Nachhaltigkeitstransformation gestalten. Dabei erscheint es wesentlich, Natur nicht als Konstante, sondern sowohl als Produkt wie auch als Prozess zu begreifen und zu gestalten. Doch weder Naturprodukte noch Naturprozesse existieren jenseits von Gesellschaft. Dabei umfasst die Vergesellschaftung von Natur zugleich die sich stetig verändernde Materialität von Natur ebenso wie ihre divergierenden gesellschaftlichen Wahrnehmungen und Bewertungen. Die Frage, welche Natur wir zukünftig haben wollen – z.B. in Form von Energielandschaften –, ist deshalb eine gesellschaftliche Frage, die es auszuhandeln gilt. Die ökologischen Wissenschaften können nur begrenzt Antworten auf Fragen sozial-ökologischer Transformationen liefern. Es bedarf zur Beantwortung vielmehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Perspektiven. Geschlechterperspektiven sind hier wesentlich, bislang jedoch weitgehend marginalisiert.

Die stärkere Integration der Kategorie Natur und damit verbundener ökologischer Fragestellungen in Ansätze geschlechterbezogener Raumplanung hat zur Konsequenz, dass neben der Raumplanung (und hier insbesondere der Planung auf kommunaler Ebene) auch die Landschaftsplanung mit ihren Instrumenten und Methoden für feministische Planungen und Gender Planning relevant wird. Bislang existieren keine Bezüge zwischen Zugängen der Geschlechterforschung und der Landschaftsplanung als Fachplanung des Naturschutzes sowie auch als in die räumliche Gesamtplanung integrierte Planung (von Haaren 2022). Solche Bezüge könnten jedoch auf zwei Wegen hergestellt werden: entweder über die feministische Landschaftsforschung (vgl. für einen Überblick z.B. Dankers/Herditschka/Kapitza et al. 2024), die entsprechend herausgefordert wäre, Verbindungen zur Planung herzustellen, oder umgekehrt über die in Abschnitt 2 vorgestellten Zugänge im Bereich Gender Planning – diese wären wiederum dazu aufgefordert, Natur und Landschaft zu ihrem Gegenstandsbereich zu machen. Je nach theoretischer Informiertheit und pragmatischer oder strategischer Orientierung kann es bei der Ausarbeitung dieser Verbindungen z.B. darum gehen zu fragen: Welche sozialen Konsequenzen haben bestimmte ökologisch motivierte Planungen (z.B. Schutzgebietsausweisungen)? Es kann jedoch auch darum gehen, Gleichursprünglichkeiten in der Auf- und Abwertung sozialer und ökologi-

scher Leistungen (z.B. sogenannter Reproduktionsarbeit und reproduktiver Leistungen von Natur) zu analysieren. Eine solche Orientierung verbindet sich damit, eine stärker interdisziplinäre Orientierung der Landschaftsplanung zu fordern, die im Sinne einer ökologisch orientierten Planung (Jessel/Tobias 2002) deutlich naturwissenschaftlich orientiert ist.

Die hier vorgeschlagenen inhaltlichen Perspektiverweiterungen könnten das transformative Potenzial feministischer Kritik an der Planung und in der Planung erweitern und so zu sozial-ökologischen Transformationen im Raum beitragen.

4. Fazit

Ausgangspunkt unseres Beitrags war die Frage: Inwiefern kann die Energiewendeplanung etwas von den Erfahrungen des Gender Planning und der feministischen Planung lernen? Dabei waren zwei Erkenntnisse wesentlich: Erstens zeigte sich mit Blick auf die Auseinandersetzungen mit Raum, Geschlecht und Planung, dass es sich hierbei um historisch gewachsene Forschungs- und Praxisfelder handelt, die in ihren Annahmen (z.B. Geschlecht als Differenzkategorie oder kontingente Kategorie) und Orientierungen (pragmatisch oder strategisch) nicht widerspruchsfrei sind. Zweitens zeigte sich mit Blick auf raumbezogene sozial-ökologische Transformationen – und als solche ist die Energiewende zu verstehen –, dass eine konsequente Erweiterung funktions- und sozialräumlicher Perspektiven um die Kategorie Natur und ihrer kritischen Diskussion in der feministischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung erforderlich ist, um sozial-ökologische Krisen im Sinne eines Vermittlungsverhältnisses gesellschaftlicher und ökologischer Phänomene zu verstehen und zu bearbeiten. Eine entlang der Kategorie Geschlecht als Integrationsdimension organisierte interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen sozial und ökologisch orientierten planerischen Disziplinen (z.B. Stadt- und Landschaftsplanung) würde zum einen die Position des Gender Planning innerhalb der raumbezogenen Planungen stärken. Zum anderen würde eine Perspektive eröffnet, die es ermöglicht, sozial-ökologische Krisen auch als Krisen der Geschlechterverhältnisse zu erkennen und zu benennen. Mit Blick auf den Klimawandel und die Energiewende werden solche Verbindungen in Ansätzen bereits hergestellt, jedoch kommen die Impulse dazu eher aus der Geschlechterforschung als aus den Planungswissenschaften (vgl. Gailing i. d. B.).

Anknüpfend an die in Abschnitt 2 vorgenommene Unterscheidung zwischen pragmatischen und strategischen Debatten lassen sich auch für die Planungen der Energiewende aus Geschlechterperspektive solche Beiträge skizzieren, die innerhalb des bestehenden Rahmens aus formellen Institutionen, gesetzlichen Vorgaben und etablierten Instrumenten zu verorten sind. Ein solcher Beitrag aus Geschlechterperspektive könnte ein Kriterienkatalog zur Energiewende sein, der die individuellen und strukturellen Ungleichheitsverhältnisse in den Blick nimmt, die aus Energiewendeprozessen resultieren können. Wie wirkmächtig derartige Instrumente sind, hängt jedoch vor allem von institutionellen Rahmenbedingungen und dem politischen Willen zu echten Transformationen ab.

Ein Beitrag zur strategischen Debatte müsste die sicher geglaubten Denk- und Handlungsräume infrage stellen, innerhalb derer Energiewendeprozesse verortet sind. Er wäre feministisch in dem Sinne, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen Menschen sowie auch zwischen Menschen und Natur explizit adressiert würden, und zwar auch dann, wenn diese institutionell abgesichert wären. So müsste die Beteiligung von Bürger:innen als argumentativer Prozess der Meinungs- und Demokratiebildung gestaltet werden. Auch die Frage nach Verständnissen von Natur würde aus einer solchen feministischen Perspektive erweitert, indem etwa auch danach gefragt würde: Welche Natur/en werden z.B. durch die Herstellung von Windenergieanlagen hervorgebracht? In den Fragen nach Externalisierung, Stabilisierung und Aneignung verbinden sich soziale und ökologische Perspektiven. Der Anspruch, hegemoniale Verhältnisse zu verändern, macht sie zu transformativen Ansätzen, die in der Raum- und Umweltplanung dringend gebraucht werden.

5. Literatur

- Alaimo, S. (2016): Nature. In: Disch, L.; Hawkesworth, M. (Hg.): *The Oxford Handbook of Feminist Theory*. Oxford, 530–550.
- Barad, K. (2007): *Meeting the universe halfway. Quantum physics and the entanglement of matter and meaning*. Durham.
- Becker, R. (1998): Zu kurz gesprungen? Anmerkungen zum vielschichtigen Unbehagen über den Stand feministischer Planung – Überlegungen zu einer Neuorientierung. In: *Frei-Räume* 10, 151–170.

- Becker-Schmidt, R. (1998): Zum feministischen Umgang mit Dichotomien. In: Knapp, G.-A. (Hg.): Kurskorrekturen. Feminismus zwischen Kritischer Theorie und Postmoderne. Frankfurt a.M., New York, 84–125.
- Bendkowski, H.; Burmester, H. (1993): Initiierung einer neuen Streitkultur – ein erster Versuch. In: *Frei-Räume Sonderheft 1992/93*, 223–229.
- Biesecker, A.; Hofmeister, S. (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. München.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2006): Städtebau für Frauen und Männer. Das Forschungsfeld »Gender Mainstreaming im Städtebau« im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau. Bonn. = Werkstatt: Praxis Heft 44.
- BMVEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hg.) (2004): Gender-Mainstreaming. Ein neuer Ansatz in der Regionalentwicklung. Düsseldorf.
- Braidotti, R. (2021). *The posthuman*. Cambridge.
- Damayanovic, D.; Wotha, B. (2010): Die Bedeutung von Geschlecht im Veränderungsprozess Ländlicher Räume. In: Bauriedl, S.; Schier, M.; Strüver, A. (Hg.): Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen. Erkundungen von Vielfalt und Differenz im spatial turn. Münster, 75–99.
- Dankers, J.; Herdlitschka, T.; Kapitza, K. et al. (2024): Geschlechterperspektiven auf Landschaft. In: Kühne, O.; Weber, F.; Berr, K. et al. (Hg.): *Handbuch Landschaft*. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl. Wiesbaden, 485–495.
- Deutscher Städtetag (Hg.) (2003): Gender Mainstreaming. Best-Practice-Beispiele aus den Kommunen. Bonn.
- Felten, B.; Nutz, M. (1995): Projekte zwischen Bewußtseinsbildung und (Gegen-)Planung. Göttingen.
- Frauen Netzwerk Ruhrgebiet in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des RVR (Hg.) (2022): Handreichung zur Erarbeitung einer Konzeption für eine klimaresiliente, gendergerechte Stadt und Region. Essen.
- Hofmeister, S. (2018): Geschlecht in Raumwissenschaft und Planung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover, 823–828.
- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.) (2013): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto.

- Huning, S. (2018): Feminismus und Stadt. In: Rink, D.; Haase, A. (Hg.): Handbuch Stadtkonzepte. Opladen, Toronto, 107–127.
- Irschik, E.; Kail, E. (2013): Vienna: Progress Towards a Fair Shared City. In: Sanchez de Madariaga, I.; Roberts, M. (Hg.): Fair Shared Cities. Farnham, 193–230.
- Jessel, B.; Tobias, K. (2002): Ökologisch orientierte Planung. Eine Einführung in Theorien, Daten und Methoden. Stuttgart.
- Kail, E. (2003): »Pragmatische« Strategien. Frauengerechte Planung und Gender Mainstreaming. In: Kuhlmann, D.; Hnilica, S.; Jormakka, K. (Hg.): building power – Architektur, Macht, Gender. Wien, 159–178.
- Katz, C.; Mölders, T. (2021): Verque(e)re Planung. Drei Thesen zur (Be)Deutung der Kategorie Geschlecht für die räumliche Planung. In: PLANERIN (5), 51–52.
- Levin-Keitel, M.; Mölders, T.; Othengrafen, F. et al. (2018): Sustainability Transitions and the Spatial Interface: Developing Conceptual Perspectives. In: Sustainability 10 (6), 1880.
- Sandercock, L.; Forsyth, A. (1992): A Gender Agenda: New Directions for Planning Theory. In: Journal of the American Planning Association 58 (1), 49–59.
- Schröder, A.; Zibell, B. (2004): Auf den zweiten Blick. Hannover.
- SenStadt (Hg.) (2011): Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung. Gender Planning Handbuch. Berlin.
- Stadtentwicklung Wien (Hg.) (2013): Handbuch Gender Mainstreaming in der Stadtplanung und Stadtentwicklung. = Werkstattberichte 130. Wien.
- Tsing, A. (2014): More-than-Human Sociality: A Call for Critical Description. In: Hastrup, K. (Hg.): Anthropology and Nature. New York, 27–42.
- von Haaren, C. (2022): Landschaftsplanung. Stuttgart.
- Whatmore, S. (2006): Materialist returns: Practising cultural geography in and for a more-than-human world. In: Cultural Geographies 13 (4), 600–609.
- Zibell, B.; Schröder, A. (2007): Frauen mischen mit. Qualitätskriterien für die Stadt- und Bauleitplanung. Frankfurt a.M.

Informationen in Planungsprozessen müssen plastisch und erfahrbar vermittelt werden.

Die Planerin

Also, ganz ehrlich: Ich mache das in meiner Planungspraxis ohnehin schon, aber mag sein, dass ich da eine Ausnahme bin.

Mein Punkt ist eher, dass ich eigentlich keine Zeit dafür habe. Und meine Mitarbeiter:innen haben zum Teil nicht das Wissen dafür und zum Teil auch keine Lust darauf. Und außerdem gibt es für innovative Beteiligungsformate auch meistens kein Budget, weil das in der Förderprogrammatik nicht vorgesehen ist.

Wir bekommen auch häufig vorgeworfen, dass die wichtigen

Entscheidungen schon vor den Informationsveranstaltungen gefällt wurden. Obwohl ja die Informationsveranstaltung eigentlich die Grundlage für das Beteiligungsverfahren sein müsste. Also, das stimmt alles vorne und hinten nicht. Denn wenn Leute auf Infoveranstaltungen zu Windkraftanlagen Aspekte kritisieren, die schon längst im Regionalplan festgelegt wurden, dann ist die Frage doch eher, warum sie sich da nicht entsprechend beteiligt haben.

Die Geschlechterforscherin

Das ist aus unserer Sicht außerordentlich unterstützenswert, trifft es doch unseren Eyeopener-Punkt Einbindung und Ausschluss: Ein solcher Exkursionstermin in den Wald würde vermutlich auch Leute ansprechen, die nicht zu einer Informationsveranstaltung zu Windenergieanlagen kämen. Wir denken da beispielsweise an Kinder und Jugendliche, aber auch an Leute, die Familien- und Sorgearbeit leisten.

Aufpassen muss man allerdings, dass es dann nicht heißt: In den Wald

gehen die mit, die eher emotional auf die Sache gucken, während „das Eigentliche“ rational und faktenbasiert in der Turnhalle verhandelt wird. Das würde nämlich mit einem unserer anderen Eyeopener kollidieren: Der Dichotomisierung, also einer Trennung in zwei Pole, die mit Auf- und Abwertungen einhergeht: In diesem Fall in den „guten“ Pol der Rationalität und in den „schlechten“ Pol der Emotionalität. Aber was sagt denn die Planerin zu der Idee?

Die Forstwirtin

Ich frage mich immer wieder, ob es nicht besser wäre, gemeinsam in den Wald zu gehen und sich ein Bild zu machen, wie die Situation vor Ort genau ist. Wir haben uns bereits Gedanken gemacht, wie viele Windenergieanlagen wo prinzipiell aufgestellt werden könnten. Ein solcher Vor-Ort-Termin wäre viel anschaulicher als sich an einem dunklen Wintertag in der Turnhalle gegenseitig die eigenen Argumente zu erzählen, oder?



Teil 3: Empirische Studien zur Energiewende

Wind bewegt den Wald

Ausgewählte Relevanzen im Konflikt um einen Windpark in Nordhessen aus Geschlechterperspektive diskutiert

Janina Dannenberg, Melissa Muhr

1. Einleitung: Es war einmal im Reinhardswald ...

Prolog

Unsere Forschung führt uns nach Nordhessen in den Reinhardswald, in die Heimat der Gebrüder Grimm. Hier findet sich *eine Region der sanften Hügel und auch tatsächlich der bewaldeten Hügel, u.a. um das Dornröschenschloss herum, also die Heimat von Dornröschen und die Sababurg im Umfeld des ältesten Bergparks Europas.* In dieser abwechslungsreichen und charmanten Landschaft, in der man im Wald *eben auch mal nichts hören kann, außer Vogelgezwitscher*, lässt es sich *mindestens genauso schön Urlaub machen wie bspw. im Schwarzwald.* Mit ihren historischen Ortskernen und Naturdenkmälern bietet die Region viel Erholung für Wanderer, Radfahrer und Kanutourismus. Schaut man aus Rapunzels Turm in die umliegende Landschaft, so vermögen aufmerksame Beobachter:innen auch im Wald die *Spuren von menschengemachten Situationen* zu entdecken. Hinter den *hundert Jahre alten Gerichtslinden* verbirgt sich die Geschichte einer sich im Wandel befindlichen Energielandschaft, *denn die Landschaft, in der wir uns jetzt befinden, ist einfach auch irgendwie der Spiegel unserer Gesellschaft, die einfach energiehungrig ist.* Im Gebiet des Reinhardswaldes wurde über die Jahrhunderte Basalt und Braunkohle abgebaut (Eco Pfade im Landkreis Kassel 2013; Kaiser/Bieberstein o.J.), der Wald *schon mehrfach abgeholzt*, um Brennholz zu erhalten, und in Sichtweite wurde im kaum 10 km entfernten Würgassen einst Atomstrom produziert. Weiterhin *verändert sich so vieles in der liebgewonnenen Landschaft*, in der nun ein Windpark errichtet werden soll. Ein Energiewendeprojekt, welches *schon von vorneherein Kritiker auf den Plan gerufen hat.*

Der vorliegende Beitrag diskutiert Ergebnisse einer qualitativen Fallstudie im Rahmen des Forschungsprojekts »Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltungspotenziale der Geschlechterforschung« (vgl. Kapitza/Herditschka/Dannenberg et al. i. d. B.). Im Mittelpunkt steht ein Konflikt um den Bau eines Windparks im Reinhardswald, einem Mittelgebirge in Nordhessen. Ausgehend von Relevanzsetzungen lokaler Expert:innen werden Bezüge zu unterschiedlichen Perspektiven interdisziplinärer Geschlechterforschung hergestellt. Hieraus ergeben sich Hinweise für die Planung räumlicher Transformationsprozesse in der Energiewende.

Konfliktkontext

Einblicke in Beschreibungen lokaler Akteur:innen *ihrer* Reinhardswaldes haben wir im Prolog eröffnet¹, stilistisch anknüpfend an das Motiv des Märchenwaldes, unter dem das touristische Marketing des Gebietes organisiert ist (Regionalmanagement Nordhessen GmbH o.J.). Nach einem mehrjährigen Prozess mit umfangreicher Gutachtenerstellung wurde im Februar 2022 die Genehmigung erteilt, 18 Windenergieanlagen (WEA) im Reinhardswald zu errichten (Regierungspräsidium Kassel 2022). Trotzdem drehen sich bisher keine Windräder im Reinhardswald, da anschließende Klagen, die bspw. die Rechtmäßigkeit von Rodungsarbeiten anzweifeln, die Umsetzung verzögern. Im Frühjahr 2023 kündigte die Geschäftsführung des Windparks die Inbetriebnahme für frühestens Ende 2025 an (Hit Radio FFH 2023).

Bereits lange bevor auf Bundesebene Flächenziele definiert wurden (Bundestag 2022), hat Hessen 2011 das Ziel formuliert, 2 % der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuzeichnen und der Windkraft in Waldgebieten hierfür »eine entscheidende Rolle« zugeschrieben (Hessischer Energiegipfel 2011). 1,9 % der Landesfläche sind mittlerweile ausgezeichnet (van den Busch/Gauler/Müller 2023), und die Zahl von Windanlagen in hessischen Wäldern hat sich von 9 im Jahr 2010 (Kress 2018) auf 513 Ende 2023 erhöht (Bredemann/Quentin 2024). Aus technischer Perspektive begünstigt die Entwicklung sehr hoher WEA den Ausbau von Windkraft im Wald, da diese sehr hohen WEA weit über das Blätterdach hinaus reichen und somit nicht mehr von der Rau-

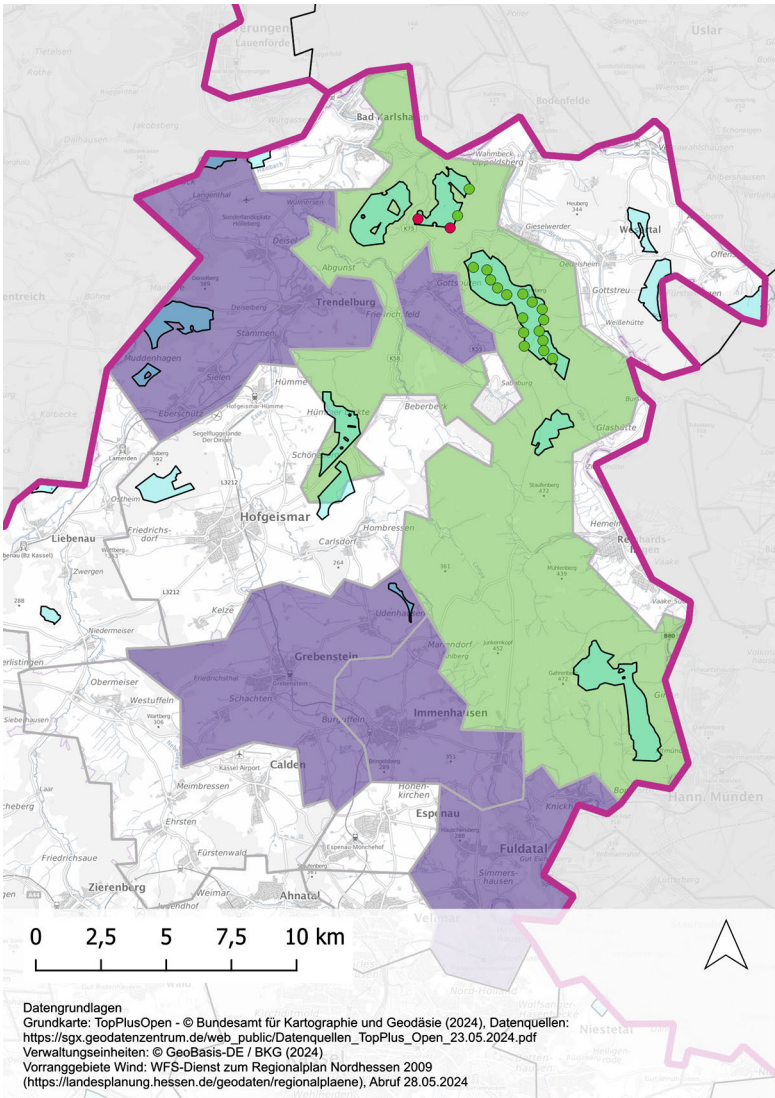
1 Kursiv gedruckte Textstellen stammen direkt aus unserem Interviewmaterial, die Zusammenstellung ist jedoch literarisch, nicht analytisch.

igkeit des Waldes betroffen sind, welche für Verwirbelungen und geringere Windstärken sorgt (Kress 2018).

Die Regionalplanung hat Windvorrangflächen für den Windpark Reinhardswald ausgezeichnet und genehmigt: Sie liegen im gemeindefreien Forstgutsbezirk Reinhardswald und sind Staatswald, den der Landesbetrieb HessenForst verwaltet. Während dies von manchen Akteur:innen des Windenergieprojekts als »absoluter Standortvorteil« (R12: 533–540)² ausgemacht wird, da nur mit einer Instanz verhandelt werden muss, ergibt sich für HessenForst ein möglicher Rollenkonflikt (R3: 332–339, R8: 242–249): Zum einen verwaltet der Betrieb den landeseigenen Forst nach betriebswirtschaftlichen Kriterien sowie im Reinhardswald den Forstgutsbezirk, zum anderen hat er die Funktion einer Forstbehörde, die bspw. forstwirtschaftliche Gutachten zur Festlegung von Vorranggebieten oder Stellungnahmen in emissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren (BImSchG-Verfahren) abgibt. Die angrenzenden Kommunen haben keine formalen demokratischen Einflussmöglichkeiten auf den Windkraftausbau im Reinhardswald. Teilweise sind oder waren sie jedoch Mitglied in der Energiegenossenschaft Reinhardswald (EGR) und damit direkt am Windpark beteiligt.³ Abbildung 1 gibt einen Überblick über beteiligte Kommunen und Anlagenstandorte. Die Errichtung und Ausgestaltung des Windparks sowie der Betrieb erfolgt durch die Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG, an der neben der EGR drei öffentliche Energieunternehmen⁴ beteiligt sind, wodurch eine weitere indirekte Beteiligung von Kommunen besteht.

-
- 2 An dieser Stelle beginnen wir mit Verweisen auf Expert:inneninterviews (Interviewnummer und Zeilenangabe). Während an späterer Stelle rekonstruierend auf Relevanzen geschaut wird, beziehen wir uns hier auf persönliche Einschätzungen von Expert:innen und Aussagen spezifischen Wissens über die Windparkentwicklung im Reinhardswald, bei denen allein die Inhalte wiedergegeben werden.
 - 3 Die EGR wurde von einem Projektierer aus der Region gemeinsam mit den Bürgermeister:innen von neun umliegenden Kommunen gegründet. Gemeinsam bewarben sie sich um die Pacht der Flächen zur Errichtung eines Windparks (Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG o.J. a). Im Zuge der Konfliktentwicklung (R10: 667f.; R12: 208–220) stiegen fünf der ursprünglich neun Kommunen wieder aus der Genossenschaft aus.
 - 4 Die Städtische Werke Aktiengesellschaft, die EAM Natur GmbH und die Stadtwerke Eschwege Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG (o.J.a).

Abbildung 1: Kommunen im Landkreis Kassel (lila: Mitgliedskommunen der Energiegenossenschaft Reinhardswald) um den Forstgutsbezirk Reinhardswald (grün) mit Windvorranggebieten (hellblau) und Standorten (grün: bewilligt, rot: abgelehnt).



Quelle: Eigene Darstellung.

Mehrere Bürger:inneninitiativen richten sich gegen den Windpark und er findet regelmäßig den Weg in die Presse. Auch bei Kommunalwahlkämpfen in der Region hat er schon eine wichtige Rolle gespielt (R12: 320–326). Themen, die diskutiert werden,⁵ sind u.a. mögliche Auswirkungen des Windparks auf den Tourismus, Natur- und Trinkwasserschutz, die Brandschutzregelungen, die Diskursinvolvierung der extremen Rechten (vgl. Dankers/Kapitza i. d. B.) und wie lokale Wertschöpfung stattfindet. Ein kleiner Teil dieser Aspekte findet Eingang in diesen Beitrag.

Forschungsvorgehen

Im Rahmen der Fallstudie wurden 14 leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen geführt, die aufgrund ihrer beruflichen Position oder ihres zivilgesellschaftlichen Engagements über spezifisches Wissen im Zusammenhang mit dem Windparkprojekt im Reinhardswald verfügen. Dabei wurde u.a. mit Bürgermeister:innen, Vertreter:innen von Bürger:inneninitiativen, Vertreter:innen von am Windpark beteiligten Unternehmen sowie mit Regionalplaner:innen, Naturschutzgutachter:innen und Forstamtsmitarbeitenden gesprochen. Bei der Auswertung wurden die Interviewtexte zunächst paraphrasiert. Anschließend wurden einzelne Sequenzen ausgewählt und einer mikrosprachlichen Feinanalyse unterzogen (vgl. Kruse 2014). Im Anschluss wurde das gesamte Material inhaltsanalytisch mit Unterstützung von MAXQ-DA kodiert. Hierfür wurden sowohl induktive als auch deduktive Codes und Kategorien genutzt. Das geschilderte Vorgehen ermöglicht es, der doppelten Rolle von Expert:innen gerecht zu werden, und zwar einerseits als Konstruierende einer eigenen Wirklichkeit und andererseits als Träger:innen von teilweise objektifizierbarem Spezialwissen. Zudem wurden Primärquellen aus dem Verfahren (z.B. Infomaterial, Pläne, Genehmigungsdokumente) – entsprechend ihrer Relevanzsetzung durch die Interviewten – gesichtet und in die Analyse miteinbezogen. Der vorliegende Beitrag speist sich insbesondere aus den induktiven Elementen des Verfahrens. Anders als bei der parallel entwickelten Heuristik (vgl. Dannenberg i. d. B.) wurden Geschlechterperspektiven hier nicht von vornherein auf das Material gelegt. Vielmehr wurde erarbeitet, welche Themenfelder von den Interviewten, deren Hintergründe sehr heterogen sind, als relevant erachtet werden. Innerhalb dieser Relevanzen haben die Interviewten unterschiedliche symbolisch-diskursive

5 Zusammengefasst aus Expert:inneninterviews.

und physisch-materielle Bezugspunkte⁶ und es wird von unterschiedlichen Erzählungen Gebrauch gemacht.

Im Folgenden nähern wir uns dem Konflikt um Windkraft im Reinhardswald aus der beschriebenen Perspektive an. Wir stellen drei identifizierte Schwerpunktthemen vor, von denen wir die beiden ersten – das Spannungsfeld von Planungsbeschleunigung und Beteiligung sowie die Bedeutung des Lokalen – nur stark verkürzt umreißen. Etwas ausführlicher setzen wir uns dann mit der Bewertung von Wald als Windkraftstandort auseinander.

2. Alle(s) fürs höhere Ziel? Zwischen Planungsbeschleunigung und Bürger:innenbeteiligung

Im Jahr 2022 bekräftigte die Bundesregierung den politischen Willen, den Windkraftausbau zu beschleunigen, indem sie die sogenannten »Oster- und Sommerpakete« vor dem Hintergrund verabschiedete, dass die Energiewende einen zentralen Baustein dafür darstellt, die Klimaschutzziele zu erreichen (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2022; IPCC 2023). Zusätzlich erhält das Thema durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine höhere Priorität (vgl. Kapitz/Herditschka/Dannenberg et al. i. d. B.).

Aufgrund der langen Planungsgeschichte des Windparks Reinhardswald wird das Thema Planungsbeschleunigung von den Interviewten im Reinhardswald immer wieder aufgegriffen, häufig zusammen mit dem Nachdenken über angemessene Partizipation von Bürger:innen an Entscheidungsprozessen. Diskutiert wird diese Thematik in Bezug auf drei Ebenen: 1. die Ebene der Regionalplanung, über die – durch den Teilregionalplan Energie Nordhessen – die Vorranggebiete, auf denen der Windpark entstehen soll, festgelegt wurden; 2. die Ebene des Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, in denen unter Einbezug von Bürger:innenbeteiligungsverfahren die einzelnen Anlagen genehmigt wurden; und 3. die Ebene der Klagen, die auf die Genehmigung der Anlagen folgten.

Im Verhältnis von Regionalplanung und Genehmigungsverfahren zeigt sich zusammenfassend: Es gab Einwendungen zum Regionalplan, aufgrund derer Teile der Windvorrangflächen im Reinhardswald verändert wurden

6 Der Blick auf die Verschränkungen der materiellen und der symbolische Dimensionen gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist konstituierend für die Soziale Ökologie, in der wir uns verorten (vgl. Jahn/Wehling 1998; Mölders i. d. B.).

(Regierungspräsidium Kassel 2015, 2017). Dennoch wurde im abschließenden Genehmigungsverfahren die Flächenfestlegung in Bezug auf die vorhandenen Schutzgüter (z.B. Wasserschutz, Landschaftsbild, Fauna) erneut angezweifelt. Da diese Aspekte jedoch nicht Teil des BImSchG-Verfahrens sind, wurden die Einwände ohne Prüfung fallen gelassen (Regierungspräsidium Kassel 2022). Was aus Verwaltungsperspektive selbstverständlich ist, dürfte aus Perspektive einer einwendenden Person womöglich wenig nachvollziehbar sein. Einige Interviewte empfanden den Prozess der Regionalplanung zudem als zu wenig beteiligend. So werfe er im Anschluss bei Bürger:innen viele Fragen auf: »Wow, krass! Die haben Windkraftflächen ausgewiesen. Wer hat denn das gemacht, hat dafür abgestimmt? In welchem Rahmen war das? [...] Gibt es Protokolle?«. Und dieses Format ist aus meiner Sicht [...] für den Durchschnittsbürger unzugänglich gewesen« (R12: 754–759).

Krüger (2022) konstatiert aus radikaldemokratischer Perspektive, dass lokale Konflikte um Energiewendeprojekte eskalieren, weil auf den übergeordneten Ebenen eine demokratische und systematische Priorisierung von unterschiedlichen politischen Zielen (z.B. Klimaschutz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie) nicht im ausreichenden Maße stattfindet. In der Folge werden Grundsatzfragen auf Projektebene verhandelt. Diese Argumentation konnten wir für den Reinhardswald gut nachvollziehen, vor dem Hintergrund der teilweise zu geringen Passung zwischen Regionalplanung und Genehmigungsverfahren und mit Bezug auf die Kritik einiger Interviewten, dass ihnen für ihre Arbeit eine Klarheit über politische Priorisierungen fehle (R10: 754–763; R13: 223–229).

In Bezug auf die Klagen sieht ein Teil der Interviewten diese darin begründet, dass an früherer Stelle im Prozess nicht ausreichend und sensibel genug beteiligt worden sei, um das Projekt dann ggf. zu modifizieren. Personen, die stärker in die Durchführung von Beteiligungsprozessen involviert sind, warnen jedoch, dass »das Werkzeug der Partizipation auch manchmal als Waffe eingesetzt werden kann« (R7: 287–288) und Widerstände teilweise nicht fehlender Aufklärung geschuldet seien, sondern einer dem Windpark gegenläufigen Programmatik. Zudem wird diskutiert, ob eine Einschränkung der Klagemöglichkeiten – verbunden mit der politischen Erklärung, dass der Ausbau der Erneuerbaren im übergeordneten Interesse steht – zu einem schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energie führen könnte (R4: 280–288 und 811–817; R13: 162–168 und 509–527). Klagemöglichkeiten aufgrund von umweltbezogenen Bedenken sind völkerrechtlich über die Aarhus-Konven-

tion⁷ garantiert (United Nations 1998 Art. 9, Abs. 3) und stellen ein wichtiges Instrument dar, um Umweltqualität zu sichern und zu verbessern (Bothner/Töller/Schnase 2022). Die Sorgen einer interviewten Person, dass die im Reinhardswald klagenden Naturschutzverbände eigentlich auf die Verhinderung von Windenergieprojekten abzielen (R4: 811–817), verweisen erneut auf den Ansatz Krügers (2022): Grundlegende Fragen der Priorisierung müssen gesellschaftlich ausreichend ausgehandelt werden, um Konflikte auf Anlagenebene zu vermeiden.

Aus Geschlechterperspektive möchten wir hervorheben, dass Aushandlungen politischer Prioritätensetzung oder des Anlagenbaus für verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit verschiedenen Zugangsvoraussetzungen verbunden sind, da sich hier gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegeln. Bspw. sind Beteiligungsmuster von Bürger:innen entlang von u.a. Geschlecht und Alter (Pfanzelt/Spies 2019; Melo/Stockemer 2014; Busse/Hashem-Wangler/Tholen 2015) sowie der Betroffenheit von Rassismus und Migrantisierung (Spaiser 2012; Kissau/Hunger 2008) und Ableismus (Mattila/Papageorgiou 2017) strukturiert. Möglichkeiten formaler Teilnahmeverfahren und der Mitarbeit in Gremien der Lokalpolitik werden tendenziell stärker von älteren Personen und von Männern⁸ wahrgenommen, wohingegen jüngere Personen und auch Frauen sich eher in informelleren Zusammenhängen wie selbst initiierten Projekten, Initiativen oder bei Petitionen engagieren (vgl. Pfanzelt/Spies 2019; Melo/Stockemer 2014; Busse/Hashem-Wangler/Tholen 2015). (Post)migrantische Menschen setzen häufig einen Schwerpunkt auf das Internet als Ort ihres politischen Engagements (Spaiser 2012; Kissau/Hunger 2008). Mattila und Papageorgiou (2017) zeigen auf, dass sich Menschen mit Behinderungen zwar seltener an Wahlen beteiligen, insbesondere wenn sie dabei Diskriminierung wahrnehmen, jedoch häufiger an Demonstrationen teilnehmen und Politiker:innen kontaktieren.

Für den Reinhardswald wird ebenfalls von einem männlichen Überhang auf vielen Entscheidungs- und Beteiligungsebenen berichtet (R3: 521–526; R6:

7 Konvention über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten der UN-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) von 1998, am 30.10.2001 in Kraft getreten.

8 Studien machen hierzu meist keine Angaben. Wir halten es jedoch für wahrscheinlich, dass es sich um cis Männer handelt, deren biologisches und soziales Geschlecht übereinstimmt. Die Beteiligungsmuster von trans Männern könnten anders aussehen. Insgesamt werden Geschlechter in Studien noch immer häufig binär erfasst.

608–611; R13: 427–428). Migrant:innen und Menschen mit Behinderung werden nicht als Akteur:innen der Energiewende thematisiert. Eine differenzierte Sichtweise auf die Beteiligung verschiedener Gruppen erhält einen Mehrwert, wenn die Beteiligung kritisch in einen strukturellen Zusammenhang (z.B. Diskriminierung, Versorgungsökonomie) gestellt wird (vgl. Dannenberg i. d. B.).

3. Wir und die »von außen« – über die Herstellung des Lokalen

Ein zweites Thema, das aus den Interviews als besonders relevant identifiziert werden konnte und überdies die Interviewten verbindet – ob sie nun für oder gegen den Windpark sind – ist die Bedeutung von Lokalität. Hier spielt zum einen das Thema der lokalen Wertschöpfung eine Rolle, zum anderen die Herstellung lokaler Identität.

Der Windpark Reinhardswald befindet sich überwiegend in der Hand lokaler öffentlicher Träger:innen, was als bedeutsamer Faktor für die Akzeptanz von erneuerbaren Energieprojekten gilt (Lienhoop 2018; Musall/Kuik 2011). Dennoch gibt es einen Konflikt um diesen Windpark. Obwohl lokale Wertschöpfung den unterschiedlichen Akteur:innen sehr wichtig ist, divergieren die Vorstellungen, was genau als lokale Wertschöpfung zu begreifen ist. Gegner:innen des Windparks entwickeln Narrative, die diese Vorstellungen lokaler Wertschöpfung für den Windpark Reinhardswald infrage stellen. Aus Geschlechterperspektive gibt es beim Thema lokales Wirtschaften Anknüpfungspunkte an Debatten um Formen des Wirtschaftens, die auch nicht marktförmige Arbeit, z.B. Care-Arbeit anerkennen und sich an Prinzipien wie Kooperation und einem Guten Leben orientieren (vgl. Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften 2000). Geschlecht erscheint hier als Strukturkategorie (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.).

Die Betreibergesellschaft des Windparks hebt die Bedeutung lokalen Wirtschaftens in einer Weise hervor, die ihre lokale Verbundenheit in den Vordergrund stellt.

»Wir möchten nicht, dass fremde Investoren aus dem In- oder Ausland maximal viele Windräder im Reinhardswald errichten. Und dann auch noch die Gewinne mitnehmen, ohne dass die Menschen der Region davon profitieren. Wir dagegen setzen uns für eine starke regionale Bürgerbeteiligung und kommunale Verankerung ein. Denn wir wissen, dass regional realisierte

Windkraft nachhaltig und profitabel ist.« (Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG o.J.b)

Viele Interviewte nutzen die Herstellung und Abgrenzung einer lokalen Identität um ihre Position gegenüber dem Windpark zu legitimieren. Argumente reichen vom Engagement im Heimatverein zur Aufklärung über Windkraft (R4: 212–219) bis hin zur Betonung, vor Ort »geboren und aufgewachsen«⁹ zu sein. Gleichzeitig werden subjektive Zuschreibungen genutzt, um andere Akteur:innen aus dem »Lokalsein« zu exkludieren, z.B. wird Zugezogenen die Ablehnung der Windkraft aus Angst um Wertverlust ihrer Immobilien zugeschrieben (R4: 219–225) oder (lokalen) Windparkakteur:innen Werthaltungen ohne soziale Passung: »völlig abgetrieben vom Geld, der ist größenwahnsinnig geworden« (R9: 808). Interessant ist, dass es bei der eigenen Positionierung als »lokal« häufig auch eine Abgrenzung von »den Leuten« gibt, denen – aufgrund ihres »Lokalseins« – wiederum eine eingeschränktere Sicht auf die Dinge unterstellt wird, bspw. , dass andere Windparkgegner:innen mehr auf die Landschaftsästhetik achten würden, während man selber naturschutzfachlich argumentiere (R10: 368–372). Einige Akteur:innen begreifen sich hier selber als Mittler:innen: »Für viele ist das unheimlich. Der Wandel ist so schnell und das ist etwas, wo doch einige Leute Probleme mit haben. Darum versuchen wir eben auch, viel mit Transparenz zu arbeiten, das alles darzulegen« (R13: 156–159).

Die Bedeutung des Lokalen stellt unabhängig von der Bewertung des Windparks eine verbindende Relevanz von Akteur:innen dar. Die Bewertung selbst hängt davon ab, wie »heimatliche Normallandschaft« (vgl. Kühne i. d. B.) konzipiert ist und welche Landschaft der »expertenhaften Sonderwissensbestände« (ebd.), qua Berufsstand, verwirklicht werden soll, aber entwickelt sich auch entlang gesellschaftlicher Polarisierungslinien, wie politischer Einstellungen oder Ansichten zu Themen wie Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit.¹⁰ Mehr noch als im Interviewmaterial zeigen sich diese gesellschaftlichen Polarisierungen in der öffentlichen Eskalation des Konflikts. In vielen Interviews findet sich der Wunsch nach einer fairen Diskussionskultur und nach weniger Polarisierung. Unterstützer:innen des

9 Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes erfolgt keine Interviewzuordnung.

10 Für eine Beschreibung des deutschen Windenergiediskurses als sogenannten Kulturkampf, vgl. Banita (2023).

Windparks haben bedrohliches Verhalten (z.B. Anschreien, Morddrohungen, Nachstellungen) gegen sich selbst oder andere erlebt und Kritiker:innen ein unerwünschtes Zugeordnetwerden zu gesellschaftlichen Gruppen sowie Anzeigen bei Protesten.

Identitätskonstruktionen, Wissensproduktion und auch gesellschaftliche Polarisierung sind Themenfelder der Energiewende, zu denen Geschlechterperspektiven wichtige Hinweise geben. Lokale Identität wird, wie auch Teile der geschlechtlichen Identität, im täglichen Diskurs und Handeln prozesshaft hergestellt, entfaltet dabei jedoch eine tatsächliche Wirkmächtigkeit. Kategorien nicht einfach hinzunehmen, sondern Dichotomien zu hinterfragen und auf Machtsimplikationen zu untersuchen, hat in der Auseinandersetzung um Geschlechterverhältnisse eine lange Tradition (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.) und kann auf lokale Identitäten übertragen werden (Geschlecht als epistemologische Kategorie, vgl. ebd.). Zudem kann auch der *direkte* Blick auf konkurrierende Geschlechtsidentitäten ein Konfliktverständnis verbessern. Hultmann (2021) bietet für diesen Konflikt mit seinem Konzept von »Ökomoderner Männlichkeit«, d.h. Männlichkeit, die mit technischen Innovationen verbunden ist, um globale ökologische Krisen zu lösen und zu einer konventionellen »Alleinernährer-Männlichkeit« in einem Konkurrenzverhältnis steht, einen Anhaltspunkt.

4. Ist das Wald oder kann das weg? Drei Narrative über den Wald der Windkraft

Die Bewertung von Wald als Standort für Windkraft ist für die verschiedenen Akteur:innen im Konfliktzusammenhang Reinhardswald extrem unterschiedlich, dabei jedoch von großer Bedeutung. Auf welche Weise »Wald« verstanden wird und welche Aspekte von »Walddatur« anerkannt oder ausgeschlossen werden, schauen wir in der folgenden Betrachtung an. Im Mittelpunkt steht hier die Frage: Werden Flächen mit abgestorbenen Fichten als »Wald« bewertet und wird ihnen ein ökologischer, ökonomischer und ästhetischer Wert zugeschrieben? Überwiegend sind es im Reinhardswald sogenannte Kalamitätsflächen auf denen die WEA errichtet werden: Die Fichtenmonokulturen, die sich auf den entsprechenden Höhenzügen befunden haben, sind durch Stürme, Dürren und durch den anschließenden Einzug von Borkenkäfern erheblich reduziert worden. Die Fachagentur »Windenergie an Land« empfiehlt es, solche Gebiete zu nutzen (Fachagentur Windenergie an Land 2023).

Dass Wälder wie der Reinhardswald durch den Klimawandel stark belastet werden, durch Trockenheit die Widerstandsfähigkeit gegenüber starkem Wind und gegenüber Krankheiten und sogenannten Schädlingen sinkt (Ibisch/Gohr/Mann et al. 2021), ist ein Zustand, der die Befürworter:innen von Windkraft im Reinhardswald und deren Gegner:innen gleichermaßen in Sorge versetzt. Wie mit dieser materiellen Ausgangslage umgegangen wird und wie sie zur Stärkung der eigenen Position argumentativ genutzt wird, ist hierbei sehr unterschiedlich. Im Folgenden arbeiten wir drei Narrative aus dem Material heraus, die »Wald« jeweils unterschiedlich betrachten und durch die verschiedenen Bewertungen von Windkraft im Wald gestützt werden.

Den Wald vor toten Fichten nicht sehen – ein modernistisches Trennungsnarrativ

»Name: WEA 05

Beschreibung: Freifläche. Ehemals mit Fichten bestockt. Aufgrund von Sturm- und Borkenkäferschaden im Sommer 2019 gerodet. Die Rodungsfläche zieht sich bis über den Standort zur WEA 6 und erstreckt sich über ca. 40 ha« (Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG o.J. c).

So oder ähnlich lesen sich die allermeisten Beschreibungen der geplanten Windkraftstandorte im Reinhardswald auf der Webseite des Windparks (Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG o.J.c). In der Öffentlichkeitsarbeit des Windparks wird Liebhaber:innen von Bäumen und Wäldern immer wieder versichert, dass vergleichsweise wenige Bäume gefällt werden müssen (ebd.; Rotzsche-Walthar 2022). Verschiedene Interviewte konzeptualisieren die Standorte als Flächen, »wo einfach keine Waldstruktur mehr vorhanden ist« (R7: 132). Der Wald in den Höhenlagen wird als tot oder sterbend betrachtet. Eine interviewte Person berichtet sogar, dass Vertreter:innen großer Umweltverbände bei Konsultationen zur Windparkentwicklung die Position vertreten hätten: »wie wir den Reinhardswald kennen, macht ihr doch nichts kaputt, weil der ist ja schon kaputt« (R4: 545–546). Mehrere Interviewte, unabhängig von ihrer Meinung über den Windpark, distanzieren sich von Fichtenmonokulturen. Diesen wird zugeschrieben, in der Nachkriegszeit zur schnellen Aufforstung und Vermarktung angepflanzt worden zu sein, was nicht mehr den heutigen Standards der Forstwirtschaft entspreche.

Im aufgezeigten Narrativ identifizieren wir ein räumliches Trennungsverhältnis zwischen einem kaputten und forstwirtschaftlich übernutzten

Reinhardswald als Gegenstück zum alten, schönen und schützenswerten Laubwald im Reinhardswald. Eine physisch-materielle Grundlage für das Narrativ liegt darin, dass der größte Teil des Reinhardswaldes Wirtschaftswald ist, der in den vergangenen Jahren stark an Dichte verloren hat.¹¹ Demgegenüber stehen einige bedeutungsvolle Naturschutzgebiete mit alten Hutewäldern (Schmidt 2021), und auf weniger als 10 % der Waldfläche findet natürliche Waldentwicklung statt (Naturpark Reinhardswald e. V. 2023). Von Interviewten wird diese Konstellation für die Umsetzung des Windparks teilweise als Vorteil wahrgenommen (R4: 428–429; R8: 579). In der Kommunikation über den Windpark bietet die diskursive Trennung die Möglichkeit, das Bild des schönen, schützenswerten und märchenhaften Reinhardswaldes insgesamt zu erhalten, da die Nutzflächen für Windkraft kommunikativ aus ihm herausgelöst werden. Das Narrativ stützt somit Argumentationen für einen Windpark im Reinhardswald.

Wir sehen dieses Trennungsnarrativ als ein modernistisches an, da Trennungsverhältnisse wie Natur–Kultur verstärkt werden und der diskursiv entwertete Fichtenwald nicht nur als ökologisch wertlos verstanden wird, sondern auch als Zeugnis einer anderen Zeit mit anderen Werten. Wir beziehen uns hier auf Konzeptionen der Moderne, die grundlegende Trennungsstrukturen als konstituierend beschreiben, insbesondere die Trennung von Natur und Gesellschaft, verbunden mit dem Glauben an die Regulierbarkeit von Natur und einem Fortschrittsimperativ (vgl. Scott 1998; Latour 2002). Letzteres zeigt sich, wenn der Windpark als Möglichkeit gesehen wird, etwas Neues zu schaffen: wenn eine neue Energielandschaft neuen, klimastabilen Wald mit sich bringt, dessen Entstehung durch Einnahmen der Windkraft finanziert wird (Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG o.J.d).

Aus Geschlechterperspektive erscheint insbesondere die Verbindung feministischer Ökonomiekritik und Ökologischer Ökonomik vielversprechend, wie sie im (Re)Produktivitätsansatz (Biesecker/Hofmeister 2006) angelegt ist. Der Ansatz geht u.a. davon aus, dass modernistische Trennungsstrukturen, wie die von Schutz und Nutzen, dazu führen, dass bestimmte Leistungen und Produktivitäten in der Natur und Gesellschaft diskursiv ausgeblendet und nicht ausreichend bewertet werden, während ihre Verwertung fortlaufend stattfindet. Um das Trennungsverhältnis zu stärken, werden die exkludierten Produktivitäten als schützenswert konzeptualisiert, jedoch nicht als produktiv.

11 Kartographisch ist der Waldverlust nachvollziehbar auf <http://www.globalforestwatch.org>.

Im Zuge des gesellschaftlichen Wandels verschieben sich Trennungsverhältnisse, ohne tatsächlich abgebaut zu werden. Beispiele sind die unentgeltliche Inanspruchnahme von Hausfrauenarbeit oder der Arbeit von ehrenamtlichen Naturschützer:innen (Mölders 2010) durch eine Marktökonomie, die für ihren eigenen Erhalt auf die genannten Leistungen angewiesen ist, ohne aus sich selbst heraus nachhaltige Strukturen zu schaffen (ausreichend Erholung, Bildungsmöglichkeiten, Kreislaufwirtschaft). Geschlecht wirkt hier also als eine Strukturkategorie (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.). Auf unterschiedlichen Maßstabsebenen können dieselben Produktivitäten als exkludiert oder aber als anerkannt gelten (Dannenberg 2021). Im hier vorliegenden Kontext stärkt das modernistische Trennungsnarrativ eine Trennung von »Schutznatur« und »Nutznatur« und greift dabei zurück auf die bereits bestehende Trennungsstruktur zwischen Naturschutzgebieten, in denen keine Eingriffe stattfinden dürfen, und forstwirtschaftlichen Gebieten, in denen die Windkraft als neue Form der Ökonomie stattfinden (wird) und auf die Naturerneuerung keine Rücksicht mehr genommen werden muss. Erneuerung von Natur wird so in die Schutzgebiete externalisiert und kann dann als besonders erhaltenswert idealisiert werden, was wiederum ein Herrschaftsverhältnis abbildet.

Die Schönheit des Märchenwaldes – ein ganzheitliches Verdrängungsnarrativ

Das zweite Narrativ, das wir herausgearbeitet haben, blendet jede der oben dargelegten diskursiven, naturräumlichen und verwaltungstechnischen Trennungsstrukturen aus und konstruiert den Reinhardswald als wenig differenziertes Ganzes – aufbauend auf der materiellen Grundlage, dass durch das etwa 20.000 ha umfassende Gebiet keine Bundesstraßen, Autobahnen oder Eisenbahnlinien führen. Aussagen wie die, dass Windkraft nie da sein sollte, »wo jahrhundertealte Bäume gefällt werden, und die gibt es im Reinhardswald flächendeckend« (R11: 116–119), nähren die Vorstellung einer direkten Betroffenheit alter Laubwaldbestände durch den Windpark, die materiell nicht nachzuvollziehen ist. Durch die starke Idealisierung des Waldes stützt dieses Narrativ die Ablehnung des Windkraftausbaus.

Medienberichte und öffentliche Meinungsäußerungen von Windkraftgegner:innen spitzen dieses Narrativ zu und tragen so zu einer Polarisierung bei. So leitete die »Bild« im Februar 2022 einen Artikel mit den Worten ein: »Nur Minuten nach der umstrittenen Genehmigung der 18 Monster-Windräder (241

Meter hoch, 150 Meter Rotordurchmesser) durch das Regierungspräsidium fällt das Zuhause von Grimms Märchen. Harvester fressen sich durch den Reinhardswald. Die meisten Bäume sind schon umgesägt« (Bild 2022). Dieses Narrativ verdrängt bestehende forstwirtschaftliche Überformungen (Monokulturen, Kahlschläge und Räumungen von Totholz) und Infrastrukturen wie Straßen und lässt diese in der vermeintlichen ökologischen Ganzheitlichkeit des Waldes keinen Ausdruck finden. Die Verdrängung der genannten Faktoren ist auch darin zu erkennen, wie visuelle Darstellungen die Ästhetik des Reinhardswaldes bewerten. Bspw. verbreitet das Aktionsbündnis Märchenland maßstabsgetreue Visualisierungen mit Ausblicken auf den Reinhardswald mit Windrädern. Während einige der genutzten Bilder zu einem erheblichen Teil Asphaltstraßen darstellen (Aktionsbündnis Märchenwald 2022) und damit den alltäglichen Blick auf die bereits bestehenden Umwelteingriffe, in diesem Fall Straßen, als wenig problematisch bewerten, werden WEA als Bedrohung des Landschaftsbildes ausgemacht.¹² Das ganzheitliche Verdrängungsnarrativ wird zudem durch das an Märchensymbolik orientierte Marketing des Naturparks Reinhardswald gestützt, das die Gleichzeitigkeit von Windkraftausbau kaum integriert (Naturpark-Reinhardswald.de o.J.).

Betrachten wir das geschilderte Verdrängungsnarrativ aus der Perspektive des (Re)Produktivitätsansatzes, so vollzieht es die Trennung zwischen der produktiven und der sogenannten reproduktiven Sphäre auf einer anderen Ebene, als es das Trennungsnarrativ praktiziert. Fast die gesamte kapitalistische Wirtschaft wird hier außerhalb des Waldes platziert. Der Wald wird als ein »Raum, der sich nicht wehrt« (R10: 728f.) empfunden, in den profitorientierte Aktivitäten von den Zentren verschoben werden, »und zwar in den schwächsten Raum« (R10: 730). In (öko)feministischer Tradition wird hier für den schwächeren Teil eines Trennungsverhältnisses Partei ergriffen.¹³ Das Trennungsverhältnis selbst wird jedoch nicht hinterfragt.

12 Dass Gewohntes in der ästhetischen Bewertung ausgeblendet wird, zeigen auch Aschenbrand und Grebe (2018). Sie stellen fest, dass Windparks den Tourismus kaum beeinträchtigen, da Tourist:innen Windräder aus ihrer Idealvorstellung von Landschaft einfach ausblenden.

13 Wir nehmen hier Bezug auf ökofeministische Ansätze, die patriarchale und koloniale Unterdrückungsmechanismen von Natur und Frau durch gewaltvoll durchgesetzte kapitalistische Großprojekte aufzeigen (z.B. Shiva 1989). Erläutert wird hier ein wichtiger struktureller Unterdrückungszusammenhang. Gleichzeitig besteht die Kritik einer Essenzialisierung, da menschliche Akteur:innen und Naturen tendenziell zu Kollektivsubjekten homogenisiert werden. Für konkrete politische Kämpfe können stra-

Im ganzheitlichen Verdrängungsnarrativ ist wenig Platz für Zwischenräume und der unterdrückte Bereich erscheint homogener, als er wirklich ist. Die Diversität unterdrückter Subjekte und Identitäten herauszustellen und ihre eigene Handlungsmacht, sich zu verändern, ist eine der Errungenschaften intersektionaler Geschlechterforschung und Queer Theory. Geschlecht selbst wird so zu einer Prozesskategorie (Hofmeister/Katz/Mölders 2013; Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.). Natur als Prozesskategorie wird in unserer Fallstudie im ökologieorientierten Dynamiknarrativ ausformuliert, das wir im Folgenden darlegen.

Die produktive Natur – ein ökologieorientiertes Dynamiknarrativ

Zentral für dieses Narrativ ist das Zurkenntnisnehmen der Selbsterneuerung des Waldes: »Wenn so eine Fichtenmonokultur halt irgendwie in die Biege geht, dann sieht das halt erst mal sehr schlecht aus. Aber für Biodiversität ist es einfach unglaublich, was Tolles auf diesen Flächen passiert.« (R12: 662–671) In den Vordergrund gestellt werden hier die Selbsterneuerungs- und Regenerationsfähigkeiten von Wald, die Naturproduktivität, die nicht durch menschliche Arbeit in der Forstwirtschaft erst hervorgerufen werden muss. Von Kritiker:innen des Windparks wird das Narrativ genutzt, um auf die ökologischen Potenziale der Windvorranggebiete, auch wenn dort kein Wald mehr steht, aufmerksam zu machen. Die Hoffnung der Windparkunterstützer:innen, dass sich um die WEA herum und nach ihrem Rückbau neue Ökosysteme entwickeln, basiert jedoch ebenfalls auf diesem Dynamiknarrativ.

Das Narrativ hat direkte Anknüpfungspunkte an Debatten aus der Waldökologie, in denen ebenfalls die dynamische Naturproduktivität hervorgehoben wird. An der konventionellen Forstwirtschaft wird aus dieser Perspektive bspw. an der Räumung von Totholz Kritik geübt, in deren Folge nicht bestockte Waldflächen austrocknen und durch Bodenatmung erhebliche Mengen CO₂ in die Atmosphäre gelangen, was, wie schon die Holzentnahme selbst, die Klimaschutzfunktion des Waldes reduziert (Ibisch/Welle/Blumröder et al. 2021). Ein anderes Beispiel ist die Nutzung von schweren Fahrzeugen. Diese schränkt durch Verdichtung die Dynamik der Bodenentwicklung ein (Nemes-tóthy 2015). Sowohl Totholzläumung als auch die Nutzung schwerer Fahrzeuge

teigische Essenzialisierungen nützlich sein (vgl. Eide 2016). Im Reinhardswald ist eine Folge dieser Essenzialisierung, dass es Vereinnahmungsversuche durch rechtsextreme Akteur:innen gibt (vgl. Dankers/Kapitza i. d. B.).

finden auch im Zusammenhang des Aufbaus von WEA statt und werden als Argumentation von Kritiker:innen des Windparks herangezogen (R10: 301–306, 463–474).

Mit dem Narrativ des dynamischen Waldes hängt eine Vision für die Forstwirtschaft zusammen, die ein Paradigma des Abwartens, des Begleitens und Pflagens verfolgt und bereits in einigen deutschen Wäldern praktiziert wird.¹⁴ Im Reinhardswald haben Naturschützer:innen Kahlschläge und Totholzräumungen außerhalb von Vorrangflächen identifiziert (Panek 2021). Gleichzeitig gibt HessenForst an, sich an einer natürlichen Waldverjüngung zu orientieren, um den Wald langfristig als Mischwald zu stabilisieren, es werden jedoch auch Pflanzungen durchgeführt und die Holzernte bleibt ein zentrales Ziel der Waldwirtschaft (Henke 2023). WEA und Zuwegungen werden nur einen sehr kleinen Teil des Waldes einnehmen. Die Fläche ist um ein Vielfaches größer, auf der potenziell konsequent nach waldökologischen statt nach marktoökonomischen Gesichtspunkten gewirtschaftet werden könnte und um welche Forstwirt:innen und Naturschützer:innen ringen. In Debatten um ökologische Waldwirtschaft spielt Windkraft im Wald daher nur eine untergeordnete Rolle.¹⁵ Das ökologieorientierte Dynamiknarrativ fordert dazu auf, anzuerkennen, dass auch auf sogenannten Kalamitätsflächen nicht »die Natur« unter z.B. einem Sturm gelitten hat, sondern allein die Forstwirtschaft. Aus diesem Narrativ ergibt sich jedoch, anders als aus den zuvor vorgestellten, keine Ablehnung oder Akzeptanz von WEA im Wald. Diese kann sich, bei Zugrundelegung des Narrativs, an der Abwägung anderer Fragen entscheiden.¹⁶

Biesecker und Hofmeister (2006) sehen in der Überwindung der Trennung von Schutz und Nutzen von Naturen eine wichtige Grundlage für eine geschlechtergerechte und nachhaltige Ökonomie. Die im Dynamiknarrativ ersehnte Waldwirtschaft vereint Schutz und Nutzen. Katz (2015) verdeutlicht, dass dieser Waldwirtschaft ein Verständnis von Subjekt–Natur zugrunde liegt, die als »ebenbürtige Ko-Designerin« (ebd.: 156) fungiert.

14 Das Dynamiknarrativ hat Bekanntheit im Zusammenhang mit dem Stadtwald in Lübeck erlangt (vgl. Fähser 2021).

15 Bspw. wird in einem Sammelband zu Herausforderungen im Waldschutz (Knapp/Klaus/Fähser 2021) das Thema »Windenergie« in keinem Beitrag erwähnt.

16 Bspw., inwiefern Einnahmen bei HessenForst wirklich dazu führen, den marktwirtschaftlichen Nutzungsdruck auf den Reinhardswald zu verringern oder auch die umfangreichen Sachfragen, die Gegenstand des Genehmigungsverfahrens sind.

Dies ist aus Geschlechterperspektive insofern relevant, als dass Natur und Weiblichkeit historisch in einer symbolischen Gemeinsamkeit als zu zähmend oder zu beherrschend konzeptualisiert werden (Mann 2011; Holland-Cunz 2010). Ein beziehungs- und prozessorientierter forstwirtschaftlicher Ansatz, der Schutz und Nutzen vereint, bietet nach Katz (2015) die Möglichkeit, Geschlechterverhältnisse in der Forstwirtschaft aufzubrechen, die sich an Männlichkeitsidealen von Macht und Stärke orientieren¹⁷.

Zu beachten ist jedoch: Sich an Beziehungen zur Natur zu orientieren, kann mit habituellen Ansprüchen an Forstpersonen einhergehen. Diese Ansprüche können wiederum eine Entgrenzung von Berufs- und Privatleben einfordern und für Frauen – bzw. strukturell für Personen, die stärker in private Sorgeprozesse eingebunden sind – schwieriger zu handhaben sein (Katz 2015).

Wir konnten deutlich machen, dass das Verständnis von »Wald« und wie dieses in den Diskurs um Windkraft einbezogen wird, verschiedene Positionen im Konflikt stärkt. Hervorheben möchten wir in der hoch konfliktiven Situation das dritte Narrativ, da es verbindende Qualitäten aufweist. Je nachdem, auf welche Weise sowohl Energiewende als auch ökologische Waldentwicklung als räumliche Prozesse sozial-ökologischer Transformation verstanden werden, kann eine Bewertung von Wald als Standort für Windkraft stattfinden, indem man die tatsächlichen materiellen Gegebenheiten im Wald selbst und die gesellschaftliche Gestaltung der Energiewende berücksichtigt. Fragen, die hier wichtig sind, können sein: Sind Klimaschutz und Energiewendebestrebungen außerhalb des Waldes ausgeschöpft? Wird der Wald in seiner eigenen Produktivität für Klimaschutz und Diversität angemessen begleitet? Wie erfolgt die Umsetzung eines Windparks vor Ort? Diese Überlegungen und die Dringlichkeit der Energiewende führen dazu, dass die großen Umweltverbände ökologische Waldwirtschaft einfordern und Windkraft im Wald zwar vermeiden wollen, aber insbesondere auf dynamischen Fichtenstandorten wie im Reinhardswald nicht vollständig ablehnen (vgl. BUND 2019; NABU 2016; SDW 2022).

17 Diese spiegeln sich in einer maskulinisierten Forstwirtschaft historisch durch die Einführung der Kettensäge wieder und manifestieren sich im Einsatz von Harvestern und schwerem Gerät (Katz 2015). Strukturell ist maskulinisierte Forstwirtschaft verbunden mit einem herrschaftlichen Ansatz, da sie Naturdynamiken und Landnutzung durch andere Menschen kontrolliert.

5. Fazit und Ausblick: Was wird einmal im Reinhardswald ...

In diesem Beitrag haben wir zentrale Relevanzen im Konflikt um den Windpark im Reinhardswald aus Expert:inneninterviews herausgearbeitet. Trotz unterschiedlicher Perspektiven darauf, ob genau dieser Windpark an genau diesem Ort gebaut werden sollte, gibt es potenziell verbindende Narrative, etwa zur Zukunft des Waldes und zur Bedeutung des Lokalen. Die Nuancierung innerhalb dieser verbindenden Relevanzen ist jedoch nicht unbedingt in sich kongruent, sondern wird an die eigene (interessen- oder wertebasierte) Positionierung zum Windpark angepasst.

Obwohl die Interviewten sich einen respektvollen Diskurs wünschen, sind insgesamt, auch bei dritten Akteur:innen, die Positionierungen und Meinungen so stark, dass es bei einigen Interviewten Zweifel daran gibt, inwiefern z. B. öffentliche Partizipationsmaßnahmen die Positionen ehrlich zusammenzuführen vermögen. Gleichzeitig sind partizipative Prozesse der Entwicklung von gesellschaftlichen Visionen und Prioritäten zu Themen wie Klimawandel, Biodiversität und Landschaft, die über die festgelegten Beteiligungsverfahren der Regionalplanung hinausgehen, zentral, um langwierige Konflikte auf Projektebene zu vermeiden und könnten durchaus bei den verbindenden Relevanzen ansetzen. Wie z. B. ein dynamischer Wald gesellschaftlich priorisiert wird, ob es ernsthafte strukturelle gesellschaftliche Suffizienzbestrebungen gibt (vgl. Amri-Henkel/Zheng/Lukas i. d. B.), ob es geeignetere Standorte für Windkraft gibt, in welcher Wirtschaftsform die Energiewirtschaft stattfindet usw., sind durchaus Fragen, die projektbezogene Positionierungen beeinflussen können und deren ehrliche Bearbeitung eine weitere gesellschaftliche Polarisierung erschweren dürfte.

In den unterschiedlichen Abschnitten des Beitrags konnten wir Geschlechterperspektiven aufzeigen, die das Verständnis des untersuchten räumlichen Transformationskonflikts bereichern, indem sie verschiedene Formen von ökonomischer oder symbolischer Exklusion und Abwertung aufdecken. Dabei nehmen wir statt der Dichotomie zwischen »Gegner:innen« und »Befürworter:innen« des Windparks die Zwischenräume in den Fokus. Es wurde also deutlich, dass Geschlechterperspektiven weit über den Blick auf geschlechtsbezogene Kategorien hinaus einen wichtigen Beitrag leisten. Beim direkten Blick auf diese Kategorien ist es parallel wichtig, auch pragmatische Ansätze zu verfolgen (vgl. Huning/Mölders i. d. B.). Hier möchten wir die Bedeutung von Intersektionalität hervorheben. Das Zusammenspiel mehrerer Ungleichheitskategorien sollte bei gerechtigkeitsbezogenen Fragestellungen

wie Fragen nach Beteiligung, Profit und Betroffenheit durch den Windpark im Vordergrund stehen.

6. Literatur

- Aktionsbündnis Märchenwald (Hg.) (2022): 02. Visualisierungen orts- und maßstabsgetreu, https://drive.google.com/drive/folders/1lYaID5iinRU_SrZptwKs99F-NrPSoH3F (12.05.2024).
- Aschenbrand, E.; Grebe, C. (2018): Erneuerbare Energie und ›intakte‹ Landschaft: Wie Naturtourismus und Energiewende zusammenpassen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 523–538.
- Banita, G. (2023): Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel, Frankfurt a.M. [https://www.otto-brenner-stiftung.de/vom-winde-verdreht/\(13.06.2024\)](https://www.otto-brenner-stiftung.de/vom-winde-verdreht/(13.06.2024)).
- Biesecker, A.; Hofmeister, S. (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung, München.
- Bild (Hg.) (2022): »Harvester fressen sich durch Grimms Märchenwald. Bäume fallen wegen Monster-Windrädern«. Vom 15.02.2022. <https://www.bild.de/regional/frankfurt/frankfurt-aktuell/wegen-windraedern-harvester-fressen-sich-durch-grimms-maerchenwald-79135162.bild.html> (10.05.2024).
- Bothner, F.; Töller, A. E.; Schnase, P. P. (2022): Do Lawsuits by ENGOs Improve Environmental Quality? Results from the Field of Air Pollution Policy in Germany. In: Sustainability 14 (11), 6592.
- Bredemann, C.; Quentin, J. (2024): Entwicklung der Windenergie im Wald. Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern. Berlin. https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Windenergie_im_Wald/FA-Wind_Analyse_Wind_im_Wald_9Auflage_2024.pdf (08.05.2024).
- BUND (Hg.) (2019): Klima und Biodiversität schützen: Energiewende naturverträglich gestalten – wie Windkraftausbau und Waldschutz vereinbar bleiben können. Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung 2019. Nürnberg. https://www.bund-nrw.de/fileadmin/nrw/dokumente/Energie_und_Klima/Erneuerbare_Energie/2019_11_10_Beschluss_AEA011_Windkraft_im_Wald.pdf (13.06.2024).

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hg.) (2022): Überblickspapier Osterpaket. Berlin. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/0406_ueberblickspapier_osterpaket.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (12.05.2024).
- Bundestag (Hg.) (2022): Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land. WindBG. Berlin. = Band 2022.
- Busse, B.; Hashem-Wangler, A.; Tholen, J. (2015): Two Worlds of Participation: Young People and Politics in Germany. In: *The Sociological Review* 63 (S2), 118–140.
- Dannenberg, J. (2021): Sozial-ökologische Krise und kollektives Landeigentum. Bielefeld.
- Eco Pfade im Landkreis Kassel (Hg.) (2013): Braunkohle – 400 Jahre Energie aus der Region. [https://eco-pfade.de/eco-pfad-bergbau-holzhausen-reinhardswald/streckenverlauf/\(08.05.2024\)](https://eco-pfade.de/eco-pfad-bergbau-holzhausen-reinhardswald/streckenverlauf/(08.05.2024)).
- Eide, E. (2016): Strategic Essentialism. In: Wong, A.; Wickramasinghe, M.; Hoogland, R. (Hg.): *The Wiley Blackwell encyclopedia of gender and sexuality studies*. Malden, MA, Oxford, Chichester, 1–2.
- Fachagentur Windenergie an Land (Hg.) (2023): Windenergie im Wald. Flächeneignung und -bedarf | Ausbauentwicklung | Handlungsfelder. Berlin. https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Wind_im_Wald/FA_Wind_Kompaktwissen_Windenergie_im_Wald_08-2023.pdf (13.06.2024).
- Fähser, L. (2021): Das Lübecker Konzept der »naturnahen Waldnutzung«. In: Knapp, H. D.; Klaus, S.; Fähser, L. (Hg.): *Der Holzweg. Wald im Widerstreit der Interessen*. München, 333–352.
- Henke, G. (2023): Reinhardswald: Die Aufforstung des Waldes ist eine Riesenaufgabe. In: *Hessische/Niedersächsische Allgemeine (HNA)* vom 03.03.2023, <https://www.hna.de/lokales/hofgeismar/reinhardshagen-ort/101242/reinhardswald-die-aufforstung-des-waldes-ist-eine-riesenaufgabe-92121422.html> (12.05.2024).
- Hessischer Energiegipfel (Hg.) (2011): Abschlussbericht des Hessischen Energiegipfels vom 10. November 2011. https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/abschlussbericht.hess._energiegipfel_o.pdf (08.05.2024).
- Hit Radio FFH (Hg.) (2023): Windpark Reinhardswald 60 Mio. Euro Mehrkosten wegen Verzögerung. In: *FFH* vom 26.05.2023. <https://www.ffh.de/nachrichten/hessen/nordhessen/364068-verzoegerung-beim-windpark-reinhardswald-60-millionen-euro-mehrkosten.html> (12.07.2024).

- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (2013): Grundlegungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto, 33–76.
- Holland-Cunz, B. (2010): Natur- und Geschlechterverhältnisse: ein kontroverses, stark politisiertes Feld innerhalb der Geschlechterforschung. In: Becker, R.; Kortendiek, B. (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden, 457–465.
- Hultman, M. (2021): Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität?. In: ZDfm – Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management 6, 8–22.
- Ibisch, P.; Gohr, C.; Mann, D.; Blumröder, J. S. (2021): Der Wald in Deutschland auf dem Weg in die Heißzeit. Vitalität, Schädigung und Erwärmung in den Extremsommern 2018–2020. Eberswalde.
- Ibisch, P.; Welle, T.; Blumröder, J. S.; Sommer, J.; Sturm, K. (2021): Wie das Klimaschutznarrativ die Wälder bedroht. In: Knapp, H. D.; Klaus, S.; Fähser, L. (Hg.): Der Holzweg. Wald im Widerstreit der Interessen. München, 175–200.
- IPCC (Hg.) (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Genf.
- Jahn, T.; Wehling, P. (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand, K.-W. (Hg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen, 75–96.
- Kaiser, N.; Bieberstein, C. (o.J.): Braunkohlenbergbau in Nordhessen und der Bergbau im Borkener Revier. [https://www.bergbaufreunde-sachsen.de/weitere-bergbauorte/borken-nordhessen/\(12.07.2024\)](https://www.bergbaufreunde-sachsen.de/weitere-bergbauorte/borken-nordhessen/(12.07.2024)).
- Katz, C. (2015): Die Geschlechterperspektive in der Naturgestaltung – Was bringt sie für das Handlungsfeld Wald? In: Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven. Wiesbaden, 149–160.
- Kissau, K.; Hunger, U. (2008): Political online-participation of migrants in Germany. In: German Policy Studies 4 (4), 5–31.
- Knapp, H. D.; Klaus, S.; Fähser, L. (Hg.) (2021): Der Holzweg. Wald im Widerstreit der Interessen. München.

- Kress, A. (2018): Wie die Energiewende den Wald neu entdeckt hat. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden, 715.
- Krüger, T. (2022): The German energy transition and the eroding consensus on ecological modernization: A radical democratic perspective on conflicts over competing justice claims and energy visions. In: *Futures* 136, 102899.
- Kruse, J. (2014): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim.
- Latour, B. (2002): Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie. Frankfurt a.M.
- Lienhoop, N. (2018): Acceptance of wind energy and the role of financial and procedural participation: An investigation with focus groups and choice experiments. In: *Energy Policy* 118, 97–105.
- Mann, R. (2011): Gezähmt, wild und unerreichbar: Typische Gedankenbilder über Frauen und Natur. In: ANL/Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.): *Landschaftsökologie. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Laufen*: ANL, 36–40.
- Mattila, M.; Papageorgiou, A. (2017): Disability, perceived discrimination and political participation. In: *International Political Science Review* 38 (5), 505–519.
- Melo, D. F.; Stockemer, D. (2014): Age and political participation in Germany, France and the UK: A comparative analysis. In: *Comparative European Politics* 12 (1), 33–53.
- Mölders, T. (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse zwischen Krise und Vision. Eine Fallstudie im Biosphärenreservat Mittelbe. München. = Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit, Band 49.
- Musall, F. D.; Kuik, O. (2011): Local acceptance of renewable energy—A case study from southeast Germany. In: *Energy Policy* 39 (6), 3252–3260.
- NABU (Hg.) (2016): Naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land und auf See. Forderungen zur Integration von Natur- und Artenschutzbelangen bei der Realisierung der deutschen Energie- und Klimaschutzziele bis 2050, Essen. https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/wind/170320__positionspapier_naturvertraegliche_nutzung_windenergie.pdf (13.06.2024).
- Naturpark Reinhardswald e. V. (Hg.) (2023): Naturparkplan 2023 – 2032. <https://www.naturpark-reinhardswald.de/naturparkarbeit/naturparkplan> (10.07.2024).

- Naturpark-Reinhardswald.de (Hg.) (o.J.): HERZLICH WILLKOMMEN IM NATURPARK REINHARDSWALD. MÄRCHENHAFT WILDER... <https://www.naturpark-reinhardswald.de> (10.05.2024).
- Nemestóthy, N. (2015): Was bedeutet Bodenverdichtung für Ertrag und Nachhaltigkeit? Traunkirchen. https://www.waldwissen.net/files/user_upload/Praxisinfo.pdf (13.06.2024).
- Panek, N. (2021): Zerstörung von Wald-Boden-Ökosystemen durch kahlschlagförmige Schadholzräumungen im Reinhardswald (Staatsforst Hessen). Gutachterliche Kurzstudie.
- Pfanzelt, H.; Spies, D. C. (2019): The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: Political Research Quarterly 72 (1), 34–48.
- Regierungspräsidium Kassel (Hg.) (2015): Umweltbericht (Zwischenbericht). Teilregionalplan Energie Nordhessen. Entwurf zur 2. Offenlegung. <https://docplayer.org/24233821-Teilregionalplan-energie-nordhessen-umweltbericht.html> (12.05.2024).
- Regierungspräsidium Kassel (Hg.) (2017): Teilregionalplan Energie Nordhessen. Entwurf zur 2. Offenlegung. Umweltbericht (Zwischenbericht). <https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/umweltbericht.pdf> (12.05.2024).
- Regierungspräsidium Kassel (Hg.) (2022): Genehmigungsbescheid (RPKS-33.1-53 e 621-1.1- Reinhardswald KS 4a_4b18 WKA-Sb). https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-08/genuehmigungsbescheid_o.pdf (12.07.2024).
- Regionalmanagement Nordhessen GmbH (Hg.) (o.J.): GrimmHeimat Nordhessen, <https://www.grimmheimat.de> (13.06.2024).
- Rotzsche-Walthar (Hg.) (2022): Windpark Reinhardswald: Regierungspräsidium Kassel erteilt Genehmigung für 18 Windenergieanlagen. Presseinformation. Kassel.
- Schmidt, M. (2021): 100 Jahre »Urwald Wichmanessen« – Entwicklungsgeschichte und Perspektiven eines Naturschutzgebietes im Reinhardswald. https://www.nw-fva.de/fileadmin/nwfv/publikationen/pdf/schmidt_2021_100_jahre_urwald_wichmanessen.pdf (21.08.2023).
- Scott, J. C. (1998): Seeing Like a State. New Haven.
- SDW (Hg.) (2022): Windkraft im Wald – Position der SDW. Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Bundesverband e. V. vom 13.06.2024.
- Shiva, V. (1989): Das Geschlecht des Lebens. Frauen, Ökologie und Dritte Welt. Berlin.

- Spaiser, V. (2012): Empowerment or democratic divide? Internet-based political participation of young immigrants and young natives in Germany. In: *Information Polity* 17 (2), 115–127.
- Theoriegruppe Vorsorgendes Wirtschaften (Hg.) (2000): Zur theoretisch-wissenschaftlichen Fundierung Vorsorgenden Wirtschaftens. In: Biesecker, A.; Mathes, M.; Schön, S.; Scurrrell, B. (Hg.): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens*. Eine Publikation aus dem Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften. Bielefeld, 27–69.
- United Nations (Hg.) (1998): *Convention on Access to information, public participation in decision-making and access to justice in environmental matters*.
- van den Busch, U.; Gauler, A.; Müller, H. (2023): *Energiewende in Hessen. Monitoringbericht 2023*. Wiesbaden. https://wirtschaft.hessen.de/sites/wirtschaft.hessen.de/files/2023-12/monitoringbericht_o4_10_2023.pdf (12.07.2024).
- Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG (Hg.) (o.J.a): *DIE WINDPARK REINHARDSWALD GMBH & CO. KG*. <https://www.wp-reinhardswald.de/beteiligungen/>(10.05.2024).
- Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG (Hg.) (o.J.b): *ENERGIEWENDE MITGESTALTEN UND VOR ORT PROFITIEREN*. <https://www.wp-reinhardswald.de/idee/>(12.05.2024).
- Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG (Hg.) (o.J.c): *INTERAKTIVE KARTE MIT BESCHREIBUNGEN DER WEA STANDORTE UND DROHNENAUFNAHMEN*. <https://www.wp-reinhardswald.de/standorte/>(10.05.2024).
- Windpark Reinhardswald GmbH & Co. KG (Hg.) (o.J.d): *KEIN MÄRCHENWALD OHNE ERNEUERBARE ENERGIE*. <https://www.wp-reinhardswald.de/reinhardswald/> (13.06.2024).

In Regionalversammlungen sollten zivilgesellschaftliche Vereine ab einer bestimmten Mitgliederzahl ein Stimmrecht erhalten.

Der Kommunalpolitiker

In der Regionalversammlung wird über die regionalen Windvorranggebiete entschieden, also darüber, ob in meiner Nachbarschaft Anlagen gebaut werden dürfen oder nicht. Das wissen viele Bürgerinnen und Bürger gar nicht so genau. Von diesem Planungsprozess kriegen sie kaum was mit: Wer sitzt eigentlich in dieser Regionalversammlung? Wer

entscheidet darüber, dass in meiner Nachbarschaft ein Windpark gebaut werden darf? Das ist alles zu weit weg vom Erleben und auch vom Legitimitätsgefühl der Bürgerschaft. Dann darf man sich nicht wundern, wenn die Leute hinterher protestieren und diese Entscheidungen nicht einfach schlucken. Wir Lokalpolitiker müssen das oft ausbaden.



Der Geschlechterforscher

Aus unserer Perspektive ist die Idee, dass Vereine ab einer bestimmten Größenordnung in der Regionalversammlung über die Flächenziele mit abstimmen können, erst einmal positiv zu bewerten, denn sie kann bislang ausgeschlossene Gruppen in diesen wichtigen Entscheidungsprozess einbeziehen (Eyeopener: Einschluss – Ausschluss).

Wir sehen allerdings auch, dass sich in den Vereinen die Macht- und Herrschaftsverhältnisse (einer unserer Eyeopener) genauso entwickeln können, dass wieder dieselben Verdächtigen das Sagen haben. Und demokratisch legitimiert sind solche Vereine schon gar nicht.

Der Planer

Also, Leute, bleibt mal auf dem Teppich. Man kann nicht einfach irgendwen in die Regionalversammlung schicken. Regionalplanung ist eine staatliche Aufgabe, daher muss auch die Mehrheit der Stimmen in der Regionalversammlung von Organisationen mit staatlichen Aufgaben übernommen werden. Und manchmal wäre schon geholfen, wenn die so genannten Träger öffentlicher Belange stärker ihre Aufgaben wahrnehmen und die öffentlichen Belange auch tatsächlich in den Verfahren geltend machen würden. Vielleicht sollte man eher das Gesamtpaket an Abläufen, Ein- und Ausschlüssen einer kritischen Revision unterziehen anstatt hier und da an einzelnen Schrauben herumzudrehen.



Von fossilen zu erneuerbaren Energielandschaften

Machtverhältnisse und (Un-)Gerechtigkeiten in energiewendebezogenen Transformationsprozessen in der brandenburgischen Lausitz

Theresa Herdlitschka

1. Einleitung

Die Energiewende in Deutschland ist mit vielfältigen technischen, ökonomischen, ökologischen, räumlichen und sozialen Veränderungen verbunden. Diese Veränderungen umfassen u.a. den Wechsel von Energieträgern, aber auch Prozesse der Ökonomisierung und Rekommunalisierung in der Energieversorgung, die Neugestaltung von Räumen, eine andere Verarbeitung von Rohstoffen sowie das Aufkommen neuer Akteure und Akteurskonstellationen (Gailing 2013; Kühne/Weber 2018). Häufig werden diese umfassenden Veränderungen als integraler Bestandteil sozial-ökologischer Transformationen betrachtet und oft mit der Erwartung eines gerechteren Energieregimes verbunden, insbesondere im direkten Vergleich zu fossilen Energieregimen. Verschiedene disziplinäre und interdisziplinäre Arbeiten zur Energiewende machen jedoch deutlich, dass Energiewendeprozesse nicht per se mit Fragen von Gerechtigkeit verbunden sind (u.a. Sovacool/Martiskainen/Hook et al. 2019; Bell/Daggett/Labuski 2020) – ungeachtet positiver Einzelbeispiele. Dieser Beitrag untersucht, inwiefern sich in der brandenburgischen Lausitz im Zuge des Übergangs von fossilen zu erneuerbaren Energielandschaften Machtverhältnisse und (Un-)Gerechtigkeiten (re-)produzieren. Dazu werden anhand von ausgewähltem Interviewmaterial aus einer qualitativen Interviewstudie zur Planung eines Wind- und eines Solarparks auf Flächen eines ehemaligen Braunkohletagebaus folgende Fragestellungen untersucht: *Erstens*, wie beeinflussen die strukturellen Bedingungen des fossilen Energieregimes die Gestaltung der erneuerbaren Energielandschaften in Bezug auf

Machtverhältnisse und Gerechtigkeit? *Zweitens*, inwiefern tragen Vorstellungen einer »konfliktarmen« Bergbaufolgelandschaft zur (Un-)Gerechtigkeit bei oder reproduzieren diese und welche Rolle nehmen Planungsbestimmungen in diesem Kontext ein? Diese beiden Themenkomplexe haben sich in der Auswertung des Materials als besonders tragfähig erwiesen und beschreiben besonders gut Veränderungen im Übergang von fossilen Energielandschaften zu erneuerbaren Energielandschaften.¹ Sie beziehen sich gleichzeitig auch auf eine Lücke in der Forschung zu Energiewendeprozessen, die sich nur selten mit dem Ausbau erneuerbarer Energien in Braunkohle(folge)landschaften befasst.

Um Macht- und Gerechtigkeitsaspekte im Übergang von fossilen Energielandschaften zu erneuerbaren Energielandschaften zu analysieren, greift dieser Beitrag einerseits auf Arbeiten aus dem Bereich der Gerechtigkeitsbezogenen Energiewendeforschung (u.a. Gailing i. d. B.; Sovacool/Martiskainen/ Hook et al. 2019; Jenkins/McCauley/Heffron et al. 2014) zurück und erprobt andererseits, inwiefern Geschlechterperspektiven als Analyseperspektiven (Herditschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.) neue Einsichten im Hinblick auf (Un-)Gerechtigkeiten, sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse in energiewendebezogenen Transformationsprozessen bereithalten.

Grundlage des Beitrags bilden also leitfadengestützte Interviews, die im Rahmen des DFG-geförderten Forschungsprojekts »Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltungspotenziale der Geschlechterforschung« durchgeführt wurden. Interviewt wurden Expert:innen, die über ihre berufliche Tätigkeit oder ihr Engagement an den ausgewählten (Planungs-)Prozessen eines Wind- und eines Solarparks beteiligt sind oder waren. Dazu gehören Regionalplaner:innen und Personen aus Gremien der Regionalplanung wie Planer:innen aus der Stadtentwicklung und Kommunalpolitiker:innen, des Weiteren Anlagenbetreibende, ein beteiligtes Planungsbüro sowie Anwohnende und ein Umweltverband. Insgesamt wurden 11 Personen im Zeitraum Juli bis September 2022 interviewt.² Nach einer kurzen Einführung ins Untersuchungsgebiet

1 Die Ergebnisse basieren auf einem kleinen Ausschnitt des Materials und erheben daher nicht den Anspruch, vollständig zu sein.

2 Unsere Forschung ist in der Sozialen Ökologie verortet. Sozial-ökologische Krisen (Klima- und Energiekrise) und ihre Regulation (Energiewende) werden dort einerseits auf der Ebene begrifflicher Allgemeinheiten untersucht und andererseits auf der Ebene empirischer Besonderheiten (empirische Fallstudien Reinhardswald und Jänsch-

(2) werden die beiden genannten Fragestellungen: Einfluss struktureller Ausgangsbedingungen des fossilen Energieregimes auf Gerechtigkeitsaspekte (3) sowie (Re-)Produktion von (Un-)Gerechtigkeiten durch »konfliktarme« Bergbaufolgelandschaft (4) erörtert. Der Beitrag schließt mit einem kurzen Fazit und einer Vision für sozial-ökologisch gerechte Energielandschaften in ehemaligen Gebieten der Braunkohleförderung (5).

2. Energietradition und -transformation in Jänschwalde

Die Energieproduktion und -verstromung in der brandenburgischen Lausitz im Allgemeinen und in Jänschwalde im Besonderen weisen eine lange und verworrene Geschichte auf – gerade im Hinblick auf Gerechtigkeitsfragen. Seit 1976 wird im nordwestlich angrenzenden Tagebau Braunkohle abgebaut und im Kraftwerk Jänschwalde verstromt. Als integraler Bestandteil des Lausitzer Braunkohlereviers haben der Tagebau und das Kraftwerk die Region maßgeblich geprägt. Für den Zugriff auf Braunkohlereserven wurden ganze Dörfer umgesiedelt³ und es entstanden erhebliche Umweltbelastungen für Anwohnende. So berichtet ein Interviewpartner: »Wir haben Zeiten durch, da konnte man kaum Luft holen« (J5: 429–430). Gleichzeitig sicherten die Betriebe des Kohleabbaus und der -verstromung Arbeitsplätze, vor allem für den männlichen Normalarbeiter. So teilen viele Befragte in den Interviews aber auch positiv konnotierte biographische Erlebnisse und Erinnerungen, wenn sie über Jänschwalde als Ort der Energieproduktion sprechen. Ein Interviewpartner erklärt: »Die Region war ja Jahrzehnte lang sehr bedeutend für den Braunkohleabbau, für die Verstromung. Man hat immer gesagt, Brandenburg ist verantwortlich – zu DDR-Zeiten – für die gesamte Republik. Und diese Tradition beziehungsweise die Erfahrungen sind natürlich fest verankert in der Region« (J3/1: 174–178)⁴. Manche werten die Energievergangenheit des

walde), um Momente sozial-ökologischer Gestaltung zu identifizieren (Becker/Jahn 2006).

- 3 Weiterführende Literatur auf der Webseite des Dokumentations- und Informationszentrums »Archiv verschwundener Orte« in Forst: Stadt Forst (Lausitz).
- 4 Die Zitierweise leitet sich ab von der Pseudonymisierung der Interviewpartner:innen, die im Nachgang der Transkription der Interviews vorgenommen wurde, um deren Anonymität zu gewährleisten. Der Schrägstrich zeigt an, dass im Interview zwei Personen gesprochen haben und hier Person 1 davon zitiert wird. Zur besseren Lesbarkeit wur-

Ortes und der Region auch als großen Vorteil, um den Ausbau erneuerbarer Energien reibungslos umzusetzen: »Das ist schon seit 30, 40, 50 Jahren Energiestandort: Nur eben ein relativ unsauberer im Moment noch? Aber den Leuten ist bekannt, dass die Flächen dort schon für die Energieerzeugung genutzt werden. Und daher ist, denke ich mal, der Schritt, das Ganze umzunutzen und mit erneuerbaren auch für die Energie zu nutzen, dann nicht mehr ganz so schwierig« (J3/2: 504–509). So liegt die Besonderheit in der Untersuchungsregion Jänschwalde darin, dass der Ausbau erneuerbarer Energien sowohl räumlich, zeitlich aber auch symbolisch und kulturell in enger Verbindung zu Prozessen, Akteurslandschaften und Strukturen fossiler Energiegewinnung steht.

Windpark »Forst-Briesnig II«:

Das Projekt umfasst die Installation von insgesamt 17 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 105 Megawatt. Diese Anlagen sollen auf einer rekultivierten Fläche von 320 Hektar errichtet werden, die zuvor als Kippenflächen des Tagebaus Jänschwalde genutzt wurde. Die Genehmigung für den Bau des Windparks wurde nach einer vergleichsweise kurzen Zeit von 23 Monaten im Mai 2023 erteilt. Das Genehmigungsverfahren erfolgte gemäß dem Bundes-Immissionsschutzgesetz unter Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP). Seit Ende 2023 laufen erste vorbereitende Baumaßnahmen und der Windpark soll 2026 in Betrieb genommen werden.

Freiflächen-PV-Anlage »Energiepark Bohrau«:

Als »Energiepark Bohrau« wird eine Photovoltaik-Freiflächenanlage mit einer Gesamtleistung von 400 Megawatt auf einer ca. 400 Hektar großen Rekultivierungsfläche des Tagebaus Jänschwalde geplant. Die Stadtverordnetenversammlung stellte das Vorhaben erstmals im Juni 2021 vor, im März 2023 erfolgte der notwendige Satzungsbeschluss: Ein gemeindliches Bauleitplanverfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes war einge-

den in den Zitaten Füllwörter und die Angabe von Pausen aus der Transkription entfernt.

leitet worden. Darüber wurde in der Stadtverordnetenversammlung positiv abgestimmt. Die Inbetriebnahme des »Energieparks Bohrau« ist für das Jahr 2025 geplant.

3. Flächeneigentum, Investitionskapital und Ertragsmöglichkeiten: Wie ein Braunkohleunternehmen den Ausbau erneuerbarer Energien gestaltet

Sowohl der »Energiepark Bohrau« als auch der Windpark »Forst-Briesnig II« werden von der EP New Energies GmbH (EPNE) initiiert und in enger Abstimmung mit der Lausitzer Braunkohle AG (LEAG) vorangetrieben. Sowohl die EPNE als auch die LEAG, die sowohl den Tagebau als auch das Kraftwerk Jämschwalde besitzen, gehören anteilig zur Gruppe des tschechischen Unternehmens Energetický a průmyslový holding a. s. (EPH). Für das Unternehmen stellen die beiden ausgewählten Ausbauprojekte »Teil eines einmaligen Vorhabens« (EP New Energies 2024) dar. Der durch erneuerbare Energien gewonnene Strom soll »im Gigawatt-Maßstab in Verbindung mit innovativen Speicherlösungen, grünem Wasserstoff und zukunftsfähigen Kraftwerken [zu] Erneuerbaren Energielandschaften werden und ist damit, wie es an anderer Stelle heißt, das vielleicht wichtigste Energienprojekt Deutschlands« (ebd.). Zu dieser Energielandschaft sollen zukünftig auch die Flächen des Windparks »Forst-Briesnig II« und die Freiflächen-PV-Anlage »Energiepark Bohrau« mit insgesamt 700 Hektar gehören⁵. Die EPNE verwies in der Vergangenheit auf ihrer Unternehmenswebseite außerdem darauf, dass der großflächige Ausbau erneuerbarer Energien auf »vollständig gesicherten Flächen« (ebd.) stattfindet. Die genaue Bedeutung dieser Aussage bleibt trotz weiterer Recherchen unklar. Es ist jedoch bekannt, dass EPH-Gruppe in der Vergangenheit als einer der größten privaten Industrieflächenbesitzer in Ostdeutschland aufgetreten ist⁶. Somit ist davon auszugehen, dass sich die Flächen entweder im Besitz der

5 Das erweiterte Portfolio der LEAG AG kündigt an, sogar 12.000 Hektar für die Produktion, Speicherung oder Verstromung erneuerbarer Energien auf Bergbaufolgefleichen einzusetzen (EP New Energies 2024).

6 Diese Information geht aus einer Anfrage der Abgeordneten Antonia Mertsching (Fraktion DIE LINKE) im Sächsischen Landtag hervor, die sich Aussagen einer ehemaligen Version der Unternehmenswebseite bezieht (Sächsischer Landtag 2022).

EPH-Gruppe befinden oder aber durch Pachtverträge etc. anderweitig zur Verfügung stehen. Ein Interviewpartner bringt es folgendermaßen auf den Punkt: »Sie [die EPH AG] ist sozusagen Investor und Grundeigentümer in einem« (J6: 387–488). Laut der Mehrheit der Interviewpartner:innen beeinflussen die beschriebenen Besitzverhältnisse die Art und Weise, wie die erneuerbaren Energieprojekte geplant und umgesetzt werden können. Ein lokaler Politiker erklärt bspw., dass der Privatbesitz des Geländes die Chancen für die Beteiligung anderer Akteur:innen verringere:

»Die Flächen gehören halt ihnen und die Anlagen gehören ihnen und eigentlich wären sie mit einem Klammersack gepudert, wenn sie noch andere mit reinnehmen müssen, obwohl sie es nicht müssten.« (J7: 556–558)

Ein anderer Befragter ergänzt, dass die EPH-Gruppe auch abseits der Flächen über weitere Investitionsressourcen verfüge: »Es ist ja ein Unternehmen und das Unternehmen ist ja relativ groß und insofern ist es [...] von seiner finanziellen Art alleine in der Lage, das zu machen« (J1: 360–361). Aufgrund der Größe und Struktur des Unternehmens, seiner Ressourcen und den daraus resultierenden finanziellen Möglichkeiten erscheint es den Befragten naheliegend, dass sowohl Windpark »Forst-Briesnig II« als auch der »Energiepark Bohrau« nicht als Beteiligungsprojekte angelegt seien. So erklärt der Interviewpartner: »Bürgerwindparks, auch mit Beteiligung der Bürger sowohl in den Investitionen als auch nachher in der Ergebnisaufteilung, wären zwar eine günstige Möglichkeit. Wird es aber wahrscheinlich nicht sein, weil nicht erforderlich« (J1: 363–366).⁷ Der Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen in Jänschwalde wird von ihm damit vorrangig als Projekt der LEAG bzw. der EPH-Gruppe betrachtet, um zukünftige Ertragsmöglichkeiten nach dem Ende der Kohleverstromung zu sichern.

7 Sogenannte Bürger:innenwindparks – oder allgemeiner Bürger:innen-Energieprojekte – werden wissenschaftlich oft als Hoffnungsträger einer demokratischen und gerechten Energiewende diskutiert (Becker/Kunze 2015; Kunze 2012). Zwar fallen die Diagnosen bezüglich der Realisierbarkeit des demokratischen Potenzials ambivalent aus und gerade im Hinblick auf Geschlecht und Klasse kann oft nicht von einer intersektional gerechten Partizipationsprozessen gesprochen werden (Radtke/Ohlhorst 2021; Łapniewska 2019). Dennoch zeichnen sich solche Projekte dadurch aus, dass sie auf Initiative von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen – oder zumindest mit lokalen Anteilseigner:innen – gegründet wurden und damit die Beteiligung der Bürger:innen nötig machen und diese zugleich ermöglichen (Kahla 2018).

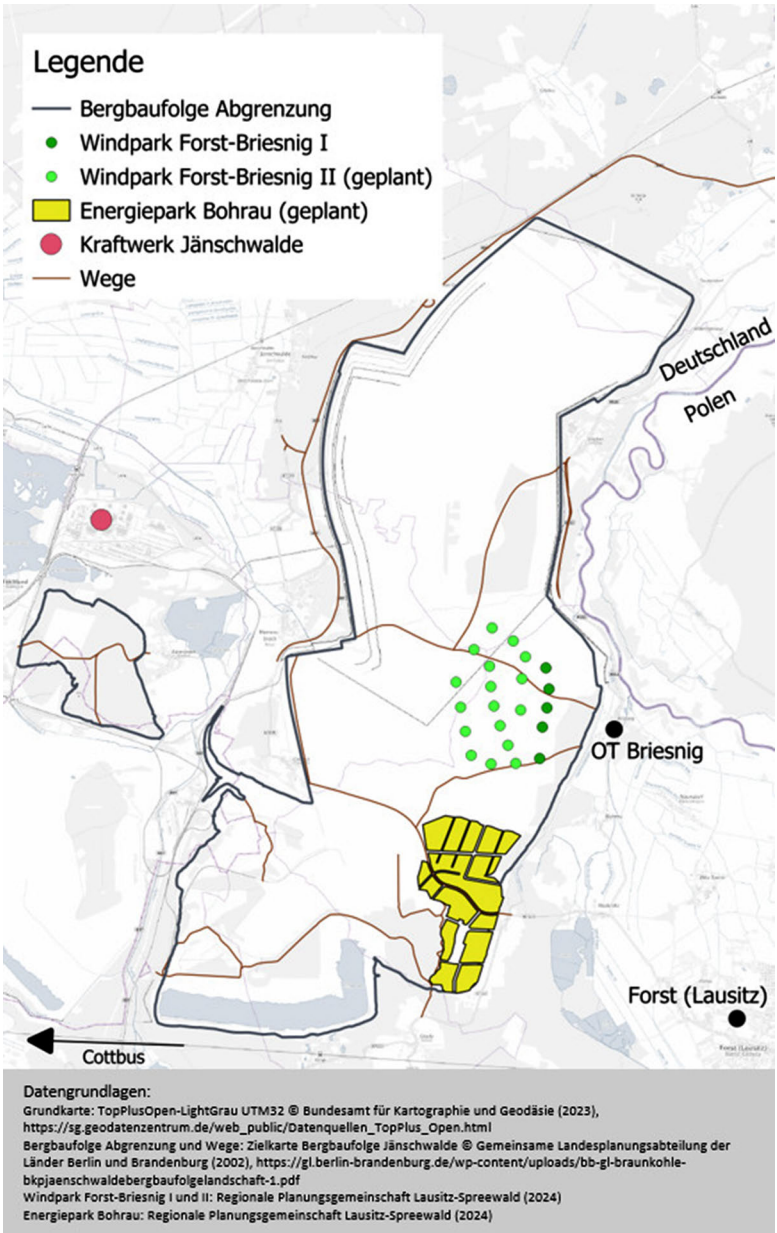
Betrachtet man die vorherigen Ausführungen aus Gerechtigkeitsperspektive wird deutlich, dass sich ungleiche Besitzverhältnisse mit Aspekten prozessualer Ungerechtigkeit (mangelnde Mitbestimmungsmöglichkeiten) und Aspekten der Verteilungsgerechtigkeit (ungleiche Verteilung der Erträge) überlagern. Der Blick auf die Wechselwirkung verschiedener Gerechtigkeitsdimensionen eröffnet neue Fragen danach, wie sich die verschiedenen Aspekte gegenseitig bedingen oder sogar verschärfen (vgl. Gailing i. d. B.). Eine Chance die beschriebenen Ungerechtigkeiten zu bearbeiten, sieht ein anderer Befragter in der Veränderung der Eigentumsverhältnisse. Er schlägt vor, die Flächen in der Braunkohlefolgelandschaft zu rekommunalisieren um Prozesse transparenter zu gestalten:

»Die LEAG [müsste] einfach die Flächen abgeben. Die hat sie nur für den Bergbau bekommen [...]. Und darauf hat eigentlich so ein tschechischer Oligarch überhaupt kein Recht, jetzt der Herr über diese Flächen zu sein. Eigentlich müssten die, wenn der Bergbau erledigt ist, wieder abgegeben werden in öffentliche Hand. Und dann müsste sozusagen eine freie Ausschreibung passieren, wer darauf jetzt Solarparks baut oder Windräder und wer nicht. Das würde sozusagen dann diese Vormachtstellung wegnehmen, würde ergebnisoffene Prozesse ermöglichen.« (J6: 394–404)

Der Vorschlag des Interviewten knüpft an die Vorstellung von »Commons« an, wie sie im Kontext sozial-ökologischer Transformationen diskutiert wird und wurde (Helfrich 2009). Grundidee der Commons ist, »durch die Vergemeinschaft von Privateigentum zu Kollektiveigentum, einen zentralen Mechanismus kapitalistischer Strukturen aufzuheben, Allen den Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten und die Güter kollektiv zu verwalten« (Schmitz 2019: 69).

Es existieren zwar auch feministische Kritiken an Ansätzen des Commoning, die betonen, dass Kollektivierungs- und Vergesellschaftungsprozesse nicht per se zur Aufhebung anderer tief verwurzelter Ungleichheiten jenseits der Verteilung von Besitz führen, bspw. hinsichtlich Anerkennungsgerechtigkeit (Nightingale 2019; Adamczak 2017). Und auch insbesondere im Hinblick auf die sozialistische Vergangenheit Brandenburgs müssen Möglichkeiten und Herausforderungen von Vergesellschaftungsprozessen offen diskutiert werden. Gleichzeitig gibt es viele Positivbeispiele aus dem Bereich rekommunalisierter Energieversorgung, die über positive Effekte der Re-Kommunalisierung bspw. auf öffentliche Infrastrukturen und öffentliche Daseinsfürsorge berichten (Wegmann 2022).

Abbildung 1: Energielandschaften in der Braunkohlefolgelandschaft Jänschwalde mit bestehenden und geplanten Energieanlagen.



Quelle: Eigene Darstellung.

Eine andere Möglichkeit, die aus dem privatwirtschaftlichen Flächen- und Anlagenbesitz resultierende Ungerechtigkeit hinsichtlich der finanziellen Beteiligung an Erträgen zu kompensieren, ist in Brandenburg das sogenannte Windenergieanlagenabgabengesetz (BbgWindAbgG). Das Gesetz verpflichtet Anlagenbetreibende seit 2019 dazu, den umliegenden Kommunen im Umkreis von 3.000 Metern anteilig zur betroffenen Gemeindefläche jährlich 10.000 Euro zukommen lassen. Wie die Zahlungen zu verwenden sind, konkretisiert das Gesetz ebenfalls: Die Zahlungen sind vom kommunalen Finanzausgleich befreit und sollen zweckgebunden für akzeptanzsteigernde Maßnahmen eingesetzt werden. Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Beteiligungsmodell in Brandenburg legt nahe, dass die Gemeinden und Anwohnenden die gesetzliche Landesregelung zwar grundsätzlich recht positiv einschätzen. Sie schätzen die Abgabe von 10.000 Euro jedoch als zu gering ein (Eichenauer/Gailing 2023). Ein Interviewpartner weist darauf hin, dass die räumliche und die politische Dimension der Kommune in einer Bewertung berücksichtigt werden müssen. Er verweist damit auf die strukturellen Voraussetzungen und Auswirkungen finanzieller Beteiligungen und erklärt, dass im Fall des Windparks »Forst-Briesnig II« die Einnahmen gemäß BbgWindAbgG zunächst an die Kommune Forst gehen. Die dortige Stadtversammlung würde die Entscheidungen über die Verwendung treffen. Die näher am Tagebau liegenden Gemeinden, wie bspw. der Ortsteil Briesnig (siehe Abbildung 1), sind bei der Forster Stadtversammlung zwar über die Gemeindevorsteher vertreten, haben aber ein Stimmrecht wie jede andere Gemeinde, auch wenn diese anderen Gemeinden wiederum weiter entfernt vom Tagebau liegen. Die besonders betroffenen Gemeinden seien somit nicht entsprechend stark in die Entscheidung über Verwendung der Einnahmen mittels Windenergieabgabengesetz miteingebunden. Obwohl das Windenergieabgabengesetz auf prozessualer Ebene finanzielle Beteiligung für die Kommune ermöglicht, ergeben sich bei genauerem Hinsehen also neue Gerechtigkeitsfragen – Gemeinden mit stärkerer Repräsentation in der Stadtversammlung könnten eher über die Verteilung der Einnahmen bestimmen als möglicherweise Gemeinden, die aufgrund ihrer Nähe zu den Bergbaufolgeflächen zwar stärker betroffen sind,⁸ aber nicht entsprechend überrepräsentiert werden. Auch

8 Ein Interviewpartner berichtet bspw. von den nächtlichen Transporten oder landwirtschaftlichen Vorarbeiten, wie bspw. den Bau von Zufahrtswegen, die notwendig sind, um die Erneuerbare-Energien-Anlagen überhaupt errichten zu können (J5).

hier ist es also wichtig, die Verschränkung von Strukturen und Prozessen der (Un-)Gerechtigkeit zusammen zu analysieren und zu bearbeiten.

Insgesamt zeigt sich: Flächeneigentum und Investitionskapital seitens der EPH AG stellen in den Interviews zentrale Ausgangspunkte für Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit dar. Um Gerechtigkeitsaspekte in Mitbestimmung und Verteilung von Erträgen zu verankern, ist es für die zukünftige Gestaltung der erneuerbaren Energielandschaften wichtig, die Wechselwirkung der verschiedenen Aspekte zu berücksichtigen. Insbesondere den räumlichen Besitzverhältnissen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, die in der planungsbezogenen Energiewendeforschung bislang nicht ausreichend berücksichtigt wird. Gerade im Hinblick auf die Diagnose von »land grabbing«⁹ im Kontext der Energiewende in Ostdeutschland sollten sich Fragen der Gerechtigkeit keinesfalls »nur« auf Möglichkeiten finanzieller Beteiligung konzentrieren.

4. Die Bergbaufolgelandschaft als »konfliktarme« Fläche für den Ausbau erneuerbarer Energien?

Im folgenden Abschnitt soll der Fragen nachgegangen werden, inwiefern Bilder einer »konfliktarmen« Bergbaufolgelandschaft Fragen der Gerechtigkeit torpedieren. Dabei soll insbesondere darauf eingegangen werden, welche Rolle planerische Bestimmungen im Kontext dieser Frage einnehmen können.

Die Bundesregierung hat durch ihr Gesetz zur »sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht« die Landesregierungen dazu ermächtigt, Zulassungsvoraussetzungen zu erleichtern, wenn es um die »Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie [...] innerhalb des Abbaubereichs eines Braunkohlen- oder Sauerstoffplans« geht (Bundesregierung 2022: 2). Begründet werden diese erleichterten Zulassungsvoraussetzungen damit, dass die Tagebauflächen »sowohl hinsichtlich des Umweltschutzes als auch der Nachbarbetroffenheit als konfliktfrei gelten können« (ebd.). Im Allgemeinen sind Konflikte der Ausgangspunkt jeder Raumplanung, deren Ziel es ist, räumliche Konflikte

9 »Land grabbing« bedeutet umfangreicher Land- und Flächenerwerb mit negativen Folgen und wurde vor allem im Kontext des Ressourcenextraktivismus im globalen Süden beschrieben. Neuere Arbeiten diagnostizieren Land-grabbing-Prozesse auch im Kontext des Ausbaus von PV-Freiflächenanlagen, vor allem in Ostdeutschland (Müller/Pampus 2023).

auszugleichen und die vielfältigen Nutzungen des Raumes aufeinander abzustimmen. Argumentiert wird im Gesetzesentwurf, dass es sich bei den Bergbaufolgeflächen auf Grund ihrer vorherigen Inanspruchnahme um große, »verhältnismäßig konfliktarme« (Deutscher Bundestag 2023) Fläche handle. Die vorherige Nutzung der Fläche für die Energiegewinnung begründet also, dass die Flächen auch in Zukunft für Energieproduktion genutzt werden können. Ganz konkret hat die bundesrechtliche Erleichterung der Zulassungsvoraussetzung zur Folge, dass die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnung zu erlassen, welche den Ausbau der erneuerbaren Energien auf Abbaugebieten der Braunkohle schneller möglich machen. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Artikels hat sich die brandenburgische Landesregierung dafür entschieden, von dieser Regelung keinen Gebrauch zu machen. Allerdings war zum Zeitpunkt der Interviews noch unklar, wie die brandenburgische Landesregierung sich dazu verhält. Die beschriebene Änderung des § 249 im BauGB wird von den Interviewten fast immer thematisiert. Das Narrativ der konfliktarmen oder konfliktfreien Bergbaufolgelandschaft wird in diesem und anderen Zusammenhängen von den Interviewpartner:innen kritisch diskutiert.

Ein Interviewpartner beschreibt bspw. wie das Narrativ der »konfliktfreien« Bergbaufolgelandschaft Fragen nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft mit sich zieht.

»Mir ist das in Gesprächen mit Leuten, die nicht vor Ort sind, immer wieder passiert. Dass die Bergbaufolgelandschaft so eine Projektionsfläche für unerfüllte Wünsche ist, ne? Dort ist alles einfach und dort kann man alles groß machen. Und meistens hat das mit der Realität nicht so viel zu tun.«
(J6: 338–343)

Um das Bild der konfliktarmen Bergbaufolgelandschaft als Projektionsfläche für unerfüllte Wünsche analytisch mit Fragen der Gerechtigkeit zu verbinden, eignen sich Geschlechterperspektiven und insbesondere das Verständnis von Geschlecht als epistemologische Kategorie. Geschlecht als epistemologische Kategorie »fokussiert zum einen auf die Analyse von Prozessen der Wissens- und Erkenntnisproduktion in lebensweltlichen Kontexten, bspw. politischen Entscheidungen, in gesellschaftlichen Diskursen oder im Verwaltungshandeln. Zum anderen werden wissenschaftliche Kategorien, Theorien und Methodologien auf zugrundeliegende Epistemologien untersucht« (Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.). Aus dieser Perspektive kann also

einerseits nach Prozessen landschaftsbezogener Wissensproduktion gefragt werden, andererseits können Verständnisse von Landschaft¹⁰ an sich kritisch hinterfragt werden. Das oben beschriebene Zitat (J6: 338–343) zielt beide Fragestellungen ab.

Das Verständnis von Landschaft als Projektionsfläche verweist auf ein radikal-konstruktivistisches Landschaftsverständnis, im Zentrum steht die Frage wie Landschaft konstruiert wird und welche Art der Landschaft dadurch entsteht.

Ein Landschaftsverständnis, welches Landschaften als Projektionsfläche konstruiert, fokussiert auf landschaftliche Zuschreibungen. Materiell-physische Aspekte oder auch historische Aspekte von Landschaft werden darin möglicherweise vergessen. Aus sozial-ökologischer Landschaftsperspektive schließt das wiederum wichtige Aspekte von Landschaft, bspw. dort befindliche Fauna und Flora, aus.

Aber nicht nur dass und wie, auch ob und von wem landschaftliche Projektionen vorgenommen und auch umgesetzt werden können, verweist auf Fragen die mit der Analyseperspektive »Geschlecht als epistemologische Kategorie« gestellt werden können (Dankers/Herditschka/Kapitza et al. 2024). Denn obwohl Projektionen auf Landschaft zunächst keinen Zugangsbeschränkungen unterliegen, sind ihre Realisierung oft durch strukturelle Voraussetzungen geregelt. Das bereits skizzierte aber auch folgende Zitate geben Aufschluss darüber, dass es vor allem bestimmten Machtpositionen vorbehalten ist, eigene Vorstellungen von Landschaft umzusetzen.

Anwohnende bspw. wünschen sich eine Bergbaufolgelandschaft, die sich stark von der Landschaft des Bergbaus unterscheidet. Mit Möglichkeiten, »Spazieren zu gehen, Pilze zu suchen, was auch immer zu machen« (J6: 130–131). Sie hoffen, »dass jetzt nach Ende des Bergbaus auch mal Ruhe ist.« (J7: 260–261) Das Bild der vielfältig nutzbaren Bergbaufolgelandschaft sei lange gewachsen und habe, so ein Interviewpartner, als Versprechen für die Anwohnenden funktioniert, die stark von den Auswirkungen des Braunkohleabbaus betroffen waren (J7). Mit dem großflächigen Ausbau erneuerbarer

10 Ganz grundsätzlich verbinden sich in Konzeptionen von Landschaft unterschiedliche Konzeptionen von Natur und Raum, je nachdem welche Zugänge gewählt werden. Konzeptionen von Landschaft lassen sich darüber mit Einsichten aus der Geschlechterforschung in Beziehung setzen, indem auch dort unterschiedlich um die Bedeutung und das Verhältnis von Natur und Raum gerungen wird (Dankers/Herditschka/Kapitza et al. 2024).

Energieanlagen würde dies wieder infrage gestellt. »Solarparks werden eingezäunt und dann haben diese Gemeinden über Jahrzehnte Opfer gebracht für die Energieversorgung und kriegen kein Umland hinterher wieder« (J6: 131–134). In der Frage des »Wie?« (Projektionsfläche) der landschaftlichen Konstruktion liegt auch die Frage nach dem »Was?« (welche Landschaft) verborgen und verweist auf Machtverhältnisse im Kontext landschaftlicher Konstruktion und Realisierung. Schließlich werden in Jänschwalde hauptsächlich jene Projektionen realisiert, die durch die Verfügbarkeit von Flächen und Investitionskapital abgesichert sind (siehe Abschnitt 3).

Insofern als dass Raumplanung sich mit der Abwägung verschiedener Interessen im Raum befasst und u.a. auch mit der Aufgabe befasst gezielten auf die räumliche Entwicklung einzuwirken, stellt sich die Frage, inwiefern raumordnerische Festlegungen möglicherweise skizzierte Machtverhältnisse (re-)produzieren oder auch torpedieren können. Dazu lohnt sich ein Blick in die raumordnerische Grundlage für Planung in Braunkohlefolgelandschaften. Bergbaufolgelandschaften werden im engen Sinne definiert als Flächen, die durch Bergbauaktivitäten beeinflusst wurden und im Anschluss an den Bergbau durch Maßnahmen gestaltet werden, um alternative Nutzungen wiederherzustellen. Gemäß § 12 Absatz 1 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Planung von Braunkohlebergbau und -sanierung (RegBkPlG) sind spezielle Planungen für Gebiete erforderlich, in denen Braunkohle abgebaut wird (Landesregierung Brandenburg 2002). Die Pläne sollen die rechtlichen und planerischen Rahmenbedingungen für den Abbau und die zukünftige Nutzung von Flächen mit Braunkohlevorkommen festlegen. Die Landesplanung erarbeitet diese Pläne und orientiert sie an den Richtlinien des Landesentwicklungsprogramms sowie der Landesentwicklungspläne. Dabei erfolgt eine Abstimmung mit der Regionalplanung (Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg). Die Pläne beinhalten sowohl Grundsätze als auch Zieleder Raumordnung, die sowohl textlich als auch kartographisch zu veranschaulichen sind. In der »Verordnung über den Braunkohleplan Jänschwalde« heißt es mit Blick auf die Bergbaufolgelandschaft, dass »bei der Gestaltung [...] landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, fischereiwirtschaftliche und wasserwirtschaftliche Nutzungsinteressen als auch die Belange des Naturschutzes, der Landschaftspflege und der Erholung zu berücksichtigen [sind]« (Landesregierung Brandenburg 2002). Die Verordnung legt sowohl den Anteil der unterschiedlichen Nutzungen an der Gesamtfläche als auch die Vorgaben für die jeweilige Art der Nutzung fest. Einerseits wirkt sich die in den Braunkohlenplänen festgeschriebene Beschaffenheit der Braunkohlefolge-

landschaft konkret darauf aus, wie erneuerbare Energieanlagen geplant und integriert werden. So folgt die landschaftliche Integration der Solaranlagen im Falle des »Energieparks Bohrau« aus dem Braunkohlenplan, »weil dort schon festgelegt gewesen [war], dass die Ackerflächen, die jetzt geplant werden, mit Gehölzstrukturen zu gliedern sind. Und die werden halt übernommen und in der Anlage integriert« (J2: 242–245). Andererseits kommt es gerade in Übereinstimmung mit den Plänen der Braunkohleära zu Konflikten. Wie ein Planer berichtet, ist die Übereinstimmung alter Pläne und neuer Planungen mit planungspraktischen Herausforderungen verbunden. Er erklärt: »Die bestehenden Pläne [berücksichtigen] die erneuerbaren Energien an und für sich nur sehr unzureichend bis gar nicht. Das liegt ganz einfach daran, dass diese Braunkohlepläne zum Teil schon Jahre, manche sogar Jahrzehnte alt sind, wo das Thema Energiewende keine Rolle gespielt hat, zumindest nicht in der Brisanz und in der Größenordnung« (J8/1: 206–210).

Das Unternehmen der EPH-Gruppe, die LEAG AG, sei deshalb darum bemüht, gute Integrationsmöglichkeiten für die Anlagen in der Braunkohlefolgelandschaft zu finden. Wie ein Interviewpartner erklärt, werde Wert darauf gelegt, die im Braunkohlenplan festgelegte Zielkulisse zu verwirklichen. Ein solches Vorhaben müsse aber nicht unbedingt im Widerspruch zu den geplanten erneuerbaren Energieanlagen stehen (J8/1: 230–237). Denn trotz langfristig ausgerichteter Planungsgrundlagen gibt es Möglichkeiten, Planungsgrundlagen begründet anzupassen oder zu verändern.

Für den Braunkohlenplan Jänschwalde wurde seitens der LEAG ein sogenanntes »Zielabweichungsverfahren« beantragt, das nach juristischer Klärung und Prüfung durch die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg zugelassen wurde. Anlass für ein solches Verfahren waren wasserwirtschaftliche Gründe, die im Zusammenspiel mit dem Klimawandel stehen, wie ein Interviewpartner erklärt: »Also mal ganz plakativ war es so, dass Anfang der 1990er man noch davon ausgegangen ist, es wird einen Restsee an der Endstellung des Tagebaus A geben. [...] Heute, knapp [...] 25 Jahre später, wissen wir, dass dieser Restsee so hydrologisch nachbergbaulich nicht funktionieren wird« (J8/1: 336–341). Die aus den frühen 2000er Jahren stammenden Braunkohlenpläne hatten sich mit Fragen des Klimawandels oder klimawandelbedingten Landschaftsveränderungen nicht ausführlich auseinandergesetzt. Ein anderer Befragter vermutet zusätzlich, dass sich die Pläne teilweise noch auf DDR-Landschaftsschutzkonzepte beziehen und bei genauerer Betrachtung vermutlich

nicht mehr mit heutigen Landschaftsschutz- und Landschaftsnutzenkonzepten übereinstimmen würden.¹¹

Die in den Braunkohlenplänen verankerte Planungsrundlage ist zwar hilfreich, um Grundbedingungen für eine vielfältige Nutzung der Bergbaufolgelandschaft zu stellen. Gleichzeitig müssen gerade im Hinblick auf Planungspraxis und klimawandelbedingte Landschaftsveränderungen Justierungen vorgenommen werden, die ihrerseits wieder zu Konflikten führen können. So bewerten ein Teil der Befragten kritisch, welches Verfahren gewählt worden ist, um die Zielvorstellungen der Bergbaufolgelandschaft anzupassen (J4, J6, J8). Denn während ein Zielabweichungsverfahren keine strategische Umweltprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung erfordert, wäre dies bspw. bei einem Braunkohleänderungsverfahren der Fall.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass gerade Braunkohlefolgelandschaften ganz spezifische Konfliktpotenziale bergen. Die vermeintliche Konfliktfreiheit im Hinblick auf Umweltschutz oder Nachbar:innenschaft kann dazu beitragen, dass beim Ausbau erneuerbarer Energien Ausschlüsse materieller und sozialer Art entstehen und Ungerechtigkeiten (re-)produziert werden. Planungsbestimmungen nehmen in diesem Konfliktfeld eine besondere Rolle ein. Sie ermöglichen einerseits, dass gründlich abgewogene und diverse Nutzungsanforderungen erfüllt werden müssen, weisen aber im Hinblick auf klimaresiliente und partizipative Gestaltung von Energielandschaften Handlungsbedarf auf. Geschlechterperspektiven können dazu beitragen, die verschiedenen Ausschlüsse zu identifizieren und Ungerechtigkeiten in prozessualen Aspekten der Gestaltung der Energielandschaften zu erkennen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Formulierung sozial-ökologisch gerechter Perspektiven für die Bergbaufolgelandschaft.

5. Fazit: Ungerechte Kontinuitäten in der energiewendebezogenen Transformation?

Die energiewendebezogenen Transformationsprozesse von fossilen Energielandschaften hin zu erneuerbaren Energielandschaften in der brandenburgi-

11 Wie es in einer Analyse zur Politischen Ökologie des Postsozialismus heißt, sind »Ressourcenbedürfnisse und Vorstellungen über den ‚richtigen‘ Umgang mit Umwelt und Natur zeit- und kontextabhängig.« Entsprechend lag auch in der DDR ein spezifisches Verhältnis von Mensch, Natur und Umwelt vor (Schmidt 2016: 265).

schen Lausitz sind auf vielfältige Weise mit Fragen nach Macht und Gerechtigkeit verbunden. Der Beitrag verdeutlicht, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in Jänschwalde nicht per se zu einer gerechteren Organisation und Gestaltung der Energiegewinnung führt, auch wenn gerade der Vergleich zum örtlich präsente fossilen Energieregime dies nahelegt. Die empirischen Analysen zeigen, dass Machtungleichgewichte aus der Zeit der Braunkohleära weiterhin bestehen, insbesondere bezüglich ungleicher Zugänge zu Land und finanziellen Ressourcen. Diese Dynamiken führen dazu, bestimmte Gruppen weiterhin auszuschließen. Es gibt unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten in der Gestaltung der erneuerbaren Energielandschaften. Eingesetzte Maßnahmen, wie bspw. das Windenergieanlagenabgabegesetz, schaffen zwar teilweise Abhilfe, interagieren aber ihrerseits auch mit räumlichen Ungleichheitsstrukturen und produzieren Ausschlüsse.

Es wurde weiter gezeigt, wie das Narrativ der »konfliktarmen« Bergbaufolgelandschaft dazu beiträgt, materielle, aber auch soziale Ausschlüsse bei der Gestaltung der erneuerbaren Energielandschaften herbeizuführen. Die Wirksamkeit von Planungsansätzen, um solche Ausschlüsse in erneuerbaren Energielandschaft zu vermeiden, wurde intensiv debattiert und bleibt ein Anknüpfungspunkt für zukünftige Forschung – vor allem mit Blick auf die in Planungsdokumenten verankerten Landschaftsverständnisse.

Wie lassen sich die untersuchten energiewendebezogenen Transformationsprozesse in Jänschwalde im Hinblick auf Macht- und Gerechtigkeitsaspekte abschließend bewerten? Strukturelle und planerische Ausgangsbedingungen stammen noch aus Zeiten der Braunkohleära. Fest steht, dass sie sich maßgeblich auf die räumliche Gestaltung von Energiewendeprozessen auswirken, und zwar nicht unbedingt im Sinne einer umfassend gerechten Energiewende. Die Transformation der fossilen Energielandschaften hin zu erneuerbaren Energielandschaft in Jänschwalde realisiert sich, wie deutlich wurde, vor allem als postfossile Ertragsmöglichkeit eines Unternehmens. An der Profitorientierung der Energieproduktion wird nicht gerüttelt, genauso wenig werden Fragen der Suffizienz in Energiewendeplanung mit eingebunden – mit erheblichen sozialen, politischen und planungspraktischen Folgen.

Um die verschiedenen Dimensionen der Energiewende in Richtung Gerechtigkeit auszurichten, bräuchte es daher auch in Jänschwalde veränderte Eigentumsverhältnisse, intersektional gerechte Beteiligungsmöglichkeiten und sozial-ökologische Planungsgrundlagen, um die strukturellen, prozessualen und wissensbasierten Ungerechtigkeiten zu adressieren und die

erneuerbaren Energielandschaft nachhaltig, also inter- und intragenerational gerechter, gestalten zu können.

6. Literatur

- Adamczak, B. (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende.* 2. Aufl., Originalausgabe. Berlin.
- Becker, E.; Jahn, T. (2006): *Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen.* Frankfurt a.M., New York.
- Becker, S.; Kunze, C. (2015): *Wege der Energiedemokratie. Emanzipatorische Energiewenden in Europa.* Stuttgart.
- Bell, S. E.; Daggett, C.; Labuski, C. (2020): Toward feminist energy systems: Why adding women and solar panels is not enough. In: *Energy Research & Social Science* 68, 101557.
- Bundesregierung (Hg.) (2022): Entwurf eines Gesetzes zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004227.pdf> (15.05.2024).
- Dankers, J.; Herdlitschka, T.; Kapitza, K.; Mölders, T. (2024): Geschlechterperspektiven auf Landschaft. In: Kühne, O.; Weber, F.; Berr, K. et al. (Hg.): *Handbuch Landschaft. 2. überarbeitete und erweiterte Aufl.* Wiesbaden, 485–495.
- Deutscher Bundestag (2023): Titel: Die Verordnungsermächtigungen zum Ausbau erneuerbarer Energien in Abbaubereichen des Braunkohle-tagbaus. Überblick über die Vorgaben des § 249b BauGB. Deutscher Bundestag (WD 7 – 3000 – 007/23). <https://www.bundestag.de/resource/blob/942882/8af4398e360d8854feaedd6f08e233b4/WD-7-007-23-pdf.pdf> (05.07.2024).
- Eichenauer, E.; Gailing, L. (2023): Mehr Akzeptanz durch verpflichtende finanzielle Beteiligung an Windenergieanlagen: die Handlungsebene der Bundesländer.
- EP New Energies (Hg.) (2024): Erneuerbare Energien. <https://epne.de/> (12.04.2024).
- Gailing, L. (Hg.) (2013): *Neue Energielandschaften – Neue Perspektiven der Landschaftsforschung.* Unter Mitarbeit von Markus Leibenath. Wiesbaden.

- Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg (Hg.) (o.J.): Braunkohleplanung. <https://gl.berlin-brandenburg.de/landesplanung/braunkohlen-und-sanierungsplaene/braunkohlenplanung/>(11.04.2024).
- Helfrich, S. (Hg.) (2009): Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München.
- Jenkins, K.; McCauley, D.; Heffron, R.; Stephan, H. (2014): Energy justice, a whole systems approach. In: *Queen's Political Review* 2 (2), 74–87.
- Kahla, F. (2018): Das Phänomen Bürgerenergie in Deutschland: eine betriebswirtschaftliche Analyse von Bürgergesellschaften im Bereich der erneuerbaren Energien. https://pubdata.leuphana.de/bitstream/20.500.14123/546/1/Dissertation_Kahla.pdf (05.07.2024).
- Kühne, O.; Weber, F. (Hg.) (2018): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden.
- Kunze, C. (2012): Soziologie der Energiewende. Erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums. Stuttgart.
- Landesregierung Brandenburg (Hg.) (2002): Verordnung über den Braunkohle Tagebau Jänschwalde. <https://bravors.brandenburg.de/de/verordnungen-212412> (11.04.2024).
- Łapniewska, Z. (2019): Energy, equality and sustainability? European electricity cooperatives from a gender perspective. In: *Energy Research and Social Science* 57.
- Mertsching, A. (2022): Kleine Anfrage der Abgeordneten Antonia Mertsching (DIE LINKE).
- Müller, K.; Pampus, M. (2023): The solar rush: invisible land grabbing in East Germany. In: *International Journal of Sustainable Energy* 42 (1), 1264–1277.
- Nightingale, A. J. (2019): Commoning for inclusion? commons, exclusion, property and socio-natural becomings. In: *International Journal of the Commons* 13 (1), 16–35.
- Radtke, J.; Ohlhorst, D. (2021): Community Energy in Germany – Bowling Alone in Elite Clubs? In: *Utilities Policy* 72, 101269.
- Schmidt, M. (2016): Politische Ökologie des Postsozialismus. In: *Geographica Helvetica* 71 (4), 259–270.
- Schmitz, L. S. (2019): Her mit der Zukunft?! Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen. In: *Femina Politica* 28 (1–2019), 59–72.
- Sovacool, B. K.; Martiskainen, M.; Hook, A. et al. (2019): Decarbonization and its discontents: a critical energy justice perspective on four low-carbon transitions. In: *Climatic Change* 155 (4), 581–619.

Stadt Forst (Lausitz) (Hg.) (o.J.): Archiv verlorener Orte. Literaturhinweise. <https://www.archiv-verschwundene-orte.de/de/ausstellung/literaturhinweise/70113> (06.05.2024).

Weghmann, Vera (2022): *Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung. Eine Handreichung*. 2. Aufl. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

Große Flächen, die für Erneuerbare Energien genutzt werden, sollten rekommunalisiert werden.

Die Geschlechterforscherin

Aus unserer Sicht ist das eine Super-Idee, denn so würden erstens die Gewinne aus Erneuerbaren Energien gerechter verteilt (Eyeopener), zweitens die Bürger:innen als Betroffene besser eingebunden (Eyeopener) und damit drittens die Machtverhältnisse (Eyeopener) von Privatakteuren zu Gunsten von öffentlichen Akteuren verschoben (Eyeopener: Einschlüsse – Ausschlüsse).

Jedenfalls dann, wenn der kommunale Machtzuwachs nicht seinerseits für Entscheidungen über aller Köpfe hinweg missbraucht wird oder entsprechende politische Mehrheiten dazu führen, dass der EE-Ausbau zum Erliegen kommt.

Die Vertreterin eines Umweltverbands

Ich frage mich schon, wie es sein kann, dass ein einzelner Mensch oder ein einzelner Betrieb, dem eine große Fläche gehört, darüber entscheiden kann, dass dort jetzt großflächig ein Windpark oder eine Photovoltaik-Freiflächenanlage gebaut werden kann. Das hat doch massive Auswirkungen auf viele andere Leute – und von der Umwelt will ich jetzt noch gar nicht mal reden. Ich halte das für eine enorme Machtkonzentration. Und Eigentum verpflichtet doch, oder?

Die Planerin

Im Flächennutzungsplan werden die Zwecke der Flächennutzung bestimmt. Eine solche Zweckbestimmung kann auch die Nutzung durch Erneuerbare Energien vorgeben.

Also, mir fällt Folgendes zu dieser Idee ein: Erstens ist die Vorstellung naiv, die Kommunen würden das dann schon „richtiger“ entscheiden. Zweitens sind solche Enteignungsdebatten zumindest im ostdeutschen Kontext echt schwierig.

Drittens ist dabei eine entscheidende Frage, was mit den kommunalen Einnahmen aus den Verpachtungen passieren soll. Und viertens ist das Eigentum an der Fläche ja nur eine der wichtigen Eigentumsfragen: Man könnte die Anlagen ja auch gleich als Bürgerenergieanlagen bauen – dann gehören sie den Bürger:innen, die sich daran finanziell beteiligen wollen und können.



Rechte Ökologie und Rechtspopulismus in Energiewendekonflikten

Geschlechterperspektiven auf Argumentationen von Windkraftgegner:innen

Katharina Kapitza, Johanna Dankers

»Was ja immer wieder versucht wird, ist zu sagen: Ach die, das sind alles Leute aus der rechten politischen Ecke. Das sind Leute, die einfach keine Zukunftsverantwortung übernehmen. Gerade aktuell sind wir Putin-Versteher. Also jeder Aufkleber, der gerade zur Verfügung stand, der wurde uns von außen relativ schnell draufgesetzt. Während die persönliche Auseinandersetzung gar nicht erfolgt ist.« (Interviewpartner:in über die politischen Zuschreibungen auf Windkraftgegner:innen im Reinhardswald, Ry: 67–78)¹

1. Einleitung

Die mit der Energiewende verbundenen Transformationsaufgaben führen aktuell zu massiven Gegenwartskonflikten. Diese zeigen sich in vielfältigen lokalen, aber auch überregionalen Protesten gegen den Ausbau erneuerbarer Energien, vor allem gegen den Bau von Windkraftanlagen. Mit der zunehmenden Politisierung und Institutionalisierung der Initiativen gegen Windkraft, bspw. durch die 2013 gegründete »Bundesinitiative Vernunftkraft e. V.« als Dachverband der Anti-Windkraft-Bewegung, sowie durch die vermehrte Vereinnahmung der Proteste durch organisierte rechtspopulistische und extrem rechte Gruppen, verschärft sich die Konfliktsituation zunehmend. Anti-Windkraft-Bewegungen und Rechtspopulismus generalisiert gleichzusetzen, wäre

¹ Um Rückschlüsse auf die Positionierung der Interviewpartner:innen im Beitrag von Dannenberg und Muhr (i. d. B.) zu vermeiden, wurden die pseudonymisierten Interviews hier mit anderen Kürzeln (Rx, Ry, Rz) versehen.

dennoch zu kurz gegriffen. Untersuchungen zeigen zwar eine recht große Schnittmenge zwischen Energiewendekritiker:innen und potenziellen AfD-Wähler:innen sowie strukturelle und teilweise inhaltliche Überschneidungen in ihren Argumentationen (vgl. bspw. Eichenauer/Reusswig/Meyer-Ohlen-dorf et al. 2017). Doch die ideologischen und politischen Ausrichtungen der oft lokalen Bürger:inneninitiativen variieren und sind stark kontextabhängig. Es braucht also vor allem kontextbezogene Analysen, um zu untersuchen, inwiefern die Protestbewegungen rechtspopulistisch und rechtsideologisch vereinnahmt werden und/oder inwiefern ihre Argumentationen Anknüpfungspunkte für rechte Narrative² bieten.

Forschungen zeigen, dass Akteur:innen der Proteste gegen Energie-wendeprojekte einerseits oft rational und naturwissenschaftlich-technisch argumentieren und sich dabei auch an Naturschutzdebatten orientieren. Andererseits fokussieren sie stark auf den gefühlsbetonten Heimatdiskurs (vgl. Marg/Herman/Hambauer et al. 2013). Insbesondere Letzteres begünstigt die Anknüpfungsmöglichkeiten rechter Bewegungen über Argumentati-onsmuster rechter Ökologie. Jüngere Untersuchungen zu Protesten gegen den Ausbau erneuerbarer Energien arbeiten demgegenüber verstärkt die Bedeutung (rechts-)populistischer Narrative in den Argumentationen der Windkraftgegner:innen heraus, die sich v.a. durch zwei Kerndimensionen auszeichnen: Elitenkritik auf der einen und Antipluralismus auf der anderen Seite (vgl. Reusswig/Lass/Bock 2022).

Dieser Beitrag untersucht die Argumentationen von Windkraftgegner:in-nen im Reinhardswald in Nordhessen im Hinblick darauf, wie anschlussfähig sie an Narrative rechter Ökologie sowie an rechtspopulistische Argumenta-tionen sind. Ziel ist es dabei, herauszuarbeiten, welche Analysepotenziale Geschlechterperspektiven bereithalten, um diese Anknüpfungspunkte zu identifizieren und zu dekonstruieren. Dazu zeichnen wir zunächst zen-trale Fluchtpunkte rechtspopulistischer Argumentationen und Narrative rechter Ökologie sowie ihre Verbindungen zu der Kategorie Geschlecht und sich daraus ergebene Analysepotenziale nach (Abschnitt 2). Des Weiteren erläutern wir die Auswahl der Fallregion Reinhardswald und das metho-dische Vorgehen (Abschnitt 3), um anschließend die Argumentationen der Windkraftgegner:innen im Reinhardswald vorzustellen und ihre jeweiligen Anknüpfungspunkte zu rechtspopulistischen Argumentationsmustern und

2 Als Narrative werden in diesem Beitrag sinnstiftende Erzählungen verstanden, die aus verdichteten Argumenten bzw. Argumentationsmustern bestehen.

Narrativen rechter Ökologie herauszuarbeiten (Abschnitt 4). Im Fazit diskutieren wir die Ergebnisse, indem wir abschließend auf planungspraktische und gesellschaftspolitische Fragen angesichts rechtspopulistischer Mobilisierungen blicken und das Potenzial von Geschlechterperspektiven explizieren, um rechte Argumentationen im Kontext der Energiewende zu dekonstruieren (Abschnitt 5).

2. Rechte Ökologie, Rechtspopulismus und Geschlecht – Fluchtpunkte, Verbindungen und Analysepotenziale

Die Themen Naturschutz und Ökologie haben eine lange Tradition in rechten Denkströmungen. Historische Kontinuitäten ziehen sich von den Anfängen deutscher Natur- und Umweltschutzdebatten in der konservativen und anti-modernen Heimatschutzbewegung des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus fand, weiter bis heute (u.a. FARN 2019a). So thematisiert und verhandelt das rechte politische Spektrum auch in der Bundesrepublik ökologische Themenbereiche in Verbindung mit Heimat-, Natur- und Lebensschutz. Jahn und Wehling (1991) verweisen darauf, dass – auch wenn rechte Ökologie kein »einheitlicher, in sich geschlossener theoretisch-ideologischer Entwurf ist« (ebd.: 14) – sich einige gemeinsame Fluchtpunkte in Argumentationen rechter Ökologie ausmachen lassen: Zentral sind hier u.a. die *Naturalisierung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge*, die Vorstellung eines *organizistischen (ökologischen) Gleichgewichts*³ sowie *Identitätskonstruktionen in Bezugnahme auf Heimat und nationale Kultur*. Hier verbinden sich die Kategorien Natur, Heimat, Nation und (Volks-)Identität konzeptionell, indem sie sich aufeinander beziehen und als eine organische, schützenswerte Einheit und gegen ein klar abgrenzbares »Anderes« oder »Invasives« diskursiv hergestellt werden (u.a. Eser 1999; Franke 2012; Kirchhoff 2015; Kapitza 2020).

Auch wenn die Verbindung von ökologischen Themen mit rechtsextremen Ideologien bisher vor allem im völkischen Teil des rechten Spektrums verortet wird (u.a. FARN 2019a), erfahren rechte Naturschutzargumentationen ak-

3 Unter Organizismus wird der Glaube an Ökosysteme als »koevolutionäre, funktionale Ganzheiten« verstanden, in dem sich Arten in einem wechselseitig aufeinander abgestimmten Abstimmungsprozess zu einer »Art von Superorganismus« (Kirchhoff 2015: 30) fortentwickeln.

tuell eine Re-Aktualisierung in rechtspopulistischen Argumentationen gegen Klimaschutzpolitiken sowie in Diskursen der Klimawandelskepsis und -leugnung. Hier artikuliert sich die Ablehnung einer globalen Klimaschutzpolitik in Gegenüberstellung zu einer lokal(-nationalen) Naturschutzpolitik (u.a. Veit 2022: 145). Die Analyse von Narrativen rechter Ökologie gewinnt also auch für die Betrachtung rechtspopulistischer Bewegungen – über den Kontext extrem rechter und national-völkischer Strömungen hinaus – an Bedeutung.

(Rechts-)populistische Strömungen lassen sich dabei schwerlich unter einer einheitlichen Beschreibung fassen. Vielmehr handelt es sich um einen oftmals weit gedehnten Begriff, der herangezogen wird, um eine Vielzahl heterogener politischer Bewegungen zu beschreiben (vgl. Eichenauer/Reusswig/Meyer-Ohlendorf et al. 2017: 644). Dennoch lassen sich auch für rechtspopulistische Argumentationen einige gemeinsame (strukturelle) Fluchtpunkte identifizieren: Das ideologische Minimum besteht darin, sich auf einen *einfachen Antagonismus zwischen Volk und Elite* zu beziehen. Des Weiteren zeichnet sich Rechtspopulismus zumeist durch *Anti-Elitarismus* bzw. *Elitenkritik*, *Antipluralismus*, *Berufung auf einen Common Sense* und *Anti-Intellektualismus* sowie *Institutionsfeindlichkeit*, *Moralisierung*, *Polarisierung* und *Personalisierung der Politik* aus (vgl. Priester 2012; Eichenauer/Reusswig/Meyer-Ohlendorf et al. 2017).

Welche Verbindungen bestehen nun aber zwischen rechter Ökologie, Rechtspopulismus und Geschlecht und welche Analyse- und Dekonstruktionspotenziale ergeben sich daraus? Zum einen hängen rechtspopulistische und rechtsideologisch aufgeladene Haltungen bezüglich ökologischer Themen direkt mit Antifeminismen zusammen. So zeigen Untersuchungen, dass Verbindungen zwischen rechten umweltpolitischen Einstellungen und bestimmten Ausprägungen von Männlichkeiten bestehen, bspw. der *petromasculinity* (Daggett 2018) oder den *industrial masculinities* (Hultman/Björk/Viinikka 2019). Zum anderen verbindet sich in der Kategorie Natur ein zentraler Bezugspunkt sowohl für Argumentationen rechter Ökologie als auch für Konstruktionen von Geschlecht. Natur spielt nicht nur generell bezüglich ökologischer Themen eine große Rolle, sondern fungiert gleichzeitig als wesentliche Ordnungskategorie in rechten Weltanschauungen, über die gesellschaftliche Zusammenhänge naturalisiert werden. Deshalb ist die Frage nach dem jeweils zugrundeliegenden Naturverständnis und seinen Verbindungen mit anderen Kategorien wie bspw. Nation oder Heimat für die Dekonstruktion von Narrativen rechter Ökologie von großer Bedeutung. Die Geschlechterforschung und feministische Wissenschaftskritik bieten hier eine breite Denktradition, Naturalisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse und Ver-

knüpfungen zwischen Natur- und Geschlechtskonstruktionen zu analysieren und zu kritisieren. Arbeiten aus dem Forschungsbereich Natur-Gesellschaftsbeziehungen verweisen auf die gesellschaftliche Ko-Konstruktion von Natur und Weiblichkeit, die durch wechselseitige Bedeutungszuschreibungen hergestellt wird (u.a. Mellor 1998; Merchant 1989). Die Bedeutungen, die Frauen und Natur zugewiesen werden, folgen dabei oft gleichartigen Rationalitäten, sodass sie als gegenseitig stabilisierendes Unterordnungsverhältnis wirken (u.a. Weber 2007; Mann 2011). Katz und Mölders (2013) halten hierzu fest: »In der Konstruktion als zu erobernde, unentdeckte und unbewohnte Wildnis wird Natur zur Jungfrau, [...] eine Natur, die in Abhängigkeit gebracht und dann als abhängig geschützt werden muss« (ebd.: 272). So werden einerseits hierarchische Geschlechterverhältnisse in Bezugnahme auf Natur legitimiert und naturalisiert und andererseits Gesellschafts-Naturbeziehungen vergeschlechtlicht. Bei der Dekonstruktion dieser Geschlecht-Natur-Bezüge stehen die Dichotomien Natur/Kultur, Frau/Mann und Schutz/Nutzen sowie ihre strukturellen Gemeinsamkeiten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Dabei wird die Schutzwürdigkeit der Natur als vergeschlechtlichte Naturkonstruktion analysierbar. Arbeiten aus der sozial-ökologischen Nachhaltigkeitsforschung verweisen zudem auf die Prozesshaftigkeit dieser gegenseitigen Bedeutungszuschreibungen, sowohl in diskursiven als auch materiellen Herstellungspraktiken von Natur und Geschlecht (vgl. Scheich 1993; Pöferl 2001; Weber 2007). Sie arbeiten heraus, inwiefern die performative Herstellung von Geschlecht und Natur wechselseitig miteinander verwoben sind (vgl. Katz 2011; Katz/Mölders 2013). Diese Perspektiven ermöglichen es somit, gegenseitig stabilisierende Bezüge zwischen rechtsideologischen Zuschreibungen zu Natur und der Reproduktion essenzialistischer Vorstellungen von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Nation in Naturschutzpraktiken und -konzepten sichtbar zu machen. Analysen aus Geschlechterperspektiven können so die Zusammenhänge zwischen rechten Natur- und Heimatkonzeptionen, die Natur und Heimat als unberührte, identitätsstiftende und organische Einheit konstruieren, und Schutznarrative vor »dem Fremden« darlegen, die wiederum ein Einfallstor für national-identitäre, antipluralistische, rassistische und eugenische Argumentationen bieten.

Bisher gibt es nur vereinzelte Arbeiten, die diese Analysen der Geschlechterforschung darauf anwenden, um rechtsideologische Narrative und ihre jeweiligen Natur- und Heimatkonstruktionen zu dekonstruieren (u.a. Sauer 2017; Kapitza 2020). Im vorliegenden Beitrag zeigen wir, welche produktive Analytik die Kategorie Geschlecht bereithält, indem wir die Argumentationen

von Windkraftgegner:innen im Reinhardswald aus Geschlechterperspektive in Hinblick auf Argumentationsmuster rechter Ökologie und Rechtspopulismus untersuchen.

3. Forschungsdesign und Methode

Die empirische Untersuchung des Beitrags basiert auf einer Ex-post-Analyse der qualitativen Interviewstudie zum in Planung befindlichen »Windpark Reinhardswald«, die im Rahmen des DFG-geförderten Forschungsprojektes »Räumliche Transformationsprozesse der Energiewende – Planungsbezogene Analyse- und Gestaltungspotenziale der Geschlechterforschung« durchgeführt wurde (vgl. Dannenberg/Muhr i. d. B.). Im Folgenden werden die Untersuchungsregion mit ihren empirischen Besonderheiten (3.1) und die Methoden der Untersuchung (3.2) vorgestellt.

3.1 Untersuchungsregion Reinhardswald

Der Reinhardswald ist ein Mittelgebirge des Weserberglands im Landkreis Kassel in Nordhessen. Naturschutzfachlich gelten insbesondere die alten Hutewälder im Reinhardswald als wertvoll (Wolbeck/Gruber/Mölder 2023), darüber hinaus wird die Region als vermeintlicher Schauplatz der Märchen der Gebrüder Grimm als »Märchenwald« touristisch vermarktet (Hahne/Kahl/Grebe et al. 2013).

Die »Windparkgesellschaft Reinhardswald«⁴ plant auf den Flächen Langenberg und Farrenplatz seit 2012, 20 Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von insgesamt ca. 100 MW zu errichten. Im Februar 2022 war der Bau von 18 der Anlagen genehmigt worden (Regierungspräsidium Kassel 2022), wurde jedoch im Mai 2022 nach Klage eines Umweltverbands durch das Verwaltungsgericht Kassel gestoppt (Hessischer VGH 2022).

Als Reaktion auf die Planung des Windparks hat sich im Reinhardswald bereits 2012 ein Protest- und Aktionsbündnis aus regionalen Vereinen, Bürgerinitiativen und engagierten Einzelpersonen gegen den Bau der Wind-

4 Die Windparkgesellschaft setzt sich zusammen aus einem regionalen Netzbetreiber, zwei regionalen Stadtwerken sowie der »Energiegenossenschaft Reinhardswald«, in der vier Anliegerkommunen sowie ein Privatunternehmer Mitglied sind.

kraftanlagen zusammengeschlossen.⁵ Das »Aktionsbündnis Märchenland« organisiert u.a. Protestmärsche, Demonstrationen und Spendenaufrufe und hat seinen Ursprung in vorangegangenen Protesten in der Region, die sich u.a. dagegen gerichtet hatten, eine Ableitung und entsprechende Speicherbecken für Salzabwässer der Kali- und Salzförderung anzulegen. In der Vergangenheit hat es jedoch immer wieder Versuche politischer Aneignung der Proteste durch rechtspopulistische und extrem rechte Gruppierungen gegeben u.a. durch die AfD⁶ und ihre Jugendorganisation, die Junge Alternative (JA)⁷. Diese Vereinnahmung des Konflikts durch extrem rechte Gruppen schreibt sich auch in einem erhöhten Gefahrenpotenzial und handfesten Bedrohungsszenarien für lokale Akteur:innen der Energiewende im Reinhardswald fort: »Auch wenn ich weiß, ich riskiere Morddrohungen mehrfach, schriftliche Morddrohungen von Reichsbürgern, anonyme Briefe, die [...] meinen Familienmitgliedern Sippenhaft androhen usw. Trotzdem würde ich nichts anders machen, also diese bösen Briefe haben wir alle bekommen. Das ist erschreckend« (Rz: 654–657). Das »Aktionsbündnis Märchenland« distanziert sich öffentlich von jeglicher parteipolitischen Vereinnahmung und macht deutlich, dass sich die Windkraftgegner:innen »an großpolitischen und ideologischen Richtungskämpfen« nicht beteiligen und »diese insgesamt für überaus kontraproduktiv« halten.⁸

Im Kontext von Konflikten räumlicher Transformationsprozesse der Energiewende und rechter bzw. rechtspopulistischer Aneignung kann der Reinhardswald mithin als exemplarische Untersuchungsregion gelesen werden. Denn erstens sind die Auseinandersetzungen um die Genehmigung und

5 Bei dem Aktionsbündnis handelt es sich um einen heterogenen Zusammenschluss von Gruppen und Menschen, über die nur schwer verallgemeinerte Aussagen getroffen werden können. Dies ist auch keineswegs unser Anliegen in diesem Beitrag. Wir halten es jedoch für sinnvoll, zentrale Argumentationen und Narrative herauszuarbeiten und aufzuzeigen, inwieweit sie rechtspopulistische Argumentationsmuster und Narrative rechter Ökologie übernehmen oder für diese Anknüpfungspunkte bieten.

6 U.a. AfD-Fraktion im Hessischen Landtag (2022): Mensch & Natur vor Klimaschutz schützen! Keine Windkraft im Reinhardswald! Online unter: https://afd-fraktion-hessen.de/wp-content/uploads/2022/02/Broschuere_A5_WKA.pdf (10.03.2024).

7 Kampagnenvideo Junge Alternative »Märchenwald muss bleiben«, Online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=xeYVazkXnfw> (10.03.2024).

8 Pressemappe des Aktionsbündnis »Rettet den Reinhardswald«, online unter: https://rettet-den-reinhardswald.de/wp-content/uploads/2022/02/220203_v2Pressemappe-Reinhardswald-.pdf (07.04.2024).

den Bau des Windparks stark polarisiert und der Reinhardswald zeigt sich sowohl als Raum rechtspopulistischer als auch extrem rechter Mobilisierungs- und Vereinnahmungsversuche. Zweitens versprechen die verschiedenen Zuschreibungen und entsprechenden Hierarchisierungen von Wäldern als Orten des Landschafts-, Natur- und Artenschutzes, des Klimaschutzes oder der Energieproduktion insbesondere auf analytischer Ebene in der Verbindung mit Geschlechterperspektiven neue Erkenntnisse in Bezug auf die Raum- und Landschaftswirkung und das damit verbundene Konfliktpotenzial von erneuerbaren Energien.

3.2 Methoden

Grundlage der Untersuchung bilden insgesamt 14 qualitative leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen, die im Kontext ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres zivilgesellschaftlichen Engagements an den (Planungs-)Prozessen zum Windpark im Reinhardswald beteiligt waren bzw. sind. Die Interviews wurden im Zeitraum von Juli bis September 2022 vor Ort und online per MS Teams durchgeführt und anschließend pseudonymisiert und transkribiert. Dieser Beitrag fokussiert die Ex-post-Analyse der Interviews, die sich explizit gegen den Bau der Windkraftanlagen im Reinhardswald aussprechen. Die Interviews wurden anhand einer Rekonstruktionsanalyse (Kruse 2014) ausgewertet, ergänzend dazu wurde auch weiteres Material des Aktionsbündnisses (Homepage, Pressemappe etc.) herangezogen. Ziel der Analyse war es, auf einer sprachlichen und thematischen Ebene des Interviewmaterials Argumentationen und Relevanzsysteme der Interviewpartner:innen herauszuarbeiten und zu Narrativen gegen den Bau der Windkraftanlagen im Reinhardswald zu verdichten. Theoretischer Bezugsrahmen der Analyse bilden die vier Geschlechterperspektiven (Geschlecht als Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie sowie als epistemologische Kategorie) und ihre jeweiligen Rationalitäten (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.), die mit den herausgearbeiteten Fluchtpunkten rechter Ökologie und rechtspopulistischer Argumentationen verknüpft werden.

4. Argumentationen von Windkraftgegner:innen und potenzielle Anschlüsse an rechte Narrative

In den untersuchten Interviews zeigen sich zu Narrativen verdichtete Argumentationen der Windkraftgegner:innen, die Anknüpfungspunkte an Argumentationsmuster rechter Ökologie bieten und so ein Einfallstor für rechte Vereinnahmungen darstellen. Dazu zählen der Rekurs auf den Schutz der Heimat und heimischen Landschaft (4.1), die Betonung der Ursprünglichkeit und Unberührtheit von Natur (4.2) sowie die Abgrenzung von Naturschutzargumentationen gegenüber Klimaschutzpolitiken (4.3).

4.1 Schutz der Heimat und heimischen Landschaft

Ein Narrativ der Windkraftgegner:innen rekurriert auf Heimat und konstruiert die heimische Landschaft als identitätsprägend und bedeutsam: »Wo unsere Kinder, wo unsere Jugend mit der Familie wohnt – da spielt die Landschaft eine große Rolle [...]. Das ist für uns ein wichtiger Lebensinhalt« (Rx: 116–119). Die Bedeutung und Einzigartigkeit des Reinhardswalds wird dabei auf verschiedenen Ebenen hervorgehoben. So wird erstens auf die kulturelle und symbolische Bedeutung des Reinhardswalds als »Märchenwald« Bezug genommen u.a. mit Hinweisen auf seine Verwunschenheit: »Jedenfalls lag der Reinhardswald im Dornröschenschlaf« (Rx: 206f.). Zweitens wird auf die große Bedeutung der historischen wirtschaftlichen Nutzung des Reinhardswalds verwiesen, bspw. auf den Viehtrieb in den Hutewäldern: »Und diese Wirtschaftsprozesse, verbunden mit immensen sozialen Prozessen, sind ganz stark in die Geschichte des Waldes, in die Nutzungsgeschichte eingebunden« (Rx: 415–417). Insbesondere nach der Öffnung des Waldes für den Publikumsverkehr in den 1990er Jahren habe sich der Reinhardswald »im Ranking der deutschen Waldgebiete« (Rx: 227f.) zum »Schatzhaus der europäischen Wälder« (Rx: 229) entwickeln können. Heute stelle die Landschaft des Reinhardswalds einen wichtigen Standortvorteil und touristischen Wert für die Regionalentwicklung dar, um Problemstellungen wie dem demographischen Wandel und fehlender Infrastruktur zu begegnen:

»Wie kann die Zukunft aussehen? Demographischer Wandel, hier ist wenig los mit Industrie, [...] das heißt, Tourismus spielt eine Rolle. Wie kriegt man Familien hierher, warum zieht hier jemand hin, weit weg von [...] Autobahnanbindung? Der tut das natürlich wegen der Natur! Und deswegen hat na-

türlich auch diese Optik, das, was es ausmacht, an Sound und so weiter, eine Bedeutung.« (Ry: 159–165)

Die Windkraftgegner:innen nehmen demgegenüber stark negativ wahr, wie sich die Landschaft durch den Bau von Windkraftanlagen verändert und beschreiben diese Veränderung als Prozess der Industrialisierung, Verunstaltung und als Angriff auf die Heimat: »Wenn ich in meine Heimat fahre [...], dann habe ich in den letzten 35 Jahren gesehen, wie da aus einer Landschaft ein Industrieland gemacht worden ist [...]. Grauensvoll, wie die Dinger da angegriffen haben« (Rx: 85–89). Das als bedrohlich beschriebene »Näherücken« der Windkraftanlagen sei »natürlich für die Landschaft eine unheimliche Belastung« (Rx: 540), dadurch werde »ein ganz wichtiger Träger einer prosperierenden Entwicklung zerstört« (Rx: 460). Der Bau der Windkraftanlagen gefährde nicht nur die Regionalentwicklung, sondern habe *per se* einen Identitätsverlust zur Folge: »Und, egal wo die die ersten [Windkraftanlagen] hinstellen, der Reinhardswald ist dann nicht mehr der Reinhardswald« (Rx: 608–610). Die Probleme der Energieproduktion müssten entsprechend gelöst werden, »ohne die Kostbarkeiten unserer Landschaft [...] wie den Reinhardswald kaputtzumachen« (Rx: 344–360). Es wird deutlich, dass in der Argumentation der Windkraftgegner:innen der Bau von Windkraftanlagen im Wald mit seiner Zerstörung verbunden bzw. gleichgesetzt wird.

Das Narrativ, die Heimat vor der Zerstörung durch den Bau von Windkraftanlagen zu schützen, verweist auf ein Naturschutzverständnis, das auf den Schutz landschaftlicher Eigenart zielt und eng mit kulturellen Idealen verbunden ist – wie der Wertschätzung von Tradition und Landschaft als ästhetisch-symbolischem Gegenstand (vgl. Kirchhoff 2015). Darin zeigt sich eine konzeptionelle Nähe zu Argumentationen rechter Ökologie und des völkischen Naturschutzes. Völkische Naturschutzargumentationen laden Heimat ideologisch auf und verstehen Heimat als bestimmte Beziehung des Menschen zum natürlichen Raum, die es zu schützen gilt, da sie die Persönlichkeits- und Gesellschaftsstrukturen des ›Volkes‹ unmittelbar determiniere (ebd.: 82f.). So wurde im Nationalsozialismus die Verbindung des Volks zum Wald als »ewige Schicksalsgemeinschaft« (FARN 2019b: 8) beschworen, ohne die das deutsche Volk nicht überleben könne. Vor diesem Hintergrund bietet das Argument der Windkraftgegner:innen, der Reinhardswald, verstanden als ihre Heimat, werde durch den Bau von Windkraftanlagen zerstört, Anknüpfungsmöglichkeiten für extrem rechte Akteur:innen. Dies zeigt sich bspw. in konkreten Aneignungsversuchen der JA, die konservative Naturschutzargumentatio-

nen »im Sinne des Heimatschutzes« aufladen und den Reinhardswald als sinnbildlichen Ort »für den deutschen Mythos Wald« stilisieren.⁹ Geschlechterperspektiven können in Bezug auf völkische Argumentationen deutlich machen, wie Konstruktionen von Heimat und Nation bzw. des ›Eigenen‹ in Abgrenzung gegenüber dem ›Fremden‹ auch in Kontexten von Energiewendebatten Ausschlüsse und Abwertungen (re)produzieren und verstärken.

4.2 Ursprünglichkeit und Unberührtheit der Natur

Ein weiteres Narrativ der Windkraftgegner:innen weist enge Parallelen zum Narrativ des Schutzes der Heimat und heimischen Landschaft auf, widerspricht diesem aber teilweise. Denn der Reinhardswald wird hier – im Gegensatz zur heimischen Landschaft, die aus einer besonderen Nutzungsgeschichte hervorgegangen ist – als Naturraum beschrieben, der sich durch seine Ursprünglichkeit, Unzerschnittenheit und Unberührtheit auszeichnet:

»Der Reinhardswald ist seit Anfang der 2000er Jahre schon immer das Objekt der Begierde gewesen [...]. Hier haben wir ungefähr 200 km² Fläche, die ist [...] fast nicht durchschnitten, [...] es gibt keine Autobahn, es gibt keine Siedlung [...], es gibt keine Eisenbahntrasse, es gibt keine Stromtrasse. Es ist ein extrem störungsarmer Raum [...], einer der wenigsten besiedelten Räume Deutschlands.« (Ry: 33–40)

Die Beschreibung des Reinhardswalds als »Objekt der Begierde« im Zusammenhang mit Verweisen auf seine vermeintliche Unberührtheit, die als Begründung seiner Schutzwürdigkeit und -bedürftigkeit herangezogen wird, ist insbesondere aus Geschlechterperspektive kritisch zu betrachten, denn sie verweist auf geschlechtlich kodierte Zuschreibungen, die Frauen und Natur gleichermaßen treffen: Beide werden als besonders begehrenswert bzw. schutzwürdig bewertet, wenn sie möglichst jungfräulich, rein und unberührt sind (Mann 2011). Solche geschlechtlich kodierten Zuschreibungen auf Natur bergen die Gefahr der Naturalisierung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge sowie der Essenzialisierung von Geschlechterverhältnissen.

9 Zitiert aus dem Statement des JA-Bundesvorsitzenden Carlo Clemens zu den Protesten der JA »gegen die Abholzung von weiten Teilen des Reinhardswaldes in Nordhessen« am 26.03.2022. Online unter: [https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/\(15.03.2024\)](https://afdkompakt.de/2022/03/29/junge-alternative-protestiert-gegen-abholzung-des-grimmschen-maerchenwaldes/(15.03.2024)).

sen und bieten so Anknüpfungspunkte für rechte und antifeministische Argumentationsmuster (Kapitza 2021).

Gleichzeitig wird über die enorme Größe der Flächen sowie ihre Unzerschnittenheit die Schutzwürdigkeit und der ökologische Wert des Reinhardswalds argumentiert, der sich u.a. im Vorkommen besonders schützenswerter Tierarten wie Kranich oder Wildkatze zeigt. Als weiteres zentrales Argument für die Schutzwürdigkeit des Reinhardswalds wird immer wieder seine Ruhe und extreme Störungsarmut betont: »Das ist geräuscharm! Hier hören Sie nichts! Absoluter Ruheraum, das sind die Qualitätsmerkmale« (Rx: 278f.). Auffällig ist dabei jedoch, dass die Windkraftgegner:innen die Unberührtheit und Störungsarmut im Wesentlichen durch die Abwesenheit des Menschen und von ihm geschaffene Infrastrukturen argumentieren, bspw. große Straßen oder Hochspannungsleitungen. Dass der Zustand des Waldes durch forstwirtschaftliche Nutzungen in Monokultur, klimawandelbedingte Trockenheit oder Sturmschäden kaum als ungestört bezeichnet werden kann, thematisieren die Windkraftgegner:innen in diesem Zusammenhang jedoch nicht. Sie beschreiben den Bau der Windkraftanlagen demgegenüber als »Eingriff in den Wald« (Rx: 135) und »ökologisch totale Vollkatastrophe« (Ry: 243) mit fatalen Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt: »Der Wald ist eine Einheit, weit mehr als die Summe seiner Bäume [...]. Wenn Sie heute im Wald irgendwas machen, greifen Sie das Ökosystem Wald an« (Rx: 136–138). Durch die besondere Schwere des Eingriffs beim Bau der Windkraftanlagen würden darüber hinaus ökologisch wertvolle Böden zerstört und der Reinhardswald als »uralter historischer Waldstandort« (Ry: 286) belastet.

Das Narrativ der Zerstörung ursprünglicher und unberührter Natur durch den Bau von Windkraftanlagen weist Anknüpfungspunkte zu Argumentationsmustern rechter Ökologie auf. Eine konzeptionelle Nähe zu organisistischem Denken macht die Argumentationen besonders anschlussfähig. In dieser Vorstellung gilt das Eindringen von »Fremdem« als grundsätzlich problematisch, da es durch die fehlende Beteiligung an koevolutionären Entwicklungs- und wechselseitigen Anpassungsprozessen zur Zerstörung von Ökosystemen führen könne. In der Argumentation der Windkraftgegner:innen wird den Windkraftanlagen ein ähnliches Zerstörungspotenzial zugeschrieben, wie es in organisistischen Naturschutzauffassungen bspw. für gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten angenommen wird. Die Vorstellung, unberührte Natur werde durch den Bau von Windkraftanlagen zerstört, reproduziert gleichzeitig ein statisches Naturverständnis, das die Veränderungs- und Anpassungsfähigkeit von Ökosystemen systematisch

unterschätzt. Indem in den Argumentationen der Windkraftgegner:innen das Schutzideal einer ursprünglichen, unberührten und zum Teil statischen Natur ins Zentrum gerückt wird, öffnen sich Anknüpfungsmöglichkeiten an Narrative rechter Ökologie und antifeministische Argumentationen, die Natur und Geschlecht essenzialisieren und an starren gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnissen festhalten (Kapitzka 2021).

4.3 Abgrenzung von Naturschutzargumentationen gegenüber Klimaschutzpolitiken

Ein drittes Narrativ der Windkraftgegner:innen, das mögliche Anknüpfungspunkte an Argumentationen rechter Ökologie aufweist, ist die Abgrenzung der eigenen, vor allem naturschutzfachlichen Argumentationen, die auf den Schutz des Waldes bzw. Artenschutz zielen, zu den Debatten um Klimaschutz und Energiewende:

»Es geht uns um den Wald [...]. Diese ganze Energiewendethematik, die können wir gar nicht lösen und nicht durchdringen. Was wir aber durchdringen können, ist, was dieser Wald ist, was das Besondere ist. Was an diesem speziellen Bereich auch naturschutzfachlich wertvoll ist [...]. Und unabhängig davon, was da geplant wird oder noch werden wird, ist eigentlich der Konsens gewesen, dieser Wald ist dafür nicht geeignet. Deswegen haben wir eigentlich auch immer gesagt, wir wollen uns gar nicht einmischen in diese Klimadebatte.« (Ry: 49–58)

In dieser Logik wird der Schutz des Waldes gegenüber Fragen der Energieproduktion priorisiert: »Windenergie ist ja gut und schön. Wir sind auch gegen Braunkohle und so weiter. Aber wir können doch die Wälder nicht kaputt machen dabei!« (Rx: 340–341) In den Argumentationen der Windkraftgegner:innen bilden die Themen Klimawandel, Klimaschutzmaßnahmen und Energiewende eine weitgehende Leerstelle und bleiben unverbunden zu Argumentationen des Natur- und Artenschutzes. Zwar wird die Existenz des anthropogenen Klimawandels von den Vertreter:innen des Aktionsbündnisses nicht – wie in der extremen Rechten weitgehend verbreitet – infrage gestellt oder gar geleugnet. Es besteht sogar ein allgemeiner Konsens darüber, dass Maßnahmen zum Schutz des Klimas ergriffen werden müssen. Mit der Abgrenzung von den Debatten um Klimaschutz und Energiewende findet jedoch eine Entpolitisierung der Aushandlung von Schutzwürdigkeit

von Naturen statt: Der Reinhardswald soll aufgrund seiner naturräumlichen und ökologischen Ausstattung geschützt werden, da diese einen Wert *an sich* darstelle. Damit werden prädiskursive Vorannahmen über den Wert und die Schutzwürdigkeit bestimmter Naturen getroffen, die gesellschaftlich als nicht verhandelbar gesetzt werden. Vor dem Hintergrund der Klimakrise und ihrer zu erwartenden massiven gesellschaftlichen Auswirkungen ist es jedoch besonders notwendig, das Verhältnis zwischen Natur- bzw. Artenschutz und Klimaschutz anhand konkreter Beispiele der Umsetzung der Energiewende intensiv zu diskutieren und zu konkretisieren. Die Leerstellen bezüglich Klimaschutz und Energiewende in den Argumentationen der Windkraftgegner:innen werden zum Einfallstor für rechte Klimawandelleugnung sowie dafür, Klimaschutzpolitiken und -maßnahmen zu verzögern bzw. zu verhindern (vgl. Ekberg/Forchtner/Hultman et al. 2023). Die tatsächliche Anknüpfung zeigt sich entsprechend exemplarisch in den Vereinnahmungsversuchen der JA, in der »Grimms Märchenwald« als Opfer der »schwarzgrünen Energiewende« konstruiert wird, bei der »[e]chte Natur« vernichtet werden solle, »um dem Klimawahn Platz zu machen«.¹⁰

Die Analyse zeigt darüber hinaus, dass die Windkraftgegner:innen einige Elemente populistischer Argumentationsmuster nutzen – insbesondere vereinfachte Elitenkritik –, um ihre Position zu artikulieren. So kritisieren sie vor allem die Landesregierung, aber auch die Regionalplanung, massiv und unterstellen teilweise Fehler in demokratisch legitimierten Verfahren:

»Wie gesagt, wenn man hier tiefer gräbt, an manchen Stellen kommen viele Fragen auf. Und diese [...] Gutsherrenart im Grunde, über die Menschen hinweg. Sie sagen natürlich, das ist alles demokratisch legitimiert. Das ist alles in der Regionalplanung so besprochen worden. Und faktisch ist über diese Eingaben hinweggegangen worden.« (Ry: 694–698)

Gleichzeitig findet sich in den Argumentationen der Windkraftgegner:innen Kritik an vermeintlichen Sprachverboten oder der fehlenden politischen Repräsentation der eigenen Interessen. Dies habe zu einem Zusammenschluss im Aktionsbündnis mit dem Ziel der Vertretung der schweigenden Mehrheit geführt: »Wir haben Sprachregelung. Wir stehen mutterseelenallein. Und das hat mich auch zu den Bürgerinitiativen geführt« (Rx: 586–587). Hier lässt sich ein vereinfachter Antagonismus zwischen Politik/Elite und der Bevölkerung

10 Quellenverweis: siehe Fußnote 9.

erkennen, durch den eine populistische Polarisierung hergestellt wird. Auf Basis des Interviewmaterials ist diese Struktur der Argumentation vorerst als populistisch zu identifizieren, nicht unbedingt als rechtspopulistisch, da typische rechtspopulistische Elemente fehlen, wie bspw. Antipluralismus und Anti-Intellektualismus.

5. Fazit

Die Analyse der Narrative der Windkraftgegner:innen im Reinhardswald zeigt, dass die Argumentationen für den Erhalt der Heimat und heimischen Landschaft sowie für den Schutz einer vermeintlichen Ursprünglichkeit der Natur über die Heimat- und Naturkonzeptionen, die darin zum Tragen kommen, Anknüpfungspunkte für Narrative rechter Ökologie bieten. Zudem bietet das Ausspielen von Naturschutz- gegen Klimaschutzpolitik ein Einfallstor für rechtspopulistische und extrem rechte Argumentationen. Auch finden sich Elemente populistischer Elitenkritik, ohne jedoch antipluralistisch aufgeladen zu sein.

Vor dem Hintergrund der rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungsversuche im Reinhardswald erscheinen die herausgearbeiteten Anknüpfungspunkte für rechte Argumentationen sowie die populistischen Argumentationsstrategien vor allem brisant, weil sie ideologisch unvollständig sind. So lesen wir die Narrative der Windkraftgegner:innen zwar nicht *per se* als rechtsideologisch oder rechtspopulistisch, aber dennoch – vor allem angesichts der aktuellen Situation im Reinhardswald – als Einfallstor für rechte Mobilisierungsversuche und Vereinnahmungen. Ideologisch unvollständige oder widerstreitende Argumentationen bieten die Möglichkeit, von rechts aufgegriffen und entsprechend inhaltlich angereichert zu werden sowie zu einer rechten Diskursverschiebung beizutragen. Hier stellt sich zunehmend die Frage: Welche Rolle kann oder muss eine demokratisch ausgerichtete Regionalplanung einnehmen? Brauchen Planungsprozesse neben prozeduralen Partizipationsprozessen auch stärkere demokratiebildende Elemente? Wo stößt Planung hier an ihre Grenzen?

Die Analyse der Interviews verweist zudem auf die Problematik, berechtigte Kritik an Maßnahmen der Energiewende klar abgrenzbar von rechtsideologischen oder verschwörungsideologischen Argumentationen artikulieren zu können (hierzu auch Bell/Daggett/Labuski 2020). Für Überlegungen zu möglichen Strategien gegen die vermehrte rechte Vereinnahmung von Windkraft-

gegner:innen könnte dies bspw. bedeuten, das Thema Suffizienz und soziale Gerechtigkeit im Zusammenhang einer global angelegten Klimapolitik vor Ort zu stärken.

Geschlechterperspektiven bieten eine produktive Analytik, um Argumentationsmuster rechter Ökologie in Bezug auf zugrundeliegende Natur- und Heimatverständnisse sowie Naturalisierungen gesellschaftlicher Verhältnisse zu dekonstruieren. Eine Leerstelle zeigt sich jedoch bezüglich rechtspopulistischer Narrative, die sich jenseits von bspw. antipluralistischen und antifeministischen Argumenten artikulieren. Wir schließen daraus, dass es notwendig ist, den analytischen Rahmen durch zentrale Merkmale des Rechtspopulismus zu ergänzen. Darüber hinaus gewinnen ergänzende Analysen zunehmend an Bedeutung, um »wahre« und »falsche« Informationen im Kontext von *post-truth* und verschwörungsideologischen Tendenzen zu überprüfen. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit einer sozial-gerechten Klimapolitik und Energiewende einerseits sowie dem Erstarken des organisierten Rechtspopulismus andererseits macht dieser Beitrag abschließend deutlich, dass es sinnvoll und wichtig ist, die Argumentationen und Interessen verschiedener Akteur:innen kontextspezifisch zu analysieren sowie kritisch in Bezug auf gesellschaftliche Machtverhältnisse und politische Hegemonien einzuordnen.

6. Literatur

- Bell, S. E.; Daggett, C.; Labuski, C. (2020): Towards feminist energy systems: Why adding women and solar panels is not enough. In: *Energy Research & Social Science* 68, 101557.
- Daggett, C. (2018): Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. In: *Journal of International Studies* 47 (1), 25–44.
- Eichenauer, E.; Reusswig, F.; Meyer-Ohlendorf, L. et al. (2017): Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen. In: Kühne, O.; Weber, F. (Hg.): *Bausteine der Energiewende*. Wiesbaden, 633–652.
- Ekberg, K.; Forchtner, B.; Hultman, M. et al. (2023): *Climate Obstruction. How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet*. Oxon, New York.
- Eser, U. (1999): *Der Naturschutz und das Fremde: Ökologische und normative Grundlagen der Umweltethik*. Frankfurt a.M.

- FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.) (2019a): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung. <https://www.nf-farn.de/rechtsextreme-ideologien-natur-umweltschutz> (22.03.2024).
- FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hg.) (2019b): Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen. Ein Leitfaden. https://www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_leitfaden_wenn_rechtsextreme_von_naturschutz_reden.pdf (18.03.2024).
- Franke, N. M. (2012): Gegen das Fremde, nicht nur im Garten. Die Neobiota-Diskussion als Einfallstor für Rechtsextreme: In: Politische Ökologie 30 (131), 78–84.
- Hahne, U.; Kahl, C.; Grebe, C. et al. (2013): Klimaanpassung und Tourismus – (K)ein Thema für Nordhessen? In: Roßnagel, A. (Hg.): Regionale Klimaanpassung. Herausforderungen – Lösungen – Hemmnisse – Umsetzungen am Beispiel Nordhessens. Kassel, 239–266.
- Hessischer VGH (Hg.) (2022): Beschluss vom 11.05.2022 – 9 B 234/11.T. <https://openjur.de/u/2396252.ppdf> (25.03.2024).
- Hultman, M.; Björk, A.; Viinikka, T. (2019): The Far Right and Climate Change Denial. In: Forchtner, B. (Hg.): The Far Right and the Environment. Politics, Discourse and Communication. London, New York, 121–135.
- Jahn, T.; Wehling, P. (1991): Ökologie von rechts: Nationalsozialismus und Umweltschutz bei den Neuen Rechten und den »Republikanern«. Forschungstexte des Instituts für sozial-ökologische Forschung. Frankfurt a.M., New York.
- Kapitza, K. (2020): Neobiota, Nazis und die Angst vor »Überfremdung«: (Re)produktionstheoretische Überlegungen zu Rechtsextremismus und Naturschutz. In: Mölders, T.; Thiem, A.; Katz, C. (Hg.): Nachhaltigkeit (re)produktiv denken – Pfade kritischer sozial-ökologischer Wissenschaft. Opladen, 117–125.
- Kapitza, K. (2021): Projektionsfläche Neobiota. Antifeministische Denkfiguren in der Konstruktion »fremder Natur/en«. In: Sigl, J.; Kapitza, K.; Fischer, K. (Hg.): Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft. Hamburg, 69–85.
- Katz, C. (2011): Im Wald: Doing Gender while Doing Nature. Geschlechteraspekte der Gestaltungspraktiken eines Naturraums. In: Scheich, E.; Wagens, K. (Hg.): Körper, Raum, Transformation. Gender-Dimensionen von

- Natur und Materie. Forum Frauen- und Geschlechterforschung 32. Münster, 61–94.
- Katz, C.; Mölders, T. (2013): Schutz, Nutzung und nachhaltige Gestaltung. Geschlechteraspekte im Umgang mit Natur. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto, 269–276.
- Kirchhoff, T. (2015): Naturschutz und rechtsextreme Ideologien. Abgrenzung im Hinblick auf das Ideal landschaftlicher Eigenart. In: Bundesamt für Naturschutz (Hg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. Bonn, Bad Godesberg, 22–37.
- Kruse, J. (2014): Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz. Weinheim.
- Mann, R. (2011): Gezähmt, wild und unerreichbar. Typische Gedankenbilder über Frauen und Natur. In: ANL/Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (Hg.): Landschaftsökologie. Grundlagen, Methoden, Anwendungen (Laufener Spezialbeiträge). Laufen, 36–40.
- Marg, S.; Herman, C.; Hambauer, V. et al. (2013): »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Marg, S.; Geiges, L.; Butzlaff, F. et al. (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Bonn.
- Mellor, M. (1998): Feminism & Ecology. An Introduction. Washington Square.
- Merchant, C. (1989): The death of nature. Women, ecology, and the scientific revolution. San Francisco.
- Poferl, A. (2001): Doing Gender, Doing Nature? Einführende Bemerkungen zur Intention des Bandes. In: Nebelung, A.; Poferl, A. Schultz, I. (Hg.): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie. Wiesbaden, 9–17.
- Priester, K. (2012): Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 62, 3–9. [https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/\(22.03.2024\)](https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus/(22.03.2024)).
- Regierungspräsidium Kassel (Hg.) (2022): Hintergrundinformation. Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen. Hier: Genehmigung von 18 WKA im Reinhardswald. https://rp-kassel.hessen.de/sites/rp-kassel.hessen.de/files/2022-06/20220309_faq_windkraft_u_wp_reinhardswald_1.pdf (25.03.2024).

- Reusswig, F.; Lass, W.; Bock, S. (2022): Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie. In: Zilles, J.; Drewing, E.; Janik, J. (Hg.): *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt*. Bielefeld, 183–202.
- Sauer, B. (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: *Politische Vierteljahresschrift* 58 (1), 1–20.
- Scheich, E. (1993): *Naturbeherrschung und Weiblichkeit. Denkformen und Phantasmen der modernen Naturwissenschaften*. Pfaffenweiler.
- Veit, K. (2022): »Gender-Ideologie« und »Klimahysterie« – der Natur-Geschlechter-Nexus im rechten und extrem rechten Denken. In: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung* 2 (1/2022), 141–158.
- Weber, I. (2007): *Die Natur des Naturschutzes. Wie Naturkonzepte und Geschlechtskodierungen das Schützenswerte bestimmen*. München.
- Wolbeck, D.; Gruber, J.; Mölder, A. et al. (2023): Die Hutewälder und Triften im Reinhardswald – Zustandserfassung und mögliche Perspektiven. In: *Jahrbuch Naturschutz in Hessen* Band 22/2023, 33–39.

Wie eine suffiziente Mobilitätsplanung die Reduktion von Ungleichheit unterstützen kann

Ein Beitrag aus der gendersensiblen Nachhaltigkeitsforschung und dem Forschungsprojekt SUZANNA

Andrea Amri-Henkel, Yue Zheng, Betriska Lukas

1. Einleitung und Forschungsstand

Der Mobilitätssektor verzeichnete 2019 einen Anteil von rund einem Viertel am Gesamtenergieverbrauch (Statistisches Bundesamt 2023), was seine maßgebliche Rolle bei der Energiewende unterstreicht. Jüngste Erkenntnisse zeigen, dass es nicht ausreicht, allein die Antriebstechnologien umzustellen, um die Klimaziele zu erreichen (Grubler/Wilson/Bento et al. 2018). Vielmehr erfordert es eine Reduktion des Energiebedarfs im Rahmen einer Suffizienzstrategie¹ (Arnz/Krumm 2023). Das Potenzial einer suffizienten Mobilitätsplanung liegt dabei nicht nur im Klimaschutz, sondern auch darin, die soziale Teilhabe zu verbessern, bspw. durch nahräumliche Erreichbarkeit oder durch optimierte Angebote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Basierend auf Befragungsergebnissen des BMWK-geförderten Projekts SUZANNA² lässt sich im

1 Als eine der drei Nachhaltigkeitsstrategien zielt Suffizienz darauf ab, den Ressourcenverbrauch zu reduzieren, indem geübt werden soll, die Bedarfe zu vermeiden oder zu verringern. Wird Suffizienz als kritisch-analytische Kategorie nach von Winterfeld (2011) verstanden, dann lenkt dies den Blick weg von individuellen Verantwortlichkeiten hin zu gesellschaftlichen Zwängen. Dabei ergeben sich bspw. Fragen nach den ökonomischen Zielsetzungen (wie z.B. Wirtschaftswachstum oder Gewinnmaximierung) oder nach Verteilungsgerechtigkeit, da die persönliche finanzielle Lage die Voraussetzungen für Suffizienz beeinflussen kann.

2 FKZ: 03EI5222A-C; Projektpartner: IZES gGmbH, IKEM, arepo GmbH

Folgenden aufzeigen: Eine suffiziente Mobilitätsplanung wird den Mobilitätsbedürfnisse vieler Menschen gerecht.

Geeignete suffizienzpolitische Maßnahmen zu planen, setzt jedoch voraus, zuerst die unterschiedlichen Mobilitätsbedürfnisse und das Mobilitätsverhalten je nach soziodemographischen Faktoren zu verstehen. Es wird zwar regelmäßig zu geschlechtsspezifischem Mobilitätsverhalten geforscht (Spitzner/Hummel/Stieß et al. 2020; Gauvin/Tizzoni/Piaggese et al. 2020; Knoll 2016), gleichzeitig berücksichtigt die Mobilitätsforschung entsprechende Erkenntnisse unzureichend oder verarbeitet sie zu wenig. Aus einer strukturkategorischen Perspektive fehlt es bspw. an Forschung, die die Mobilität im Kontext der Sorgearbeit betrachtet (Fitz/Schwaninger/Spreitzer et al. 2016). Die deutschsprachige Forschung behandelt die Besonderheiten von Familienmobilität insgesamt nur wenig (Manz/Bauer/Herget et al. 2015; Scheiner 2019). Die wohl wichtigste deutsche Datenerhebung »Mobilität in Deutschland« (MiD) erhebt zwar Familienhaushalte, stellt diese in der offiziellen Ergebnisauswertung aber nicht umfangreich dar. Der Modal Split beschreibt die Verkehrsmittelwahl im Verhältnis zur gesamten Verkehrsleistung und zum Verkehrsaufkommen und wird – wie die Wegeketten – für Familienhaushalte nicht separat aufgeführt, sodass die durch Sorgearbeit entstehenden Erfordernisse unsichtbar bleiben³ (Nobis/Kuhnimhof 2018). Sorgearbeit auszuüben, stellt ein maßgebliches Kriterium für die Mobilitätswahl dar (Gilbert/Bendis Lanng/Wind et al. 2022; Murray/Cortés-Morales 2019; Porter/Spark/de Kleyn et al. 2021). Deshalb bleibt eine große gesellschaftliche Gruppe in aktuellen Mobilitätsplanungen und -forschungen zu wenig berücksichtigt.

Auch die Forschung zu nachhaltiger Mobilität in Verbindung mit anderen Ungleichheitskategorien und sozialer Gerechtigkeit findet in der Planung noch zu wenig Berücksichtigung (ARL 2023; Rozynek/Lanzendorf 2023; Rozynek/Mattioli/Aberle 2023). Wichtige Kategorien sind bspw. Migrationshintergrund (Welsch/Conrad/Wittowsky et al. 2014) oder das Alter (Frey/Burger/Dziekan et al. 2020; Rosenbaum 2015). Einige Forschungsarbeiten betrachten den Einfluss des Einkommens auf Mobilität (Blanck/Kreye/Zimmer 2020), bspw. verfügen Personen mit geringerem Einkommen seltener über ein Auto und legen geringere Strecken zurück (Nobis/Kuhnimhof 2018). Von staatlichen Subventionen des Pkws sowie der Priorisierung von Straßenraum in der

3 Eine dahingehende Auswertung wäre grundsätzlich möglich, müsste dann jedoch selbst vorgenommen werden.

Verkehrspolitik profitieren aufgrund dieser Unterschiede einkommensstärkere Haushalte deutlich mehr (ARL 2023; Blanck/Kreye/Zimmer 2020). Auch im ÖPNV schlagen sich Einkommensunterschiede aufgrund der Preisstruktur negativ nieder (Rozynek/Lanzendorf 2023).

Um eine umfassende Teilhabe sicherzustellen, sollte eine suffiziente Mobilitätsplanung daher soziale Differenzierungen aus einer intersektionalen Perspektive berücksichtigen. Dies ermöglicht, Strukturen von Ungleichheit zu analysieren, die ineinandergreifen, voneinander abhängen oder sich gegenseitig verstärken (Winker/Degele 2009).

Dieser Beitrag schließt an die analytischen Zugänge der gendersensiblen Nachhaltigkeitsforschung nach Hofmeister, Katz und Mölders (2013) an und fokussiert die Fragen: Wie unterscheiden sich das Mobilitätsverhalten, die Suffizienzbereitschaft und die Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen (Differenzkategorie)? Welche strukturellen Bedingungen hängen damit zusammen und in welcher Weise sind die unterschiedlichen Gruppen von diesen Strukturen betroffen (Strukturkategorie)? Gleichzeitig stellt sich die Frage: Wie werden strukturelle Bedingungen als sozialer Platzanweiser wirksam und stellen so die soziale Position einzelner Gruppen immer wieder neu her (Prozesskategorie)? Diese Fragen zu beantworten, wird als Voraussetzung dafür interpretiert, entsprechende Strukturen zu transformieren. Hier gilt es, politische Maßnahmen zu entwickeln, die gleichzeitig die Teilhabe für marginalisierte Gruppen verbessern und ein suffizientes Mobilitätsverhalten für alle Menschen ermöglichen.

2. Methode

Die diesem Artikel zugrunde liegende Onlinebefragung trug den Titel: »Wie kann ein gutes Leben innerhalb ökologischer Grenzen gelingen?«. Ziel war es, die Vorstellungen von Menschen darüber zu erfassen, was ein gutes Leben in verschiedenen Handlungsbereichen ausmacht und welche strukturellen Barrieren die Verwirklichung eines solchen Lebens erschweren. Im Fokus steht die Identifikation potenzieller Ansatzpunkte für eine ressourcenschonendere und umweltfreundlichere Lebensweise. Die Auswahl der Befragten ($n = 3.088$) erfolgte mittels einer Quotierung auf sechs Merkmale, die der Wohnbevölkerung im Alter von 16 bis 75 Jahren entsprechen: Geschlecht (männlich/weiblich/divers), Alter, Wohnort, Schulabschluss, Haushalts-Netto-Einkommen und regionale Verteilung. Im Rahmen der Befragung konnten die Teilnehmenden

aus vier Handlungsfeldern wählen: Mobilität, Erwerbsarbeit, Konsum und Wohnen. 489 Befragte wählten das Handlungsfeld Mobilität. Die Auswahl der Handlungsfelder wurde in der Auswertung im Hinblick auf die Quotierungsmerkmale geprüft, sodass keine signifikanten Abweichungen zu verzeichnen sind.

Die Datenauswertung basiert auf dem strukturalistischen Lebensstilbegriff nach Reusswig (2002) und betrachtet, wie soziale Lage (z.B. Einkommen, Geschlecht, Pflege- und Sorgeverantwortung, Migrationserfahrung etc.), grundlegende Wertvorstellungen (z.B. Umweltbewusstsein) und Suffizienzverhalten zusammenhängen⁴. Hierfür werden Korrelationen hinsichtlich ihrer Effektstärke und Signifikanz betrachtet. Des Weiteren werden mittels einer Clusteranalyse Gruppen gebildet. Clusteranalysen zielen darauf ab, Strukturen in den Daten zu identifizieren, indem die standardisierte Distanz als Summe aller variablen-spezifischen Distanzen zwischen zwei befragten Personen berechnet wird⁵ (von der Hude 2020). Auf diese Weise können Personen nach Ähnlichkeiten gruppiert werden, um sogenannte spezifische Suffizienzmilieus herauszuarbeiten.

3. Ergebnisse und Diskussion

Die Befragung erfasst zunächst Barrieren für das Führen eines gleichzeitig umweltfreundlichen und guten Lebens. Diese Barrieren beinhalteten u.a.: fehlendes Einkommen, Zeitmangel, mangelnde Vorbilder, Informationsdefizite, soziale oder familiäre Verpflichtungen⁶ sowie das gesellschaftliche Umfeld. Zudem wurden Anreize von Verhaltensänderungen und deren Ansehen untersucht, wie bspw. eine reduzierte Autonutzung zugunsten nachhaltigerer Verkehrsoptionen.

4 Um die Reliabilität von Konstrukten wie Suffizienzverhalten oder Umweltbewusstsein zu überprüfen, wurden gängige Qualitätstests durchgeführt.

5 Genutzt wird die Metrik »Gower's Distance«, auch bekannt als Koeffizient nach Gower (1971). Ergebnis ist eine Distanzmatrix, die sich mithilfe einer hierarchischen Funktion clustern lässt. Als Fusionierungsmethode wird »Complete-Linkage« (maximaler Abstand der Elementpaare der Cluster) gewählt (von der Hude 2020).

6 Soziale Verpflichtungen sind für Eltern mit Kindern eine Suffizienzbarriere: CramerV = 0.1; p-value = 2.096e-10 (CramerV und Spearman's rho im Nachfolgenden jeweils gerundet).

Insbesondere Personen mit Migrationserfahrung, Frauen und Eltern von minderjährigen Kindern bewerteten Barrieren insgesamt als herausfordernder. Hingegen bewerteten Rentner:innen, Personen der Altersgruppe 65–75 Jahre sowie Berufstätige mit flexiblen Arbeitszeitmodellen die Barrieren insgesamt signifikant niedriger. Dies deutet darauf hin, dass Zeit ein entscheidender Faktor für ein suffizientes Verhalten sein könnte. Der Faktor Zeit wird darüber hinaus von höheren Einkommensgruppen signifikant höher als Barriere und als ausschlaggebender Faktor für die Verkehrsmittelwahl gewertet, während niedrigere Einkommensgruppen das Einkommen als Barriere⁷ und die Kosten als ausschlaggebenden Faktor für die Verkehrsmittelwahl werten.

Personen mit niedrigerem Einkommen gehen häufiger zu Fuß und sind stärker auf den ÖPNV angewiesen, wobei die Beliebtheit dieser Verkehrsmittel unter der Beliebtheit des Autos liegt. Im Gegensatz nutzen Personen mit höherem Einkommen anteilig öfter das Auto, das auch hier das beliebteste Verkehrsmittel darstellt, und gehen weniger zu Fuß oder nutzen den ÖPNV. Mittlere und höhere Einkommensgruppen äußern vermehrt den Wunsch, das Fahrrad öfter zu nutzen. Ein Faktor, der aktuell diese Verhaltensänderung verhindert, könnte Zeitmangel sein. Für spezifische Gruppen wie Frauen⁸, Eltern minderjähriger Kinder⁹ und Menschen mit Migrationserfahrung¹⁰ stellt das Einkommen eine signifikant höhere Barriere dar als für den Durchschnitt.

Unabhängig aller Unterschiede wird über alle Gruppen hinweg eine ähnlich hohe Verantwortung bei der Politik gesehen – lediglich bei Frauen ist dies leicht deutlicher ausgeprägt¹¹. 71 % der Befragten stimmen der Aussage »die Politik müsste bessere Voraussetzungen schaffen« eher oder voll zu. Nur 8 % stimmen nicht zu. Neben der Verantwortung der Politik wird das Einkommen mit einer Zustimmung von 72 % als entscheidender Faktor für die Möglichkeit nachhaltigeren Handelns gesehen. Mehr Vorbilder werden dagegen eher nicht als notwendig erachtet, 57 % lehnen diese sogar ab¹². Dies ist insofern interessant, als die Funktion von Vorbildern im Zusammenhang mit klimafreundli-

7 Spearman's rho = -0.1; p-value = 0.0026

8 CramerV = 0.1; p-value = 3.601e-06

9 CramerV = 0.1; p-value = 8.608e-07

10 CramerV = 0.1; p-value = 0.0005

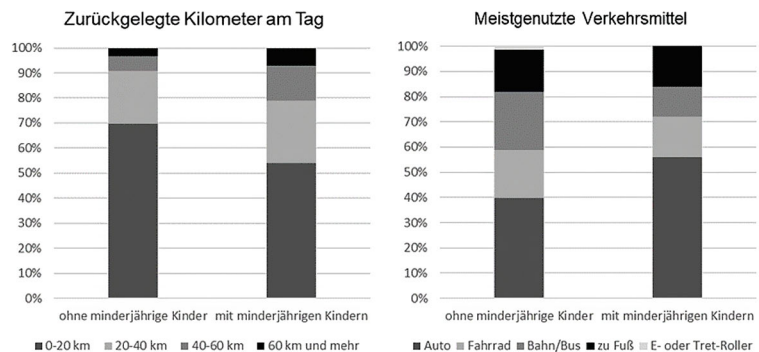
11 CramerV = 0.1; p-value = 0.0011

12 Dies schließt natürlich nicht aus: Die Befragten unterschätzen die Wirkung von Vorbildern, da sie z.T. unterbewusst stattfindet.

chem Verhalten in öffentlichen Debatten eine hohe Priorität genießt – ein Fokus, der individuelle Verantwortung hervorhebt und so von politischer Verantwortung ablenken könnte.

Wie bereits angedeutet, ist Zeit für 52 % der Befragten eine Barriere für umweltfreundliches Verhalten, für immerhin 24 % stellt Zeit aber kein Hindernis dar. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass Erwerbs-¹³ und Sorgearbeit Leistende hier deutlich stärker betroffen sind. Personen mit minderjährigen Kindern nutzen signifikant häufiger das Auto, vermutlich da sie durch Wegeketten im Zusammenhang mit Sorgerverpflichtungen (z.B. Kita – Schule – Erwerbsarbeit) stärker darauf angewiesen sind.

Abbildung 1: Mobilitätsverhalten: Eltern minderjähriger Kinder legen mehr Kilometer zurück und nutzen häufiger das Auto



Quelle: Eigene Darstellung.

Durch Sorgearbeit entstehende Wegeketten führen in den meisten räumlichen Strukturen zu einem erheblichen Zeitnachteil des ÖPNV (Fitz/Schwaninger/Spreitzer et al. 2016). Zeit ist für Sorgearbeit Leistende also eine signifikant höhere Barriere.¹⁴ Besonders betroffen sind auch Alleinerziehende¹⁵ und Pflegende¹⁶. Verschiedene soziale Faktoren können hier zudem

13 CramerV = 0.2; p-value < 2.2e-16

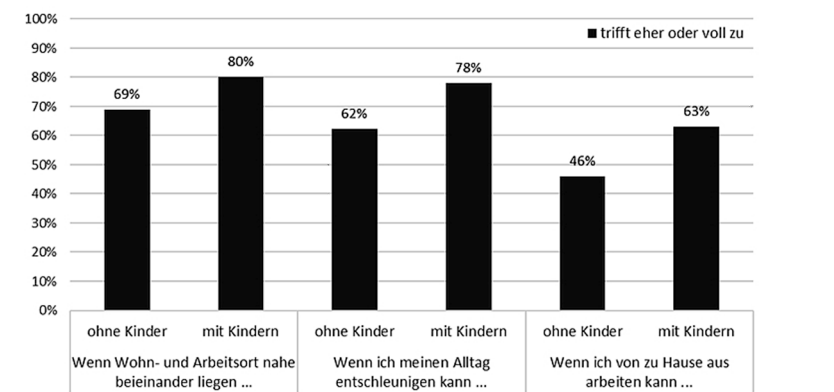
14 CramerV = 0,2, p-value < 2. 2e-16

15 CramerV = 0.1; p-value = 0.012

16 CramerV = 0.1; p-value < 2.1e-6

ineinander wirken und so strukturelle Barrieren verstärken, bspw. Geschlecht und Elternschaft.¹⁷ Sorgearbeit leistende Eltern minderjähriger Kinder wünschen sich signifikant häufiger eine räumliche Nähe zwischen Wohn- und Arbeitsort¹⁸, eine Entschleunigung ihres Alltags¹⁹ sowie die Möglichkeit für Homeoffice²⁰. Entsprechend bestimmen eher Faktoren wie notwendige Wegeketten, Praktikabilität, Sicherheit, Zuverlässigkeit und Distanzen²¹ das Mobilitätsverhalten von Menschen, deren Bedürfnisse im Zusammenhang mit Sorgearbeit stehen (Wege verbinden zu können, z.B. zur Kita und zum Einkaufen). Weniger bestimmend sind im Gegensatz dazu Faktoren wie Spaß am Autofahren, Bewegung oder die Freiheit, immer mobil sein zu können.

Abbildung 2: Eltern minderjähriger Kinder haben andere Mobilitätsbedürfnisse: Was macht für Sie eine hohe Lebensqualität in Bezug auf Mobilität aus?



Quelle: Eigene Darstellung.

17 Zustimmung zu Zeit als Barriere auf einer Likert-Skala von 1 bis 5: männlich ohne Kinder: 3,21; weiblich ohne Kinder: 3,32; männlich mit Kindern: 3,72; weiblich mit Kindern: 3,89, p-value < 0,05
18 CramerV = 0,1; p-value = 0,08
19 CramerV = 0,2; p-value = 0,0007
20 CramerV = 0,2; p-value = 0,005
21 Spearman's rho jeweils > 0,3; Die Erkenntnis stammt aus einer Rangregressions- und Netzwerkanalyse für mobilitätsverhaltensbestimmende Faktoren und Mobilitätsbedürfnisse.

Es liegt daher nahe anzunehmen, dass Geschlecht auch in den Verkehrsmittelpräferenzen eine Rolle spielt. Zwischen Frauen und Männern zeigt sich tatsächlich eine unterschiedliche Verkehrsmittelnutzung und diese lässt sich u.a. durch die genannten Faktoren der überwiegend von Frauen geleisteten Sorgearbeit erklären. Dennoch zeigen sich in der Zustimmung zu autospezifischen Präferenzen (z.B. die Wichtigkeit von »Status« in Bezug auf das Auto oder »Spaß am Autofahren«) bei den befragten Männern zwar leicht höhere Durchschnittswerte, doch die Unterschiede sind nicht signifikant. Allerdings zeigt sich in dieser Hinsicht ein interessantes Ergebnis der Clusteranalyse: Darin wurden 5 Gruppen gebildet, die sich bspw. in ihrem Umweltbewusstsein, in sozialen Faktoren, in ihrer Suffizienzbereitschaft und ihrem Mobilitätsverhalten ähneln. Dabei zeigt sich eine Gruppe, die überwiegend (zu ca. 75 %) aus Männern mittleren Alters in der Familienphase mit mittlerem bis hohem Einkommen besteht und eher materialistische Wertvorstellungen vertritt. Diese Gruppe priorisierte Status in Bezug auf das Auto sowie Spaß am Autofahren am höchsten und Umweltaspekte in Bezug auf Mobilität am niedrigsten. Gleichzeitig bewertete diese Gruppe auch Wertvorstellungen wie »Toleranz und Weltoffenheit«, »Antidiskriminierung« und das »demokratische Gemeinwesen« am niedrigsten. Diese Gruppe empfindet Klimaschutz am ehesten als Bevormundung und zeigt somit zu entsprechenden Maßnahmen die geringste Zustimmung. Hier lassen sich in den Daten Hinweise auf das Phänomen erkennen, das Daggett (2023) als Petromaskulinität²² bezeichnet. Tatsächlich zeigt sich in der Befragung insgesamt ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen der Priorisierung von Antidiskriminierung und dem Wertlegen auf Status beim Auto: Wer gegen Diskriminierung ist, legt also tendenziell eher weniger Wert auf automobilen Status²³. Hier stellt sich aus prozesskategorischer Perspektive vor allem die Frage: Wie kann die Herstellung von Männlichkeit als toxische²⁴ Petromaskulinität eingedämmt werden bzw. wie lässt sich deren Ausbreitung verhindern?

22 Daggett (2023) verweist mit dem Begriff der »Petromaskulinität« auf den Zusammenhang von Rassismus, Autoritarismus, Sexismus und Klimaleugnung. Fossile Energieträger haben dabei eine symbolische Funktion: Ihre Nutzung »trägt auch zur Ausbildung einer männlichen Identität bei, die angesichts ihrer gegenwärtigen Krise zur kompensatorischen Gewalt gegen Geschlechteremanzipation und Klimagerechtigkeit führen kann«.

23 Spearman's rho = -0.1; p-value = 0.02

24 Der Begriff »toxisch« wird hier verwendet, um die diskriminierenden und demokratiefeindlichen Einstellungen zu bezeichnen, die mit Petromaskulinität zusammenhän-

Dabei liefert die Arbeit von Daggett (2023) erste Hinweise. Angst, z.B. vor dem Verlust von Privilegien, wird als zentraler Faktor gesehen. Hier braucht es Strategien, die positive und emanzipatorische Zukunftsbilder zeichnen, den Mehrwert für die Mehrheit der Bevölkerung herausstellen und somit der Ausbreitung von angstverstärkenden Narrativen entgegenwirken.

Suffizienzorientierte mobilitätspolitische Maßnahmen adressieren zugleich Barrieren für verschiedene soziale Gruppen und können dazu beitragen, positive und emanzipatorische Zukunftsbilder greifbar zu machen. Sie reduzieren nämlich gleichzeitig soziale Ungleichheit, ermöglichen suffizientes Mobilitätsverhalten und verbessern somit insgesamt die Lebensqualität, bspw. profitieren Menschen mit geringem Einkommen deutlich stärker von einem Ausbau des ÖPNVs und von günstigeren ÖPNV-Tickets – beides Maßnahmen, die eine außerordentlich hohe Zustimmung genießen (ÖPNV-Ausbau: 78 %, günstigere Tickets: 76 %). So zeigt eine Studie der FH Erfurt, dass das 9-Euro-Ticket einkommensschwachen Menschen »vermehrte Sozialkontakte, mehr Aktivitäten außer Haus und eine verbesserte Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge« ermöglichte und »damit insgesamt zu mehr Lebensqualität« führte (Hille/Gather 2022). Gleichzeitig zeigte sich, dass sich der Mobilitätsgewinn vor allem auf untere Einkommensschichten konzentrierte, während eine Mehrheit der oberen Einkommensschichten insgesamt nicht öfter unterwegs war, aber verstärkt Fahrten mit dem Auto auf den ÖPNV verlagerte. Während die Maßnahme des 9-Euro-Tickets bei höheren Einkommensschichten suffizientes Mobilitätsverhalten ermöglichte, führte es bei unteren Einkommensschichten zu Teilhabegewinnen (Hille/Gather 2022: 17).

Von einer besseren nähräumlichen Planung würde eine große Mehrheit profitieren, 75 % der Befragten wünschen sie sich. Hier sind besonders die Bedarfe von Familien und Kindern zu berücksichtigen, bspw. was die Planung von Betreuungs-, Schul- und Freizeiteinrichtungen angeht, aber auch Sicherheitsbedürfnisse (z.B. bauliche Trennung von Fuß- und Radwegen, Verkehrsberuhigung). Dies ist für Kinder eine Voraussetzung für die selbstständige Teilhabe am öffentlichen Raum. Eine solche bessere nähräumliche Planung entfaltet somit eine inklusive Wirkung nicht nur auf Kinder, sondern auch auf Sorgearbeit Leistende und darüber hinaus auf mobilitätseingeschränkte Personen. Gleiches gilt für den Bau von sicheren (z.B. baulich

gen. Falls sich solche Einstellungen verbreitern, können sie eine destruktive Wirkung auf egalitäre und demokratische Gesellschaften entfalten.

getrennten) Radwegen, den sich 73 % der Befragten wünschen. Carsharing ist eine Maßnahme, die dagegen noch keine mehrheitliche Zustimmung findet (41 % Zustimmung, 32 % Ablehnung). Bei genauerer Betrachtung zeigen sich bestimmte Zielgruppen, die von Carsharing bereits heute profitieren: Vor allem jüngere Menschen, Frauen, Erwerbstätige und Menschen mit minderjährigen Kindern wünschen sich einen wohnortnahen Zugang²⁵. Während der Zugang zu Carsharing es ermöglicht, auf ein eigenes Auto zu verzichten, kann er gleichzeitig gerade für Menschen ohne eigenes Auto die Teilhabe verbessern, indem Aktivitätsziele besser zu erreichen sind. Signifikant mehr Frauen²⁶ wünschen sich darüber hinaus den Ausbau von On-Demand-Dienstleistungen²⁷. Solche Leistungen können gerade im ländlichen Raum oder in vermeintlichen Randzeiten die Erreichbarkeit verbessern und darüber hinaus auch ein Potenzial bieten, von Sorgearbeit zu entlasten, da sie Bringdienste für ältere Menschen oder Kinder ersetzen können (Zustimmung: 43 %). Immerhin 51 % der Befragten erachten mehr und verbesserte Informationen als notwendig, darunter signifikant häufiger Menschen mit Migrationserfahrung²⁸. Digitalisierte Informationen können helfen, Sprachbarrieren zu überwinden.

4. Fazit

Die Analyse der Umfrageergebnisse aus SUZANNA zeigt: Die Unterschiede, die aus differenzkategorischer Perspektive im Mobilitätsverhalten zwischen verschiedenen Gruppen bestehen, sind mindestens teilweise auf die Strukturen und Barrieren zurückzuführen, mit denen diese Gruppen konfrontiert sind. Suffizienzpolitik ist aus einer prozesskategorischen Perspektive herausgefordert, soziale Abwertungen nicht zu reproduzieren, sondern eine gleichberechtigte Teilhabe an suffizienter Mobilität für alle Gruppen zu ermöglichen. Politische Maßnahmen können hier einen Beitrag leisten, wenn

25 p-value Altersgruppe = 5,862 e-7; p-value Geschlecht = 0,0017; p-value Erwerbstätigkeit = 0,0002; p-value minderjährige Kinder = 0,0150

26 p-value = 0,0389

27 Z. B. könnten On-Demand-Dienstleistungen dazu genutzt werden, um individuelle Elterntaxi-Bringdienste (negativ konnotiert als Elterntaxi bezeichnet) zu ersetzen und somit Sorgearbeit zu entlasten. Bspw. für Wege zum Sportverein oder zum Musikverein, wenn kein ÖPNV zur Verfügung steht.

28 p-value = 0,0044

sie die Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen inklusiv berücksichtigen, bspw. durch den Ausbau und die Vergünstigung des ÖPNV, nähräumliche Planung, die Schaffung sicherer Rad- und Fußwege oder der Ausbau von Carsharing.

Gleichzeitig wirken Maßnahmen, die strukturelle Ungleichheit nicht einbeziehen, häufig verstärkend auf bestehende gesellschaftliche Strukturen und stellen so Ungleichheitspositionen immer wieder neu her. Beispiele sind hier die Entfernungspauschale, das Dienstwagenprivileg oder die Kaufprämie für E-Autos, die jeweils negative Verteilungseffekte aufweisen (Blanck/Kreye/Zimmer 2020). Eine suffiziente Mobilitätspolitik sollte daher entsprechende Einkommenseffekte berücksichtigen. Die Ergebnisse zeigen, dass neben finanziellen Mitteln auch maßgeblich für die Mobilität ist, wie sich Zeit als Ressource verteilt. Sorgearbeit und andere zeitintensive Verpflichtungen können Barrieren für eine flexiblere Mobilität darstellen. Eine suffiziente Mobilitätsplanung muss daher Zeitressourcen berücksichtigen und Lösungen anbieten, die den zeitlichen Anforderungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gerecht werden.

5. Literatur

- ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (Hg.) (2023): Mobilität, Erreichbarkeit und soziale Teilhabe – Für eine gerechtere Raum- und Verkehrsentwicklung. Hannover. = Positionspapier der ARL 144.
- Arnz, M.; Krumm, A. (2023): Sufficiency in passenger transport and its potential for lowering energy demand. In: *Environmental Research Letters* 18, 1–13.
- Blanck, R.; Kreye, K.; Zimmer, W. (2020): Impulse für mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Verkehrspolitik. Kurzstudie zu monetären Verteilungswirkungen ausgewählter verkehrspolitischer Instrumente und Vorschläge für eine sozial gerechtere Ausgestaltung im Auftrag des Naturschutzbunds Deutschland (NABU). Berlin.
- Daggett, C. N. (2023): Petromaskulinität. Fossile Energieträger und autoritäres Begehren. Berlin.
- Fitz, B.; Schwaninger, T.; Spreitzer, G. et al. (2016): Mobilität von Personen mit Betreuungsaufgaben. Wien.
- Frey, K.; Burger, A.; Dziekan, K. et al. (2020): Verkehrswende für ALLE. Berlin.

- Gauvin, L.; Tizzoni, M.; Piaggese, S. et al. (2020): Gender gaps in urban mobility. In: *Humanities and Social Sciences Communications* 7 (1), 1–13.
- Gilbert, H.; Bendis Lanng, D.; Wind, S. et al. (2022): Understanding the complexity of children's everyday mobilities: non-instrumental aspects in sustainable transport and planning policy making in Australia. In: *Applied Mobilities* 8 (4), 341–360.
- Gower, J. C. (1971): A General Coefficient of Similarity and Some of Its Properties. In: *Biometrics*, 27 (4), 857–871.
- Grubler, A.; Wilson, C.; Bento, N. et al. (2018): A low energy demand scenario for meeting the 1.5 °C target and sustainable development goals without negative emission technologies. In: *Nature Energy* 3 (6), 515–527.
- Hille, C.; Gather, M. (2022): »Das 9-Euro-Ticket hat mir gezeigt, dass man nicht alleine sein muss.« – Mit dem 9-Euro-Ticket zu mehr sozialer Teilhabe? Ergebnisse einer Befragung von einkommensschwachen Haushalten zur Wirkung des 9-Euro-Tickets auf das Mobilitätsverhalten und ausgewählte Dimensionen der sozialen Teilhabe.
- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.) (2013): *Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften*. Opladen, Berlin, Toronto.
- Knoll, B. (2016): Gender & Mobilität. Herausforderungen und Grenzen beim Messen des Unterwegs-Seins von Menschen aus einer Gender-Perspektive. In: Wroblewski, A.; Kelle, U.; Reith, F. et al. (Hg.): *Gleichstellung messbar machen: Grundlagen und Anwendungen von Gender- und Gleichstellungsindikatoren*, 129–148.
- Manz, W.; Bauer, U.; Herget, M. et al. (2015): *Familienmobilität im Alltag*. Berlin.
- Murray, L.; Cortés-Morales, S. (2019): *Children's Mobilities. Interdependent, Imagined, Relational*. London.
- Nobis, C.; Kuhnimhof, T. (2018): *Mobilität in Deutschland – MiD. Studie von infas, DLR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (FE-Nr. 70.904/15)*. Bonn, Berlin.
- Porter, L.; Spark, C.; de Kleyn, L. (2021): Navigating the neighbourhood: gender, place and agency in children's mobility. In: *Children's Geographies* 19 (3), 339–350.
- Reusswig, F. (2002): *Lebensstile und Naturorientierungen. Gesellschaftliche Naturbilder und Einstellungen zum Umweltschutz*. In: Rink, D. (Hg.): *Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale*. Wiesbaden, 156–180.

- Rosenbaum, W. (2015): Alltagsmobilität: Eine soziale Herausforderung für die Verkehrspolitik. In: Canzler, W.; Knie, A.; Schwedes, O. (Hg.): Handbuch Verkehrspolitik. Wiesbaden, 1–20.
- Rozynek, C.; Lanzendorf, M. (2023): How does low income affect older people's travel practices? Findings of a qualitative case study on the links between financial poverty, mobility and social participation. In: *Travel Behaviour and Society* 30, 312–324.
- Rozynek, C.; Mattioli, G.; Aberle, C. (2023): Was darf die ÖPNV-Nutzung im Kontext sozialer Teilhabe kosten?: Ideen für Indikatoren der ÖPNV-Erschwinglichkeit. Frankfurt a.M. = Arbeitspapiere zur Mobilitätsforschung Nr. 35.
- Scheiner, J. (2019): Mobilität von Kindern. Stand der Forschung und planerische Konzepte. In: *Raumforschung und Raumordnung* 77 (5), 441–456.
- Spitzner, M.; Hummel, D.; Stieß, I. et al. (2020): Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik: Gendergerechtigkeit als Beitrag zu einer erfolgreichen Klimapolitik: Wirkungsanalyse, Interdependenzen mit anderen sozialen Kategorien, methodische Aspekte und Gestaltungsoptionen. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2023): Energieverbrauch im Verkehr 2020 um ein Fünftel gesunken.
- von der Hude, M. (2020): Clusteranalyse. In: von der Hude, M. (Hg.): *Predictive Analytics und Data Mining: Eine Einführung mit R*. Wiesbaden, 49–79.
- von Winterfeld, U. (2011): Vom Recht auf Suffizienz. In: Rätz, W.; von Egan-Krieger, T.; Muraca, B. et al. (Hg.): *Ausgewachsen! Soziale Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*. Hamburg, 57–65.
- Welsch, J.; Conrad, K.; Wittowsky, D. et al. (2014): Einfluss des Migrationshintergrundes auf die Alltagsmobilität im urbanen Raum. In: *Raumforschung und Raumordnung* 72 (6), 503–516.
- Winker, G.; Degele, N. (2009): Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten (Sozialtheorie). Bielefeld.

Integrierte, kooperative Klimaanpassung als Impulsgeber für naturbasierte Transformationen

Helga Kanning, Bianca Richter

1. Einleitung

Die Energiewende spiegelt sich in der Stadtentwicklung bisher vornehmlich im Handlungsfeld Klimaschutz (Mitigation) wider. Hier haben Kommunen Kompetenzen und Governance-Strukturen entwickelt. Insbesondere in städtischen Neubauquartieren gehören heute vor allem technische Klimaschutzmaßnahmen wie effiziente und auf erneuerbaren Energien basierende Heiztechniken zum Standard.

Daneben gewinnt das Handlungsfeld Klimaanpassung (Adaptation) zunehmend an Bedeutung. Denn trotz der vielfältigen Bemühungen um Klimaschutz sind die Folgen des Klimawandels wie sommerliche Hitze, Trockenheit, Starkregen und Stürme bereits heute deutlich spürbar und erfordern dringend geeignete Maßnahmen, um räumliche Strukturen und Gesellschaften anpassungs- und widerstandsfähiger bzw. resilienter zu machen. Noch betrachten Kommunen Klimaschutz und Klimaanpassung häufig als zwei getrennte Handlungsstränge, mit unterschiedlichen Akteur:innen und Governance-Strukturen. Um den Klimawandel nicht weiter voranzutreiben sowie räumliche Strukturen und Gesellschaften anpassungs- und widerstandsfähiger bzw. resilienter zu machen, gilt es jedoch, Win-win-Lösungen zwischen den beiden Handlungsfeldern zu entwickeln und diese mit dem Leitbild der nachhaltigen Stadtentwicklung zu verbinden. Hier knüpft der vorliegende Beitrag an.

Anhand eines Praxisbeispiels im Reallaborformat (Abschnitt 2) werden thesenartig einige Lessons Learned skizziert (Abschnitt 3). Diese wurden aus den durchgeführten Kooperationsprozessen zur Integration von Klimaschutz-

und Klimaanpassungsmaßnahmen in nachhaltige Quartiersentwicklung gewonnen. Ein Fazit und Ausblick runden den Beitrag ab (Abschnitt 4).

2. Reallabor KlimaWohL

Als Praxisbeispiel dienen die KlimaWohL-Projekte (KlimaWohL¹, KlimaWohL_Lab²) der Landeshauptstadt Hannover (LHH) und der Firmengruppe Gundlach, einem hannoverschen Traditionsunternehmen der Wohnungswirtschaft. Das sustainify Institut hat die Projekte wissenschaftlich begleitet.

KlimaWohL steht für **klima**angepasstes, nachhaltiges **Wohnen** und **Leben**. Die Projekte verfolgen einen integrierten Ansatz: Klimaanpassung wird als integriertes Handlungsfeld verstanden, das sich am übergreifenden Leitbild einer nachhaltigen Stadtentwicklung orientiert und auch Synergien mit Klimaschutzmaßnahmen entwickeln soll. Wohnen wird dabei im Sinne des Nachhaltigkeitsleitbildes als Bedürfnisfeld verstanden, das Lebensstile und Verhaltensänderungen der (zukünftigen) Bewohner:innen berücksichtigt. Hierin sind geschlechtergerechte, lebensweltlich orientierte Gestaltungsperspektiven eingeschlossen, sind aber im Rahmen der beiden Projekte nicht gesondert als solche analysiert und dokumentiert. Entsprechend den Zielen des DAS-Förderprogramms fokussieren die beiden KlimaWohL-Projekte weniger auf inhaltliche Fragen zur Klimaanpassung, die bereits in zahlreichen Studien und Leitfäden aufgearbeitet sind. Stattdessen fokussieren sie darauf, Kooperationen zwischen den verschiedenen, an Bau- und Wohnprojekten beteiligten Akteur:innen zu entwickeln und zu stärken. Kooperationsprozesse spielen für Klimaanpassungsprozesse eine zentrale Rolle. Letztlich kann Klimaresilienz – d.h. eine Widerstandsfähigkeit gegenüber den sich dynamisch wandelnden Klimaphänomenen – nur erreicht werden, wenn Akteur:innen

-
- 1 KlimaWohL – Klimaangepasstes, nachhaltiges Wohnen und Leben im Quartier, Förderprogramm »Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Förderkennzeichen: 67DASo87A/B), Laufzeit: 01.03.2016 – 31.05.2019.
 - 2 KlimaWohL_Lab – Monitoring und Evaluation von Klimaanpassungsmaßnahmen im Reallabor: Wirkungen, Kosten und Mehrwerte in der Nutzungsphase am Beispiel des Wohnquartiers Herzkamp in Hannover-Bothfeld, Förderprogramm »Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Förderkennzeichen: 67DAS212A/B), Laufzeit: 01.05.2021 – 30.04.2024.

disziplinen- und institutionenübergreifend (aus Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) zusammenarbeiten und letztlich alle im eigenen Handlungsfeld wirksame Anpassungsmaßnahmen ergreifen. Hierzu bietet sich das in beiden Projekten gewählte Reallabor-Format an.

Projektgebiet ist das Neubauwohnquartier Herzkamp im Stadtteil Hannover-Bothfeld, das sich mit Miet- und Eigentumswohneinheiten im Sinne einer geschlechtergerechten Planung u.a. durch eine sozial gemischte Struktur von Bewohner:innen auszeichnet. Auf einer Gesamtfläche von rund 9 ha (Nettobaufläche ca. 4,5 ha) entstehen 331 Wohneinheiten (ca. 31 % Eigentums- und 69 % Mietwohnungen, davon ca. 6 % an soziale Träger vermietet und ca. 34 % geförderter Wohnraum) mit entsprechender Infrastruktur. Das Projektgebiet liegt am klimasensiblen Stadtrand der Stadt Hannover und ist von einer Kaltluftleitbahn durchzogen, deren Funktion für das neue Wohnquartier und die benachbarte Bebauung so weit wie möglich dauerhaft erhalten werden soll.

Für die Gestaltung der Kooperationsprozesse wurde in der Antragsphase ein Modell entworfen. Es ist abgeleitet aus dem in zahlreichen Forschungsvorhaben zur Klimaanpassung erarbeiteten Wissen. Eine zentrale Grundlage bildet die Zusammenschau des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zu Kommunikationsinstrumenten in Klimaanpassungsprozessen auf städtischer Ebene (2013). Aus Projekten der städtischen und regionalen Ebene sowie damit verbundenen wissenschaftlichen Qualifizierungsarbeiten stammen weitere Erkenntnisse, die sich übertragen lassen, um erfolgreiche Kooperationsbeziehungen auszugestalten. Diese Erkenntnisse wurden im Zuge verschiedener Bundes-Förderinitiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gewonnen, wie Klimazwei (z.B. Frommer 2010; Frommer/Buchholz/Böhm 2011; Born/Heidrich/Spiekermann o.J.), KLIMZUG (z.B. Kruse/Zimmermann/Kittel et al. 2014; Biebeler/Bardt/Chrischilles et al. 2014; Mahammadzadeh/Chrischilles 2012; Knierim/Baasch/Gottschick 2013; Fröhlich/Knieling/Kraft 2014), durchs SÖF-Programm (insbesondere Klima Regional 2013; Othengrafen 2014) sowie im Rahmen der niedersächsischen Klimaforschung und -politik (Spiekermann/Franck 2014; RKMU Nds. 2012).

Das Modell bietet einen allgemeinen Orientierungsrahmen. Damit lassen sich Klimaanpassungsmaßnahmen sektor- und phasenübergreifend umsetzen, dabei die jeweils relevanten Handlungsfelder und Akteur:innen adressieren sowie geeignete Formate der Zusammenarbeit entwickeln. Die KlimaWohL-Projekte haben das Modell erprobt. Es ist auf Bestandsquartiere sowie andere Handlungsfelder übertragbar.

Eine ausführliche Beschreibung sowie weiterführende Hinweise bietet der gemeinsam im Reallabor erarbeitete Praxisleitfaden (Kanning/Richter-Harm/Czorny et al. 2020), der auch über das Deutsche Klimavorsorgeportal (www.klivoportal.de) verfügbar ist. Er stellt modellhaft Erfahrungen, Lerneffekte und Stolpersteine aus dem realen Entwicklungsprozess des Neubauquartiers Herzkamp von der Planungs- über die Bau- bis in die Betriebs- bzw. Nutzungsphase zusammen und bietet ausfüllbare Checklisten für die praktische Arbeit in den verschiedenen Phasen. Zielgruppen sind die verschiedenen Ressorts der kommunalen Verwaltung wie auch Unternehmen der Wohnungswirtschaft, Ingenieurbüros und die Zivilgesellschaft.

3. Lessons Learned

Die in den KlimaWohL-Projekten erfolgreich umgesetzten Maßnahmen lassen sich in 20 Punkten zusammenfassen. Die Abbildung 1 stellt diese Maßnahmen soweit möglich mit räumlichen Bezügen dar. Von den 20 Punkten beziehen sich die ersten 10 direkt auf Klimaanpassung. Die Punkte 11–17 stellen Schnittstellen mit den Handlungsfeldern der nachhaltigen Stadtentwicklung und des Klimaschutzes dar, wie die Energieversorgung der Gebäude und Mobilität im Quartier. Die Punkte 18–20 beziehen sich darauf, wie die Planungs- und Umsetzungsprozesse gestaltet werden. Übergreifend sind in der Quartiersentwicklung städtebaulich etablierte Standards gendersensibler Gestaltung und Planung berücksichtigt, wie bspw. kurze Wege, gute ÖPNV-Anschlüsse, hohe Freiraumqualitäten und Spielmöglichkeiten für Kinder im nahen Wohnumfeld, zielgruppengerechte Beteiligung etc. Sowohl in der LHH als auch in der Firmengruppe Gundlach ist seit Langem etabliert, die Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen, indem geschlechtsspezifische Lebensbedingungen und Interessen berücksichtigt werden. Damit ist Gender Mainstreaming auch in den KlimaWohL-Projekten berücksichtigt, jedoch nicht gesondert dokumentiert und analysiert. Im Folgenden werden ausschnitthaft und thesenartig einige zentrale Lessons Learned aus den Diskussionsprozessen im Reallabor skizziert, die auch mit Blick auf Klimaschutz bzw. die Energiewende und nachhaltige Quartiersentwicklung bedeutsam erscheinen.

Abbildung 1: KlimaWohL-Punkte.



Quelle: nsp landschaftsarchitekten stadtplanerPartGmbH

20 KlimaWohL-Punkte, die das Quartier Herzkamp auszeichnen	
hinsichtlich Klimawandelanpassung	hinsichtlich nachhaltiger Stadtentwicklung und Klimaschutz (Synergieeffekte)
1 Erhalt von Kaltluftleitbahnen 2 Trockenheits- u. hitzeresistente Straßenbäume 3 Regenwassermanagement 4 Erdschutzwall in Bauphase 5 Quartiersplatz 6 Dachbegrünung 7 Klimaangepasste Bauweise 8 Unterflursystem für Abfall 9 Erhalt und Aufforstung Waldsaum 10 Vorsorgender Bodenschutz	11 Niedrigstenergiehäuser 12 BHKW in Verbindung mit Photovoltaik 13 Parken und E-Mobilität 14 ÖPNV und Fahrradverkehr 15 Carsharing-Plätze 16 Tierfreundliches Design 17 Essbare Gärten
hinsichtlich des Planungs- und Umsetzungsprozesses	
18 Frühzeitige Öffentlichkeitsarbeit 19 Kooperativer Planungs- und Umsetzungsprozess 20 Integrierter, phasenübergreifender Ansatz	

Quelle: KlimaWohL-Team (2024).

3.1 Naturbasiert bzw. grün-blau vor grau impliziert Paradigmenwechsel in Planung und Umsetzung

Klimaanpassungsmaßnahmen zeichnen sich insbesondere durch raumbezogene ›naturbasierte‹ Maßnahmen bzw. ›grün-blaue‹ oder ›blau-grüne‹ Infrastrukturen aus, die im Grunde zum klassischen Repertoire der Freiraum- bzw. Landschafts- und Grünplanung gehören³.

Begrünte Freiräume, Grünflächen, Dachbegrünungen und Bäume bilden eine wesentliche Voraussetzung für nachhaltige, lebenswerte, (klima)resiliente und zukunftsfähige Städte (BMUB 2017: 50). Hohe Anteile an begrünten Freiräumen und gut vernetzte Strukturen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Klimaresilienz einer Stadt. Zugleich erhöhen sie die Aufenthaltsqualitäten im Wohnumfeld, was strukturell zur Geschlechtergerechtigkeit beiträgt, da insbesondere weniger mobile Personen und Personen in Sorgebeziehungen davon profitieren. Großräumig tragen begrünte Freiräume und gut vernetzte Strukturen zur Belüftung und Kaltluftbildung sowie kleinräumig zur Kühlung bei, indem sie ›Klimaoasen‹ bzw. ›bioklimatische Komfortinseln‹ in innerstädtischen, verdichteten Bereichen bilden (LHH 2017: 28f.). Die Gestaltung naturbasierter, raumbezogener Klimaanpassungsmaßnahmen, die auch als ›grüne Infrastruktur‹ bezeichnet wird, hat daher eine zentrale Bedeutung.

Grüne Infrastruktur hängt zudem eng mit den naturräumlichen Faktoren Wasser und Boden zusammen: Klimawandelbedingter Starkregen und im Gegenzug auch Trockenheit beeinflussen und verändern zunehmend den Wasserhaushalt, der wiederum eng mit dem Bodenhaushalt verbunden ist. Einerseits gilt es, Niederschlagswasser bei Starkregenereignissen zurückzuhalten, um Überflutungen zu vermeiden. Andererseits muss dieses Wasser möglichst versickern, damit auch in Trockenzeiten genügend Wasser verfügbar ist. Unversiegelte naturnahe Böden übernehmen dabei

3 Die Begriffe ›grün-blaue‹ oder ›blau-grüne‹ Infrastrukturen haben sich in der deutschen Klimaanpassungsdebatte etabliert und werden in jüngerer Zeit auch durch den Begriff ›naturbasierte‹ (nature-based) Lösungen ersetzt, der auf internationaler und europäischer Ebene in der Klima- und Biodiversitätsdiskussion geprägt wurde (IUCN in: Cohen-Shacham/Janzen/Maginnis et al. 2016; Reise/Siemons/Böttchre et al. 2022). Die Begriffe umfassen weitgehend sich überlagernde Ziele und stehen für ein Netzwerk aus naturnahen Grün- und Gewässerflächen, vereinfacht ausgedrückt nach den Ausführungen des Umweltbundesamtes (<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/nature-based-solutions-global-climate-protection>). Der vorliegende Beitrag verwendet die Begriffe synonym.

sowohl wichtige Wasserrückhaltefunktionen als auch Wasserspeicherfunktionen. Diese sowie vielfältige weitere Funktionen des Bodens müssen vor möglichen negativen Auswirkungen des Klimawandels geschützt werden. Es gilt, die Ausgleichsfunktionen des Bodens gleichzeitig zu erhalten und zu verbessern (§ 2 Bundesbodenschutzgesetz, LHH 2017: 20f.). Regenwasser- und Bodenmanagementkonzepte sind daher ebenso zentrale Elemente einer klimaangepassten Quartiersplanung. Konzepte zum Regenwassermanagement stehen im Zeichen einer »wassersensiblen Planung« und tragen dazu bei, »blaue Infrastrukturen« zu schaffen bzw. gehören zu den Prinzipien einer »Schwammstadt«, wie sie in der Literatur zu Klimawandel und Anpassungsmaßnahmen zunehmend angesprochen werden (Deister/Brenne/Stokmann et al. 2016; Emschergenossenschaft 2020; StMUV 2020; DWA 2023).

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass nicht die graue, sondern die grün-blaue Infrastruktur ein klimaresilientes Quartier bestimmt. Für die Architektur und Gebäudeplanung bedeutet es daher einen Paradigmenwechsel, klimaangepasst zu planen: Zunächst gilt es, die Konzepte für Freiräume, Regenwasser und Boden zu entwickeln. In einem zweiten Schritt ist die klimagerechte Architektur und Gebäudeplanung damit in Einklang zu bringen. In den KlimaWohL-Projekten ist dieser Paradigmenwechsel gelungen. Eine von einem früheren Investor vorgesehene Riegelbildung durch Gebäude in der Kaltluftschneise konnte aufgebrochen und die gesamte Struktur des Geländes nach den natürlichen Gegebenheiten ausgerichtet werden. Frühzeitig wurden bereits in der städtebaulichen Entwurfsphase ein qualifizierter Freiflächenplan (vgl. BDLA 2022a) sowie ein Regenwasser- und Bodenmanagementkonzept erarbeitet, die als Grundlage für den Architekturwettbewerb dienten. Zu Beginn der Entwurfsplanungen wurden dann zu besonders relevanten Themen interdisziplinäre Werkstätten mit den beteiligten Fachplaner:innen durchgeführt, bspw. zur integrierten Betrachtung von Freiräumen und Bodenmanagement sowie zu Energie und Mobilität. Auf diese Weise ließen sich die Themen einerseits zielgerichtet und andererseits auch jeweils fachübergreifend diskutieren und aufeinander abstimmen.

Mit der zunehmenden Bedeutung der grün-blauen Infrastruktur wird also auch die Freiraum- bzw. Landschafts- und Grünordnungsplanung im Zuge der Klimaanpassung wichtiger und muss gleichzeitig selbst einen Perspektivwechsel vollziehen bzw. weitere Kompetenzen einbeziehen: Für die Funktionsfähigkeit der grün-blauen Infrastruktur ist es wichtig, dass Regenwassermanagementkonzepte mit Fließwegen, Höhenvorgaben und Notüberlaufflächen funktionieren. Idealerweise sollte also frühzeitig im Planungsprozess eine Ko-

operation mit der wasserwirtschaftlichen Fachplanung erfolgen, wie es bspw. im KlimaWohL-Projekt praktiziert wurde.

3.2 Integrierter, kooperativer Planungs- und Umsetzungsprozess braucht Koordinierung

Klimaanpassung ist eine Querschnittsaufgabe, die eine integrierte, kooperative Prozessgestaltung in allen Planungs- und Entwicklungsphasen erfordert. Im KlimaWohL-Projekt erstreckt sich die kooperative Zusammenarbeit der Kommune mit dem wohnungswirtschaftlichen Unternehmen und den Fachplaner:innen sektor- und phasenübergreifend von der Planungs- über die Bau- bis in die Betriebs- bzw. Nutzungsphase hinein (Pkte. 19, 20). Hierin liegt eine besondere Stärke: Klimaanpassungsmaßnahmen konnten auf diese Weise von Beginn an systematisch mitgedacht und so letztlich effektiv und auch kosteneffizient umgesetzt werden. Mit fortschreitendem Planungs- und Umsetzungsprozess erfuhren so die einzelnen Handlungsfelder eine zunehmende Detaillierung, wie z.B. klimaangepasste Freiraumplanung, Regenwasser- und Bodenmanagement sowie Gebäude- und Infrastrukturplanung. Gleichzeitig konnten Synergieeffekte mit Klimaschutz sowie nachhaltiger Stadtentwicklung (Pkte. 11–17) frühzeitig identifiziert und prozessbegleitend aufeinander abgestimmt werden.

Im Einzelnen lässt sich bspw. hervorheben, dass zu Beginn eines Planungsprozesses ein Screening-Termin empfehlenswert ist, an dem sich alle Projektbeteiligten disziplinenübergreifend austauschen, um Interessen und mögliche Konfliktfelder offenzulegen und potenzielle Synergien zu identifizieren (Kanning/Richter-Harm/Czorny et al. 2020: 28). Hilfreich erscheinen diesbezüglich Forderungen aus jüngeren Fachdiskussionen, die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) um eine Leistungsphase ›Null‹ zu ergänzen (DWA 2023), damit Leistungen, die idealerweise im Vorfeld von Projekten erbracht werden sollen, entsprechend ausgeführt und abgerechnet werden können.

Da Klimawandel ein fortwährender Prozess ist und sich die Klimaphänomene dynamisch verändern, sollten zudem in der bislang noch am wenigsten erforschten Betriebs- und Nutzungsphase strukturierte Monitorings und Evaluationen durchgeführt werden (vgl. BBSR 2016). Aus den Arbeiten im KlimaWohL-Lab lässt sich hierzu sagen, dass es noch erheblichen Forschungsbedarf für diese Phase gibt. Auch diesbezüglich erscheint es hilfreich, die HOAI zu

ergänzen, in der jüngeren Fachdiskussion wird bereits die Ergänzung um eine entsprechende Leistungsphase 10 gefordert (BDLA 2022b).

Festhalten lässt sich zudem, dass die Akteur:innen sowohl in der Kommune als auch in der Wohnungswirtschaft im Prozessverlauf typischerweise wechseln. Um sicherzustellen, dass das Wissen von einer zur nächsten Phase weitergegeben wird, sollten besonders bei größeren Projekten Koordinierungsteams und -mechanismen eingerichtet werden. Das KlimaWohL-Team schlägt solche Funktionen an vier zentralen Stellen vor: Erstens sollte der Projektebene vorgelagert auf gesamtstädtischer Ebene ein ressortübergreifendes Team eingerichtet werden, das Kompetenzen dauerhaft bündelt und weiterentwickelt. Idealerweise sollten dabei die Handlungsfelder Klimaanpassung und Klimaschutz miteinander verbunden werden. Zweitens sollte auf Projektebene ein interdisziplinäres Kernteam mit Vertreter:innen aus Kommune und Wirtschaft eingesetzt werden, das den gesamten Planungsprozess begleitet. Drittens sollten in der Bauphase fachkundige und geschulte Baubegleitungen eingesetzt werden, um auch die funktionsgerechte Umsetzung der geplanten Maßnahmen sicherzustellen. Viertens erscheint für die am längsten dauernde Betriebs- bzw. Nutzungsphase die kontinuierliche Beteiligung von interessierten Bewohner:innen als »Kümmer:innen« oder Pat:innen sowie von einem ggf. vorhandenen Vor-Ort-Service hilfreich, um Wissen und Resilienzen im sich dynamisch verändernden Klimawandelprozess entwickeln zu können.

3.3 Partizipation bleibt eine Herausforderung

Klimaanpassung kann dauerhaft letztlich nur gelingen, wenn alle im eigenen Aktionsraum kontinuierlich wirksame Anpassungsmaßnahmen ergreifen. Partizipation ist also ein zentrales Handlungsfeld und im KlimaWohL-Projekt in der Zielsetzung mit verankert. Die Stadtbevölkerung wurde frühzeitig und kontinuierlich mit vielfältigen Formaten beteiligt, die weit über formelle Beteiligungsverfahren hinausgehen und wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse geschlechtergerechter Partizipation einschließen (Pkt. 18). Schon während des Planungsprozesses gab es einen Dialog mit Bürger:innen zu Architekturwettbewerbsbeiträgen am Vortag der Jursitzung. Zur Gestaltung des Quartiersplatzes wurde eine Werkstatt mit Bürger:innen als interessierten, potenziellen Nutzer:innen mit unterschiedlicher Alters- und Sozialstruktur veranstaltet. Auf einem jährlich stattfindenden Herbstmarkt im angrenzenden Stadtteil Bothfeld gab es prozessbegleitend mehrere Jahre einen Informationsstand sowie Führungen durch das Baugebiet und das

wachsende Quartier. In verschiedenen Videos wurden Besonderheiten wie die Kaltluftschneise erklärt und mit klimawohl.net steht eine Plattform für aktuelle Informationen zur Verfügung.

Die größte Herausforderung stellt jedoch das in der Reallaborforschung auch als fünfte und höchste Stufe der Partizipation bezeichnete sogenannte »Empowerment« dar (Brinkmann/Bergmann/Huang-Lachmann et al. 2015; Stauffacher/Flüeler/Krütli et al. 2008; vgl. weiterführend dazu Kanning 2018: 15ff.). Um Klimaresilienz zu erlangen, gehört zu Empowerment insbesondere, zur Eigeninitiative zu aktivieren und zu motivieren, weil sich Klimawandelphänomene dynamisch verändern. Diesen Phänomenen kann letztlich nur begegnet werden, wenn auch durch eigenes Handeln kontinuierlich adäquate Klimaanpassungsmaßnahmen getroffen werden, wie bspw. klimagerechte private Gärten und Freiflächen anzulegen und zu unterhalten und Hauseingänge bei zunehmenden Starkregenereignissen zu schützen. Eine umfangreiche Literaturanalyse zur Aktivierung und Motivierung von Grothmann (2017) zeigt, dass noch wenig über die Wirkzusammenhänge von Beteiligungsformaten, psychologischen Einflussfaktoren des Vorsorgehandelns und Eigenvorsorge bekannt ist. Aus Geschlechterperspektive stellen sich hier auch die Fragen: Inwiefern finden sich Phänomene wie die Feminisierung der Umweltverantwortung (Schultz/Weiland 1991) in Praktiken der Eigenvorsorge wieder? In welcher Form spielt vergeschlechtlichte Arbeitsteilung im Haushaltsalltag hier eine Rolle bzw. welche Transformationen sind möglich? Die im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführte Studie von Born, Körner, Löchtfeld et al. (2021) bietet empirische Aufschlüsse, wie sich die private Eigenvorsorge von Bürger:innen gegenüber dem Klimawandelphänomen Starkregen stärken lässt. In diesem Rahmen wurde u.a. ein Leitfaden für Kommunen zur Aktivierung der Eigenvorsorge von Bürger:innen erarbeitet (e-fect/ecolo 2020 sowie Born/Körner/Löchtfeld et al. 2021: 269ff.). Allgemein schätzt das Projektteam die Hürden für die Eigenvorsorge als relativ hoch ein, abhängig von der jeweils spezifischen Risikobewertung (vgl. Born/Körner/Löchtfeld et al. 2021: 45). Prinzipiell dienen die verschiedenen Aktivierungsformate vornehmlich eher der Verhaltensförderung und weniger der Verhaltenserzeugung (Born/Körner/Löchtfeld et al. 2021: 250).

Stark vereinfacht lässt sich als Quintessenz hervorheben: Es gibt nicht die EINE geeignete Partizipationsmethode. Schließlich ist die praktische Umsetzung kooperativer Klimaanpassungsprozesse – nicht zuletzt aufgrund des Faktors »Mensch« – genauso herausfordernd, wie aus der Partizipationsforschung hinlänglich bekannt ist. Sind bspw. die »richtigen« Personen

einbezogen? Sind die Rahmenbedingungen und Ziele geklärt? Erfolgt Kommunikation auf ›Augenhöhe‹? Machtasymmetrien können Fortschritte und Innovationen erheblich behindern (vgl. z.B. Nanz/Fritsche 2012). Aus Geschlechterperspektive kommt es nicht nur darauf an, alle Geschlechter angemessen zu beteiligen, sondern es geht auch darum, Machtverhältnisse in Beteiligungsprozessen zu transformieren.

So benötigt jedes Projekt eine spezifische Gestaltung der Partizipationsprozesse mit zielgruppenadäquaten Instrumentenmixen. Diese hängen von der Zielsetzung sowie von der jeweils vorhandenen Einstellung und dem Wissen der Bürger:innen ab, d.h. müssen diese noch für Klimawandel und Anpassungsmaßnahmen sensibilisiert werden oder sind sie v.a. zu motivieren, eigeninitiativ Vorsorge zu ergreifen (vgl. Born/Körner/Löchtefeld et al. 2021: 272ff.). Zudem weisen die in der Nutzungsphase des KlimaWohL-Projekts durchgeführten Beteiligungsprozesse auch darauf hin, dass für unterschiedliche Gruppen von Bewohner:innen, wie Mieter:innen und Eigentümer:innen, unterschiedliche Kommunikationsformate geeignet sein können, insbesondere wenn bei Neubauten die Gewährleistung noch läuft. Von einigen Bewohner:innen wurde das KlimaWohL-Team zudem eher als erste Anlaufstelle für Fragen und Kritik gesehen, was im Projekt viel Feingefühl erforderte, um sowohl den Bewohner:innen als auch den Verbundpartner:innen gerecht zu werden.

4. Fazit und Ausblick

Ungeachtet der noch bestehenden Herausforderungen lässt sich aus den Erfahrungen in den KlimaWohL-Projekten und den vorstehend ausschnittsartig skizzierten Lessons Learned zusammenfassend die These formulieren: Klimaanpassungsmaßnahmen implizieren naturbasierte, raumbezogene Transformationen und sind idealerweise ein Impulsgeber für integrierte Kooperationsprozesse, um die Handlungsfelder Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung sowie inklusive Geschlechtergerechtigkeit, miteinander zu verbinden.

Der Klimawandel schreitet voran und integrierte Klimaanpassung wird weiter an Bedeutung gewinnen. So fordern die am Dialog Nachhaltigkeit beteiligten Oberbürgermeister:innen Klimaschutz und Klimaanpassung zur kommunalen Pflichtaufgabe zu machen (RNE 2024: 6). Auch hat der Bundestag jüngst mit dem Bundes-Klimaanpassungsgesetzes einen strategischen

Rahmen vorgelegt, der für Bund, Länder und Kommunen strukturierte Vorgehensweisen für eine vorsorgende Klimaanpassung vorsieht (KAnG 2023). Träger öffentlicher Aufgaben haben bei allen Planungen und Entscheidungen zukünftig das Ziel der Klimaanpassung fachübergreifend und integriert zu berücksichtigen (§ 8 KAnG, Berücksichtigungsgebot). Auch sollen die Länder dafür Sorge tragen, dass lokale Klimaanpassungskonzepte aufgestellt werden und sie sollen dem Bund über den jeweiligen Entwicklungsstand berichten (§ 12 KAnG). Allerdings bleibt eine Umsetzung in der Breite noch offen, da die Frage einer flächendeckenden Finanzierung ungeklärt ist.

Vornehmlich technische Maßnahmen – abgesehen von neuen Mobilitätskonzepten – kennzeichnen den Klimaschutz. Im Unterschied dazu prägen naturbasierte, raumbezogene Maßnahmen die Klimaanpassung. Grün-blaue Infrastruktur bestimmt die Klimaanpassung und Klimaresilienz und hilft, einen Paradigmenwechsel zu befördern. Sie kann zum Impulsgeber für naturbasierte, raumbezogene Transformationen werden, die auch einen Wandel zu geschlechtergerechteren Freiraumstrukturen unterstützen. Die KlimaWohL-Projekte berücksichtigen geschlechterdifferenzierte Perspektiven, wie sie bspw. die Handreichung vom Frauennetzwerk Ruhrgebiet in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des RVR (2022) darstellt, analysieren und dokumentieren diese Perspektiven jedoch nicht gesondert. Hier könnten weitere Arbeiten ansetzen und die transformative Genderforschung und Klimaanpassungsforschung gegenseitig befruchten.

Die Freiraumplanung bzw. Landschafts- und Grünordnungsplanung gewinnt mit der Klimaanpassung an Bedeutung und muss gleichzeitig auch ihre Perspektiven erweitern, damit die Funktionsfähigkeiten der grün-blauen und letztlich auch der grauen Infrastrukturen gewährleistet sind. Neue Kooperationen mit der Wasser- und Energiewirtschaft sind gefragt, wie sie bspw. auch von der neu gegründeten »Allianz Gemeinsam für eine wasserbewusste Stadtentwicklung« (o.J.) gefordert und geschmiedet werden. Nur durch eine ganzheitliche, kooperative Zusammenarbeit kann Klimaanpassung gelingen.

Wie diese Kooperation in Neubauquartieren erfolgen kann, zeigen die KlimaWohL-Projekte exemplarisch. Eine besondere Herausforderung stellt noch die Transformation von Bestandsquartieren dar, die mit dem aktuellen Gebäudeenergiegesetz (GEG 2023) forciert werden soll. Für die Gestaltung der Kooperationsprozesse bietet das im KlimaWohL-Projekt erarbeitete Modell grundlegende Orientierungen, die sowohl für Neubau- als auch Bestandsquartiere hilfreich sind. Bspw. wurde es von den Verfasser:innen der DIN SPEC 91468 als Grundlage für die Gestaltung einer integrierten Ressourcen-

nutzung verwendet (weiterführend dazu vgl. Kanning/Richter-Harm/Czorny et al. 2020: 8ff.; Czorny/Kanning 2021: 10ff.).

Herausfordernd bleibt, die Bewohner:innen bzw. die Stadtbevölkerung kontinuierlich, quartiersbezogen zu beteiligen sowie zu aktivieren und zu motivieren, auch über die Laufzeit von einzelnen Projekten hinaus. Hier wird es in Kommunen zukünftig darauf ankommen, Klimaanpassung als integrierte Aufgabe zu begreifen und die vorhandenen kommunalen Partizipationsprozesse, -strukturen und -instrumente zu nutzen, systematisch weiterzuentwickeln und dabei auch private Akteur:innen, wie Wohnungsunternehmen, Mieter:innen und Eigentümer:innen kontinuierlich in geeigneter und geschlechtergerechter Weise einzubinden.

5. Literatur

- Allianz Gemeinsam für eine wasserbewusste Stadtentwicklung (Hg.) (o.J.): Wasserbewusste Stadtentwicklung jetzt und für die Zukunft. Position. Hg. v. Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA). Hennef.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hg.) (2016): Anpassung an den Klimawandel in Stadt und Region. Forschungserkenntnisse und Werkzeuge zur Unterstützung von Kommunen und Regionen. Bonn.
- BDLA – Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (Hg.) (2022a): Der qualifizierte Freiflächengestaltungsplan. Fachliche Handreichung für Planende und Bauende sowie Empfehlung für Städte und Gemeinden. Berlin.
- BDLA – Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (Hg.) (2022b): Essentials zur Klimaanpassung. 20 Empfehlungen des bdla zur Klimaanpassungspolitik für Stadtlandschaften. Berlin.
- Biebeler, H.; Bardt, H.; Chrischilles, E. et al. (2014): Wege zur Anpassung an den Klimawandel. Regionale Netzwerke, Strategien und Maßnahmen. Köln.
- BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hg.) (2017): Weißbuch Stadtgrün – Grün in der Stadt – Für eine lebenswerte Zukunft. Berlin.
- BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.) (2013): Kommunikationsinstrumente im Anpassungsprozess an den Klimawandel. Erfahrungen aus Beteiligungsprozessen in den StadtKlima-ExWoSt-Modellprojekten. BMVBS-Online-Publikation, 28.

- Born, M.; Heidrich, B.; Spiekermann, J. (o.J.): Klimaanpassung in Planungsverfahren – Leitfaden für die Stadt- und Regionalplanung. <https://d-nb.info/1080860665/34> (14.05.2024).
- Born, M.; Körner, C.; Löchtefeld, S. et al. (2021): Erprobung und Evaluierung von Kommunikationsformaten zur Stärkung privater Starkregenvorsorge – Das Projekt Regen/Sicher. Abschlussbericht zum Vorhaben »Analyse innovativer Beteiligungsformate zum Einsatz bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)«. Dessau-Roßlau = Climate Change (Hg. Umweltbundesamt) 7.
- Brinkmann, C.; Bergmann, M.; Huang-Lachmann, J.-T. et al. (2015): Zur Integration von Wissenschaft und Praxis als Forschungsmodus – Ein Literaturüberblick. Hamburg.
- Cohen-Shacham, E.; Janzen, C.; Maginnis, S. et al. (2016): Nature-based solutions to address global societal challenges. Gland. <https://portals.iucn.org/library/sites/library/files/documents/2016-036.pdf> (14.05.2024).
- Czorny, E.; Kanning, H. (2021): Hannover passt sich an – Klimaanpassung als kommunale Herausforderung. In: Sahling, U. (Hg.): Klimaschutz und Energiewende in Deutschland. Berlin, 169–196.
- Deister, L.; Brenne, F.; Stokmann, A. et al. (2016): Wassersensible Stadt- und Freiraumplanung. Handlungsstrategien und Maßnahmenkonzepte zur Anpassung an Klimatrends und Extremwetter. Institut für Landschaftsplanung und Ökologie. Stuttgart.
- DIN – Deutsches Institut für Normung e. V. (Hg.) (2022): DIN SPEC 91468, Leitfaden für ressourceneffiziente Stadtquartiere. Berlin.
- DWA – Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (Hg.) (2023): Tagung »Wasserbewusste Stadtentwicklung: Gemeinsam für lebenswerte Städte« am 28./29. September in Osnabrück.
- e-fect dialog evaluation consulting eG; eco – Agentur für Ökologie und Kommunikation GmbH & CoKG (Hg.) (2020): Bürgerinnen und Bürger an kommunaler Starkregenvorsorge beteiligen – Leitfaden für Kommunen. Berlin.
- Emschergerossenschaft (Hg.) (2020): Wasser in der Stadt von morgen. [http://www.wasser-in-der-stadt.de/\(10.11.2020\)](http://www.wasser-in-der-stadt.de/(10.11.2020)).
- Frauen Netzwerk Ruhrgebiet in Kooperation mit der Gleichstellungsstelle des RVR (Hg.) (2022): Handreichung zur Erarbeitung einer Konzeption für eine klimaresiliente, gendergerechte Stadt und Region. Essen.
- Fröhlich, J.; Knieling, J.; Kraft, T. (2014): Informelle Klimawandel-Governance. Instrumente der Information, Beteiligung und Kooperation zur An-

- passung an den Klimawandel. Hamburg = Hafen City Universität neopolis working papers, 15. https://pure.mpg.de/rest/items/item_2134475/compo_nent/file_2134480/content (14.05.2024).
- Frommer, B. (2010): Regionale Anpassungsstrategien an den Klimawandel – Akteure und Prozess. Darmstadt = Schriftenreihe WAR 207.
- Frommer, B.; Buchholz, F.; Böhm, H. R. (2011): Anpassung an den Klimawandel – regional umsetzen! Ansätze zur Climate Adaption Governance unter der Lupe. München.
- GEG – Bundesregierung (2023): Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden* (Gebäudeenergiegesetz – GEG), vom 08.08.2020 (BGBl. I S. 1728), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.10.2023 (BGBl. 2023 Nr. 280) geändert worden ist. <https://www.gesetze-im-internet.de/geg/BJNR172810020.html> (10.04.2024).
- Grothmann, T. (2017): Was motiviert zur Eigenvorsorge? Motivationseffekte von Beteiligungsprozessen in der Klimawandelanpassung. Forschungskennzahl 3716 48 1030. Dessau-Roßlau. = Climate Change 20.
- KAnG – Deutscher Bundestag (2023): Bundes-Klimaanpassungsgesetz. BGBl. 2023 I Nr. 393 vom 22.12.2023.
- Kanning, H. (2018): Reallabore aus planerischer Perspektive. Hannover = sustainify Arbeits- und Diskussionspapier, 3. <https://www.sustainify.de/files/sustainify/content/publikationen/03-2018-Reallabore-planerisch-x.pdf> (13.05.2024).
- Kanning, H.; Richter-Harm, B.; Czorny, E. et al. (2020): Das KlimaWohL-Prinzip. Praxisleitfaden, Hannover. = sustainify Tools und Texte 1. <https://klimawohl.net/links-downloads.html> (13.05.2024).
- Klima Regional (Hg.) (2013): Handlungsempfehlungen für klimabezogene Transformationsprozesse im Alpenraum. Augsburg.
- Knierim, A.; Baasch, S.; Gottschick, M. (Hg.) (2013): Partizipation und Klimawandel. Ansprüche, Konzepte und Umsetzung. München. = Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten, Band 1.
- Kruse, E.; Zimmermann, T.; Kittel, A. et al. (Hg.) (2014): Stadtentwicklung und Klimaanpassung: Klimafolgen, Anpassungskonzepte und Bewusstseinsbildung beispielhaft dargestellt am Einzugsgebiet der Wandse. Hamburg. = Berichte aus den KLIMZUG-NORD Modellregionen Band 2.
- LHH – Landeshauptstadt Hannover (Hg.) (2017). Leben mit dem Klimawandel – Hannover passt sich an. Hannover = Schriftenreihe kommunaler Umweltschutz, 53. 2. geänderte Aufl..

- Mahammadzadeh, M.; Chrischilles, E. (Hg.) (2012): Klimaanpassung als Herausforderung für die Regional- und Stadtplanung. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der deutschen Anpassungsforschung und -praxis. Köln. = KLIMZUG-Workingpaper.
- Nanz, P.; Fritsche, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf (22.05.2021).
- Othengrafen, M. (2014): Anpassung an den Klimawandel. Das formelle Instrumentarium der Stadt- und Regionalplanung. Hamburg. = Studien zur Stadt- und Verkehrsplanung, 16.
- Reise, J.; Siemons, A.; Böttcher, H. et al. (2022): Natur-based solutions and global climate protection. Assessment of their global mitigation potential and recommendations for international climate policy. Dessau-Roßlau. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/nature-based-solutions-global-climate-protection> (10.04.2024).
- RKMU Nds. – Regierungskommission Klimaschutz, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (Hg.) (2012): Empfehlung für eine niedersächsische Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. www.umwelt.niedersachsen.de/download/69393 (14.05.2024).
- RNE – Rat für nachhaltige Entwicklung (Hg.) (2024): Starke Kommunen oder schwache Transformation. Elf Thesen zur Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung vor Ort aus dem Dialog Nachhaltigkeit. Berlin.
- Schultz, I.; Weiland, S. (1991): Frauen und Müll. Frauen als Handelnde in der kommunalen Abfallwirtschaft. Frankfurt a.M.
- Spiekermann, J.; Franck, E. (Hg.) (2014): Anpassung an den Klimawandel in der räumlichen Planung. Handlungsempfehlungen für die niedersächsische Planungspraxis auf Landes- und Regionalebene, Hannover. = Arbeitsberichte der ARL 11.
- Stauffacher, M.; Flüeler, T.; Krütli, P. et al. (2008): Analytic and Dynamic Approach to Collaboration. In: Systemic Practice and Action Research 21 (6), 409–422.
- StMUV – Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (Hg.) (2020): Wassersensible Siedlungsentwicklung – Empfehlungen für ein zukunftsfähiges und klimaangepasstes Regenwassermanagement in Bayern. München.

Fazit und Ausblick

Für eine nachhaltige Energiewendeplanung: Gewissheiten infrage stellen

*Tanja Mölders, Martina Hülz, Katharina Kapitza, Theresa Herdlitschka,
Janina Dannenberg*

Welches Fazit lässt sich aus den vorangegangenen theoretischen und empirischen Befunden ziehen? Wie lässt sich die eingangs gestellte Frage nach dem Beitrag der Geschlechterforschung zur nachhaltigeren Gestaltung raumbezogener Transformationsprozesse der Energiewende beantworten? Und lassen sich überhaupt allgemeingültige Antworten formulieren – angesichts der Fülle an Beiträgen, Autor:innen und Zugängen, wie sie für einen Sammelband typisch sind?

Wir möchten im Folgenden eine Lesart entwickeln, die vom Anspruch geleitet ist: »Gewissheiten infrage stellen«, und zwar Gewissheiten bezüglich der Kategorie Geschlecht, der Energiewende sowie der räumlichen Planung. Vermeintlich eindeutige Forschungsgegenstände, Erkenntnisperspektiven und normative Orientierungen zu dechiffrieren, stellt unseres Erachtens das gemeinsame und zugleich transformative Anliegen dieses Sammelbands dar.

Geschlechterperspektiven – von Frauen zu intersektionalen Ungleichheitskategorien

Die Integration der Kategorie Geschlecht in die Forschung bedeutet mehr, als nach Differenzen zwischen Frauen und Männern zu fragen. Dieses »mehr« wird auf unterschiedlichen Ebenen deutlich:

Erstens geht es um *mehr* als Gleichstellung. Geschlechterperspektiven in die Forschung zu integrieren, bedeutet, an die historisch gewachsene, von unterschiedlichen theoretischen Strömungen beeinflusste und entsprechend heterogen verfasste Geschlechterforschung anzuschließen. So verdeutlichen die beiden Beiträge, die Geschlechterperspektiven als Heuristik nutzen (Dannen-

berg i. d. B.; Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.), dass sich – einer idealtypischen Unterscheidung folgend – Geschlecht als Differenz-, Struktur- und Prozesskategorie sowie auch als epistemologische Kategorie verstehen und in die Forschung integrieren lässt (vgl. Hofmeister/Katz 2011; Hofmeister/Katz/Mölders 2013).

Zweitens wird anhand dieser systematischen Unterscheidung von Geschlechterperspektiven klar, dass Geschlecht *mehr* ist als eine individuelle Kategorie. Während z.B. die Differenzkategorie überwiegend die individuelle Ebene fokussiert, adressiert insbesondere die Strukturkategorie das Geschlechterverhältnis als Vergesellschaftungsprozess und fragt nach den gesellschaftlichen Strukturen, die Ausgrenzungen, Marginalisierungen und Hierarchisierungen hervorbringen. Damit werden gesellschaftlich verankerte Macht- und Herrschaftsverhältnisse zum zentralen Erkenntnisinteresse.

Die im Projekt entwickelte Heuristik »EnerGesch« zeigt mit diesen Geschlechterperspektiven Gestaltungshinweise für die Energiewende auf, die über »Geschlecht« im engeren Sinne hinausweisen. Bspw. stellt die Heuristik heraus, dass Eigentumsverhältnisse und ökonomische Bewertungsprozesse für die Transformation von Energielandschaften wichtig sind oder dass Planungsakteur:innen ihrer eigenen Rolle Gestaltungsmacht zuschreiben. Insbesondere wird der Blick auf Beteiligungsverfahren gelenkt, die jenseits von Gruppenzuschreibungen alle Körper und Sexualitäten einbeziehen sollten und strukturelle Hürden zur Teilnahme kompensieren oder transformieren sollten. Dichotomisierungen – wie die von Emotion und Ratio – sollten auch in Diskursen zur Energiewende vermieden werden, da sie Gefahr laufen, zu polarisieren und Ungleichheiten zu verstärken.

Drittens zeigt sich: Nicht allein die Kategorie Geschlecht bringt Macht- und Herrschaftsverhältnisse hervor. Es gibt *mehr* gesellschaftliche Kategorien, die Ungleichheitslagen erzeugen und stabilisieren. Eine solche Erweiterung von Geschlechterperspektiven um intersektionale Ungleichheitskategorien wie Alter, Herkunft oder Klasse wird in der Heuristik »EnerGesch« ausführlich systematisiert (vgl. Herdlitschka/Dankers/Kienesberger et al. i. d. B.).

Der dreifach bestimmte *Mehrwert* von Geschlechterperspektiven in der Forschung spiegelt sich auch im vorliegenden Sammelband wider. So thematisieren Huning und Mölders (i. d. B.) das Spannungsfeld von gleichstellungsorientierten Ansätzen und solchen Ansätzen, mit denen sich – anschließend an Erkenntnisse der Geschlechterforschung – feministische Beiträge zu transformativen Planungen formulieren lassen. Beiträge, die nicht primär im Kontext der Geschlechterforschung verortet sind, konnten über Fragen

nach Machtverhältnissen (Kühne i. d. B.), nach Gerechtigkeit (Gailing i. d. B.) oder nach Verantwortungszuweisungen (Kanning/Richter i. d. B.) mit Geschlechterperspektiven verbunden werden – auf diese Weise konkretisieren die Beiträge gleichermaßen macht- und herrschaftskritische Perspektiven. Die für die Entwicklung der Heuristik genutzten Geschlechterperspektiven und ihre intersektionalen Erweiterungen bilden auch den Bezugspunkt des Beitrags von Andrea Amri-Henkel, Yue Zheng und Betriska Lukas (i. d. B.) sowie der beiden Fallstudien (Dannenberger/Muhr i. d. B.; Herdlitschka i. d. B.). Hier zeigt sich, wie wichtig systematisierende Zugänge sind, die auf unterschiedliche Themenfelder und empirische Untersuchungen angewendet werden können.

Die aufgezeigten Spannweiten der Geschlechterforschung verdeutlichen: Es kann nicht die *eine* Geschlechterperspektive auf raumbezogene Transformationsprozesse der Energiewende geben. Umso wichtiger erscheint es, zu benennen, welcher geschlechtertheoretische oder gleichstellungspolitische Zugang jeweils vertreten wird und welcher Mehrwert sich daraus für eine nachhaltigkeitsorientierte Forschung ergibt.

Die Energiewende – von technologischen zu sozial-ökologischen Transformationen

Mit Blick auf die Energiewende gilt es, Gewissheiten sowohl bezogen auf das »Was?« (Was ist die Energiewende?) als auch auf das »Wie?« (Wie ist die Energiewende zu bewerten?) infrage zu stellen. Eine sozialwissenschaftlich orientierte Energiewendeforschung – in der wir unser Forschungsprojekt sowie auch diesen Sammelband verorten – verdeutlicht, dass sich die Energiewende nicht auf einen technologischen Transformationsprozess von Energiesystemen reduzieren lässt. Vielmehr sind technologische Innovationen in gesellschaftliche Prozesse eingebettet, die Transformationen maßgeblich bestimmen (vgl. Radtke/Canzler 2018; Kunze/Oestreich 2012). Mit der von uns vertretenen sozial-ökologischen Perspektive gehen wir zugleich einen Schritt weiter und fragen danach, welche sozial-ökologischen Prozesse durch die An-, Abwesenheit und Entwicklung welcher Energiesysteme induziert werden. Indem wir die Verbindungen des Sozialen und Ökologischen betonen, versuchen wir, reduktionistische und separierende Betrachtungsweisen zu vermeiden und sichtbar zu machen, welche Krisenphänomene – im Sinne von »Gleichursprünglichkeiten« – denselben Hintergrund haben (vgl. Becker/

Jahn 2006). Eine solche sozial-ökologische Perspektive auf die Energiewende entwickelt Mölders in ihrem Beitrag (i. d. B.) auf der konzeptionellen Ebene. Dabei zeigen sich zum einen Verbindungen zur Kategorie Geschlecht sowie zum anderen zur Kategorie Raum. Beiden Kategorien kommen sowohl analytische als auch integrative Funktionen zu. Mit sozial-ökologischen Konzeptionen von Landschaft, genauer von Energielandschaften, lassen sich die Verbindungen zwischen physisch-materiellen und symbolisch-diskursiven Aspekten der durch die Energiewende induzierten Transformationen gesellschaftlicher Natur- und Raumverhältnisse konzeptionell und empirisch fassen. Entsprechend bildet die Bezugnahme auf Energielandschaften einen roten Faden, der durch den gesamten Band führt und konzeptionelle sowie empirische Beiträge des Forschungsprojekts mit Beiträgen von Mitgliedern des projektbegleitenden Beirats verbindet. Schließlich zeigt sich mit Blick auf das »Was?« der Energiewende, dass der im Projekt gewählte Fokus auf die Phasing-In-Prozesse – also den Aus- und Umbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien – nur einen kleinen Teil dieses komplexen sozial-ökologischen Transformationsprozesses abbildet. Themen wie nachhaltige Quartiersentwicklung (Kanning/Richter i. d. B.) oder die Mobilitätswende (Amri-Henkel/Zheng/Lukas i. d. B.) sind sowohl mit Blick auf die Prozesse (politische Entscheidungen, Governance-Strukturen, Responsibilisierung) als auch inhaltlich (Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse) eng miteinander verbunden.

Die in diesem Band versammelten Beiträge verdeutlichen außerdem, dass die Frage, wie die Energiewende in Bezug auf ihre Beiträge zu Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit zu bewerten ist, keineswegs trivial ist. So verlaufen Konfliktlinien entlang unterschiedlicher ökologischer Bezugnahmen auf Ökologie (Klima- versus Naturschutz). Es entstehen im Widerstand gegen Windkraft »neue« Allianzen zwischen ökologischen und rechten Ideologien (Kapitza/Dankers i. d. B.). Nicht zuletzt aufgrund der in den Fallstudien dokumentierten konfligierenden Einschätzungen von Praxisakteur:innen zeigt sich, dass nicht angenommen werden kann, dass die Energiewende per se Beiträge zur nachhaltigen (Raum-)Entwicklung leistet (Dannenberg/Muhr i. d. B.; Herdlitschka i. d. B.). Vielmehr wird klar, dass die Frage diskursiv umkämpft ist, was im jeweiligen räumlichen Kontext überhaupt als »nachhaltig« zu verstehen ist. Es kann und soll nicht die Aufgabe einer geschlechtertheoretisch motivierten Energiewendeforschung sein, hier eindeutige Antworten zu formulieren. Stattdessen geht es darum, die Pluralität und Heterogenität von Einschätzungen und Bewertungen sichtbar zu machen und anzuerkennen.

Dies bedeutet keineswegs, ›falsche‹ Informationen im Kontext von postfaktischen und verschwörungsideologischen Tendenzen zu legitimieren, wie Kapitza und Dankers (i. d. B.) sie für rechte Ökologie und Rechtspopulismus in Energiewendekonflikten beschreiben. Es geht vielmehr darum, solcherart Tendenzen im Rahmen von Planungsprozessen zu entlarven, die dazu als demokratische Aushandlungsprozesse zu gestalten sind.

Planung – zwischen rationalen Entscheidungen und politischem Prozess

Welche Gewissheiten sind infrage zu stellen, wenn man Planung – in Anlehnung an Fürst (2008: 22) – als die gedankliche Vorwegnahme des zukünftigen Handelns versteht, die jeder einigermaßen rationalen Entscheidung vorausgeht? In der planungswissenschaftlichen Literatur ist ausführlich beschrieben, dass planerisches Denken und Handeln untrennbar mit politischen Prozessen verbunden sind. Folglich gibt es keine rationalen Entscheidungen jenseits des Politischen und damit jenseits von Interessenslagen und Machtverhältnissen (vgl. stellvertretend Fürst/Scholles 2008). Wie politische und planerische Entscheidungen miteinander verbunden sind, zeigt sich am Beispiel der Energiewende besonders deutlich: Es sind die in der Einleitung (Kapitza/Herditschka/Dannenberg et al. i. d. B.) beschriebenen energiepolitischen Entscheidungen und Veränderungen (insbesondere die Abkehr von russischen Gaslieferungen sowie der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien), die planerische Konsequenzen haben und von Praxisakteur:innen sowohl als Chance für sozial-ökologische Transformationen als auch als Herausforderung oder gar Fehlentscheidungen wahrgenommen werden.

»Das sehr komplizierte Zusammenspiel von Politik und Planung« thematisiert der Raumplaner Axel Priebes auch im Interview (Hülz/Mölders i. d. B.). Er weist darauf hin, dass Planung eben nicht ein »normaler Bereich der Verwaltung sei«, sondern sehr viele planerische Möglichkeiten bestünden, um sozial-ökologische Transformationen zu fördern. In diesem Verständnis erscheint Planung nicht als »Erfüllungsgehilfin« der Politik, sondern als aktive Kraft in sozial-ökologischen Transformationsprozessen. Ähnlich argumentieren auch Kapitza und Dankers (i. d. B.), wenn sie fordern, Planung stärker als Prozess zur Demokratiebildung zu begreifen – und damit als Gegenpol zu rechten Ökologien und Rechtspopulismus – und entsprechend zu nutzen. Auch Huning und Mölders (i. d. B.) begreifen die Beteiligung von Bürger:innen im Kontext

einer feministischen Planung als argumentativen Prozess der Meinungs- und Demokratiebildung. Damit wird das Politische nicht als »getroffene Entscheidung« in den Planungsprozess hineingeholt, sondern als auszuhandelnder Gegenstand. Für die Gestaltung dieser »Aushandlungsräume für sozial-ökologische Transformationen« sind Anforderungen zu formulieren, die sich wiederum geschlechtertheoretisch fundieren und konkretisieren lassen. Im Kern geht es darum, die Gerechtigkeitsfrage konsequent zu stellen, und zwar erstens *intragenerationell* mit Blick auf Geschlechterverhältnisse, deren epistemologische Implikationen sowie deren Verbindungen mit weiteren intersektionalen Ungleichheitskategorien. Zweitens gilt es, die Gerechtigkeitsfrage mit Blick auf die Gestaltung von Zukünften zu stellen, also aus einer vorsorgenden, d.h. *intergenerationellen* Perspektive. Hier zeigt sich die unmittelbare Verbindung zwischen der Integration von Geschlechterperspektiven und der Orientierung an einer nachhaltigen Entwicklung, für die intra- und intergenerationelle Gerechtigkeitsperspektiven konstitutiv sind.

Nachhaltige (Raum-)Entwicklung durch Transformationsplanung und transformative Planung

Und tatsächlich zeigt sich, dass im Konzept der nachhaltigen Entwicklung die hier diskutierten konzeptionellen und thematischen Zugänge zusammenkommen: So war die Bedeutung der Kategorie Geschlecht von Beginn an sowohl Gegenstand der politischen als auch der wissenschaftlichen Debatten um nachhaltige Entwicklung. Dabei zeichnete sich bald der schmale Grat zwischen einer »Feminisierung der Umweltverantwortung« einerseits und einem Empowerment von Frauen* andererseits ab (Mölders 2015; Wichterich 2015). Auch die Thematisierung von Geschlechterverhältnissen jenseits naturalisierender Zweigeschlechtlichkeit stellt eine Herausforderung in den Diskursen um Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit dar. Die Energiewende ist ein zentraler Baustein auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung. Eine nachhaltigkeitswissenschaftliche Perspektive ermöglicht es, diese als sozial-ökologischen Transformationsprozess zu begreifen und entsprechend zu gestalten, denn das Zusammendenken sozialer und ökologischer Fragen war und ist konstitutiv für das Konzept der Nachhaltigkeit. Und schließlich verschreibt sich auch die räumliche Planung der nachhaltigen Entwicklung: erstens explizit, denn eine nachhaltige Raumentwicklung stellt die Leitvorstellung der Raumordnung entsprechend dem Raumordnungsgesetz (ROG)

dar. Und zweitens implizit, denn viele raumordnerische Konzepte wie die Daseinsvorsorge, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse oder die integrative Betrachtung von Raumfunktionen sind direkt anschlussfähig an das Konzept nachhaltige (Raum-)Entwicklung (Hofmeister 2018). Doch trotz der hier aufgezeigten Verbindungen – der argumentativen Anschlussfähigkeit und der geteilten normativen Orientierung – kann räumliche Planung im Allgemeinen und in ihren Beiträgen zur Energiewende im Speziellen nicht per se als nachhaltig bewertet werden. Auch hier gilt es also, Gewissheiten infrage zu stellen und jeden Planungsprozess daraufhin zu befragen, inwiefern tatsächlich Beiträge zu Nachhaltigkeitstransformationen geleistet werden, welche Zielkonflikte und Widersprüche auftreten und vor dem Hintergrund welcher Rationalitäten (z.B. in Bezug auf ökonomische Entwicklungsperspektiven) diese in entsprechenden Entscheidungsprozessen von wem wie thematisiert, diskutiert und ggf. aufgelöst werden. Außerdem gilt es zu explizieren, was genau »Nachhaltigkeit« für wen im jeweiligen räumlichen Kontext bedeutet (Mölders 2022: 46).

Im Forschungsprojekt konnten wir diese Forderungen nach einer räumlichen Planung von und für Nachhaltigkeitstransformationen innerhalb der Heuristik »EnerGesch« aufgreifen. Für praxisbezogene Planungsprozesse haben wir sie für einen Workshop mit Praxisakteur:innen weiter operationalisiert und als sogenannte »Aufmerksamkeitsebenen« für eine nachhaltige Gestaltung der Energiewende aus Geschlechterperspektiven formuliert.

Die folgenden »Aufmerksamkeitsebenen« lassen sich auf konkrete Maßnahmen in raumbezogenen Transformationen – wie der Energiewende – anwenden und sind nützlich, um Impulse in interdisziplinären und praxisorientierten Diskussionen zu geben:

- **Externalisierung:** Welche Folgen (global und für die Natur) werden der Sichtbarkeit entzogen?
- Welche Auswirkungen ergeben sich auf die geschlechtlich konnotierte **Versorgungsökonomie**?
- Welche Auswirkungen auf **Macht- und Herrschaftsverhältnisse** entstehen dabei?
- Inwiefern werden die **Gewinne** ungleich oder gerechter verteilt?
- **Einschluss oder Ausschluss:** Welche Personen oder Wissensbestände werden eingebunden oder ausgeschlossen?
- Welche **Betroffenheiten** gibt es im positiven oder negativen Sinne?

- Wo und wie werden **Dichotomien** hergestellt, manifestiert oder aufgelöst?
- Welche materiellen Auswirkungen auf **Landschaften** gehen damit einher?

Eine Zusammenführung dieser Aufmerksamkeitsebenen mit empirischen Problemlagen aus den Fallstudien wird beispielhaft über die vier in diesem Band verteilten »Einwürfe« (Kurzdiskussionen zu planungsbezogenen Thesen) dargestellt. Es liegt auf der Hand, dass mit diesen Betrachtungsweisen eine Debatte angestoßen ist, die über planungspraktische Fragen hinausgeht. Aus einer planungstheoretischen Perspektive stellt sich u. a. die Frage, welchen Paradigmen eine solche macht- und herrschaftskritische Transformationsplanung folgt. Reicht sich die Transformationsplanung oder die transformative Planung als Leitorientierung des 21. Jahrhunderts in den Kanon planungstheoretischer Paradigmen ein? Kann es gelingen, über eine sozial-ökologische Ausrichtung – als eine Theorie *in* der Planung – die substanzielle und damit inhaltsbezogene Ebene planungstheoretischer Reflexion zu stärken? Diese Fragen können und sollen an dieser Stelle nicht abschließend beantwortet werden. Es handelt sich um ein »vorläufiges Fazit«. Gewiss ist jedoch, dass die konsequente Integration von Geschlechterperspektiven keine bequeme, aber doch eine nachhaltige Strategie bei der Gestaltung von raumbezogenen Transformationsprozessen darstellt.

Literatur

- Becker, E.; Jahn, T. (Hg.) (2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Frankfurt a.M., New York.
- Fürst, D. (2008): Begriff der Planung und Entwicklung der Planung in Deutschland. In: Fürst, D.; Scholles, F. (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, 21–47.
- Fürst, D.; Scholles, F. (2008) (Hg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund.
- Hofmeister, S. (2018): Nachhaltigkeit. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Hannover, 1587–1602.
- Hofmeister, S.; Katz, C. (2011): Naturverhältnisse, Geschlechterverhältnisse, Nachhaltigkeit. In: Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden, 365–398.

- Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (2013): Grundlegungen im Themenfeld Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. In: Hofmeister, S.; Katz, C.; Mölders, T. (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie Geschlecht in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Opladen, Berlin, Toronto, 31–76.
- Kunze, C.; Oestreich, R. (2012): Soziologie der Energiewende: erneuerbare Energien und die Transition des ländlichen Raums.
- Mölders, T. (2015): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit – politische Strategien und wissenschaftliche Konzepte. In: Bueschges, K. (Hg.): Bildung – Selbst(bild) – Geschlechterbilder. Münster, 39–63.
- Radtke, J.; Canzler, W. (2018): Energiewende. Wiesbaden.
- Wichterich, C. (2015): Livelihood, Ökonomisierung des Lebendigen und gutes Leben – Feministische Perspektiven auf die verschlungenen Wege von Rio 1992 nach Rio 2012. In: Katz, C.; Heilmann, S.; Thiem, A.; Moths, K.; Koch, L. M.; Hofmeister, S. (Hg.): Nachhaltigkeit anders denken. Veränderungspotenziale durch Geschlechterperspektiven. Wiesbaden, 31–42.

Anhang

Die Autorinnen und Autoren

Amri-Henkel, Andrea, Dr., hat Volkswirtschaftslehre, Regionalstudien und Romanistik an den Universitäten Konstanz und Köln (B. A.) sowie Nachhaltigkeitswissenschaften (M. Sc.) an der Leuphana Universität Lüneburg studiert. 2020 hat sie ihre Promotion (Dr. phil.) an der Forschungsgruppe Umweltplanung des Instituts für Nachhaltigkeitssteuerung INSUGO der Leuphana abgeschlossen. Seitdem ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme IZES in Saarbrücken tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Nachhaltigkeitspolitik und Mobilitätswende. – Kontakt: amri-henkel@izes.de

Dankers, Johanna (B. Sc.), studiert im Master Geschlechterstudien an der Humboldt Universität in Berlin, anschließend an ihr Studium in Umweltwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg. Sie war studentische Mitarbeiterin im DFG-Projekt »Analyse- und Gestaltpotenziale der Geschlechterforschung für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende« an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. Ihre Themen- und Forschungsschwerpunkte sind soziale Reproduktion im globalen Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Naturverhältnisse sowie Geschlechterperspektiven auf Rechtspopulismus und Energiewende. – Kontakt: johanna.dankers@posteo.de

Dannenberg, Janina, Dr., war Postdoc im DFG-Projekt »Analyse- und Gestaltpotenziale der Geschlechterforschung für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende« an der Universität Freiburg. Sie hat in Lüneburg und Manila Umweltwissenschaften studiert und zur sozial-ökologischen Krise und kollektivem Landeigentum in den ländlichen Philippinen promoviert. Zentral in ihrer Arbeit ist die Nutzung von Geschlechterperspektiven in der Nachhal-

tigkeitsforschung. Derzeit leitet sie das Projekt „Nuclear Justice and Gender in the Sea of Islands« an der Universität Hamburg. – Kontakt: janina.dannenberg@uni-hamburg.de

Gailing, Ludger, Prof. Dr., ist seit 2020 Professor für Regionalplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus. Er hat Raumplanung an der Universität Dortmund studiert und dort zum Thema der regionalen Kulturlandschaftspolitik promoviert. Seit 2003 war er am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS, später umbenannt in »Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung«) in Erkner tätig, zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als Abteilungsleiter. Er ist seit 2017 gewähltes Mitglied der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft. Von 2015 bis 2020 hat er Lehraufgaben an der Humboldt Universität zu Berlin übernommen. Im Jahr 2017 war er – gefördert über Marie Skłodowska-Curie Actions – am Department of Geography und am Durham Energy Institute der Durham University (UK) tätig. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind die regionale Planung, Entwicklung und Transformation, wobei insbesondere Themen der Energiewende, des Klimaschutzes, der ländlichen Regionalentwicklung und der Entwicklung von »Borderlands« von empirischem und planerischem Interesse sind. Gemeinsam mit Markus Leibenath ist Ludger Gailing Sprecher des Arbeitskreises Landschaftsforschung. – Kontakt: ludger.gailing@b-tu.de

Herdlitschka, Theresa (M. A.), promoviert am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig zu Macht und Narrativen in der Umweltgovernance. Sie hat Sozialwissenschaften und Soziologie studiert und forschte im Anschluss an das Studium im DFG-Projekt »Analyse- und Gestaltungspotenziale der Geschlechterforschung für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende« an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft zu Analyse- und Gestaltungspotenzialen der Geschlechterforschung für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende. – Kontakt: theresa.herdlitschka@ufz.de

Hülz, Martina, Dr., leitet das wissenschaftliche Referat »Wirtschaft und Mobilität« an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover. Zuvor forschte und lehrte sie an den Universitäten Dortmund, Duisburg-Essen und Luxemburg u.a. zu räumlichen Lernprozessen, Wissensökonomie sowie Wissens- und Technologietransfer. Sie studierte

Geographie, Soziologie und Städtebau in Berlin, Bonn und Southampton, GB, und arbeitete nach ihrer Promotion an der Universität Luxemburg einige Jahre als Projektleiterin in einem Büro für Regionalberatung. – Kontakt: martina.huelz@arl-net.de

Huning, Sandra, PD Dr.-Ing., ist Raumplanerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Von 2022 bis 2024 vertrat sie die Professur Stadtplanung an der Fakultät Architektur und Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar. Aktuell forscht sie zu sorgenden Städten und zur Rolle von Emotionen in Planungskonflikten. – Kontakt: sandra.huning@tu-dortmund.de

Kanning, Helga, apl. Prof. Dr.-Ing. habil., ist seit August 2008 außerplanmäßige Professorin am Institut für Umweltplanung der Fakultät für Architektur und Landschaft an der Leibniz Universität Hannover. Sie hat dort Landschaftsplanung studiert, 2000 promoviert und sich 2004 für das Lehrgebiet Nachhaltige Raum- und Umweltentwicklung habilitiert. Daneben ist sie Gründungsgesellschafterin des Instituts für nachhaltige Forschung, Bildung, Innovation – sustainify GmbH, das u.a. Kommunen im Klimawandel und Hochschulen auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit begleitet. Sie ist u.a. Mitglied der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover und des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften. Aktuelle Arbeits- sowie Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Nachhaltige (Raum)Entwicklung, Transformations-/transdisziplinäre Wissenschaft, Klimaschutz und -anpassung in der räumlichen Entwicklung. – Kontakt: kanning@sustainify.de, kanning@umwelt.uni-hannover.de

Kapitza, Katharina, Dr., leitet das wissenschaftliche Referat »Strategien und Konzepte räumlicher Transformation« der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft in Hannover. Sie studierte Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften an der Universität Lüneburg und promovierte dort 2021 zu sozial-ökologischen Perspektiven auf Neobiota. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit, Raum und Transformation sowie Energiewende und Gender. – Kontakt: katharina.kapitza@arl-net.de

Kienesberger, Miriam (M. A., M. A.) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Umweltplanung und Transformation an der Albert-Ludwigs-

Universität Freiburg. Dort arbeitet sie an ihrer Dissertation zu feministisch-ökologischen Perspektiven auf Circular Construction. Sie hat Politikwissenschaften und Gender Studies in Wien studiert. Anschließend war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, und hatte Lehraufträge in Wien und Leipzig inne. – Kontakt: miriam.kienesberger@upt.uni-freiburg.de

Kühne, Olaf, Dr. Dr., ist Universitätsprofessor an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Der promovierte und habilitierte Geograph und promovierte Soziologe war vor seiner Berufung an die Universität Tübingen als Professor an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf sowie an der Universität des Saarlandes Professor sowie in unterschiedlichen Positionen (als Referent, Referatsleiter und Stabstellenleiter) in unterschiedlichen saarländischen Ministerien tätig, hier in den Bereichen Naturschutz, Landesplanung und Demographischer Wandel. Olaf Kühne befasst sich in seinen Forschungen theoretisch mit Neopragmatismus, Sozialkonstruktivismus sowie Konflikttheorie. Thematisch sind seine Forschungen auf Landschafts- und Raumkonflikte, Regionale Geographie, Kartographie und Stadtentwicklung ausgerichtet. Räumliche Schwerpunkte sind Ostmitteleuropa, Deutschland, Italien sowie die Vereinigten Staaten von Amerika, hier insbesondere der Süden und Westen. – Kontakt: olaf.kuehne@uni-tuebingen.de

Lukas, Betriska (M. A., M. Sc.), hat Politikwissenschaft und Ethnologie (B. A.) an der Goethe-Universität Frankfurt studiert. Vor Kurzem hat sie ihr Studium der Internationalen Studien/Friedens- und Konfliktforschung (M. A.) an der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt sowie der Nachhaltigkeitswissenschaften (M. Sc.) an der Leuphana Universität Lüneburg abgeschlossen. Sie beschäftigte sich dabei vorrangig mit nachhaltiger Kommunalentwicklung und transdisziplinärer Reallaborforschung. – Kontakt: betriska-lukas@magenta.de

Mölders, Tanja, Prof. Dr., ist seit 2023 Professorin für Umweltplanung und Transformation an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Nach Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Universitäten Lüneburg und Hamburg war sie von 2013 bis 2020 Maria-Goeppert-Mayer-Juniorprofessorin für Raum und Gender an der Leibniz Universität Hannover. Von 2018 bis 2019 hat sie die Professur für Umweltplanung an der Leuphana Universität Lüneburg vertreten. Als wissenschaftliche Referentin war sie von 2021 bis 2023

an der ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft tätig. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind raumbezogene Transformation und Planung, Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit sowie gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse. Sie ist u.a. Mitglied des Netzwerks Vorsorgendes Wirtschaften, der FG Geschlechterstudien sowie der ARL. – Kontakt: tanja.moelders@upt.uni-freiburg.de

Muhr, Melissa (M. Sc.) arbeitet in verschiedenen Kontexten zur Energiewende, zuletzt im DFG-Projekt »Analyse- und Gestaltpotenziale der Geschlechterforschung für räumliche Transformationsprozesse der Energiewende«. Während ihres interdisziplinären Studiums in Landau, Freiburg und Antwerpen hat sie sich mit Umweltbelangen, Landnutzungskonflikten und der sozial-ökologischen Transformation aus naturwissenschaftlicher, psychologischer und Governance-Perspektive auseinandergesetzt. Ihre Masterarbeit analysiert baden-württembergische Energieagenturen aus sozial-ökologischer Sicht. – Kontakt: melissa@familie-muhr.net

Richter, Bianca, Dipl.-Ing., ist seit 2014 Geschäftsführerin und Co-Gründerin der sustainify GmbH. Sie studierte Landschafts- und Freiraumplanung an der Leibniz Universität Hannover. Sie ist Moderatorin, Prozessbegleiterin, Coach, Certified Scrum Master und Certified Agile Leader. Sie begleitet Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse in Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen, konzipiert und moderiert Workshops und unterstützt als Sparringspartnerin für Start-ups, Wissenschaftlerinnen und Führungskräfte. Als ausgebildete Fachredakteurin mit langjähriger Verlagserfahrung und eigenem Verlag begleitet sie Hochschulen und Projekte zudem in der Wissenschaftskommunikation. Sie ist u.a. Mitglied der Vereinigung für Ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) sowie der Scrum Alliance. – Kontakt: richter@sustainify.de

Schön, Susanne, Dr., ist geschäftsführende Gesellschafterin des inter 3 Instituts für Ressourcenmanagement in Berlin. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt in der Innovationsforschung und im Innovationsmanagement an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Dazu hat sie mehrere Handbücher veröffentlicht und das inter- und transdisziplinäre Brückenkonzept Konstellationsanalyse entwickelt. Sie ist diplomierte Politikwissenschaftlerin und promovierte Soziologin. – Kontakt: schoen@inter3.de

Zheng, Yue (M. Sc.), hat Stadtplanung an der Tongji-Universität in Shanghai, China, (B. Eng.) sowie Regionalwissenschaft und Raumplanung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) (M. Sc.) studiert. Seit 2019 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsfeld Stoffströme am Institut für Zukunftsenergie- und Stoffstromsysteme (IZES) in Saarbrücken tätig und gehört zur Forschungsgruppe Transformationswissen. – Kontakt: zheng@izes.de